

Bd. XX
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Handakten

zu der Strafsache

gegen Boßhammer,
Friedrich

wegen Mordes

Kontroll-Nr. bzw. Aktz. des Untersuch.-Richters b. d. KG.:

des Kammergerichts:

Fristen:			Versendung der Hauptakten		
			Tag der Verfügung	Empfänger der Akten Versendungsgrund	Tag der Absendung
<u>15.8.72</u>	<u>1.9.</u>	<u>1.3.73</u>	30.6.	Bd. <u>CXXII</u> , Protokollband und Urteilsband an das Schwurgericht nach Urteilszustellung zurückgesandt	6. JULI 1972
<u>1.5.73</u>	<u>1.2.74</u>	<u>1.6.</u>		3 Bd. A am 8. gr. Strafhammer mit der Revisionsgegenentscheidung	25.8.72
<u>1.9.</u>	<u>15.10.</u>		18.9.72	140 Bd. A, 2 Beihefte an d. Generalbundesanwalt b. d. BGH - Dienststelle Berlin - zur Entscheidung über die Revision d. B vu 5 StR 527/72	25. SEP. 1972
				Fortsetzung umseitig	

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.:

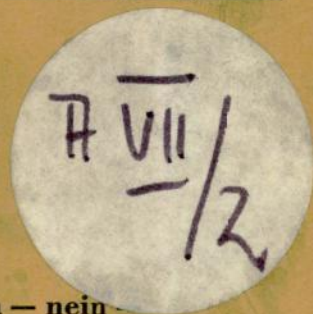
5008

Weggelegt 19

Aufzubewahren: — bis 19

— wie die Hauptakten —

Geschichtlich wertvoll? — ja — nein



1 Ks 1/71 (RSHA) HA

500-26/71

— sowie Bl.

, den

am 19

[illegible]

Versendung der Hauptakten
(Fortsetzung)

Tag der Verfügung	Empfänger d. Akten, Versendungsgrund	Tag der Absendung	Tag der Verfügung	Empfänger d. Akten Versendungsgrund	Tag der Absendung
16.2.	Bd. CXIX, XXXIV, XXXV, CXVI an Kammergericht, 1 Bln. 19, Witzlebenstr. 4-5 zu 3 ARs 66/71 2/73 nach Antrag	19. FEB. 1973		2 Kostenbd an 8. gr. Strafkammer	15.7.
19.2.	Bd. CXL an 8. gr. Strafkammer zur Kenntnisnahme v. g. Entscheidung d. Revisionsinstanz	21.2.73			
23.11.	4 Bd. A (Kostenbd. I+II, Bd. CXL, Urteilsbd. an d. Rechtspfleger b. d. LG Berlin (500) zur weiteren Veranlassung gem. dem Kostenfestsetzungsantrag d. RA von Heymcke Bd. CXIX machgeschickt	26. NOV. 1973 26. NOV. 1973			
9.6.	140 Bd. A (I-CXL) 3 Zeugenbd., 2 Kostenbd., 1 Urteilsbd., 1 Protokollbd., 1 Sonderbd. an Straßencat d. KG zur Entscheidung über d. Antrag d. RA v. Heymcke				

Beiakten und Beistücke

140 Bd. A

XXXV Bl. 27/28

+34

Beordnungs

2 Bd. Leugen ~~4+2~~

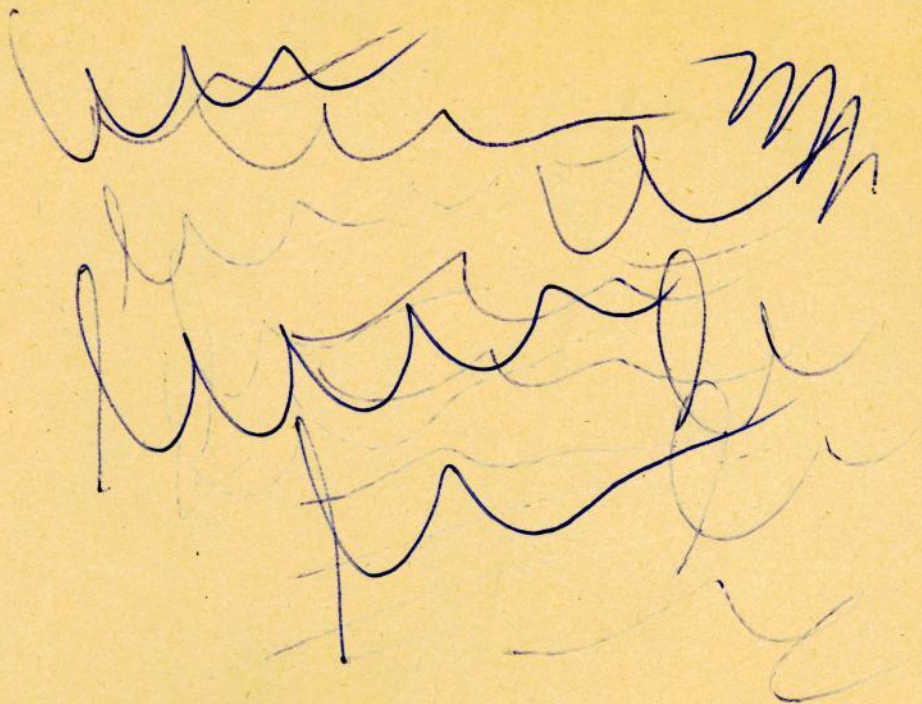
1 Sonder bcl.

2 Kosten bcl.

1 Urteils bcl.

1 Protokoll bcl

1 Ks 1/9/1



Bitte sofort ausfüllen und zurücksenden!

Die Strafsache gegen Boßhammer, Friedrich
wegen Mordes

ist hier eingegangen und unter
eingetragen.

5 StR 527/72

An die

Staatsanwaltschaft
bei dem ~~Landgericht~~ **Kammergericht**

B e r l i n 21

Zu: AKs 1/71 (RSHA)

Berlin, den 27. 9. 72

Bundesanwaltschaft
beim Bundesgerichtshof
Dienststelle Berlin
1 Berlin 19, Wiltbergstr. 4-5

V. Haas, A. Jung

G Nr. 17

Geschäftsnummer: (500) 178 765 (RS/HA) 26.71
Geschäftsnummer des Haftbefehls
(Unterbringungsbefehls,
Unterbringungsbeschlusses): 348 GS 114.68
Nachricht vom Akteneingang an das
Gericht der bisherigen Haftkontrolle
erteilt am:

Benachrichtigungen gemäß
§ 114 b Abs.1 StPO s.Rückseite

Haftmerkzettel

Name: Boschhammer Vorname: Friedrich
Geburtstag und -ort: 20.12.06 Opladen Beruf: Rechtsanwalt
Besondere Bemerkungen (z.B. Ausländer, notorischer Ausbrecher):
Straftat: Mord
Tag a) der vorläufigen Festnahme: 10.1.68 Bl. 12.13. Bd. 35
b) des Haftbefehls (Unterbringungsbefehls, 9.1.68 Bl. 2-10, 67 Bd. 35
Unterbringungsbeschlusses): 24.6.68 Bl. 244, 245, 252, 254 Bd. 35
c) der Inhaftnahme (Unterbringung): 17.7.68 Bl. 16, 17. Bd. 35
Name und Anschrift des Verteidigers a) Wolfram v. Heynitz, Ben. 30,
sowie Eingang der Vollmacht oder am unterzeichnet. 73a
Tag der Bestellung 9.1.68. b1 b) Heinz Müller, Wuppertal, Böhmer Str. 106 Bl. b) 123. Bd. 63
Name und Vorname de... inhaftierten Mitbeschuldigten: Heinz Meurin, Ben. 19, Olympische Str. 4
Bezeichnung der Haftanstalt - der Heil- oder Pflegeanstalt -:
UHH - Mosbit
Gefangenenbuch-Nr. (Zeichen der Pflegeanstalt): 103.68
Antrag auf Haftprüfung durchgeführt
vom Bl. am Bl.
vom Bl. am Bl.
vom Bl. am Bl.
Haftbeschwerde erledigt
vom Bl. am Bl.
vom Bl. am Bl.
Haftprüfung von Amtswegen (§§ 117 Abs. 5, 121, 122 StPO)
am Bl. am Bl.
am Bl. am Bl.
am Bl. am Bl.
Weitere Haftprüfung vom KG übertragen (§ 122 Abs.3 Satz 3 StPO)
am bis Bl.
am bis .. Bl.
Hauptverfahren eröffnet (§ 207 Abs.4 StPO) am Bl.
Urteil (§ 268 b StPO) vom Bl.
Tag der Freilassung nach § 116 StPO oder § 72 Abs.2 JGG
oder § 81 Abs.4 StPO Bl.
Haftbefehl (Unterbringungsbefehl, Unterbringungs-
beschuß) aufgehoben am Bl.

Vermerke:

1.) Benachrichtigte Angehörige oder Vertrauenspersonen

..... Bl.
..... Bl.
..... Bl.

2.) Sprecherlaubnis erteilt

an am Bl.
an am Bl.
an am Bl.

Entwurf

205
1

Vfg.

1. Zu berichten - 4x schreiben einschl. 1 Leseschrift für die HA
und 1 Durchschrift für die HA 1 AR 123/63 -:

An den
Bundesminister der Justiz

über den

Senator für Justiz

Betrifft: < Strafverfahren gegen den Angehörigen
des ehemaligen Reichssicherheitshaupt-
amtes (RSHA) und früheren SS-Sturmbann-
führer Friedrich B o s h a m m e r
wegen Mordes im Rahmen der sogenannten
"Endlösung der Judenfrage" >

Bezug: < Schreiben an den Senator für Justiz
in Berlin vom 24. Januar 1968
- 4000/6 E - 25037/68 - >

(nur auf
2.-4.Schriftst.)

Anordnung vom 15. Februar 1968
- 4040 E - IV/A. 2/68 -

Vorbericht vom 17. September 1971

Das Schwurgericht bei dem Landgericht Berlin hat
den Angeklagten Friedrich B o s h a m m e r in
der Sitzung vom 11. April 1972 wegen gemein-
schaftlichen Mordes zu lebenslanger Freiheits-
strafe verurteilt und Haftfortdauer beschlossen.
Ferner hat es ihm auf die Dauer von fünf Jahren
die Fähigkeit aberkannt, öffentliche Ämter zu
bekleiden.

Das Urteil erging wegen der unter I der Anklage aufgeführten Tat des Angeklagten (Mitwirkung an der Ermordung von Juden aus Italien). Hinsichtlich der Fälle II (Beihilfe zur Deportation slowakischer Juden) und III, a)-c) (Beihilfe zur versuchten Ermordung von Juden aus Rumänien, Bulgarien und der Slowakei) der Anklage hatte das Schwurgericht in der Sitzung vom 21. März 1972 das Verfahren auf meinen Antrag gemäß § 154 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 StPO vorläufig eingestellt.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

1 Berlin 19, den April 1972

2. - 5. pp.

Berlin 21, den 14. April 1972

147

~~207~~
2

Vfg.

1. Zu schreiben

An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
714 Ludwigsburg
Schorndorfer Straße 58

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen frühere Angehörige
des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
wegen Mordes;
hier: Strafverfahren gegen den vormaligen SS-Sturm-
bannführer Friedrich B o s h a m m e r

Bezug: Dortiges Aktenzeichen: 415 AR 1310/63

Das Schwurgericht bei dem Landgericht Berlin hat den Ange-
klagten Friedrich B o s h a m m e r in der Sitzung vom
11. April 1972 wegen gemeinschaftlichen Mordes zu lebens-
langer Freiheitsstrafe verurteilt.

Ferner hat es ihm auf die Dauer von fünf Jahren die Fähigkeit
aberkannt, öffentliche Ämter zu bekleiden, und Haftfortdauer
beschlossen.

Das Urteil erging wegen der unter I der Anklage aufgeführten
Tat des Angeklagten (Mitwirkung an der Ermordung von Juden
aus Italien). Hinsichtlich der Fälle II (Beihilfe zur Depor-
tation slowakischer Juden) und III, a)-c) (Beihilfe zur ver-
suchten Ermordung von Juden aus Rumänien, Bulgarien und der
Slowakei) der Anklage hatte das Schwurgericht in der Sitzung
vom 21. März 1972 das Verfahren auf meinen Antrag gemäß
§ 154 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 StPO vorläufig eingestellt

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

2. Z. d. A.

Berlin 21, den 17. April 1972

2

Hölzner

Vfg.

147

208
3

1. V e r m e r k :

Folgender Text ist zu übersetzen:

"Fräulein
Dr. Eloisa Ravenna
c/o Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea
- CDEC -

Via Eupili 6

20145 M i l a n o /Italien

Betrifft: Strafverfahren gegen Friedrich B o B h a m m e r
wegen Mordes

Bezug: Laufende Korrespondenz

Sehr geehrtes Fräulein Doktor,

Sie sind inzwischen sicherlich von Herrn Professor
Dr. S a c e r d o t i über das Urteil des Schwur-
gerichts gegen B o B h a m m e r unterrichtet worden.
Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig. Es
ist zu erwarten, daß die Verteidiger des Angeklagten
Revision einlegen werden.

Ich darf mich bei Ihnen und allen Ihren Mitarbeiterinnen
und Mitarbeitern noch einmal sehr herzlich für die außer-
ordentlich große Unterstützung bedanken, die Sie mir im
Verlaufe des Verfahrens gewährt haben. Ihre Mitarbeit hat
ganz erheblich zu dem Ergebnis beigetragen, daß wir nun-
mehr erzielen konnten.

Da ich annehme, daß Sie die in Italien über das Urteil
erschienenen Presseartikel in Ihrem Institut gesammelt
haben, wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir Ab-
lichtungen der wichtigsten Artikel übersenden könnten.
Der Vorsitzende des Schwurgerichts hat mich hierum ge-
beten.

Mit freundlichen Grüßen, auch an alle Ihre Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter sowie alle gemeinsamen Bekannten in Mailand
und Turin,

Ihr

.....
Erster Staatsanwalt"

209
4

2. Urschriftlich

Herrn Oberstaatsanwalt Hauswald
Amtsgerichtsplatz 1

m. d. B. um beglaubigte Übersetzung des Schreibens zu Ziff. 1
dieser Vfg. in die italienische Sprache auf Kopfbogen mit
1 Durchschrift für die Akten sowie Absendung des beglaubigten
Schreibens von dort aus per Luftpost.

3. Diese Vfg. nach Erledigung von Ziff. 2 z.d.A.

Berlin 21, den 17. April 1972
Turmstr. 91

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Hölzner
Erster Staatsanwalt

Vfg.

1. Zu schreiben:

An den

Herrn Vorsitzenden
des 1. Strafsenats des Kammergerichts

Betrifft: Strafverfahren gegen Friedrich B o s h a m m e r
wegen Mordes im Rahmen der sogenannten "Endlösung
der Judenfrage"

Bezug: Laufende Haftprüfung gemäß § 122 StOP;
letzter Beschluß des 1. Strafsenats des Kammerge-
richts vom 6. September 1971 - (1) 1 Ks 1/71 (156/71)
500 - 26/71

Im Hinblick auf § 121 StPO teile ich mit, daß das Schwurgericht
bei dem Landgericht Berlin den Angeklagten Friedrich B o s -
h a m m e r in der Sitzung vom 11. April 1972 wegen gemein-
schaftlichen Mordes zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt
hat.

2. Diese Vfg. z. d. A.
3. Durchschrift der Vfg. z. d. HA.

Berlin 21, den 17. April 1972

Hölzner

Vfg.

✓ 1. Zu berichten

- 4x schreiben einschl. 1 Leseschrift für die HA
und 1 Durchschrift für die HA 1 AR 123/63

intusmuu
20. APR. 1972

An den
Bundesminister der Justiz

über den

Senator für Justiz

Betrifft: Strafverfahren gegen den Angehörigen
des ehemaligen Reichssicherheitshaupt-
amtes (RSHA) und früheren SS-Sturmbann-
führer Friedrich B o ß h a m m e r
wegen Mordes im Rahmen der sogenannten
"Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Schreiben an den Senator für Justiz
in Berlin vom 24. Januar 1968 ✓
- 4000/6 E - 25037/68 - ✓

(nur auf
2.-4.Schriftst.)

Anordnung vom 15. Februar 1968 ✓
- 4040 E - IV/A. 2/68 - ✓

Vorbericht vom 17. September 1971 ✓

Das Schwurgericht bei dem Landgericht Berlin hat
den Angeklagten Friedrich B o ß h a m m e r in
der Sitzung vom 11. April 1972 wegen gemein-
schaftlichen Mordes zu lebenslanger Freiheits-
strafe verurteilt und Haftfortdauer beschlossen.
Ferner hat es ihm auf die Dauer von fünf Jahren
die Fähigkeit aberkannt, öffentliche Ämter zu
bekleiden.

Das Urteil erging wegen der unter I der Anklage aufgeführten Tat des Angeklagten (Mitwirkung an der Ermordung von Juden aus Italien). Hinsichtlich der Fälle II (Beihilfe zur Deportation slowakischer Juden) und III, a)-c) (Beihilfe zur versuchten Ermordung von Juden aus Rumänien, Bulgarien und der Slowakei) der Anklage hatte das Schwurgericht in der Sitzung vom 21. März 1972 das Verfahren auf meinen Antrag gemäß § 154 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 StPO vorläufig eingestellt.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Kanzlei
Eingang am: 19. APR. 1972
Gefertigt am: 19. APR. 1972
zu 1) 2. Reinschr. 2. Bst.

1 Berlin 19, den 18. April 1972

2. Herrn OstA Selle

m. d. B. um Kenntnismahme und
Gegenzeichnung

18. APR. 1972

3. Herrn Chef-Vertreter

mit der Bitte um Zeichnung des Berichts
zu Ziff. 1 dieser Verfügung

4. Nach Erledigung von Ziff. 1) bis 3) dieser Verfügung
zurück an Gruppe II, bisherige Abt. 5 (Wilsnacker Straße 6)

5. Diese Vfg. nebst einer Leseschrift von Ziff. 1) d.d.HA nehmen.

Berlin 21, den 14. April 1972

Holme

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

1 Berlin 19 (Charlottenburg)
Amtsgerichtplatz 1
Fernruf: 306 00 11

8
18. April 1972

182

1 Ks 1/71 (RSHA)

An den
Bundesminister der Justiz
über den
Senator für Justiz

Betrifft: Strafverfahren gegen den Angehörigen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) und früheren SS-Sturmabführer Friedrich B o s s h a m m e r wegen Mordes im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Schreiben an den Senator für Justiz in Berlin vom 24. Januar 1968 - 4000/6 E - 25037/68 -

nur auf
2.-4.Schrift-
stück)

Anordnung vom 15. Februar 1968 - 4040 E - IV/A. 2/68 -

Vorbericht vom 17. September 1971

Das Schwurgericht bei dem Landgericht Berlin hat den Angeklagten Friedrich B o s s h a m m e r in der Sitzung vom 11. April 1972 wegen gemeinschaftlichen Mordes zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt und Haftfortdauer beschlossen.

Ferner hat es ihm auf die Dauer von fünf Jahren die Fähigkeit aberkannt, öffentliche Ämter zu bekleiden.

Das Urteil erging wegen der unter I der Anklage aufgeführten Tat des Angeklagten (Mitwirkung an der Ermordung von Juden aus Italien). Hinsichtlich der Fälle II

(Beihilfe zur Deportation slowakischer Juden)
und III, a) - c) (Beihilfe zur versuchten Ermordung
von Juden aus Rumänien, Bulgarien und der Slowakei)
der Anklage hatte das Schwurgericht in der Sitzung
vom 21. März 1972 das Verfahren auf meinen Antrag
gemäß § 154 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 StPO
vorläufig eingestellt.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

P o l z i n

Erster Oberstaatsanwalt

1. Zu schreiben - unter Beifügung der Anlagen -:

An das
Generalkonsulat
der Republik Italien
- z.Hd. von Herrn Presseattaché
Dr. I s a n i o.H.V.i.A. -

1 Berlin 30
Graf-Spee-Straße 1-7

Betrifft: Strafverfahren gegen Friedrich B o ß h a m m e r
wegen Mordes im Rahmen der sogenannten "Endlösung
der Judenfrage"

Anlage: Diverse Blatt Ablichtungen

Sehr geehrter Herr Doktor Isani,

als Anlage darf ich Ihnen wunschgemäß zum dortigen Verbleib
Ablichtungen der persönlichen Notizen übersenden, nach denen
der Vorsitzende des Schwurgerichts bei dem Landgericht Berlin
- 12. Tagung -, Herr Landgerichtsdirektor Dr. F i t z n e r ,
das Urteil vom 11. April 1972 gegen den Angeklagten Boßhammer
mündlich begründet hatte. Wie ich Ihnen schon fernmündlich mit-
geteilt habe, hat mir Herr Dr. Fitzner, nachdem ich ihm Ihre
diesbezügliche Bitte vorgetragen hatte, seine Notizen zur Ver-
fügung gestellt und mich ermächtigt, Ablichtungen für Sie an-
fertigen zu lassen.

Die schriftlichen Urteilsgründe liegen gegenwärtig noch nicht
vor. Falls Sie Interesse haben sollten, auch davon ein Exemplar
zu erhalten, bitte ich Sie unter Bezugnahme auf unsere seiner-
zeitige Besprechung, zu gegebener Zeit erneut an uns heranzu-
treten.

Abschließend erlaube ich mir den Behörden der Republik Italien
auch auf diesem Wege meinen verbindlichsten Dank für die groß-
zügige und tatkräftige Unterstützung meiner Ermittlungen zum
Ausdruck zu bringen.

Mit freundlichem Gruß
und vorzüglicher Hochachtung
Berlin 21, den 20. April 1972
(Hölzner)
Erster Staatsanwalt

Ad.

Schr. ab 21. APR 1972

2. Z.d.HA.

gef. 20. IV. 72 Hd. Schb.
21)

1 KS 1/71 CRSHA

10

2. MAI 1972
H.

49

- 1) Festgestellt und angewiesen (945007)
HUL. Nr. 526 01.
- ✓ 2) Kassenanweisung absenden *zufab* 28. APR. 1972 *Wol*
- 3) ~~Z. d. A.~~
unvollständig mit 3 Anlagen

an die

Abt. 5 CRSHA

K. ger.
2/5 L^c

V.

2. d. KP.

2.5.72 H.

nach Anweisung zurückgesandt,
1 Berlin 19, den 28. APR. 1972
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Wolheim

Senator für Justiz
- P.R. -

AA
Berlin, den 25. April 1972
App.: 3233

Vfg.

1) V e r m e r k :

Herr EStA H ö l z n e r teilte mir am gestrigen Tage zu dem Schreiben vom 12. April 1972 fernmündlich ergänzend folgendes mit:

Die von dem Vize-Quästor Dr. C a r l i n o überbrachten Urkunden hätten für die Überführung des Angeklagten B o ß h a m m e r ganz erhebliche Bedeutung erlangen können. Daß sie in der Hauptverhandlung als Beweismittel nicht mehr erforderlich gewesen seien, weil die Überführung des Angeklagten bereits auf Grund der bis dahin vorhandenen Beweismittel möglich gewesen ist, sei vor der Hauptverhandlung nicht abzusehen gewesen. Herr Dr. Carlino, der nach deutschen Begriffen etwa den Rang eines stellvertretenden Polizeipräsidenten bekleide, habe Herrn Hölzner und Herrn Stief die Urkunden anlässlich einer Besprechung übergeben und erläutert, bei der die in den beigelegten Rechnungen ausgewiesenen Speisen und Getränke verzehrt worden seien. Eine Übersendung der Urkunden sei offenbar von italienischer Seite wegen deren Bedeutung nicht erwogen worden. Die Überbringung dieser Beweismittel habe darüber hinaus für die Berliner Strafverfolgungsbehörde den unschätzbaren Vorteil gehabt, daß die Hauptverhandlung wie geplant und nicht erst mit wesentlicher Verzögerung habe stattfinden können.

Ich habe auf Grund dieser Angaben von Herrn Hölzner keine Bedenken, den vorauslagten Betrag in Höhe von 94,50 DM als "Auslagen in Rechtssachen" anzusehen.

Herr Hölzner bittet gegebenenfalls um Erstattung der Rechnungsbeträge auf sein Postscheckkonto Berlin-West Nr. 175 175.

2) Vorzulegen

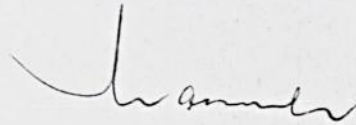
Herrn SR Kern unter Bezugnahme auf das geführte
Gepäck mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Just I/C

26.4.1972

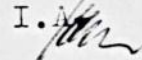
Urschriftlich mit Anlagen

I. A.



dem Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht
z. Hd. Herrn Hoffmann
unter Bezugnahme auf die heutige Rücksprache mit der
Bitte um weitere Veranlassung.

Der Senator für Justiz

I. A. 

12. April 1972
Nur in dieser Sache 1 Berlin 21. des.
(betr. HSH) Anschrift: Turmatr. 91, 1309
19 (Charlottenburg), den Anruf: 35 01 11 (955)
erichtsplatz 1
f: 306 0011 (App.:)
antrieb: 968)
1 82 749
unden: Montags bis freitags von 8.30 - 13.00

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Senator für Justiz
z.Hd. von Herrn Regierungsdirektor Masuch
- persönlich -

1 Berlin 62
Salzburger Straße 21-25

Betrifft: Strafverfahren gegen Friedrich B o s h a m m e r
wegen Mordes

hier: eventuelle Erstattung von Bewirtungsauslagen

Bezug: fernmündliche Unterredung mit dem Unterzeichner
vom heutigen Tage

Anlagen: 2 Rechnungen

Sehr geehrter Herr Masuch,
absprachegemäß übersende ich anliegend zwei Rechnungen vom
13. März 1972 über insgesamt DM 94,50. Herr Staatsanwalt Stief
und ich hatten den Vize-Quästor Dr. Carlino vom italienischen
Innenministerium zum Essen in das Restaurant "I-Punkt Berlin"
eingeladen. Herr Dr. Carlino war seinerzeit im Auftrag der
italienischen Regierung eigens aus Italien nach Berlin ange-
reist, um wegen der besonderen Dringlichkeit persönlich eine
Reihe von Dokumenten aus italienischen Archiven als Beweis-
mittel in dem Strafverfahren gegen Boßhammer zu überreichen.
(Das Schwurgericht bei dem Landgericht Berlin hat ihn gestern
wegen gemeinschaftlichen Mordes zu lebenslanger Freiheitsstrafe
verurteilt). Mit bestem Dank für Ihre freundlichen Bemühungen

und
~~Mit~~ vorzüglicher Hochachtung

Hölzner
(Hölzner)

Erster Staatsanwalt

59022 *

I-Punkt Gaststätten GmbH
1 Berlin 30
Europa-Center
Telefon 2 61 10 14

I-PUNKT BERLIN

Datum

13. in 72

3 Sabra

13 50

Kellner-Nr.

77

Unsere Preise schließen 11%

Mehrsw. St. DM

+ Bedienungsgeld ein.

Service and taxes included.

DM

13 50

Inklusivpreis

EUREKA 1 Berlin 41 Tel. 2 51 11 48

60505 *

I-Punkt Gaststätten GmbH
1 Berlin 30
Europa-Center
Telefon 2 61 10 14

I-PUNKT BERLIN

Datum

13. 3. 72

3	Zw. Suppe	10 50
1	Mit Pfeffer	13 50
1	Schw. Rind	11 50
1	Forelle	9 50
3	Eisbein	18 00
6	Pils	18 00

Kellner-Nr.

13

Unsere Preise schließen 11%

Mehrsw. St. DM

+ Bedienungsgeld ein.

Service and taxes included.

DM

81 00

Inklusivpreis

EUREKA 1 Berlin 41 Tel. 2 51 11 48

b.
—

u.

mit AnlagenKern STA StifWilbacher St. 6 (STA d. d. KG - (RS47A) -)

Vorglegt mit der Bitte, die Unterlagen
auch Herrn LGD Dr. Titner, der darum
gebeten hatte (Übersetzung ??), zu Kenntnis
zu bringen.

Den 21. d. S. S. 72

STA d. d. LG

L.

v.

1) Vermerk: Während des Dr. Isani mit Presseanfragen wurde
heute Herrn LGD. Dr. Titner zur Kenntnisnahme ausgeteilt
mit der Bitte um anschließende Rückgabe.

Herr Dr. Titner soll sich mit Herrn Kaunwald in Verbindung setzen
sueds (kostenloser) Übersetzung. Ich weist darauf hin, daß eine
entgeltliche Übersetzung nicht in Betracht kommen dürfte.

2/2. d. KR.

10.5.72 H.

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Berlin, den 15. Juni 1972

1 Js 1/65 (RSA)

16

H a f t !

Durch besonderen Wachtmeister!

Urschriftlich

mit 1 Band Akten

dem Landgericht Berlin
z.Hd. des Herrn Landgerichtsdirektors Dr. F i t z n e r

i m H a u s e

vor Zustellung des Urteils an die Verteidiger mit dem Antrage übersandt, die Pflichtverteidigerbestellung der Rechtsanwälte M e u r i n und von H e y n i t z gemäß § 143 StPO aufzuheben, weil sich nunmehr Rechtsanwalt M ö l l e r (Bl. 86 und 90 des Urteilsbandes) als Wahlverteidiger gemeldet hat.

Die Aufhebung der Pflichtverteidigung stellt m. E. keine unangemessene Härte dar, weil RA Möller sachkundig und seit längerer Zeit in dem Verfahren auch in Erscheinung getreten ist.

Filipiak
Erster Staatsanwalt

Ad.

1. Zu schreiben:

Herrn Rechtsanwalt
Heinz M ö l l e r

56 Wuppertal
Berliner Straße 106

Betrifft: Strafsache gegen Friedrich B o ß h a m m e r

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

In der obenbezeichneten Strafsache sehe ich mich aus gesetzlichen Gründen nicht in der Lage, die Zustellung des Urteils vom 11. April 1972 erst nach dem 15. Juli 1972 zu bewirken, wie Sie dies in Ihrem Schreiben vom 5. Juni 1972 an den Vorsitzenden der 8. großen Strafkammer des Landgerichts Berlin erbeten hatten.

Hochachtungsvoll

2. Urschriftlich
mit Urteilsband
Herrn Ladungsbeamten

unter Bezugnahme auf das Schreiben zu 1) d. Vfg. sowie auf Blatt 89 und 95 R d.A. mit der Bitte um Durchführung der Urteilszustellung.

1 Berlin 21, den 29. Juni 1972
Turmstr. 91

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Stief
Staatsanwalt

3. Durchschrift d. Vfg. z. d. HA.

lt.

Vfg.

1) Zu schreiben: - unter Beifügung der Anlagen -

Herrn Landgerichtsdirektor
Dr. F i t z n e r

im Hause

Zimmer E 205

Unter Bezugnahme auf die telefonische Rücksprache
vom heutigen Tage übersende ich als Anlagen

- a) Durchschrift der Revisionsbegründung
des Rechtsanwalts M ö l l e r vom 29. Juli 1972,
- b) 9 Blatt Ablichtungen aus dem Sitzungsprotokoll
vom 18. Februar 1972,
- c) Vernehmungshalbhefter Eisenkolb aus LO 28

mit der Bitte, eine dienstliche Äußerung zu den
Seiten 30-32 der Revisionsbegründung abzugeben und diese
mit den oben genannten Anlagen wieder zum Urteilsband
gelangen zu lassen.

2) 10 Tage.

3) Durchschr. dieser Vfg. z.d.HA.

Berlin 21, den 8. August 1972



gef. 8.8.72/Kg

1 Ks 1/71 (RSA)

Handakten-Vfg.

✓ 1) Revisionsgegengerklärung schreiben mit 4 begl. Abschriften

2) Herrn AL-Vertreter

mit der Bitte um Zeichnung der Revisionsgegengerklärung L. 25/8/72

3) Weitere Vfg. im Urteilsband

Berlin 21, den 15. August 1972

St.

gef. 22. AUG. 1972 S.

Dr. 1) gegengerkl. (F+Ordn'g)

Beglaubigte Abschrift

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
1 Ks 1/71 (RSHA)

Berlin 21, den 25. August 1972
Turmstr.91
Fernruf: 35 01 11 App. 1309

G e g e n e r k l ä r u n g

Urteils-
band
Bl.102-133

auf die Revisionsbegründung des Verteidigers, Rechts-
anwalt M ö l l e r , vom 29. Juli 1972 in der
Strafsache gegen Friedrich B o s h a m m e r wegen
Mordes:

Urteils-
band
Bl.103-107

I. Zur Rüge der Verletzung der Vorschriften über
die Öffentlichkeit des Verfahrens, §§ 338 Nr.
6 StPO, 169 GVG, durch die Unmöglichkeit, der
Hauptverhandlung im Zuhörerraum akustisch voll-
ständig folgen zu können, enthält das Protokoll
nichts.

Urteils-
band
Bl.107-114

II. Zur Rüge der Verletzung des § 338 Nr. 5 StPO
in Verbindung mit § 136 a StPO dadurch, daß der
Angeklagte während umfangreicher Teilabschnitte
der Hauptverhandlung verhandlungsunfähig gewe-
sen sei:

Die Niederschrift über den ersten Verhandlungs-
tag am 16. November 1971 enthält folgende Ver-
merke:

Protokoll-
band
Bl.1R

"Als medizinischer Sachverständiger für
den heutigen Tag war der Leitende Medi-
zinaldirektor Dr. med. Meitzner erschie-
nen."

"Im allseitigen Einverständnis wurde der
medizinische Sachverständige um 9.40 Uhr
entlassen."

Protokoll-
band
Bl.3

"Dem Angeklagten wurde zur Klärung von Widersprüchen auszugsweise vorgehalten sein Lebenslauf (Fotokopie). (LO 1, Hh. C)."

Die Niederschrift über den zweiten Verhandlungstag am 19. November 1971 enthält folgenden Vermerk:

Protokoll-
band
Bl.11

"Dem Angeklagten wurde zur Stützung seines Gedächtnisses vorgehalten, seine Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter III. bei dem Landgericht Berlin vom 23. Januar 1970 (LO 1a, Hh. f., Bl.21)."

Die Niederschrift über den sechsten Sitzungstag am 3. Dezember 1971 enthält folgende Vermerke:

Bl.34R
Protokoll-
band

"Um 11.30 Uhr erklärte der Angeklagte auf Befragen, er könne den Sachverständigen schlecht verstehen. Im übrigen habe er eine Zahnextraktion vornehmen lassen und habe aus diesem Grunde die letzten beiden Nächte nicht geschlafen.

Um 11.30 trat daraufhin eine Pause ein bis 13.45 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 13.45 Uhr wurde diese fortgesetzt.

Der Angeklagte erklärte, er könne nunmehr wieder der Verhandlung folgen. Er meine, vor der Pause vorübergehend eingeschlafen zu sein. Er erklärte: "Ich war bis Seite 9 des Gutachtens Punkt 7 zuende, präsent."

Bl.35
Protokoll-
band

"Der Sachverständige Dr. Scheffler setzte die Gutachtenerstattung fort, und zwar ab Seite 9, Punkt 7."

Die Niederschrift über den zehnten Verhandlungstag am 17. Dezember 1971 enthält folgende Vermerke:

Bl.53-53R
Protokoll-
band

"Der Angeklagte erklärte, daß er schon jetzt in den Pausen starke Erschöpfungszustände bemerke und daß er nachts öfter aufwache und Schmerzmittel einnehme, nur, um am nächsten Tag verhandlungsfähig zu bleiben."

Bl.55-55R
Protokoll-
band

"Der Angeklagte erklärte in Gegenüberstellung ergänzend:

"Mein damals jüngstes Kind wurde im September 1941 geboren und heißt Heidrun, während das Kind Ute-Friederike erst am 12.1.1944 geboren wurde, auf diese Feststellung lege ich Wert!"

Bl.56R-57
Protokoll-
band

"Der Angeklagte erklärte in Gegenüberstellung erwidern:

"Ich selbst war bei der Vernehmung der Zeugin Giersch vor der Staatsanwaltschaft vom 7.3.68 nicht zugegen; aber ich erhielt ein Protokoll darüber von meinem Verteidiger ausgehändigt."

Die Niederschrift über den sechsundzwanzigsten Verhandlungstag am 15. Februar 1972 enthält folgende Vermerke:

Bl.142
Protokoll-
band

"Bei Aufruf der Sache erschien der Angeklagte nicht."

Bl.142R-143R
Protokoll-
band

"Auf telefonischen Anruf wurde dem Vorsitzenden von dem behandelnden Arzt des Angeklagten Dr. Braun erklärt, daß der Angeklagte sich weigere, zur Hauptverhandlung zu erscheinen. Er habe schlecht geschlafen und sei emotional zu aufgeregt.

Um 9.45 Uhr trat eine Pause ein bis 11.00 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 11.00 Uhr wurde diese fortgesetzt.

Es wurde festgestellt, daß der Angeklagte auch zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgeführt werden konnte.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Angeklagte von Professor Dr. Phillip auf seine Verhandlungsfähigkeit untersucht werden wird.

Bl. 143
Protokoll-
band

Um 11.05 Uhr trat eine Pause ein
bis 13.00 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Haupt-
verhandlung um 13.00 Uhr wurde diese
fortgesetzt.

Erschienen war nunmehr als medizinischer
Sachverständiger Professor Dr. Phillip.

Zur Person Sachverständiger
Ich heiße Professor Dr. Erhard Phillip,
bin 49 Jahre alt, Nervenarzt in Berlin,
mit dem Angeklagten nicht verwandt und
nicht verschwägert.

Der Sachverständige erstattete das Gutach-
ten. Er erklärte:

"Ich habe Herrn Boßhammer eben nochmals
untersucht. Ich halte ihn augenblick-
lich für nicht verhandlungsfähig. Er
ist vorgealtert. Die Jahre der Unter-
suchungshaft sind nicht spurlos an ihm
vorübergegangen. Mit depressiven Schwan-
kungen ist immer zu rechnen. Bei bestimm-
ten Belastungen kommt es zu mehr oder
weniger tiefen Punkten.

Vom ärztlichen Standpunkt ist die Ein-
legung einer Verhandlungspause anzura-
ten."

Bl. 143R
Protokoll-
band

Bl. 144
Protokoll-
band

" B. u. v.

1. Die Hauptverhandlung wird unterbrochen.
2. Fortsetzung

am 18. Februar 1972, 9.00 Uhr, Saal 700
zu der die Prozeßbeteiligten bereits ge-
laden sind."

Die Niederschrift über den achtundzwanzigsten
Verhandlungstag am 22. Februar 1972 enthält fol-
gende Vermerke:

Bl. 158-158R
Protokoll-
band

"Die Vernehmung der Zeugin wurde unterbro-
chen.

Der Angeklagte erklärte, daß er sich nicht
wohlfühle.

Um 10.30 Uhr wurde die Hauptverhandlung
bis 11.20 Uhr unterbrochen.

Bl. 158-158R
Protokoll-
band

Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 11.20 Uhr wurde diese fortgesetzt.

Erschienen war nunmehr Stationsarzt Dr. Braun.

Sachverständiger

Zur Person

Ich heiße Dr. Uwe Braun, bin 33 Jahre alt, Stationsarzt im Krankenhaus der Berliner Vollzugsanstalten, mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht verschwägert.

Der Sachverständige erklärte:

"Ich habe Herrn Boßhammer vor zehn Minuten untersucht. Er hat einen vorübergehenden Schwächeanfall erlitten. Er ist jetzt wieder verhandlungsfähig."

Bl. 159
Protokoll-
band

"Auf Befragen erklärte der Angeklagte:

"Bis zur Unterbrechung der Verhandlung konnte ich der Verhandlung folgen".

Die Vernehmung der Zeugin Tedeschi wurde fortgesetzt."

Urteils-
band
Bl. 114-117

III. Zur Rüge der Verletzung des § 240 Abs. 2 StPO in Verbindung mit Art. 6 III Zif. d. MRK durch Nichtzulassung von Rechtsanwalt Möller als Verteidiger - in Untervollmacht des Pflichtverteidigers Rechtsanwalt von Heynitz - am sechzehnten Verhandlungstag, dem 11. Januar 1972, enthält das Protokoll keine Eintragung.

Protokoll-
band
Bl. 80-85R

Urteils-
band
Bl. 117-120

IV. Zur Rüge der Verletzung der §§ 252, 337 Abs. 1 StPO durch Verwertung der in der Hauptverhandlung verlesenen richterlichen Aussage der Zeugin Spieß trotz deren schriftlichen Hinweis, von ihrem Aussageverweigerungsrecht gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 2 StPO Gebrauch zu machen:

Die Niederschrift über den sechsten Verhandlungstag am 3. Dezember 1971 enthält folgenden Vermerk:

Bl. 33
Protokoll-
band

"Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Zeugin Spieß mitgeteilt hat, daß sie von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch mache und nicht erscheinen werde."

Die Niederschrift über den neunten Verhandlungstag am 14. Dezember 1971 enthält folgende Vermerke:

Bl.46R
Protokoll-
band

"Es wurden verlesen das Schreiben der Zeugin Anita Spieß und das Schreiben der Bruna Norsa Nomias vom 27. November 1971."

"Der Verteidiger erklärte, daß eine Erklärung, ob auf die Zeugin Spieß verzichtet wird, noch zurückgestellt wird."

Die Niederschrift über den zehnten Verhandlungstag am 17. Dezember 1971 enthält folgenden Vermerk:

Bl.52
Protokoll-
band

"Der Verteidiger erklärte, daß er die Zeugin Spieß noch nicht ermittelt habe."

Die Niederschrift über den achtzehnten Verhandlungstag am 18. Januar 1972 enthält folgende Vermerke:

Bl.92R
Protokoll-
band

"Das Schreiben der Zeugin Spieß vom 14. Januar 1972 wurde verlesen."

"Die Verteidiger, der Angeklagte und die Staatsanwaltschaft erklärten sich mit der Verlesung des richterlichen Protokolls der Zeugin Spieß einverstanden."

Die Niederschrift über den neunzehnten Verhandlungstag am 21. Januar 1972 enthält folgenden Vermerk:

Bl.97R
Protokoll-
band

"Das amtsärztliche Attest betreffend die Zeugin Spieß des Gesundheitsamts Bremen-Nord vom 14. Januar 1972 wurde verlesen und als Anlage zum Protokoll genommen."

Die Anlage zu der Niederschrift über den neunzehnten Verhandlungstag, den 21. Januar 1972, hat folgenden Wortlaut:

Bl. 102-104
Protokoll-
band

"Gesundheitsamt Bremen-Nord
Dr. Klaus Rasenack
Medizinaldirektor
282 Bremen-Lesum
Auf dem Pasch 11 - Tel. 63 24 22

Bremen-Vegesack, den 14. Januar 1972
Dr. Ra./Ne.

An das
Landgericht Berlin
- Schwurgericht -

1 Berlin 21
Turmstraße Nr. 91

Betr.: Frau Anita Spieß, geb. Finke, geb.
am 31.8.1911, wohnhaft Bremen, Schöne-
beck, Schönebecker Kirchweg 69

Gemäß Schreiben des Landgerichtes Berlin
- Schwurgericht - Aktenzeichen: 500 26/71 -
hat der Unterzeichner zur Vernehmungsfähig-
keit der Obengenannten zu einem Termin in
Berlin am 28.1.1972 Stellung zu nehmen.

Vorgeschichte:

Frau Spieß hat fünf eigene Kinder und ein Stiefkind aufgezogen. Seit der Kindheit ist Frau Sp. kurzsichtig; seit zirka fünfzehn Jahren ist "grauer Star" bekannt, dabei besteht eine Sehinderung, besonders links. 1969 wurde die Gebärmutter bei Myom entfernt.

Zirka seit 1960 ist ein mehr oder weniger ausgeprägter Bluthochdruck (über 200 mm Hg.) bekannt, besonders bei Aufregung und bei etwas schneller Arbeit: Herzschmerzen bzw. Druckgefühl. Sie hat viel Schwindelgefühl, besonders bei Lagewechsel, auch wetterabhängig. Frau Sp. ist bei körperlicher Belastung schweratmig. Sie hat immer mehr oder weniger Druckgefühl in den Schläfen.

Frau Sp. neigt seit Jahren zu Husten bzw. Husteln bei chronischer Bronchitis.

Befund:

60-jährige Frau in ausreichendem Kräfte- und Ernährungszustand.

Größe: 1,61 m, Gewicht: 62 kg.

Haut und sichtbare Schleimhäute ausreichend durchblutet.

Kopf:

Weitsehen mit Glas: rechts 0,15,
links Fingerzählen auf
2 m.

Hören: Umgangssprache normal.

Gebiß: Saniiert, kaufähig.

Zunge: Feucht, nicht belegt.

Rachenring reizlos.

Keine Schilddrüsenvergrößerung.

Thorax:

Seitengleiche Atmung, voller Klopfeschall,
reines Bläschenatmen.

Röntgen-Aufnahme:

Rippen querstehend. Lungenfelder etwas transparenter. Hilusgebiet beiderseits breit mit verstärkter Streifenzeichnung in die Unterfelder hinein. Der Befund spricht für eine Emphysebronchitis. Kein Anhalt für aktiven spezifischen Lungenprozeß.

Herz:

Herz breit aufliegend, wohl keine Fehlerform. Aortenknopf betont im Sinne einer Aortensklerose. (Rö.)

Herztöne rein, Aktion aufgeregt, AT = PT.

RR 180/110 mm Hg. (Trotz Medikation morgens 2 Tabl. Presinol und Taluvian),

Puls in Ruhe 116 Schläge pro Minute.

Das Elektrokardiogramm bei Frau Dr. Roester hatte gezeigt: (21.2.1970)

Beurteilung:

Sinustachycardie. Linkstypischer Kurvenverlauf mit Zeichen von Minderdurchblutung vorhanden.

Leib:

Weich, kein Tastbefund, insbesondere auch keine Leberschwellung tastbar.

Gliedmaßen: Gelenke frei beweglich.

Zentralnervensystem:

Reflexe überlebhaft, sonst grob-neurologisch kein pathologischer Befund nachweisbar.

Vegetativum:

Hände feucht-kühl. Ausgeprägter Finger-Lid-tremor.

Psychisch:

Anlagemäßig bedingt allgemein nervös

Laborbefunde:

Urin frei von Eiweiß und Zucker,
Ubg. normal.

Zusammenfassung und Beurteilung:

Bei der 60 Jahre alten Frau Spieß, die allgemein nervös und psychisch labil ist, besteht ein ausgeprägter Bluthochdruck mit Ausgleichsbeschwerden (heute trotz Medikation RR 180/110 mm Hg.).

Es bestehen pectanginöse Beschwerden bei einer coronaren Mangeldurchblutung der Herzens. Es besteht eine erhebliche Sehminde- rung bei grauem Star.

Durch die Aufregungen eines Gerichtstermins als Zeugin in einem Schwurgerichtsverfahren gegen ihren geschiedenen Ehemann ist ärztlicherseits mit der Gefahr einer ernsten gesundheitlichen Schädigung, zumindest aber mit einer erheblichen Verschlimmerung des Gesundheitszustandes der Frau Spieß bei den obengenannten Leiden zu rechnen.

Von einer Fahrt der Frau Spieß nach Berlin ist ärztlicherseits dringend abzuraten. Wegen der psychischen Alteration und wegen der Kreislaufausgleichsbeschwerden könnte die Fahrt nach Berlin nur mit einer Begleitperson durchgeführt werden.

Vom ärztlichen Standpunkt aus ist die Teilnahme der Frau Spieß an einem Gerichtstermin abzulehnen.

Dr. Rasenack
Medizinaldirektor"

Die Niederschrift über den einundzwanzigsten Verhandlungstag, den 28. Januar 1972, enthält folgende Vermerke:

Bl.115-115R
Protokoll-
band

"Die zu heute geladene Zeugin Spieß ist nicht erschienen. Die Zeugin Spieß ist wegen Krankheit entschuldigt.

Im Einverständnis der Staatsanwaltschaft, des Angeklagten und seiner Verteidiger

b. u. v.

Das richterliche Protokoll über die Vernehmung der Zeugin Spieß vom 1. April 1971 (Bd. C XVIII, Bl.39 ff.) soll verlesen werden.

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Es wurde festgestellt daß die Zeugin unvereidigt geblieben ist gemäß § 61 Nr. 2 StPO als geschiedene Ehefrau des Angeklagten.

B. u. v.

Die Aussage der Zeugin Spieß soll als nicht eidliche Aussage behandelt werden gemäß § 61 Nr. 2 StPO (geschiedene Ehefrau des Angeklagten)."

Urteils-
band
Bl.120-121

- V. Zur Rüge der Verletzung des § 251 Abs. 4 Satz 2 StPO in den beiden Fällen der Verlesung der Aussage der Zeugen Leonardo de Benedetti und Primo Levi:

Die Niederschrift über den dreiundzwanzigsten Verhandlungstag, den 4. Februar 1972, enthält folgende Vermerke:

Bl.127-128
Protokoll-
band

"Im allseitigen Einverständnis

b. u. v.

Die beglaubigte Übersetzung der Vernehmung des Zeugen Leonardo de Benedetti vom 30. April 1971 (LO 48 (2)) soll verlesen werden.

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Es wurde festgestellt, daß der Zeuge unvereidigt geblieben ist.

B. u. v.

Die Aussage soll als nicht eidliche Aussage gemäß § 61 Nr. 2 StPO (Verletzter) behandelt werden.

Im allseitigen Einverständnis

b. u. v.

Die beglaubigte Übersetzung der Vernehmung des Zeugen Primo Levi vom 3. Mai 1971 (LO 49) soll verlesen werden.

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Es wurde festgestellt, daß der Zeuge unvereidigt geblieben ist.

B. u. V.

Die Aussage soll als nicht eidliche Aussage gemäß § 61 Nr. 2 StPO (Verletzter) behandelt werden."

Urteils-
band
Bl. 121-123

VI. Zur Rüge der Verletzung des § 251 Abs. 4 Satz 3 StPO in den Fällen der Verlesung der richterlichen Aussagen der Zeugen Alberto Calo, Frieda Misul, Albina Capazzi - nicht Capatzki - , Olga Bergmann, Josef Didingen - nicht Tidinger - und Luise Hering - nicht Häring - :

Die Niederschrift über den dreiunddreißigsten Verhandlungstag, den 14. März 1972, enthält folgende Vermerke:

Bl. 185R-186
Protokoll-
band

"Im allseitigen Einverständnis

b. u. v.

Die Aussagen der Zeugen Calo, Misul, Rugiadi, Saralvo, Pavia, Capazzi, Bergmann, Didingen und Hering sollen gemäß § 251 Abs. 1 Nr. 4 StPO verlesen werden.

Der Beschluß wurde wie folgt ausgeführt:

richterliche Vernehmung des Zeugen Alberto Calo, LO 48a.

Die Aussage wird als uneidliche Aussage gewertet, da der Zeuge gemäß § 61 Ziff. 2 StPO Verletzter ist.

Richterliche Aussage der Zeugin Frieda Misul, verh. Rugiadi, LO 50,

die Aussage wird als uneidliche Aussage gewertet, da die Zeugin gemäß § 61 Ziff. 2 StPO Verletzte ist."

Bl. 187-187R
Protokoll-
band

"richterliche Vernehmung der Zeugin
Albina Capazzi, LO 48 a,
die Aussage wird als uneidlich gewertet,
da die Zeugin gemäß § 61 Ziffer 2 StPO
Verletzte ist.

Richterliche Vernehmung der Zeugin Olga
Bergmann, L 48 (2)

die Aussage wird als uneidliche Aussage
gewertet, da die Zeugin gemäß § 61 Zif-
fer 2 StPO Verletzte ist.

Richterliche Vernehmung des Zeugen Josef
Didinger vom 19. November 1970, LO 28,
die Aussage wird als uneidliche Aussage
gewertet, da der Zeuge gemäß § 60 Ziffer
2 StPO der Tatbeteiligung verdächtig ist.

Richterliche Vernehmung der Zeugin Luise
Häring vom 22. Oktober 1970, LO 18,
die Aussage wird als uneidliche Aussage
gewertet, da die Zeugin gemäß § 60 Zif-
fer 2 StPO der Tatbeteiligung verdächtig
ist."

Urteils-
band
Bl. 123-125

VII. Zur Rüge der Verletzung des § 60 Nr. 2 StPO im
Falle der Verlesung der richterlichen Aussage
der österreichischen Zeugin Erika Scholz:

Die Niederschrift über den fünften Verhandlungs-
tag, den 30. November 1971, enthält folgende
Vermerke:

Bl. 30
Protokoll-
band

"Im allseitigen Einverständnis

b. u. v.

Das richterliche Vernehmungsprotokoll der
Zeugin Erika Scholz vom 13. Mai 1970 soll
gemäß § 251 Abs. 1 Nr. 4 StPO verlesen
werden (LO 17).

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Es wurde festgestellt, daß die
Zeugin beeidigt wurden ist."

Bl. 30R
Protokoll-
band

"Nach Beratung

b. u. v.

Die Aussage der Zeugin Scholz wird als unbeeidigte Aussage behandelt gemäß § 60 Nr. 2 StPO, weil die Zeugin der Beteiligung an der Tat, die den Gegenstand der Untersuchung bildet, verdächtig ist."

Die Niederschrift über den neunzehnten Verhandlungstag, den 21. Januar 1972, enthält folgenden Vermerk:

Bl. 97R
Protokoll-
band

"Der Angeklagte, die Verteidiger und die Staatsanwaltschaft verzichten auf eine Vernehmung der in Österreich ansässigen Zeugen."

Urteils-
band
Bl. 125-126

VIII. Zur Rüge der Verletzung des § 59 StPO durch die gemäß § 60 Nr. 2 StPO unterbliebene Verurteilung des Zeugen Lahr:

Die Niederschrift über den dreiundzwanzigsten Verhandlungstag, den 4. Februar 1972, enthält folgende Vermerke:

Bl. 124-125R
Protokoll-
band

"Erschienen war der Zeuge Lahr.

Er wurde belehrt wie die Vorzeugen und ferner gemäß § 55 StPO.

36. Zeuge

Zur Person

Ich heiße Kurt Lahr,
bin 59 Jahre alt, Kriminalrat i.R.,
wohnhaft in Emmelshausen,
mit dem Angeklagten nicht verwandt und
nicht verschwägert.
Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Er erklärte:

"1938 ging ich zur Polizei. Ich war zunächst in Koblenz in der Abteilung III - Spionage und Abwehr - tätig. Nachdem ich zwischenzeitlich in Frankreich war, kam ich im Mai 1941 zum BdS nach Holland.

Chef war dort Dr. Harster. Vom 1. Februar 1943 bis Dezember 1943 war ich in Berlin. Im Januar 1944 kam ich nach Italien. In Verona erhielt ich die Abteilungen Abwehr und Gegenspionage. Mein unmittelbarer Vorgesetzter war Dr. Kranebitter.

In Italien war die Judenfrage überhaupt kein Problem. Die Italiener waren nicht judenfeindlich.

BoShammer lernte ich im Kasino kennen.

Wir freundeten uns an. Ich war aufgrund meiner Tätigkeit viel unterwegs. In meiner Freizeit war ich jedoch häufig mit BoShammer zusammen. Er war auf der Dienststelle in Verona nicht sehr beliebt. Ich meine, daß der Grund dafür der war, daß er den alten Haudegen gegenüber immer den Akademiker herauskehrte. Außer mit mir hatte BoShammer noch mit Dr. Huegel Kontakt. BoShammer brauchte sich an keine Dienstzeiten zu halten. Er kam, wann er wollte.

Das Lager Fossoli ist mir nicht bekannt. Mit Judenangelegenheiten hatte ich nichts zu tun. BoShammer hat mir ebenfalls nichts über Judenangelegenheiten erzählt. BoShammer war im übrigen nicht der Typ eines strammen SS-Führers. BoShammer war allen Dingen gegenüber aufgeschlossen.

Über die Stellung BoShammers auf der Dienststelle kann ich nichts sagen. Ich kann auch nicht sagen, ob er Weisungen direkt aus Berlin erhielt."

B. u. V.

Der Zeuge bleibt gemäß § 60 Nr. 2 StPO wegen des Verdachts der Tatbeteiligung unvereidigt

Urteils-
band
Bl. 126-130

IX. Zur Rüge der Verletzung des § 250 StPO durch die Gutachtenerstattung des Sachverständigen Dr. Scheffler über "Die Endlösung der Judenfrage in Italien":

Die Niederschrift über den sechsten Verhandlungstag, den 3. Dezember 1971, enthält folgende Vermerke:

B1.32
Protokoll-
band

"als Sachverständiger war erschienen:

1. Dr. Scheffler,
2. Dr. Ravenna; "

B1.32R
Protokoll-
band

"Rechtsanwalt von Heynitz erklärte:

"Die Sachverständige Dr. Ravenna wird wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt."

Die Staatsanwaltschaft
beantragte, den Antrag abzulehnen.

Dem Angeklagten und seinen Verteidigern wurde Übersetzung des Gutachtens der Sachverständigen Dr. Ravenna ausgehändigt.

Die Sachverständige erklärte auf Befragen:

"Ich arbeite als Angestellte seit 1960 am Jüdischen Dokumentationszentrum. Ich halte mich nicht für befangen."

B1.33
Protokoll-
band

"Rechtsanwalt von Heynitz
überreichte nunmehr das aus der Anlage zum Protokoll ersichtliche Ablehnungsgesuch gegen die Sachverständige Dr. Ravenna, das er zu^{er}verlesen hatte."

Die Anlage zu der Niederschrift über den sechsten Verhandlungstag, den 3. Dezember 1971, hat folgenden Wortlaut:

B1.36-36R
Protokoll-
band

"In der Strafsache Boßhammer 3.12.71

wird Frau Dr. Ravenna als Sachverständige wegen der Besorgnis der Befangenheit abgelehnt.

Fr. Dr. Ravenna ist dem Vernehmen nach jüdischen Glaubens. Die Verteidigung muss von der historischen Tatsache ausgehen, dass die Juden in Deutschland und den abhängigen Gebieten staatlich verfolgt worden sind und der Staat sich dazu der Kräfte der Sicherheitspolizei bedient hat; allein aus dieser Tatsache ergibt sich, dass ein Sachverständiger jüdischen Glaubens in der Beurteilung dieser Vorgänge in einer Weise voreingenommen sein muss, die für den Angeklagten vernünftige Zweifel an ihrer Objektivität erzeugen muß.

Weiter ist sie entgeltlich für die Staatsanwaltschaft in diesem Verfahren in der Ermittlung tätig gewesen.

Als sachverständige Zeugin dürfte Fr. Dr. Ravenna schon deshalb nicht in Frage kommen, weil sie kein Zeuge aus der Tatzeit sein kann.

Dr. v. Heynitz "

Bl. 33R-34
Protokoll-
band

"Nach Beratung

b. u. v.

Die Ablehnung der Sachverständigen Frau Dr. Ravenna wegen Besorgnis der Befangenheit ist begründet, weil sie als Ermittlungshelfin der Staatsanwaltschaft tätig geworden ist und außerdem nahe Familienangehörige durch die NS-Verfolgung verloren hat (§§ 74, 24 Abs. 2 StPO).

Die Auffassung der Verteidigung, die Besorgnis der Befangenheit ergebe sich schon aus der jüdischen Glaubenszugehörigkeit der Sachverständigen, ist nicht begründet.

Frau Dr. Ravenna soll als sachverständige Zeugin vernommen werden.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß die sachverständige Zeugin Dr. Ravenna sich bis 13.45 Uhr aus dem Sitzungssaal entfernen kann.

Um 11.00 Uhr entfernten sich die sachverständige Zeugin Dr. Ravenna und der Dolmetscher.

Der Vorsitzende wies den Sachverständigen Dr. Scheffler auf die Pflichten und die Bedeutung des Sachverständigen-
eides gemäß §§ 72, 57 StPO hin.

Sachverständiger

Zur Person

Ich heiße Dr. Wolfgang Scheffler, bin 42 Jahre alt, Historiker, mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht verschwägert.

Der Sachverständige begann mit der Gutachter-
tatsachterstattung.

Er erstattete ein Gutachten über die Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland, den Antisemitismus der Nationalsozialisten, die Judenverfolgung von 1933 bis 1945 und den Aufbau des RSHA."

B1.34R-35
Protokoll-
band

"Um 11.30 Uhr erklärte der Angeklagte auf Befragen, er könne den Sachverständigen schlecht verstehen. Im übrigen habe er eine Zahnextraktion vornehmen lassen und habe aus diesem Grunde die letzten beiden Nächte nicht geschlafen.

Um 11.30 trat daraufhin eine Pause ein bis 13.45 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 13.45 Uhr wurde diese fortgesetzt.

Der Angeklagte erklärte, er könne nunmehr wieder der Verhandlung folgen. Er meine, vor der Pause vorübergehend eingeschlafen zu sein. Er erklärte: "Ich war bis Seite 9 des Gutachtens Punkt 7 zuende, präsent".

Erschienen war erneut die sachverständige Zeugin Dr. Ravenna sowie der Dolmetscher.

Die sachverständige Zeugin Dr. Ravenna und der Dolmetscher wurden mündlich geladen auf den 7. Dezember 1971, 9.00 Uhr.

Im allseitigen Einverständnis wurden die sachverständige Zeugin Dr. Ravenna sowie der Dolmetscher um 13.50 Uhr für heute entlassen.

Der Sachverständige Dr. Scheffler setzte die Gutachtenerstattung fort, und zwar ab Seite 9, Punkt 7."

B1.35-35R
Protokoll-
band

"Um 14.35 Uhr trat eine Pause ein bis 14.45 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 14.45 Uhr wurde diese fortgesetzt.

Der Sachverständige Dr. Scheffler setzte die Gutachtenerstattung fort.

Die Gutachtenerstattung durch den Sachverständigen Dr. Scheffler wurde unterbrochen."

Die Niederschrift über den siebenten Verhandlungstag, den 7. Dezember 1971, enthält folgende Vermerke:

Bl. 37
Protokoll-
band

"Als Sachverständiger war Dr. Scheffler erschienen."

Bl. 37R
Protokoll-
band

"Nach Anhörung der Staatsanwaltschaft, des Angeklagten und des Verteidigers

B. u. v.

Auf die Vernehmung der zu heute geladenen sachverständigen Zeugin Dr. Ravenna wird unter Abänderung des Beschlusses vom 3. Dezember 1971 insoweit im allseitigen Einverständnis verzichtet.

Der Sachverständige Dr. Scheffler wurde weiterhin für den 8. Februar 1972, 9.30 Uhr, Saal 700, mündlich geladen.

Um 9.25 Uhr trat eine Pause ein bis 10.10 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 10.10 Uhr wurde diese fortgesetzt."

"Der Sachverständige setzte nunmehr die Gutachtenerstattung fort."

Bl. 38
Protokoll-
band

"Der Sachverständige wurde vereidigt.

Im allseitigen Einverständnis wurde der Sachverständige um 11.05 Uhr entlassen."

Die Niederschrift über den vierundzwanzigsten Verhandlungstag, den 8. Februar 1972, enthält folgende Vermerke:

Bl. 130
Protokoll-
band

"Als Sachverständiger erschien Dr. Scheffler."

Bl. 130R-133
Protokoll-
band

"Sachverständiger

Zur Person

Ich heiße Dr. Wolfgang Scheffler, bin 42 Jahre alt, Historiker, wohnhaft in Berlin, mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht verschwägert.

Der Sachverständige erstattete das Gutachten zur "Endlösung der Judenfrage in Italien".

Die Gutachtenerstattung durch den Sachverständigen wurde unterbrochen.

B. u. v.

Gemäß § 249 StPO sollen verlesen werden:

1. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 2. Dezember 1943 (LO 70 b, Hh f, Bl.45);
2. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 10. Dezember 1943 (LO 70 b, Hh. a, Bl.9);
3. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 20. Dezember 1943 (LO 70 b, Hh. f , Bl. 49);
4. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 20. Dezember 1943 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 7);
5. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Telegramms vom 27. Dezember 1943 (LO 70 c, Hh. b, Bl. 2);
6. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Telegramms (LO 70 c, Hh. b, Bl. 4);
7. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Telegramms vom 23. Januar 1944 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 15);
8. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Fernschreibens vom 26. Januar 1944 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 12);
9. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Telegramms vom 31. Januar 1944 (LO 70 c, Hh. b, Bl. 21);
10. Fotokopien der beglaubigten Übersetzungen
 - a) des Telegramms vom 23. Januar 1944,
 - b) des Vermerks vom 14. Februar 1944,
 - c) des Telegramms vom 15. Februar 1944,
 - d) des Schreibens vom 24. Februar 1944,
 - e) des Schreibens vom 3. März 1944.

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Der Sachverständige setzte die Gutachtenerstattung fort.

Um 11.15 Uhr wurde die Gutachtenerstattung unterbrochen.

Es trat eine Pause ein bis 13.00 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 13.00 Uhr wurde diese fortgesetzt.

B. u. v.

Gemäß § 249 StPO sollen verlesen werden:

1. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 27. Februar 1944 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 18);
2. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 3. März 1944 (LO 70 b, Hh. f, Bl. 64);
3. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 7. März 1944 (LO 70 a, Hh. a);
4. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 28. Februar 1944 (LO 70 c, Hh. c);
5. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 5. Juni 1944 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 189);
6. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 12. Juni 1944 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 191);
7. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 19. Juni 1944 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 85);
8. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 4. Juli 1944 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 88);
9. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 2. März 1944 (LO 70 h, Hh. b, Bl. 17);
10. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 27. Januar 1944 (LO 70 c, Hh. b, Bl. 14);
11. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 10. März 1944 (LO 70 b, Hh. f, Bl. 116);
12. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Vermerks (LO 70 b, Hh. b, Bl. 125);
13. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 10. April 1944 (LO 70 b, Hh. b, Bl. 123);

14. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Vermerks auf dem Schreiben vom 10. April 1944 (LO 70 b, Hh. b, Bl. 125);
15. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens (LO 70 b, Hh. f, Bl. 11);
16. Fotokopien der beglaubigten Übersetzungen (LO 70 b, Hh. f, Bl. 76 und 78);

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Der Sachverständige setzte die Gutachten-erstattung fort.

Der Sachverständige versicherte die Richtigkeit seines Gutachtens unter Bezugnahme auf den bereits am 7. Dezember 1971 (Bl. 61 Protokollband) geleisteten Eid. "

Urteils-
band
Bl. 130-131

X. Zur Rüge der Verletzung des § 256 Abs. 1 StPO:

Die Niederschrift über den ersten Verhandlungstag, den 16. November 1971, enthält folgenden Vermerk:

Bl. 2
Protokoll-
band
Bl. 2R
Protokoll-
band

"Gemäß § 249 StPO wurden verlesen:"

1) bis 4) pp.

"5) Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 27. Juli 1942 (LO 1, Hh. b);

6) Fotokopie des Beförderungsvorschlags vom 29. Juni 1943 (LO 1, Hh. a);

7) Fotokopie des Ordensverleihungsvorschlags vom 31. Juli 1944 (LO 1, Hh. a)."

Urteils-
band
Bl. 131-133

XI. Zur Rüge der Verletzung des § 136a StPO in Verbindung mit § 69 Abs. 3 StPO:

Die Niederschrift über den siebenundzwanzigsten Verhandlungstag, den 18. Februar 1972, enthält folgende Vermerke:

Bl. 145-148R
Protokoll-
band

"Als Zeuge war erschienen Albin Eisenkolb.
Der Zeuge wurde belehrt wie die Vorzeugen
und ferner gemäß § 55 StPO.

42. Zeuge

Zur Person

Ich heiße Albin Eisenkolb

bin 58 Jahre alt, Kaufmann, wohnhaft in
Furthhammer,

mit dem Angeklagten nicht verwandt und
nicht verschwägert.

Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Er erklärte:

"Ich bin von Beruf Musiker. 1933 ging
ich zur SS. Ich war bei der Leibstan-
darte. Bis Mai 1942 blieb ich in Ber-
lin und wurde dann nach Rußland abkom-
mandiert. Nach meiner Rückkehr war ich
noch einige Zeit in Berlin und kam dann
im September 1943 nach Italien. Von Ju-
dentötungen war mir zu diesem Zeitpunkt
nichts bekannt. Ich hatte auch nicht
gerüchteweise davon gehört. Mein unmit-
telbarer Vorgesetzter war Dannecker.
Am Gardasee trafen Dannecker und Dr.
Horster zusammen. Ich hörte ein Gespräch
mit an, in dem Dr. Horster zu Dannecker
sagte: "Von allem was Sie hier tun,
möchte ich unterrichtet sein". Ich nehme
an, daß Dannecker Befehle direkt aus Ber-
lin bekam. Auf unserer Fahrt nach Rom
schloß ich aus den Erzählungen von
Dannecker, daß unsere Tätigkeit in
Italien Judenangelegenheiten betraf.
In Rom meldete sich Dannecker bei
Kappler. Am 17. Oktober 1943 fand die
Razzia in Rom statt. Ich hatte dabei
keine Aufgabe. Ich habe nur zugeschaut.
Ich habe den Saal gesehen, wo die fest-
genommenen Juden untergebracht wurden.
Sie wurden später mit Lkw's abtranspor-
tiert. Es hieß, sie kämen nach Deutsch-
land.

Kurze Zeit nach dieser Aktion kam ich
nach Verona. Chef war dort Dr. Horster.
Zunächst wurde ich niemand zugeteilt.
Eine bestimmte Aufgabe hatte ich nicht.

Es kann sein, daß im Februar 1944 Boß-
hammer kam. Mein Chef war Boßhammer."

Die Staatsanwaltschaft

beantragte die wörtliche Niederschreibung
eines bestimmten Teils der Aussage des Zeu-
gen Eisenkolb.

Der Vorsitzende

ordnete die wörtliche Niederschreibung folgenden Teils der Aussage des Zeugen Eisenkolb an:

"Ich habe im Nebenzimmer von Boßhammer gegessen und habe überhaupt nichts zu tun gehabt."

Der Zeuge Eisenkolb erklärte weiter:

"Ich erinnere mich einmal mit Boßhammer und einem anderen SS-Mann eine Dienstreise gemacht zu haben. Während dieser Dienstreise sprach Boßhammer mit verschiedenen italienischen Dienststellen über Judenangelegenheiten.

Hinsichtlich meiner Tätigkeit erinnere ich mich jetzt, daß Boßhammer mir öfter allgemeine Sachen in die Maschine diktiert hat.

Ich bin meiner Erinnerung nach nie im Lager Fossoli gewesen. Den Lagerkommandanten Titho kenne ich vom Hörensagen. Als Fahrer von Dr. Horster habe ich ihn nie kennengelernt.

Ich möchte nunmehr sagen, daß es möglich ist, daß ich mal in Fossoli war.

Wenn nicht Dr. Horster die Befehle zur Zusammenstellung eines neuen Transportes gegeben hat, muß es Boßhammer gewesen sein. Ich hatte damit nichts zu tun.

Wenn Boßhammer sagt, daß, als er nach Verona kam, alles bereits von Dannecker organisiert war hinsichtlich der Judenmaßnahmen, so trifft dies nicht zu.

Herr Boßhammer war ein sehr verschlossener, mißtrauischer, selbstbewußter Mann. Er ließ sich in seine Tätigkeit nicht hineinreden.

Ich kann mich nicht erinnern, Transportlisten geschrieben zu haben. Solche Listen - wenn sie nicht von Titho kamen - können nur von Boßhammer der Sekretärin diktiert worden sein.

Herr Boßhammer achtete stets darauf, daß alles nach seinen Weisungen lief. Herr Boßhammer war der Nachfolger von Dannecker. Boßhammer bekam öfter Besuche von Italienern. Anlässlich eines solchen Besuches erklärte mir Herr Boßhammer einmal, daß es sich bei dem Besucher um ei-

nen Mischehepartner gehandelt hätte.
Er hätte ihn laufen lassen müssen.

Es sei nichts zu machen gewesen.

Ich erinnere mich, daß Mischehepartner nicht festgenommen werden sollten.

Ich habe keine selbständige Tätigkeit ausgeübt. Wenn ich etwas geschrieben habe, so geschah dies auf Weisung von Herrn Boßhammer. Aufgrund der Schriftstücke, die ich auf Weisung von Herrn Boßhammer zu schreiben hatte, hatte ich den Eindruck, daß Herr Boßhammer in der Materie genau Bescheid wußte.

Ich erinnere mich, daß ich auf Weisung von Herrn Boßhammer Rundschreiben an die italienischen Quästoren zu schreiben hatte. Es ist auch möglich, daß ich Rundschreiben an die Außenkommandos schrieb.

Ich entsinne mich, daß einmal ein italienischer Offizier erschien, der berichtete, daß bei Verona einige Juden gesammelt worden seien. Zusammen mit Herrn Boßhammer haben wir die Festgenommenen mitgenommen.

Es trifft nicht zu, daß ich einmal einen Mischehepartner selbständig festgenommen habe.

Auf die Frage, ob ich einmal einen Transport nach Auschwitz begleitet habe als Führer oder in anderer Eigenschaft verweigere ich die Aussage.

Herr Boßhammer war mehr auf der Dienststelle als auf Dienstreisen.

Auf die Frage, ob ich während meiner Tätigkeit erfahren habe, daß die Juden aus Italien nach Auschwitz kamen, verweigere ich die Aussage."

B. u. v.

Der Zeuge bleibt gemäß § 60 Nr. 2 StPO wegen des Verdachts der Tatbeteiligung unvereidigt.

Im allseitigen Einverständnis wurde der Zeuge um 10.15 Uhr entlassen.

Die dienstliche Äußerung des Vorsitzenden des Schwurgerichts, Landgerichtsdirektor

Dr. Fitzner, vom 14. August 1972 über die Umstände anlässlich der Vernehmung des Zeugen Eisenkolb hat folgenden Wortlaut:

Urteils-
band
Bl.140-141

"Der Vorsitzende
des Schwurgerichts des Landgerichts
- 12. Tagung -

1 Berlin 21, den 14. 8. 1972
Turmstraße 91

Dienstliche Aeusserung

Zu den Ausführungen auf Seite 30 - 32 der Revisionsbegründungsschrift vom 29. Juli 1972 nehme ich, gestützt auf meine jeweils unmittelbar nach der Sitzung niedergelegten stenographischen Notizen, wie folgt Stellung:

Der Zeuge Eisenkolb wurde am 28. Februar 1972 vor dem Schwurgericht nach Belehrung gemäss §§ 57, 55 StPO vernommen. Er erklärte, in Verona in dem vom Angeklagten geleiteten Judenreferat überhaupt nichts getan zu haben. Diese Aussage stand im Widerspruch zu dem Ergebnis der bisherigen Beweisaufnahme, den Angaben des Zeugen vor dem Untersuchungsrichter und erschien schon nach der Lebenserfahrung als offensichtlich falsch. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft regte daher die Protokollierung dieser Bekundung an. Hierauf habe ich den Zeugen auf seine bisherigen Angaben im Ermittlungsverfahren hingewiesen. Er blieb zunächst bei seiner Behauptung. In scharfer Form habe ich dem Zeugen gesagt, dass seine Behauptung nicht nur eine Zumutung, sondern den Gipfel der Frechheit angesichts der von keinem Prozessbeteiligten in Frage gestellten Tatsache darstelle, dass die Gestapo in Italien die Festnahme tausender von Juden organisiert hat. Ich habe den Zeugen nochmals zur Wahrheit ermahnt und ihn klar und deutlich belehrt, dass er auf bestimmte Fragen die Auskunft verweigern könne, sonst aber zu einer wahrheitsgemässen und vollständigen Aussage verpflichtet sei. Er sei nicht berechtigt, etwas zu verschweigen, weil er sich sonst der Gefahr einer Strafverfolgung aussetze. Der Zeuge blieb auch jetzt noch bei seiner Behauptung, die wörtlich protokolliert wurde. Angesichts der

45
starren Haltung des Zeugen habe ich ihm klar gemacht, dass das Gericht die Pflicht hat, die Wahrheit zu erforschen und dass seine Aussage mit der protokollierten Erklärung nicht beendet sei. Er werde nicht eher als Zeuge entlassen werden, ehe er nicht zu allen Tatsachen, die er beim Untersuchungsrichter noch in Erinnerung gehabt habe, eingehend Stellung genommen habe. Vorher käme er nicht aus dem Saal.

Die Formulierung: "Sonst kommen Sie hier nicht mehr heraus!" ist von mir nicht gebraucht worden.

Zu keinem Zeitpunkt der Vernehmung des Zeugen Eisenkolb ist von mir gesagt worden: "Herr Staatsanwalt, ich stelle anheim, gegen den Zeugen Haftbefehl zu erlassen, falls dieser nicht bereit ist, wahrheitsgemäss auszusagen!". Die behauptete Äusserung enthält so viele prozessuale Unmöglichkeiten, dass sie von mir nicht gebraucht werden würde. Weder ist der Staatsanwalt für den Erlass eines Haftbefehls zuständig noch der Vorsitzende für einen entsprechenden Antrag. Da der Zeuge, nachdem er eingesehen hatte, dass das Schwurgericht sich mit seiner Behauptung, er habe überhaupt nichts zu tun gehabt, nicht zufrieden geben würde, Auskunft über seine Tätigkeit im Judenreferat gab, entfielen auch Überlegungen über Sofortmassnahmen.

Dr. Fitzner
Landgerichtsdirektor"

Diedienstliche Äußerung des Ersten Staatsanwalts
Hölzner vom 14. August 1972 über die Umstände
anlässlich der Vernehmung des Zeugen Eisenkolb
hat folgenden Wortlaut:

Urteils-
band
Bl. 144-145

"Dietrich Hölzner
Erster Staatsanwalt
Berlin 21, den 14. August 1972

Dienstliche Äußerung

In der Strafsache gegen Friedrich Boßhammer
wegen Mordes - 1 Ks 1/71 (RSHA) - Äußere
ich mich zu der von dem Verteidiger, Herrn

Rechtsanwalt Möller, in seiner Revisionsbegründung vom 29. Juli 1972 erhobenen Rüge der Verletzung des § 136 a StPO in Verbindung mit § 69 Abs. 3 StPO (Bl. 131-133 des Urteilsbandes) wie folgt:

Zusammen mit Herrn Staatsanwalt Stief habe ich als Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft an der Hauptverhandlung vom 18. Februar 1972 teilgenommen. An diesem Tage wurde auch der Zeuge Eisenkolb vernommen, der zunächst äußerst zögernd und widerwillig aussagte. Dadurch sah sich der Vorsitzende, Herr Landgerichtsdirektor Dr. Fitzner, schließlich zu der Frage veranlaßt, was er - der Zeuge - denn damals in Verona überhaupt gemacht habe. Daraufhin antwortete der Zeuge, er habe seinerzeit gar nichts gemacht.

Diese Aussage war ersichtlich falsch. Sie stand nicht nur im Gegensatz zu dem bisherigen Ergebnis der Beweisaufnahme, sondern auch zu den früheren Bekundungen des Zeugen. Wegen des Verhaltens des Zeugen - es tangierte zu diesem Zeitpunkt den Bereich eines Aussagedelikt und der Begünstigung - wurde der Vorsitzende ersichtlich ärgerlich. Er bezeichnete die Aussage als falsch und erklärte, im bisherigen Verlauf der Hauptverhandlung hätten sich zwar schon viele Zeugen "zu drücken" versucht, eine solche "Frechheit" sei aber noch nicht vorgekommen. Im Anschluß daran brachte er dem Zeugen gegenüber sinngemäß zum Ausdruck, er werde ihm solange Vorhalte machen, bis er sich zu einer wahrheitsgemäßen Aussage durchgerungen habe. Eher könne er nicht entlassen werden. An die Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft richtete der Vorsitzende dem Sinne nach - der genaue Wortlaut ist mir nicht mehr rememberlich - die Frage, ob der Zeuge nicht sofort festzunehmen sei.

Um die Situation etwas zu entkrampfen - ich rechnete ohnehin damit, daß der Zeuge nach entsprechenden Vorhalten ebenso wie beim Untersuchungsrichter die Wahrheit sagen würde - beschränkte ich mich darauf, die wörtliche Protokollierung der Aussage zu beantragen. Diesem Antrag wurde stattgegeben.

Die weitere Einvernahme des Zeugen, der dann auch wahrheitsgemäße Angaben machte, verlief ruhig.

Ich bin sicher, daß ich meinen Antrag auf wörtliche Protokollierung nach dem geschilderten Zwischenfall gestellt habe.

Hölzner "

Die dienstliche Äußerung des Staatsanwalts Stief vom 10. August 1972 über die Umstände anlässlich der Vernehmung des Zeugen Eisenkolb hat folgenden Wortlaut:

Urteils-
band
Bl. 136-137

"Gerhard Stief
Staatsanwalt

Berlin 21, den 10. August 1972

Dienstliche Äußerung

In der Strafsache gegen Friedrich Boshammer wegen Mordes äußere ich mich zu der von dem Verteidiger, Herrn Rechtsanwalt Möller, in seiner Revisionsbegründung vom 29. Juli 1972 auf Seiten 30-32 (Bl. 131-133 des Urteilsbandes) erhobenen Rüge der Verletzung des § 136 a StPO in Verbindung mit § 69 Abs. 3 StPO wie folgt:

An der Hauptverhandlung vom 18. Februar 1972 habe ich zusammen mit Herrn Ersten Staatsanwalt Hölzner als Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft teilgenommen. Die Umstände der Vernehmung des Zeugen Eisenkolb, insbesondere eine scharfe Reaktion des Vorsitzenden, Herrn Landgerichtsdirektor Dr. Fitzner, im Laufe dieser Vernehmung sind mir noch gut in Erinnerung:

Die scharfe Reaktion des Vorsitzenden wurde durch das Verhalten des Zeugen Eisenkolb hervorgerufen, der so widerwillig und zögernd aussagte, daß der Vorsitzende ihn schließlich fragte, was er denn überhaupt im Frühjahr 1944 in Verona gemacht habe. Der Zeuge antwortete, er habe nichts gemacht.

Auf diese - offensichtlich falsche, weil im Gegensatz zu dem bisherigen Ergebnis der Beweisaufnahme und den Bekundungen dieses Zeugen vor dem Untersuchungsrichter stehende -

Antwort wies der Vorsitzende den Zeugen mit erhobener Stimme daraufhin, daß er offenbar die Unwahrheit sage und fügte hinzu, schon zahlreiche Zeugen hätten versucht "sich zu drücken", aber noch keiner in so frecher Weise.

Gleichzeitig erklärte der Vorsitzende dem Zeugen, er werde ihn nicht entlassen, ehe er sich zu einer wahrheitsgemäßen Aussage bereitgefunden habe. Zu den Sitzungsvertretern der Staatsanwaltschaft gewandt äußerte der Vorsitzende sinngemäß, daß doch wohl die Frage des Erlasses eines Haftbefehls zu prüfen sei.

Herr Erster Staatsanwalt Hölzner reagierte betont zurückhaltend lediglich mit dem Antrag auf wörtliche Protokollierung der Aussage des Zeugen Eisenkolb. Diesem Antrage gab der Vorsitzende statt.

Die weitere Vernehmung des Zeugen Eisenkolb nahm einen ruhigen Verlauf.

Mit Sicherheit folgten der Antrag auf wörtliche Protokollierung und die entsprechende Anordnung dem beschriebenen Zwischenfall.

Stief "

Schmidt

Erster Staatsanwalt

Beglaubigt

Schmann
Justizangestellte

1.8.72

Eilt sehr!

49

Vfg.

- ✓ 1) Vermerk: Haftmerkzettel geprüft und ergänzt. *prüfen u. ergänzen und die Unterschrift des Revisionsberichts sind*
- ✓ 2) Diese Verfügung ist zu den Handakten zu nehmen.
- ✓ 3) Es sind zu fertigen, soweit nicht vorhanden:

- | | | | |
|------|---|--|-------------|
| a) | 3 | beglaubigte Abschriften des Urteils | Bl. 1/87 |
| b) | 3 | " " " " mit Zustellungs-
vermerk | Bl. _____ |
| c) | 2 | " " der Revisionseinlegung mit
Eingangsvermerk | Bl. 82 |
| ✓ d) | 2 | " " der Revisionsbegründung mit
Eingangs- und Zustellungs-
vermerk der StA | Bl. 102/133 |
| ✓ e) | 2 | " " der Gegenerklärung mit
Eingangsvermerk | Bl. 146/174 |
| f) | 1 | Abschrift der Revisionsbegründung der
Staatsanwaltschaft mit Eingangsvermerk | Bl. _____ |

(Es ist nur der Eingangsvermerk zu verwenden, der im Revisionsbericht angegeben ist).

- ✓ 4) Von den Abschriften zu 3) sind zu nehmen:
 - a) ja eine von a) bis e) zu den Handakten
 - b) je zwei von a) bis d) zu den anzulegenden Beiheften
- 5) Entwurf des Revisionsberichts anliegend.
- ✓ 6) Reinschrift des Berichts und 1 Abschrift fertigen.
- 7) Alsdann mir wieder vorlegen (Kontrolle).
- 8) Akten, Bd. Beiakten und 2 Beihefte an die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht - Generalbundesanwalt - mit Bericht übersenden (Vordruck G 17 beifügen).
- 9) Nach 5 Monaten.

(ohne Haftmerkzettel,
ohne Handakten,
ohne Beiakten)

Berlin, den 19. SEP. 1972

Geprüft

25. SEP. 1972

(Fenner)
Justizamtsrat

(Fenner)
Justizamtsrat

Justiz - Amtm. - ober - inspektor

R. Nr. 8

H. H. P. Müller
zu G/ Ber. 34

Die Revision de Angeklagten zu ist durch Beschluß des
— Landgerichts — Schöffengerichts — Amtsgerichts — vom
als unzulässig verworfen worden Bl. Bd.

Der Beschluß ist zugestellt an — de Verteidiger —
de Angeklagte zu am 19 Bl. Bd.

Der Antrag de — Verteidiger de — Angeklagten zu
auf die Entscheidung des Revisionsgerichts nach § 346 Abs. 2 StPO
ist eingegangen Bl. Bd.

Antrag de — Verteidiger de — Angeklagten auf Wiederein-
setzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Revisions —
begründungs — frist vom 19 Bl. Bd.

Von der in der Revisionsinstanz ergehenden Entscheidung des — Bundesgerichtshofs — Kammergerichts
— bitte ich mir neben den für die Beteiligten bestimmten Stücken Überstücke für Mittei-
lungszwecke zu übersenden.

Es liegen an:

140 "Bande Stra fakten (138 nummerierte Bände,
1 Protokollband,
1 Urteilsband),
Band Beiakten
Band Heft Handakten

je 1 Beiheft für das Revisionsgericht — und die Bundesanwaltschaft — Staatsanwaltschaft bei dem Kam-
mergericht — enthaltend je eine beglaubigte Abschrift

- a) je 1 — Ausfertigung — beglaubigte Abschrift — des Urteils vom
2/ b) je 1 — Ausfertigung — beglaubigte Abschrift — des angefochtenen Urteils ,
3/ c) je 1 beglaubigte Abschrift der Revisionseinlegungen ,
4/ d) je 1 beglaubigte Abschrift der Revisionsbegründungen ,
5/ e) je 1 beglaubigte Abschrift der Gegenerklärungen ,
f) je 1 beglaubigte Abschrift der landesrechtlichen oder örtlichen Vorschriften, die für das Strafver-
fahren von Bedeutung sind.

1 Berichtsdoppel ,

1 Vordruck zur Benachrichtigung der Staatsanwaltschaft
— Amtsanwaltschaft — vom Eingang der Revisionssache ,

2/ Begleitungsverfügung des
Rechtspflegers ausführen.

H. 19.9.72 Oberstaatsanwalt

Best. 3X

nm. 22. SEP. 1972

18. SEP. 1972

2x berichten:
Staatsanwaltschaft
Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht Kammergericht
Der Oberstaatsanwalt
bei der Amtsanwaltschaft Berlin

Geschäftsnummer: 1 33 1/77 (RSHA)

An
den Generalbundesanwalt
beim Bundesgerichtshof
— Dienststelle Berlin —

über
den Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

über
den Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht

Letzte zur Unterbrechung geeignete richterliche Handlung

vom Bl. Bd.

Weitere Hinweise nach Nr. 163 Abs. 2, 3 RiStV.

Strafsache

gegen — jetzt noch gegen
+ d en ehemaligen Rechtsanwalt Friedrich Bopphammer,
geboren am 20. Dezember 1906 in Opladen / Rheinland,

einer der früheren Pflichtverteidiger:
Rechtsanwalt und Notar
Wolfram von Heynitz,
beigeordnet Bl. 23 Bd. CXXII
Rücknahme der Beordnung Bl. 95^B Urteilsband,
jetziger Wahlverteidiger:
Rechtsanwalt
Heinz Möller,
vollmächtigt Bl. 86, 90 Urteilsband,
Angeklagter in Untersuchungshaft in vorliegender Sache
in der Untersuchungshaft- und Aufnahmeanstalt Moabit
in 1 Berlin 21, Alt-Moabit 12^B, zur Gef. B-Nr. 703/68.

Auf

Nebenkläger-in: Bl. Bd.
Geschäftsnummer:
Nebenbeteiligte — r — :
Geschäftsnummer:
zugelassen am: Bl. Bd.
Vertreter de Nebenkläger — Nebenbeteiligten —
Rechtsanwalt:
Vollmacht Bl. Bd.
Strafantrag ist gestellt am 19 Bl. Bd.
Ortlich geltender gesetzlicher Feiertag (nur ausfüllen, soweit das Ende einer Frist, die
für das Revisionsverfahren wesentlich ist, auf einen solchen Tag fällt):
Die Vorentscheidung der Steuerbehörde nach § 468 A. O. befindet sich Bl. Bd.
Anlagen:

Auf die Revision — den Antrag gemäß § 346 Abs. 2 StPO — des Angeklagten —
gegen das Urteil — den Beschluß — des — Schwurgerichts — großen kleinen Strafkammer — des
Landgerichts werden die Akten gemäß § 347 Abs. 2 StPO übersandt.

Das Urteil ist
in An — Ab — wesenheit de — Angeklagten zu 1
in An — Ab — wesenheit de — Angeklagten zu 2
in An — Ab — wesenheit de — Angeklagten zu 3

Bl. 1/3^B, 10/35^B, 37/50, 52/60^B, 62/107, 105/114, 136/166 Protokollband. verkündet worden. Bl. Bd.

Die Revision ist eingelegt
von der Staatsanwaltschaft am 19 Bl. Bd.
von de — Verteidiger des Angeklagten zu 1 am 17 April 19 72 Bl. 82 Urteilsband.
von de — Verteidiger de Angeklagten zu 2 am 19 Bl. Bd.
von de — Verteidiger de Angeklagten zu 3 am 19 Bl. Bd.
vom Vertreter de Nebenkläger am 19 Bl. Bd.

Beschluß über Anordnungen bezgl. der Strafaussetzung zur Bewährung
(§ 24 StGB, § 268 a Abs. 1 StPO) betr.

de Angeklagten zu 1 vom 19 Bl. Bd.
de Angeklagten zu 2 vom 19 Bl. Bd.
de Angeklagten zu 3 vom 19 Bl. Bd.

Beschwerde hiergegen ist eingelegt
von der Staatsanwaltschaft am 19 Bl. Bd.
von de — Verteidiger de — Angeklagten zu 1 am 19 Bl. Bd.
von de — Verteidiger de — Angeklagten zu 2 am 19 Bl. Bd.
von de — Verteidiger de — Angeklagten zu 3 am 19 Bl. Bd.

Das Urteil ist zugestellt

an die Staatsanwaltschaft am 19 Bl. Bd.
an — dem. Verteidiger (jetzigen Wahlverteidiger) des Angeklagten zu 1 am 5. Juli 19 72 Bl. 81^B Urteilsband.
an — d Verteidiger — d Angeklagten zu 2 am 19 Bl. Bd.
an — d Verteidiger — d Angeklagten zu 3 am 19 Bl. Bd.
an — d Vertreter — d Nebenkläger am 19 Bl. Bd.

Ermächtigungen des jetzigen Wahlverteidigers
Die Vollmacht d Verteidiger zum Empfang des Urteils Ermächtigung zur Rück-
nahme von Rechtsmitteln — zum Verzicht auf Rechtsmittel befinden sich Bl. 86, 90 Urteilsband.

für d Angeklagte zu 1 Bl. Bd.
für d Angeklagte zu 2 Bl. Bd.
für d Angeklagte zu 3 Bl. Bd.

Die Revisionsbegründung ist eingegangen

von der Staatsanwaltschaft am 19 Bl. Bd.
von de — Verteidiger des Angeklagten zu 1 am 2 August 19 72 Bl. 102/103 Urteilsband.
von de — Verteidiger de — Angeklagten zu 2 am 19 Bl. Bd.
von de — Verteidiger de — Angeklagten zu 3 am 19 Bl. Bd.
von de — Vertreter de — Nebenkläger am 19 Bl. Bd.

Die Revisionsbegründung ist der des
Beschwerdeführers zugestellt worden, und zwar

de — Verteidiger de — Angeklagten zu 1 am 19 Bl. Bd.
de — Verteidiger de — Angeklagten zu 2 am 19 Bl. Bd.
de — Verteidiger de — Angeklagten zu 3 am 19 Bl. Bd.
der Staatsanwaltschaft, zugestellt worden am 4 August 19 72 Bl. 102 Urteilsband.
de — Vertreter de — Nebenkläger am 19 Bl. Bd.

Eine Gegenerklärung ist abgegeben

von de — Verteidiger de — Angeklagten zu 1 Bl. Bd.
von de — Verteidiger de — Angeklagten zu 2 Bl. Bd.
von de — Verteidiger de — Angeklagten zu 3 Bl. Bd.
von der Staatsanwaltschaft abgegeben Bl. 146/174 Urteilsband.
von de — Vertreter de — Nebenkläger Bl. Bd.

Die Gegenerklärung ist dem Beschwerdeführer mitgeteilt

Bl. 175 Urteilsband.

52

1 Ks 1/71 (RSHA)

H a f t !

An den
Generalbundesanwalt
beim Bundesgerichtshof
- Dienststelle Berlin -

S t r a f s a c h e

gegen den ehemaligen Rechtsanwalt Friedrich B o s h a m m e r ,
geboren am 20. Dezember 1906 in Opladen/Rheinland,

einer der früheren Pflichtverteidiger:

Rechtsanwalt und Notar
Wolfram von Heynitz,
beigeordnet
Rücknahme der Beiordnung

Bl. 23 Bd. CXXII,
Bl. 95R Urteilsband,

jetziger Wahlverteidiger:

Rechtsanwalt Heinz Möller,
Vollmachten

Bl. 86, 90 Urteils-
band,

Angeklagter in Untersuchungshaft in vorliegender Sache
in der Untersuchungshaft- und Aufnahmeanstalt Moabit
in 1 Berlin 21, Alt-Moabit 12 a, zur Gef.B-Nr. 103/68.

Auf die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des
Schwurgerichts bei dem Landgericht Berlin werden die Akten
gemäß § 347 Abs. 2 StPO übersandt.

Das Urteil ist in Anwesenheit des Angeklagten
verkündet worden

Bl. 1/3R, 10/35R, 37/50, 52/60R, 62/101, 105/134, 136/206
Protokollband.

- Die Revision ist eingelegt von dem früheren
Pflichtverteidiger des Angeklagten am
17. April 1972 Bl. 82 Urteilsband.
- Das Urteil ist zugestellt an den jetzigen
Wahlverteidiger des Angeklagten
am 5. Juli 1972 Bl. 81a Urteilsband.
- Ermächtigungen des jetzigen Wahlverteidigers
zur Rücknahme von Rechtsmitteln und zum
Verzicht auf Rechtsmittel befinden sich Bl. 86,90 Urteilsband.
- Die Revisionsbegründung ist eingegangen
von dem jetzigen Wahlverteidiger des Ange-
klagten am 2. August 1972 Bl. 102/133 Urteils-
band.
- Die Revisionsbegründung ist der Gegnerin des
Beschwerdeführers, der Staatsanwaltschaft,
zugestellt worden am 4. August 1972 Bl. 102 Urteilsband.
- Eine Gegenerklärung ist von der Staatsan-
waltschaft abgegeben Bl. 146/174 Urteils-
band.
- Die Gegenerklärung ist dem Beschwerdeführer
mitgeteilt Bl. 175 Urteilsband.
- Es liegen an:
140 Bände Strafakten (138 numerierte Bände,
1 Protokollband,
1 Urteilsband),
je 1 Beiheft für das Revisionsgericht und die Bundesanwalt-
schaft, enthaltend, je eine beglaubigte Abschrift

- a) des angefochtenen Urteils,
- b) der Revisionseinlegung,
- c) der Revisionsbegründung,
- d) der Gegenerklärung,

1 Berichtsdoppel,

1 Vordruck zur Benachrichtigung der Staatsanwaltschaft
vom Eingang der Revisionssache.

S e l l e

Oberstaatsanwalt

Mk

(500) 1 Ks 1/71 (RSA) (26/71)

I m N a m e n d e s V o l k e s

Strafsache

g e g e n den ehemaligen Rechtsanwalt

Friedrich Robert B o ß h a m m e r ,
geboren am 20. Dezember 1906 in Opladen/Rhein-
land,
wohnhaft in 56 Wuppertal-Vohwinkel, Kärntner
Straße 15,
- zur Zeit in Untersuchungshaft in der Unter-
suchungshaft- und Aufnahmeanstalt Moabit,
Gef.B.Nr. 103/68 -,

w e g e n Mordes.

Das Schwurgericht bei dem Landgericht Berlin hat auf
Grund der Hauptverhandlung vom 16., 19., 23., 26., 30.
November, 3., 7., 10., 14., 17., 21., 23. Dezember 1971,
3., 4., 7., 11., 14., 18., 21., 25., 28. Januar, 1., 4.,
8., 11., 15., 18., 22., 25., 28., 29. Februar, 10., 14.,
17., 21., 24., 28. März, 7. und 11. April 1972,
in der Sitzung vom 11. April 1972,
an der teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Dr. Fitzner
als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Zastrow,
Landgerichtsrat Hoyer
als beisitzende Richter,

Kaufmann Gerhard Röhr,
Zollrat Horst Prystaw,
Elektromonteur Gerhard Marzahn,
Erzieher Heinz Mauer,
zahnärztliche Helferin Helga Müller,
Verwaltungsangestellte Klara Müller
als Geschworene,

Erster Staatsanwalt Hölzner,
Staatsanwalt Stief
als Beamte der Staatsanwaltschaft,

Rechtsanwalt Meurin,
Rechtsanwalt von Heynitz
als Verteidiger,

Justizhauptsekretärin Rahn
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für R e c h t erkannt:

Der Angeklagte ist des gemeinschaftlichen
Mordes schuldig (§§ 211, 47 StGB).

Er wird zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.

Er verliert für die Dauer von fünf Jahren die
Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden; im
übrigen treten die Folgen des § 31 Abs. 1 StGB
nicht ein.

Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens
einschließlich der ihm erwachsenen notwendigen
Auslagen.

Ü b e r s i c h t

A) Die tatsächlichen Feststellungen

I Der Lebenslauf des Angeklagten

II Die Tätigkeit des Angeklagten im Referat IV B 4 des
RSHA

III Die Judenpolitik in Italien bis September 1943

IV Die Endlösung der Judenfrage in Italien

1) Das Einsatzkommando des SS-Hauptsturms-
führers Dannecker

2) Die Tätigkeit des Angeklagten als Judenreferent
in Verona

a) Die Verwaltungsarbeit

b) Das Lager Fossoli

c) Die Transporte

3) Die Tätigkeit des Angeklagten als Leiter des
Außenkommandos Padua

B) Die Beweismittel

I Die Beweismittel

II Die Einlassung des Angeklagten

III Die Widerlegung der Einlassung

C) Die rechtliche Würdigung

G r ü n d e :

A) Die tatsächlichen Feststellungen

I

Der Lebenslauf des Angeklagten

Der jetzt 65 Jahre alte Angeklagte wuchs als Sohn eines Maschinenschlossers und späteren technischen Reichsbahnobersekretärs in geordneten Verhältnissen mit zwei Schwestern auf. Er besuchte von 1913 bis 1917 in Opladen die Volksschule und anschließend bis 1926 das Realgymnasium. Nach der Reifeprüfung studierte er in Köln und Heidelberg Rechtswissenschaft und legte 1931 am OLG Düsseldorf die erste juristische Staatsprüfung mit der Note ausreichend ab. Im April 1933 trat er in die SA und mit Wirkung vom 1. Mai 1933 in die NSDAP ein. Im September 1934 trat er wegen der "Röhm-Revolte" und weil ein Hilfsbote des Amtsgerichts, bei dem er als Referendar arbeitete, sein Truppführer war, aus der SA aus. Im August 1935 bestand er in der Wiederholung die zweite juristische Staatsprüfung mit der Note ausreichend. Wegen seiner Examensergebnisse konnte er seine Absicht, als Richter tätig zu werden, nicht verwirklichen. Er trat dann in die HJ ein und war als hauptamtlicher Bann- und Gebietsrechtsreferent sowie als Mitarbeiter im Gaurechtsamt der NSDAP tätig. Außerdem wurde er im Auftrage der HJ als Lager- und Kursusleiter des Gaues Düsseldorf der NSV in der Kinderlandverschickung sowie für die IG Farben als Leiter von KDF-Jungarbeiterfreizeitlagern beschäftigt. Im

März 1936 trat er aus der evangelischen Kirche aus. Im Oktober 1936 heiratete er. Ende 1936 leistete er zwei Monate freiwilligen Heeresdienst beim Artillerieregiment 6 in Detmold und war anschließend beim Landesverband Rheinland für deutsche Jugendherbergen in Düsseldorf bis September 1937 als Geschäftsführer des Ortsverbandes und in der Revisionsabteilung tätig. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1937 trat er in die SS ein und wurde beim SD Unterabschnitt Aachen als Referent eingestellt. Seine Aufgabe war es, auf den Gebieten Verwaltung, Recht und Jugend Nachrichten zu beschaffen und entsprechende Berichte zu verfassen. 1938 nahm er an einer vierwöchigen Übung der Wehrmacht beim Artillerieregiment 26 in Düsseldorf teil und wurde anschließend zum Gefreiten der Reserve ernannt. Im April 1939 wurde er beim SD zum SS-Staffeloberstabsführer und im April 1940 zum SS-Obersturmführer befördert. Im Oktober 1940 wurde er als Gerichtsoffizier und Untersuchungsführer zum Inspekteur der Sicherheitspolizei Wiesbaden versetzt und im März 1941 zum SS-Hauptsturmführer befördert. Im Mai 1941 wurde er zur probeweisen Beschäftigung bei der Gestapo einberufen und war zunächst in Wiesbaden und ab Oktober 1941 bei der Stapostelle in Kassel tätig, u.a. auch in Judenangelegenheiten. Am 9. Januar 1942 wurde er zum RSHA Berlin - Referat IV B 4 - versetzt. Er meldete sich bei dem SS-Sturmbannführer und Regierungsrat Haensch, dem stellvertretenden Chef des Amtes I des RSHA, informierte sich einige Tage über die Arbeitsweise des RSHA und trat am 15. Januar 1942 seinen Dienst im Referat IV B 4 an. Der Angeklagte, der

insbesondere bei der Gestapo in Kassel über die Maßnahmen gegen Juden eingehend unterrichtet worden war, hielt diese Maßnahmen, u.a. Entlassung jüdischer Beamter, Richter und Rechtsanwälte, Tragen des Judensterns und Evakuierungen nach dem Osten, für grausam und unmenschlich. Deshalb war die Tatsache, daß er im Judenreferat Verwendung finden sollte, für ihn ein Schock. Er überwand diesen jedoch, weil er wußte, daß er nur bei unbedingtem Gehorsam Aussicht hatte, die von ihm angestrebte Regierungsratsstelle zu erhalten.

Er meldete sich bei dem Referatsleiter, SS-Obersturmbannführer Eichmann, der ihn über die Aufgaben des Referats, Deportierung der Juden nach dem Osten, informierte und ihn dem Regierungsrat SS-Hauptsturmführer Suhr als Sachbearbeiter mit den Aufgabengebieten "Vorbereitung der Lösung der europäischen Judenfrage in politischer Hinsicht" und "Gegenpropaganda gegen die verstärkte Greuelhetze der Feindstaaten über die Endlösung der europäischen Judenfrage" zuteilte.

In diesen Sachgebieten war er bis Januar 1944 tätig. Mit Wirkung vom 1. Mai 1942 wurde er unter gleichzeitiger Ernennung zum Regierungsassessor endgültig in den Dienst der Gestapo übernommen, am 15. November 1942 unmittelbar Eichmann und dessen Stellvertreter, SS-Sturmbannführer Günther, unterstellt und am 15. März 1943 zum Regierungsrat ernannt. Am 9. November 1943 wurde er zum SS-Sturmbannführer befördert.

Ende Januar 1944 wurde er als Nachfolger des SS-Hauptsturmführers Dannecker nach Italien zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Verona abgeordnet. Dort leitete er als Referent für Judenangelegenheiten die Judenverfolgungen, und ihm wurde durch den Reichsführer SS mit Wirkung vom 1. September 1944 das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern verliehen. Anfang September 1944 wurde er zum Leiter des Außenkommandos Padua ernannt.

Ende April 1945 setzte er sich beim Zusammenbruch der deutschen Front in Italien mit falschen Papieren nach Österreich ab und geriet als Feldwebel Max Fritz Müller in amerikanische Gefangenschaft, aus der er im August 1945 entlassen wurde. Anschließend lebte er unter falschem Namen in Westdeutschland und war als Arbeiter tätig. Von Januar 1947 bis April 1948 befand er sich nach kurzfristiger Inhaftierung im Gefängnis Wuppertal in Internierungshaft in Recklinghausen. Es gelang ihm, seine Tätigkeit beim Referat IV B 4 zu verdecken. Am 18. März 1948 wurde er durch das Spruchgericht Recklinghausen wegen Zugehörigkeit zur SS nach Art. II 1 d Kontrollratsgesetz Nr. 10 und Art. V der Verordnung Nr. 69 der britischen Militärregierung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, das durch die erlittene Haft als verbüßt galt. Nach der Haftentlassung arbeitete er mehrere Monate in Wuppertal als Tiefbauarbeiter, wurde dann arbeitslos und bezog Arbeitslosenunterstützung. Am 19. November 1948 wurde er im Entnazifizierungsverfahren als Mitläufer in Kategorie IV eingestuft. Im Dezember 1949

wurde seine Ehe, aus der vier Kinder hervorgegangen waren, geschieden. Im November 1950 beantragte er beim Oberlandesgerichtspräsidenten in Düsseldorf die Zulassung zum anwaltlichen Anwörterdienst. Nach Durchführung eines ehrengerichtlichen Verfahrens wurde er im März 1952 als Anwaltsassessor in den Anwörterdienst übernommen und im August 1952 als Rechtsanwalt bei dem Amtsgericht und Landgericht Wuppertal zugelassen. Im September 1952 heiratete er Luise Göhlmann. Als Rechtsanwalt hatte er zuletzt ein Jahreseinkommen von ca. 28.000,-- DM. Am 10. Januar 1968 wurde er in Wuppertal festgenommen und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft.

II

Die Tätigkeit des Angeklagten im Referat IV B 4 des RSHA

Als der Angeklagte im Januar 1942 seinen Dienst bei Suhr antrat, gab ihm dieser eine Ministerialvorlage mit einem Vorschlag für den Erlass einer Verordnung und fragte ihn, ob er imstande sei, derartige Vorlagen zu bearbeiten. Der Angeklagte erwiderte, daß er dies aus dem Stegreif nicht könne. Daraufhin erklärte Suhr, daß er ihn dann nicht in seinem Sachgebiet gebrauchen könne. Der Angeklagte, der befürchtete, daß man im RSHA nun keine Verwendung für ihn hätte und damit seine endgültige Anstellung gefährdet sei, wandte sich an Eichmann. Dieser beruhigte ihn

und sagte, es gebe genügend andere Arbeit im Referat, die er mit Sicherheit leisten könne, und außerdem werde er, Eichmann, einen alten SD-Mann nicht im Stich lassen. Eichmann sprach mit dem Angeklagten den Geschäftsverteilungsplan durch und erklärte, daß er ihn insbesondere als Sachbearbeiter für die "politische Vorbereitung der Lösung der europäischen Judenfrage" einsetzen würde, dabei müsse er mit den Judenberatern bei den SD-Dienststellen und Botschaften im Ausland zusammenarbeiten. Als Mitarbeiter wies Eichmann dem Angeklagten den Zeugen Mannel und eine Schreibkraft zu. Der Angeklagte empfing in der Folgezeit die zur Berichterstattung aus dem Ausland eintreffenden Judenberater, u.a. Dannecker und den Zeugen Richter. Die Judenberater unterrichteten den Angeklagten über die in den einzelnen Ländern durchgeführten Maßnahmen gegen die Juden, insbesondere über Deportationen nach dem Osten. Der Angeklagte faßte die Berichte zusammen, stellte Übersichten über die in den einzelnen Ländern durchgeführten Maßnahmen auf und informierte die Judenberater über die in den anderen Ländern geplanten und durchgesetzten Judenverfolgungen. Wenige Tage, nachdem der Angeklagte seinen Dienst im Referat IV B 4 angetreten hatte, fand am 20. Januar 1942 die sogenannte Wannsee-Konferenz statt, auf der Heydrich die Konferenzteilnehmer über die Endlösung der Judenfrage unterrichtete, insbesondere darüber, daß ein Großteil der Juden durch Arbeitseinsätze im Osten im Wege der natürlichen Verminderung ausfallen werde und der "allfällig endlich verbleibende Restbestand entsprechend behandelt werden müsse."

Der Angeklagte erhielt mindestens in den folgenden Monaten Kenntnis von dieser Absicht der Führung. Im Frühjahr 1942 mußte er über die Judenfrage in Osteuropa eine umfassende Arbeit fertigen, die für seine Ernennung zum Regierungs-assessor maßgebend sein sollte. Zur Abfassung dieser Arbeit benötigte er mehrere Wochen. Seine ständige Schreibkraft während dieser Zeit war die Zeugin Giersch. Er benutzte als Grundlage für die Arbeit insbesondere Einsatzgruppenberichte aus der Sowjet-Union, aus denen sich die Liquidierung von Zehntausenden jüdischen Männern, Frauen und Kindern, erkennbar ganzen Familien, ergab, eingeteilt nach Regionen. Der Angeklagte vermied es, bei dem Diktat der Arbeit ins Stenogramm die Worte Liquidierung, Exekution oder Erschießung aus den Einsatzgruppenberichten zu erwähnen. Statt dessen gebrauchte er das Wort "Sonderbehandlung". Die Zeugin erkannte daher zunächst nicht, was mit den Zehntausenden von Juden geschah. Sie glaubte anfangs, daß Sonderbehandlung eine besondere Behandlung im Zusammenhang mit der Deportation sei, ohne sich eine konkrete Vorstellung machen zu können. Als sie nach etwa einer Woche kurzfristig eine erkrankte Kollegin bei dem Sachbearbeiter für Einzelfälle, SS-Hauptsturmführer Moes, vertreten mußte, erfuhr sie von diesem, daß "Sonderbehandlung" Tötung bedeutete. Sie erlitt einen Schock und vermochte in der Folgezeit die Arbeit bei dem Angeklagten nur noch innerlich widerstrebend fortzusetzen. Sie erkannte nun klar, daß durch die Einsatzgruppen im Osten Zehntausende von Juden getötet worden waren. Der Angeklagte führte in seiner Arbeit die im Osten bereits

judenfreie Gebiete auf. Die Arbeit enthielt auch eine Schilderung der Kriegslage und schloß mit Vorschlägen über die künftige Konzentrierung der Juden aus Ost- und Südosteuropa in großen Konzentrationslagern, die in bestimmten Gebieten einzurichten bzw. auszubauen seien, u.a. in Minsk, und die anschließende "Sonderbehandlung" dieser Juden.

Zu seinem Aufgabengebiet gehörte auch die Antigreuelpropaganda. Der Angeklagte, der über englische und französische Sprachkenntnisse verfügte, sah ausländische, insbesondere britische, amerikanische und Schweizer Zeitungen sowie andere ausländische Nachrichten nach sogenannten Greuelmeldungen, d.h. Meldungen über Judentötungen, sowie anderen wichtigen Nachrichten betreffend Judenfragen durch. Zum Teil bekam er auch bereits Zeitungsausschnitte mit derartigen Meldungen zugesandt. Eine Meldung vom Oktober 1942 enthielt z.B. die Nachricht, daß bereits etwa eine Million Juden in Europa von den Nazis auf fürchterliche Weise ermordet worden seien. Die Zunahme derartiger Meldungen in der Folgezeit, insbesondere auch über massenweise Vergasung von Juden, und die von den ausländischen Regierungen und Judenorganisationen in diesem Zusammenhang angekündigten Rettungsaktionen brachten den Angeklagten in Verbindung mit den übrigen im Referat IV B 4 erworbenen Kenntnissen zu der Überzeugung, daß die Juden in Europa durch Massenerschießungen, Vergasung und sonstige unmenschliche Behandlung systematisch vernichtet wurden. Aufgabe des Angeklagten war es, die Meldungen zu sammeln und Eichmann monatlich zusammenfassend zu berichten.

Der Angeklagte verhandelte weiter im Auftrage Eichmanns mit dem Auswärtigen Amt u.a. über die Lösung der rumänischen Judenfrage und unterrichtete sich über die vom Auswärtigen Amt gegenüber der rumänischen Regierung geplanten Maßnahmen. So widersprach das Auswärtige Amt nach Rücksprache mit dem Angeklagten im Januar 1943 einem rumänischen Plan, die Auswanderung von Juden nach dem nahen Osten zu organisieren, da dies innerhalb der von der deutschen Regierung verfolgten Grundlinien einer europäischen Lösung der Judenfrage eine untragbare Teillösung darstelle, die mit allen Mitteln verhindert werden sollte.

Im Sommer 1943 wurde der Angeklagte auch mit Angelegenheiten befaßt, die Italien betrafen und das deutsche Vorgehen gegen die Juden in Südfrankreich. Er erfuhr in diesem Zusammenhang, daß die Italiener sich sehr judenfreundlich verhielten und Mussolini Mühe hatte, überhaupt Juden in Internierungslagern zusammenzufassen. Zu einem schärferen Vorgehen der Deutschen gegen die Juden in Italien kam es erst, als Badoglio im September 1943 einen Waffenstillstand mit den Alliierten schloß. Unter Führung des SS-Hauptsturmführers Dannecker wurde das SS-Einsatzkommando "Italien" gebildet, das die italienischen Juden festnehmen und nach Auschwitz zur Vergasung bringen sollte.

Anfang Dezember 1943 fand zwischen dem Angeklagten, Dannecker und dem inzwischen verstorbenen Zeugen und früheren Legationsrat von Thadden im Auswärtigen Amt eine Besprechung statt,

in der festgestellt wurde, daß die vom Reichsführer SS in Italien befohlenen Aktionen zur Erfassung der italienischen Juden bisher zu keinem nennenswerten Ergebnis geführt hätten.

In der Vortragsnotiz des Zeugen von Thadden vom 4. Dezember 1943 heißt es:

"Wie das Reichssicherheitshauptamt mitgeteilt hat, haben die vom Reichsführer-SS in Italien befohlenen Aktionen zur Erfassung der italienischen Juden bisher zu keinem nennenswerten Ergebnis geführt, da durch die von verschiedenen Seiten erfolgten Einsprüche die erforderlichen Schritte so lange hinausgezögert worden seien, bis die Mehrzahl der Juden Gelegenheit gefunden hatte, sich Verstecke in kleinen Dörfern etc. zu suchen. Mit den zur Verfügung stehenden Kräften ist ein Durchkämmen aller kleineren, mittleren und größeren Gemeinden nicht möglich.

Da inzwischen die Italienische Regierung ein Gesetz verkündet hat, daß alle Juden in Italien in Konzentrationslager zu übernehmen sind, schlägt Gruppe Inland II im Einvernehmen mit dem Reichssicherheitshauptamt vor, Botschafter R a h n anzuweisen, der Faschistischen Regierung die Genugtuung der Reichsregierung zu diesem aus abwehrmäßigen Gründen unbedingt notwendigen Gesetz auszudrücken,

darauf hinzuweisen, daß im Interesse einer sofortigen Abschirmung der Operationszonen von unzuverlässigen Elementen eine beschleunigte Durchführung dieses Gesetzes und Anlage der Konzentrationslager in Norditalien erforderlich erscheine, und die Reichsregierung gern bereit sei, zur Durchführung ihrer Maßnahmen erfahrene Berater zur Verfügung zu stellen.

Auf diese Weise würde die Möglichkeit bestehen, das jetzige Einsatzkommando in Beraterform in die Regierungs-

organe einzubauen, die tatsächliche Durchführung dieses Gesetzes zu überwachen und den Exekutivapparat der Faschistischen Regierung voll für die Judenmaßnahmen einzusetzen.

Das Reichssicherheitshauptamt würde es an sich begrüßen, wenn gleichzeitig die Forderung auf Auslieferung der in die Konzentrationslager übernommenen italienischen Juden zum Abtransport in die Ostgebiete gestellt würde.

Gruppe Inland II hält es jedoch für ratsam, mit diesem Verlangen zunächst noch abzuwarten, da sich die Konzentrierung vermutlich wird reibungsloser abwickeln lassen, wenn die Überführung in Konzentrationslager zunächst als die Endlösung und nicht als Vorstufe für die Evakuierung in die Ostgebiete erscheint. Das Reichssicherheitshauptamt hätte gegen diese von Inland II für zweckmäßig gehaltene Taktik keine Bedenken".

Am 14. Dezember 1943 richtete das Auswärtige Amt im Anschluß an diese Besprechung folgendes Schreiben an das RSHA:

"Betr.: Erfassung italienischer Juden in Italien

Bezug: Besprechung zwischen Sturmbannführer Bosshammer und Hauptsturmführer Dannecker sowie Legationsrat v. Thadden

Aufgrund des Ergebnisses der vorstehend erwähnten Besprechung, ist nunmehr Botschafter R a h n angewiesen worden, der Faschistischen Regierung die Genugtuung der Reichsregierung über das aus abwehrmäßigen Gründen so unbedingt notwendige Gesetz betreffend Rückführung aller Juden in Italien in Konzentrationslager auszudrücken, darauf hinzuweisen, daß im Interesse einer sofortigen Abschirmung der Operationszonen von unzuverlässigen Elementen eine beschleunigte Durchführung dieses Gesetzes und Anlage der Konzentrationslager in Norditalien erforderlich erscheine, und daß die Reichsregierung gern bereit sei, zur Durchführung dieser Maßnahmen

erfahrene Berater zur Verfügung zu stellen. Dagegen hält das Auswärtige Amt den von SS-Sturmabführer Boßhammer angeregten Plan, gleichzeitig die Auslieferung aller in Konzentrationslager zusammengefaßten Juden zur Evakuierung in die Ostgebiete zu verlangen, nicht für zweckmäßig. Ein derartiger Antrag soll vielmehr aus taktischen und politischen Gründen zurückgestellt bleiben, bis die Erfassungsaktion der Juden durch die italienischen Organe abgeschlossen ist. Wie bereits bei der früheren Besprechung zum Ausdruck gebracht worden ist, glaubt das Auswärtige Amt aufgrund seiner Erfahrungen annehmen zu müssen, daß eine jetzt bereits gestellte Forderung auf Auslieferung dieser Juden den Erfolg der Erfassungsmaßnahmen wesentlich beeinträchtigen, wenn nicht gar vereiteln würde. Bei dem in den letzten Monaten gezeigten mangelnden Eifer italienischer Dienststellen zur Durchführung der vom Duce befohlenen antijüdischen Maßnahmen, hält es das Auswärtige Amt für dringend wünschenswert, daß die Durchführung der Maßnahmen gegen die Juden nunmehr laufend von deutschen Beamten überwacht wird. Daher erscheint der Einbau eines Teiles der zur Zeit zum Einsatzkommando Italien gehörenden Kräfte, getarnt als Berater, in den italienischen Apparat angezeigt und notwendig. Es darf gebeten werden, das Einsatzkommando Italien entsprechend zu verständigen und Hauptsturmführer Dannegger zu veranlassen, wegen des etwaigen Einbaus von Beratern mit dem Bevollmächtigten des Reichs, Botschafter R a h n oder seinem Vertreter unmittelbar Fühlung zu nehmen."

III

Die Judenpolitik in Italien bis September 1943

Erst im Jahre 1938 begann in Italien eine antijüdische Rassengesetzgebung, von der ca. 50.000 Juden betroffen waren. Die

Gesetze enthielten u.a. Berufsverbote und Eigentumsbeschränkungen, aber auch zahlreiche Ausnahmen, insbesondere für die Weltkriegsteilnehmer, die Mitglieder der Faschistischen Partei einschließlich aller Familienangehörigen und die Mischehen. Abkömmlinge aus Mischehen galten als Arier, es sei denn, sie bekannten sich zum jüdischen Glauben. Mit dem Kriegseintritt Italiens im Juni 1940 wurden alle Juden aus den von Deutschland besetzten Ländern sowie alle britischen und staatenlosen Juden in Konzentrationslagern vorwiegend in Süditalien interniert. Bis Oktober 1941 wanderte etwa ein Viertel der italienischen Juden aus. Im Sommer 1942 wurden Juden von 18 bis 55 Jahren zum Teil zur Zwangsarbeit herangezogen, in größerem Umfange jedoch nur in Tripolitarien. Die in Deutschland und in den von deutschen Truppen besetzten Ländern wohnenden Juden italienischer Staatsangehörigkeit genossen den vollen Schutz des italienischen Staates. In den von den Italienern besetzten Gebieten in Frankreich, Kroatien und Griechenland verhinderten die Italiener gegen erheblichen deutschen Druck die Deportation der dort lebenden Juden nach dem Osten. Diese Lage änderte sich durch den Sturz Mussolinis, den Waffenstillstand Badoglio mit den Alliierten am 8. September 1943 und die anschließende Besetzung Italiens durch deutsche Streitkräfte.

IV

Die Endlösung der Judenfrage in Italien1) Das Einsatzkommando des SS-Hauptsturmführers Dannecker

Mitte September 1943 beauftragte Eichmann den SS-Hauptsturmführer Dannecker, bisher Judenberater bei der Deutschen Botschaft in Sofia, mit der Endlösung der Judenfrage in Italien. Da die Organisation der Sicherheitspolizei und des SD in Italien erst aufgebaut werden mußte und zunächst überwiegend sicherheitspolizeiliche Aufgaben wahrzunehmen waren, wurde unter dem Kommando Danneckers das Einsatzkommando Italien gebildet, das aus etwa acht SS-Angehörigen bestand. Zu dem Kommando gehörten der Zeuge und frühere SS-Untersturmführer Eisenkolb, der Zeuge und frühere SS-Hauptscharführer Haage und der SS-Oberscharführer Arndt. Der erste Einsatz erfolgte zur Festnahme der in Rom lebenden ca. 8.000 Juden in Zusammenarbeit mit dem deutschen Polizeiattaché in Rom, Kappler. Am 17. Oktober 1943 begann nach eingehender Vorbereitung unter Einsatz sämtlicher verfügbarer Kräfte der Sicherheits- und Ordnungspolizei, insgesamt 365 Mann, die Aktion zur Festnahme der in Rom lebenden Juden, wobei die italienische Polizei wegen ihrer Unzuverlässigkeit in Judenfragen nicht eingesetzt wurde. Es gelang im Verlauf der Aktion bei passivem Widerstand der italienischen Bevölkerung, die in zahlreichen Einzelfällen den Juden auch aktiv Hilfe leistete, indem sie sie versteckte, 1.259 Personen in Juden gehörenden

Wohnungen festzunehmen. Nach Entlassung der Mischlinge, der Ausländer, der Familien in Mischehen einschließlich des jüdischen Partners sowie der in den Wohnungen zunächst mit festgenommenen arischen Hausangestellten und Untermieter wurden 1.007 Juden in Begleitung von 30 Mann Ordnungspolizei nach Auschwitz deportiert und 811 sofort vergast.

Dannecker erkrankte an einer Geschlechtskrankheit und wurde zunächst in ein Krankenhaus in Rom eingeliefert. Das Einsatzkommando versuchte dann in verschiedenen italienischen Städten, u.a. Florenz, Mailand, Turin und Genua, Juden festzunehmen. Dies gelang nur in geringem Umfang. Es wurden noch zwei Transporte mit zusammen etwa 1.000 Juden zusammengestellt. Der erste traf am 14. November 1943 und der zweite am 11. Dezember 1943 in Auschwitz ein. Im November 1943 wurde das Einsatzkommando beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Italien in Verona stationiert, nachdem der BdS, der Zeuge und frühere SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Dr. Harster, ab Oktober 1943 in Verona eine zentrale Befehlsstelle mit Außenkommandos in Bozen, Como, Genua, Turin, Mailand, Padua, Florenz, Venedig, Bologna, Perugia und Rom aufgebaut hatte, wobei die Außenkommandos in Mailand, Turin und Genua sowie die Grenzbefehlsstelle West in Como zur Gruppe Oberitalien West unter dem Befehl des SS-Standartenführers Rauff zusammengefaßt worden waren.

Wegen des Fehlschlags der Aktion in Rom und der insbesondere wegen des Widerstandes der italienischen Behörden nicht ausreichenden Ergebnisse seines Kommandos wurde Dannecker

zunächst nach Berlin zurückbefohlen, und es kam am 4. Dezember 1943 zu der eingehenden Besprechung, an der der Angeklagte, Dannecker und der Zeuge von Thadden teilnahmen.

Danach kehrte Dannecker nach Italien zurück, um gemäß der Besprechung die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten. Anfang Dezember 1943 hatte der italienische Innenminister Buffarini durch Polizeibefehl Nr. 5 vom 30. November 1943 an die Chefs der freien Provinzen u.a. angeordnet, daß

1. alle Juden, auch die bisher privilegierten, jeder Staatsangehörigkeit in Konzentrationslager zu überstellen seien und
2. alle aus einer Mischehe stammenden Juden, die nach den geltenden italienischen Gesetzen ihre Anerkennung der Zugehörigkeit zur arischen Rasse erhalten hatten, lediglich einer besonderen Überwachung durch Polizeiorgane zu unterstellen seien.

Am 10. Dezember 1943 erläuterte der Polizeichef im italienischen Innenministerium, Tamburini, den Provinzchefs diesen Erlaß dahingehend, daß alle ausländischen Juden Konzentrationslagern zuzuführen seien und daß dieselbe Maßnahme auch bei italienischen Volljuden anzuwenden sei mit Ausnahme der Schwerkranken, der über 70jährigen, der Mischjuden und der gemischten Familien, vorbehaltlich allgemeiner Überwachungsmaßnahmen.

Am 10. Dezember 1943 fand zwischen dem Leiter des Außenkommandos Bologna, dem Zeugen und ehemaligen SS-Hauptsturm-

führer Wilbertz, und u.a. den Quästoren von Bologna und Modena eine Besprechung statt, die zu folgendem Erlaß des Außenkommandos Bologna an den Quästor von Bologna vom 20. Dezember 1943 führte:

"Betrifft: Überstellung von Juden.

Vorgang: Mündl. Besprechung v. 10.12.1943.

Unter Bezugnahme auf die mündliche Besprechung vom 10. 12. 1943 bitte ich um Überstellung, der aufgrund der italienischen Verordnung festgenommenen Juden in folgenden Fällen:

1. Volljuden, die mit einem Juden verheiratet sind. In diesen Fällen ist die gesamte Familie ohne Rücksicht auf das Alter oder auf Krankheiten festzunehmen und mir zu überstellen.

Juden mit der Staatsangehörigkeit von Spanien, Portugal, Schweiz, Ungarn, Rumänien, Schweden, Finnland und der Türkei sowie von Argentinien sind nicht festzunehmen, sondern mir nur namentlich unter genauer Angabe ihres jeweiligen Aufenthaltsortes zu melden.

.....

2. Volljuden mit der Staatsangehörigkeit der Feindstaaten sind mir gleichfalls zu überstellen.

.....

3. Nach deutscher Rechtsauffassung gilt als Jude derjenige, der von mindestens drei volljüdischen Großeltern teilen abstammt oder als Mischling I. Grades (Halbjude) der jüdischen Religion angehört. Demnach sind auch solche jüdischen Personen festzunehmen und mir zu überstellen, die nach den bisherigen italienischen Gesetzen eine Ausnahmestellung einnahmen und als Arier gelten.

Die aufgrund dieser Verfügung festgenommenen Juden bitte ich mir jeweils zum 1. und 15. jeden Mts. zu melden.

Den Abtransport der Festgenommenen übernimmt meine Dienst-

stelle im Einvernehmen mit der Dienststelle des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD. in Italien, Dienstsitz Verona."

In dem an den Quästor von Modena gerichteten im wesentlichen gleichlautenden Erlaß vom 20. Dezember 1943 heißt es u.a. ausdrücklich, es sei Voraussetzung für die Überstellung der auf Grund der italienischen Verordnung vom 30. November 1943 festgenommenen Juden, daß diese mit einer Jüdin in Ehegemeinschaft leben müßten, als nicht eine Arierin geheiratet haben dürften. Weiter bat der Zeuge Wilbertz in diesem Erlaß, von einer sofortigen Überstellung der Juden nach der Festnahme Abstand zu nehmen, sondern vorerst nur einen Festnahmebericht zu übersenden und weitere Weisungen abzuwarten.

In Mailand verlangte die deutsche Sicherheitspolizei von dem Quästor die Verhaftung und Überführung aller unter 70 Jahre alten, von den Italienern bisher privilegierten Juden einschließlich der Mischlinge und Kranken in deutsche Verfügungsgewalt. Am 22. Januar 1944 wies der italienische Polizeichef im Innenministerium, Tamburini, den Quästor von Modena an, alle Juden, auch die privilegierten, in Konzentrationslagern zusammenzuführen. In einem Erlaß vom 23. Januar 1944 wies er darauf hin, daß die deutschen Zentraldienststellen um Weisungen dahingehend angesprochen würden, sicherzustellen, daß die Juden in italienischen Lagern verblieben.

Ende Januar 1944 teilte der Mailänder Polizeichef Bassi dem Innenministerium in Rom mit, daß, obwohl den deutschen

Behörden die einschlägigen Judenverordnungen des Duce erläutert worden seien, die Deutschen wiederholt mündlich und schriftlich die Übergabe der Juden ohne Ansehen des Alters und des Gesundheitszustandes verlangt hätten und es lediglich möglich gewesen sei, für Mischlinge und gemischte Familien eine Ausnahme zu erhalten. Aus diesem Grunde war es den Italienern nicht möglich, die verhafteten Juden in eigene Konzentrationslager zu überführen. Vielmehr mußten die im Bereich des Quästors Mailand festgenommenen Juden auf Befehl der deutschen Sicherheitspolizei am 27. und 29. Januar 1944 mit Lkws nach Mailand transportiert und dort der deutschen Sicherheitspolizei übergeben werden. Am 27. Januar 1944 befahl das Außenkommando Mailand dem Quästor von Varese, daß die über 70 Jahre alten kranken Juden, sobald sie transportfähig seien, sofort zu verhaften und bis zum 29. Januar 1944 zur Verfügung des Außenkommandos in das Polizeigefängnis San Vittore in Mailand zu überstellen, daß jedoch die jüdischen Mischlinge und in Mischehe lebenden Juden nicht festzunehmen seien.

Diese Aktivität der deutschen SS-Dienststellen, die Dannecker auslöste, führte zu einem weiteren Transport mit etwa 700 Juden, der am 30. Januar 1944 in Mailand abging und am 6. Februar 1944 in Auschwitz ankam. Bereits vor Abgang des Transportes wurde Dannecker Ende Januar 1944 nach Berlin zurückgerufen.

2) Die Tätigkeit des Angeklagten als Judenreferent in Verona

a) Die Verwaltungsarbeit

Anfang Januar 1944 beauftragte Eichmann den Angeklagten mit der Durchführung der "Endlösung" in Italien. Der Angeklagte erhielt zunächst einen zweiwöchigen Urlaub, um seine Familie in Wiesbaden zu besuchen, kehrte anschließend nach Berlin zurück und fuhr Ende Januar 1944 nach Italien. Am 31. Januar 1944 besichtigte er auf dem Bahnhof Verona den aus Mailand nach Auschwitz durchkommenden Judentransport, der aus etwa 700 Menschen bestand. Auf dem Bahnhof wurden die Türen der Waggons etwas geöffnet, um Trinkwasser in die Waggons zu geben. Dies war jedoch so wenig, daß es nur für einige Menschen reichte. In den überfüllten Waggons drängten sich auch Frauen, kleine Kinder und alte Menschen. Die kleinen Kinder wurden an vergitterte Öffnungen, die sich oben am Waggon befanden, gehalten, um Luft atmen und aus den Waggons schauen zu können. In den Waggons befand sich erkennbar keine Ausstattung, Öfen oder Toiletten. Diese Verhältnisse wurden von dem Angeklagten erkannt.

Der Angeklagte meldete sich bei dem Zeugen Dr. Harster, dem bereits aus Berlin vom RSHA fernschriftlich mitgeteilt worden war, daß der Angeklagte als Referent für Judenangelegenheiten einzusetzen sei. Der Angeklagte übernahm als Verwaltungspersonal die Zeugen Eisenkolb

und Berkefeld sowie den SS-Oberscharführer Arndt. Der Zeuge und frühere SS-Hauptscharführer Berkefeld war im Oktober 1943 von der Polizeischule zum BdS versetzt worden, hatte zunächst dem Referat des Zeugen Didinger angehört und war im November 1943 Dannecker unterstellt worden. Eine Schreibkraft wurde dem Angeklagten durch den Leiter der Abteilung IV (Gestapo), SS-Sturmabführer Dr. Kranebitter, zur Verfügung gestellt. Der Angeklagte wurde dem Abteilungsleiter IV nicht unterstellt, sondern arbeitete selbständig unmittelbar unter dem Zeugen Dr. Harster, der jedoch in Judenangelegenheiten faktisch kaum eine Weisungsbefugnis hatte, da der Angeklagte seine Weisungen unmittelbar durch das RSHA erhielt. Tatsächlich gab der Zeuge Dr. Harster dem Angeklagten auch keine Weisungen in Judenangelegenheiten.

Der Angeklagte organisierte zunächst den Bürobetrieb und setzte sich fernmündlich und auch persönlich auf Dienstreisen mit den einzelnen Außenkommandos des BdS in Verbindung, um die Vorbereitungen für die "Endlösung" zu treffen. Kurze Zeit nach seiner Ankunft traf er sich mit dem Generalinspekteur für Rasse in der Präsidialkanzlei des Ministerrats der republikanisch-faschistischen Regierung Italiens, Preziosi, um die für Italien durchzuführenden Judenmaßnahmen zu besprechen. In dieser Besprechung wurde insbesondere das Mischehenproblem erörtert, und der Angeklagte kam mit Preziosi überein, die insoweit bestehenden italienischen Bestimmungen zu beachten und keinesfalls Mischehenpartner festzunehmen und nach Deutschland oder in die Ostgebiete

zu deportieren. Der Angeklagte hatte jedoch von vornherein nicht die Absicht, sich an diese Absprache zu halten, weil er Italien "judenfrei" machen wollte. Entsprechende Weisungen erteilte er den Judensachbearbeitern bei den Außenkommandos.

Bereits mit Schreiben vom 28. Februar 1944 teilte die örtliche italienische Dienststelle in Genua dem italienischen Innenminister Buffarini mit, daß bei der Anwendung der neuen Anordnungen gegen Personen mit italienischer Staatsangehörigkeit, die der jüdischen Rasse oder gemischten Familien angehörten, sich zahlreiche Fälle ereignet hätten, die im offenen Gegensatz zu den Weisungen des dortigen Ministeriums stünden. In dem Schreiben heißt es u.a.:

"Das unmittelbare Eingreifen der deutschen Polizei, die auf Grund der vom Rathaus mitgeteilten Listen tätig wurde, dabei jedoch völlig unabhängig und ohne die Mitwirkung der hiesigen Dienststelle zu ersuchen vorging, führte zur Verhaftung zahlreicher jüdischer Männer und Frauen, auch von Angehörigen gemischter Familien, die sofort von der Stadt wegtransportiert wurden und über die keine Nachricht mehr vorliegt.

Die Quästur verhaftete zahlreiche Juden, die im Konzentrationslager Chiavari interniert wurden; auch dort griff die deutsche Polizei ein, holte zahlreiche Juden ab, besonders Männer, und es konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, wohin sie überstellt worden sind und was aus ihnen geworden ist.

Familienangehörige und Verwandte fragen an, aber wir sind nicht in der Lage, Auskunft zu geben, weil die Deutschen nichts über das Schicksal der Deportierten mitteilen.

.....

Zahlreich sind die Fälle, in denen nach den Anordnungen des dortigen Ministeriums keine Zwangsmaßnahmen gegen Personen und ihre Habe hätten stattfinden dürfen. Trotzdem werden zahlreiche Familien festgestellt, bei denen der jüdische Ehegatte verhaftet worden ist und nach seinem Verschwinden die arische Ehefrau und die katholischen Kinder im Elend und in Verzweiflung zurückbleiben. Sie bitten um Nachricht und Hilfe, die zu geben wir nicht in der Lage sind, und um Vornahme von Entscheidungen zu ihren Gunsten, die für uns schwierig und in vielen Fällen unmöglich sind.

Die deutsche Polizei pflegt bei ihrer Rassentätigkeit keine der vom dortigen Ministerium angeordneten Diskriminierungen anzuwenden und greift zu Maßnahmen, die dieser Dienststelle erst zur Kenntnis kommen, wenn die Fälle aus anderen und unterschiedlichen Umständen zur Prüfung gelangen.

.....

Schließlich ist es erforderlich, den Eindruck zu beseitigen, der sich in den Juden nahestehenden Kreisen verbreitet hat, daß alle die Juden und Mischlinge, die deportiert worden sind, zudem Zeitpunkt getötet worden seien, von dem ab keine Nachrichten mehr von ihnen eingetroffen sind.

Unter diesen Umständen können Sie, Exzellenz, erkennen, wie sich der Rassendienst hier zu Lasten der Juden entwickeln kann und, wenn Sie es vermögen, versuchen Sie einzugreifen, um unsere schwierige Aufgabe auch im Hinblick auf eventuelle politische Auswirkungen zu unterstützen, die sich aus der Situation ergeben könnten."

Als das italienische Innenministerium am 7. März 1944 einen Er-
laß herausgab, der von den örtlichen italienischen Behörden
sofort an die deutschen Dienststellen weitergeleitet wurde,
in dem es u.a. hieß:

"Im Anschluß an die entsprechende Mitteilung, die von der Generaldirektion für Einwohnermeldewesen und Rasse eingegangen ist, und unter Bezugnahme auf das telegrafische Rundschreiben vom 22. Januar d. Jhrs. wird bestätigt, daß sowohl italienische wie auch ausländische Volljuden mit Ausnahme von alten Personen über 70 Jahre und Schwerkranken in Konzentrationslager zu überführen sind. Von dieser Maßnahme bleiben ausgenommen Juden aus gemischten Familien einschließlich ausländischer Juden, die mit arischen Inländern verheiratet sind oder mit arischen Staatsangehörigen irgend einer anderen ursprünglichen Nationalität. Dieser Maßnahme unterliegen ebenfalls nicht diejenigen, die nach dem Gesetz vom 13. Juli 1939, XVII Nr. 1204, das weiterhin gilt, die formelle Erklärung erhalten haben, nicht der jüdischen Rasse anzugehören.
....",

traf der Angeklagte Ende März 1944 eine Anordnung für die Außenkommandos, die u.a. zu folgendem Runderlaß des Außenkommandos Bologna vom 4. April 1944 führte:

"An die
Questur,
in Bologna,
in Forli,
in Ravenna,
in Ferrara,
in Modena,
in Parma,
in Reggio-Emilia,
in Piacenza.

Betrifft: Festnahme von Juden

Vorgang: Hies. Schr. v. 20.12.1943 B.Nr. IV 38/43 und vom 2.2.1944 B.Nr. IV 275/44 und v. 3.3.1944 Tgb.Nr. IV 38/43.

In Änderung meiner bisherigen Schreiben ordne ich für die Behandlung der im italienischen Raum wohnhaften oder ergriffenen Juden folgendes an:

- 1) Alle festgestellten Juden, die nicht mit einer Arierin verheiratet sind, also nicht in einer Mischehe leben, sind ohne (Rücksicht) auf Staatsangehörigkeit, Alter und Gesundheitszustand dem Konzentrationslager Fossoli die Carpi zu überstellen.
- 2) Nach deutscher Rechtsauffassung gilt als Jude:
 - a) Personen, die von mindestens drei volljüdischen Großelternteilen abstammen.
 - b) Halbjuden (mit zwei jüdischen Großelternteilen), wenn sie der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören oder mit einem Volljuden oder eine Volljüdin verheiratet sind.
 - c) Personen, die nicht der jüdischen Rasse angehören, aber der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören und sich damit zum Judentum bekannt haben.
- 3) Die augenblickliche Religionszugehörigkeit des betreffenden Juden ist unberücksichtigt zu lassen. So ist ein Volljude, der schon seit der Geburt der katholischen Religionsgemeinschaft angehört, trotzdem Jude. Die Religionszugehörigkeit ist nicht entscheidend, sondern die Blutszugehörigkeit.
- 4) Die nach dem bisherigen italienischen Recht eine Sonderstellung einnehmenden diskriminierten Juden sind gleichfalls festzunehmen und als Volljuden nach deutschem Rassenrecht zu behandeln.
- 5) Die bisherige Ausnahmeregelung für die Juden mit der Staatsangehörigkeit neutraler oder befreundeter Staaten fällt zukünftig weg.
- 6) Alle festgenommenen, einschl. aller Familienangehörigen, sind unverzüglich dem Konzentrationslager Fossoli b. Carpi direkt zuzuführen.

Bis zum Freitag jeder Woche ist mir durch Fernspruch oder Telegramm die Zahl der im Laufe der Woche festgenommenen Juden, getrennt nach Männern, Frauen und Kindern zahlenmäßig zu melden.

Die Meldung mit genauer Angabe der Personalien ist unverzüglich schriftlich nachzuholen.

Ich bitte, den gestellten Termin für die zahlenmäßige Meldung unbedingt einzuhalten, da ich meiner vorgesetzten Dienststelle entsprechende Meldung vorzulegen habe.

- 7) Jüdische Mischlinge, d.h. Halbjuden (mindestens zwei jüdische Großelternteile) und Vierteljuden (mindestens einen jüdischen Großelternteil) sind im Rahmen dieser Judenaktion nicht festzunehmen. Soweit sie jedoch nach italienischem Rasserecht als Volljuden anzusehen sind, bestehen keine Bedenken, wenn sie entsprechend behandelt werden. Falls derartige Mischlinge mit deutscher Staatsangehörigkeit festgenommen werden, ist mir sofort unter genauer Angabe der Personalien schriftlich Bericht zu erstatten.
- 8) Volljuden, die in Mischehe leben (also mit einer Arierin oder einem Arier verheiratet sind), sind schärfstens zu überwachen und nach Anlegung des schärfsten Maßstabes sofort festzunehmen, wenn sie irgendwie politisch oder kriminell in Erscheinung treten.

.....

- 11) Mit der Bearbeitung der Judenangelegenheiten bitte ich einen leitenden Beamten Ihrer Dienststelle zu beauftragen. Darüber hinaus bitte ich die Herren Questoren, sich dieser Angelegenheit wegen ihrer Wichtigkeit persönlich weitgehendst zu widmen.
Irgendwelche Unklarheiten bitte ich durch schnellste Rückfrage zu klären.

Abschließend weise ich darauf hin, daß dieses Schreiben als "G e h e i m" zu behandeln ist und von den Herren

Questoren persönlich unter Verschuß zu halten ist.
Eine schriftliche Weitergabe an unterstellte Dienststellen ist nicht statthaft."

Diese Anordnung des Angeklagten führte entsprechend seiner Absicht in der Folgezeit dazu, daß Mischehenpartner nicht nur in Einzelfällen festgenommen, sondern den übrigen Volljuden im wesentlichen gleichgestellt wurden. Es hing damit von der Handhabung des jeweiligen Außenkommandoleiters bzw. Judensachbearbeiters ab, welche Maßstäbe er anlegte, wobei klar war, daß es bei dieser Formulierung der Nr. 8 des Erlasses keines besonderen Vorwandes bedurfte, um die Mischehenpartner festzunehmen. Dies lag in der Absicht des Angeklagten. So befahl der Leiter der Gruppe Oberitalien West, SS-Standartenführer Rauff, dem Zeugen und früheren Judensachbearbeiter Koch vom Außenkommando Mailand am 8. Mai 1944, im Bereich der Quästur Varese alle Juden jeden Status zu verhaften, Schweizer, Ungarn, Türken, auch wenn sie mit Ariern zusammen lebten. Der Zeuge Koch gab diesen Befehl an die Quästur Varese weiter.

In der Folgezeit intervenierten die italienischen Behörden laufend wegen einzelner Mischehenpartner. Da der Angeklagte jedoch beabsichtigte, diese bei günstiger Gelegenheit ebenfalls nach Auschwitz zur Vergasung zu bringen, beachtete er die italienischen Bemühungen nicht.

So wandte sich der Quästor von Bologna am 10. März 1944 hinsichtlich des mit einer Arierin verheirateten Juden Jacchia

an das Außenkommando Bologna und teilte mit, daß Jacchia, der in das KZ Fossoli überführt worden sei, mit einer Arierin verheiratet sei und nach den geltenden italienischen Bestimmungen nicht der Internierung unterliegen sollte, sondern freigelassen werden müßte. Diese Mitteilung übersandte der Quästor auch an die deutsche SS-Polizeidienststelle in Verona. Der Angeklagte beachtete diese Mitteilung nicht, sondern ließ Jacchia am 1. August 1944 nach Auschwitz deportieren, wo er getötet wurde.

Am 2. April 1944 schrieb der Quästor von Modena auf ein Gesuch des aus Mailand stammenden, in Fossoli internierten und mit einer Arierin verheirateten türkischen Juden Treves an den italienischen Lagerleiter von Fossoli, daß die Quästur in Mailand keine Bedenken gegen die Entlassung des mit einer Arierin verheirateten Juden und seine Rückkehr nach Mailand habe, und daß im Einvernehmen mit dem deutschen Lageroffizier das Erforderliche zu veranlassen sei. Nachdem der Quästor von Modena am 19. April 1944 an die Erledigung seines Ersuchens vom 2. April 1944 erinnert hatte, teilte der italienische Lagerleiter am 24. April 1944 mit, daß die deutsche Lagerdienststelle für die Entlassung des Treves das Einverständnis der Dienststelle in Verona beantragt habe, deren Entscheidung sie, wie auch für andere zu Entlassende, noch erwarte. Der Angeklagte beabsichtigte jedoch nicht, diese Anträge zu bescheiden. Dies erfuhr der Zeuge und ehemalige Lagerkommandant SS-Untersturmführer Titho, der die Anträge nach Verona weiterleitete bei einer mündlichen

Nachfrage im Referat des Angeklagten. Vielmehr ließ der Angeklagte am 1. August 1944 auch Treves deportieren, dem jedoch die Flucht auf der Fahrt nach Auschwitz gelang.

Am 10. April 1944 wandte sich der Provinzchef von Verona auf Intervention des Polizeipräsidenten von Verona an den BdS Italien in Verona und wies darauf hin, daß der in Fossoli internierte Jude Volterra mit einer Arierin verheiratet sei und deshalb nicht in einem KZ interniert werden dürfe. Auch dieses Schreiben wurde von dem Angeklagten nicht beantwortet. Die italienische Dienststelle vermerkte daher auf dem Schreiben vom 10. April 1944, daß es zu den Akten zu nehmen sei, da das deutsche Kommando nicht zu antworten beabsichtige. Volterra wurde am 1. August 1944 nach Auschwitz deportiert und dort getötet.

Am 13. April 1944 wandte sich der Quästor von Modena hinsichtlich des mit einer Arierin verheirateten Juden Bassi an den italienischen Lagerleiter von Fossoli und teilte mit, daß die Quästur von Mailand keine Bedenken gegen das Gesuch der italienischen Ehefrau des Bassi, ihren Ehemann freizulassen, habe, und bat zu veranlassen, daß Bassi zu seiner Familie nach Mailand entlassen werde, sofern seitens der deutschen Dienststelle im Lager keine Bedenken erhoben würden. Der italienische Lagerleiter antwortete am 3. Juni 1944, daß sich die örtliche deutsche Dienststelle für die erforderliche Genehmigung an diejenige in Verona gewandt habe, von der bisher noch keine Antwort eingegangen sei.

Bassi wurde am 1. August 1944 nach Auschwitz deportiert, hat den Krieg jedoch überlebt.

Am 27. Mai 1944 teilte der Quästor von Modena hinsichtlich des Juden Levi dem italienischen Lagerleiter mit, daß die arische Ehefrau ein Entlassungsgesuch für ihren Ehemann eingereicht und die hiesige Dienststelle in Übereinstimmung mit der Quästur Mailand keine Bedenken habe, daß Levi entlassen werde, nachdem zuvor die örtliche deutsche Dienststelle ihr Einverständnis gegeben habe, da Levi auf Befehl der deutschen Behörden interniert worden sei. Der italienische Lagerleiter antwortete am 3. Juni 1944, daß sich die örtliche deutsche Dienststelle hinsichtlich der Entlassung des Levi bereits seit einiger Zeit an die Dienststelle in Verona gewandt habe, um deren Einverständnis zu erhalten, das bis jetzt jedoch nicht erteilt worden sei. Der Angeklagte ließ Levi am 1. August 1944 nach Auschwitz deportieren. Levi verstarb im Dezember 1944 in Dachau.

Am 5. Juni 1944 teilte der Quästor von Modena dem italienischen Lagerleiter mit, daß das Innenministerium, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, angeordnet habe, daß der mit einer Arierin verheiratete Jude Alces Piazza entlassen werden möge, und bat, nach vorangegangener Übereinkunft mit der örtlichen Dienststelle zu veranlassen, daß Alces Piazza entlassen und mit Passierschein zur Quästur Como geschickt werde. Am 12. Juni 1944 antwortete der italienische Lagerleiter, daß, wie schon in anderen Fällen angegeben

worden sei, sofern es sich um die Entlassung von Juden handele, die einer Mischehe angehörten, sich die deutsche SS-Befehlsstelle in Verona äußern müsse, die bisher noch keine diesbezügliche Entscheidung zur Kenntnis gebracht habe, und daß die von der hiesigen Leitung in verschiedenen anderen ähnlichen Fällen an die örtliche deutsche Dienststelle gerichteten eiligen Anfragen bisher kein Ergebnis gezeitigt hätten. Alces Piazza wurde am 1. August 1944 nach Auschwitz deportiert, hat den Krieg jedoch überlebt.

Mit Schreiben vom 14. Juni 1944 teilte die Quästur Modena dem italienischen Lagerleiter mit, daß gemäß einer Unbedenklichkeitsbescheinigung der Quästur Mailand die in Mischehe lebende Jüdin Vitta Zelman Trieste, geboren am 3. September 1902, d.h. die jetzige Zeugin Belfiore, entlassen und nach Mailand in Marsch gesetzt werden könne, vorausgesetzt, daß die deutsche Lagerbehörde ihr Einverständnis erkläre. Der Zeuge Titho leitete dieses Schreiben an den Angeklagten weiter, der nichts veranlaßte, sondern die Zeugin am 1. August 1944 nach Auschwitz deportieren ließ.

Am 24. Juli 1944 teilte der Generalinspekteur Preziosi dem Provinzchef von Verona auf ein Gesuch der Zeugin Lana mit, daß er für die Entlassung des Ehemannes der Zeugin, des jüdischen Rechtsanwalts Jenna, nicht zuständig sei, daß jedoch Angehörige von gemischten Familien von der Internierung auszunehmen seien. Die Zeugin Lana, die erfahren

hatte, daß ihr am 8. Juli 1944 verhafteter Ehemann im Keller des Gebäudes der SS-Befehlsstelle in Verona mit mehreren anderen Juden gefangengehalten würde, gelang es, über Mittelspersonen von einem deutschen Wehrmachtsoffizier einen Passierschein zu erhalten, der ihr, wie ihr gesagt wurde, den Zugang zu dem für Judenfragen in Verona zuständigen deutschen "SS-Major" öffnen würde. Ende Juli/Anfang August 1944 ging die Zeugin zu der Befehlsstelle des BdS in Verona und ließ sich unter Vorlage des Passierscheins zu dem für Judenangelegenheiten zuständigen deutschen "SS-Major" führen. Dies war der Angeklagte. Die Zeugin trug diesem im Beisein eines Dolmetschers ihre Bitte um Entlassung des Rechtsanwalts Jenna vor und erklärte, daß dieser mit einer Arierin verheiratet sei. Der Angeklagte ließ sie in barschem Ton durch den Dolmetscher lediglich fragen, wie sie zu dem Passierschein gekommen sei, riß ihr diesen aus der Hand, indem er der Zeugin einen Stoß gab, daß sie taumelte, und schrie schließlich, nachdem die Zeugin wahrheitsgemäß geantwortet hatte, ohne weiter etwas zu sagen: "Raus!" Der Dolmetscher erklärte der Zeugin, sie solle gehen, wenn ihr das Leben lieb sei. Der Angeklagte ließ Jenna nicht frei, sondern überstellte ihn noch im August 1944 in das KL Bozen-Gries. Am 24. Oktober 1944 wurde Jenna mit dem in Bozen-Gries abgehenden Transport nach Auschwitz gebracht und dort getötet.

Der Angeklagte kümmerte sich im übrigen um jeden einzelnen Vorgang und überließ seinen Untergebenen nichts zur

selbständigen Bearbeitung und Entscheidung.

So wurden im März 1944 die über 70 Jahre alten jüdischen Eheleute Platschik festgenommen und wegen ihrer schweren Krankheiten in das Krankenhaus Verona gebracht. Anfang April 1944 wandte sich Frau Platschik schriftlich an die Quästur in Verona und bat, beim deutschen Kommando die Erlaubnis zur Öffnung ihrer bei der Verhaftung versiegelten Wohnung zwecks Abholung einiger persönlicher Sachen einzuholen. Die Quästur übersandte das Schreiben am 10. April 1944 an den BdS in Italien, wo es am 15. April 1944 einging. Am 20. April 1944 wurde es auf das Referat IV B 4 mit der Tagebuch-Nr. 392/44 ausgezeichnet und dem Angeklagten vorgelegt. Hierauf erging folgende Verfügung:

"Verona, den 24.4.44

IV B 4

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei u. des SD
in Italien.

Urschriftl. m.Anl.

an die Präfektur in Verona
zurückgereicht. Gegen die Herausgabe der den Juden gehörenden Gebrauchsgegenstände an diese bestehen von hier aus keine Bedenken.

I.A.",

die der Angeklagte persönlich unterzeichnete.

Im April 1944 befanden sich in italienischem Gewahrsam in Bologna drei jüdische Schwestern. Am 28. April 1944 richtete der SS-Obersturmführer Bieber vom Außenkommando Bologna folgendes Schreiben an die Quästur in Bologna:

"Betrifft: D i e n a , Ida, geb. 8.9.1881 in Bologna,
beruflos, ledig, Volljüdin, wohnhaft
in Bologna, Via Cestello 4,

D i e n a , Augusta, geb. 27.3.1867 in Bologna,
beruflos, ledig, Volljüdin, wohnhaft in
Bologna, Via Cestello 4,

D i e n a , Josefine, geb. 27.8.1863 in
Bologna, beruflos, ledig, Volljüdin,
wohnhaft in Bologna, Via Cestello 4.

Vorgang: ohne

Anlagen: Entlassungsbefehle.

Ich bitte, die vorgenannten Jüdinnen in das Judenlager
Fossoli/Carpi zu überführen. Die Durchschriften der
beigefügten Entlassungsbefehle bitte ich nach hier
zurückzusenden."

Dieses Schreiben wurde versehentlich dem BdS in Verona
zugesandt, ging dort am 3.Mai 1944 ein, erhielt das
Aktenzeichen IV 4 b mit der Tagebuch-Nr. 1324/44 und wurde
am selben Tag dem Angeklagten vorgelegt, Hierauf erging
folgende Verfügung:

"Der Befehlshaber
der Sicherheitspolizei u. des SD
in Italien

IV B 4

Verona, den 3.5.44

1. Reg.austragen u.urschr.zu-
rücksenden

an AK Bologna

Irrläufer !!! Dort.Reg. u.Absendestelle
nächstens besser aufpassen!!

I.A. Boßhammer",

die der Angeklagte eigenhändig schrieb und unterzeichnete.

An 14. Mai 1944 ging das Schreiben wieder beim Außenkommando

Bologna ein, das den Vorgang am 22. Mai 1944 an den Quästor in Bologna abgab. Dieser ließ die drei alten Schwestern - die älteste war über 80 Jahre alt - am 27. Mai 1944 nach Fossoli überführen und teilte dies am 28. Mai 1944 dem Außenkommando mit. Die drei Schwestern wurden am 26. Juni 1944 nach Auschwitz deportiert und dort vergast.

Im Mai 1944 gab das Außenkommando Bologna auf Weisung des Angeklagten einen Runderlaß an acht Quästoren heraus, in dem die italienischen Behörden aufgefordert wurden, alle Krankenhäuser, Irrenanstalten und Klöster nach Juden oder jüdischen Mischlingen zu durchsuchen. Bereits im März hatte das Außenkommando dem Quästor in Bologna mitgeteilt, daß bei den in Krankenhauspflege befindlichen Juden oder jüdischen Mischlingen bei der Feststellung der Transportfähigkeit die schärfsten Maßstäbe anzulegen seien, da die Überführung möglichst vieler Juden oder jüdischer Mischlinge in das KL Fossoli bei Carpi erreicht werden solle. Dies entsprach den Befehlen des Angeklagten.

Der Zeuge Berkefeld fertigte monatlich zwei Berichte für den Angeklagten über die Tätigkeit der Außenkommandos in Judenangelegenheiten, die auch zahlenmäßige Zusammenstellungen der durch die einzelnen Außenkommandos festgenommenen Juden enthielten. Die Runderlasse für die Außenkommandos und den Quästor in Verona wurden nach Weisung des Angeklagten von den Zeugen Eisenkolb geschrieben und von dem Angeklagten unterzeichnet. Die Berichte für das RSHA über seine Tätigkeit

in Italien leitete der Angeklagte zwar über den BdS nach Berlin, sonst hatte er jedoch keinen wesentlichen dienstlichen Kontakt zu dem Zeugen Dr. Harster. So nahm der Angeklagte auch nicht an den regelmäßigen Dienstbesprechungen der Abteilungsleiter und Referenten bei dem Zeugen Dr. Harster teil, in denen Judenangelegenheiten im übrigen nicht erörtert wurden.

Besondere Weisungen durch das RSHA erhielt der Angeklagte nur in wenigen Fällen, die allgemein die Behandlung von Juden mit der Staatsangehörigkeit neutraler bzw. befreundeter Staaten, insbesondere Argentinien, betrafen und die bisherige Privilegierung dieser Juden aufhoben. Besondere Befehle hinsichtlich der Mischehenpartner erhielt der Angeklagte nicht.

b) Das Lager Fossoli

Zunächst hielt der Angeklagte die Mischehenpartner und Mischlinge im Konzentrationslager Fossoli bei Carpi (Provinz Modena) zurück.

Das Lager war von den Italienern im Dezember 1943 als Internierungslager für Juden errichtet worden. Ende Dezember 1943 befanden sich ca. 100 Juden im Lager.

Im Laufe des Monats Januar und im Februar 1944 waren von den Außenkommandos und italienischen Dienststellen sowie durch

das Referat des Angeklagten ca. 700 Juden im Lager konzentriert worden. So teilte der Quästor von Modena am 29. Dezember 1943 dem italienischen Lagerleiter von Fossoli mit, daß das Ministerium die Auskunft von insgesamt 827 Juden, die in Oberitalien festgenommen worden und in Fossoli zu internieren seien, angekündigt habe. Für den von dem Angeklagten geplanten Transport am 22. Februar 1944 wurden italienische Polizeibehörden auf Befehl des Angeklagten durch Außenkommandos angewiesen, bis zum 18. Februar 1944 bestimmte in italienischen Gefängnissen einsitzende Juden nach Fossoli zu überstellen.

Mitte Februar 1944 stellte der Angeklagte außerdem ein etwa fünf Mann starkes SS-Kommando zusammen, bei dem sich auch der Zeuge Haage befand. Das Kommando fuhr zu einem Ort in der Nähe von Verona, wo etwa 100 festgenommene Juden konzentriert worden waren, und transportierte diese mit der Eisenbahn nach Carpi und anschließend mit Kraftfahrzeugen nach Fossoli. Weitere SS-Angehörige erschienen dann auf Weisung des Angeklagten im Lager und stellten den Transport zusammen. Der leitende Offizier, ein SS-Untersturmführer, hatte Akten über jeden einzelnen Juden bei sich und stellte anhand dieser Unterlagen, die teilweise Lichtbilder der Juden enthielten, den Transport zusammen. Ausgenommen wurden lediglich 74 Mischlinge und Mischehenpartner, darunter die Zeuginnen Belfiore und Bergmann sowie die später als Schreibkraft eingesetzte Frau Crovetti. Den 650 für den Transport vorgesehenen Juden erklärte der SS-Offizier weisungsgemäß, sie kämen am folgenden

75

Tage zum Arbeitseinsatz nach Deutschland, sie brauchten keine Angst zu haben. Sie würden in ein Arbeitslager gebracht, wo es ihnen gut gehen werde.

An Morgen des 22. Februar 1944 wurden mindestens 650 jüdische Männer, Frauen und Kinder mit Lkw und Bussen zum Bahnhof Carpi gebracht und dort in Güterwagen verladen, die vom Angeklagten nach Auschwitz bestimmt und von ihm bei der zuständigen Transportkommandantur der Wehrmacht angefordert worden waren.

Der Zeuge Haage blieb auf Befehl des Angeklagten im Lager, um die organisatorischen Vorbereitungen für die endgültige Übernahme des Lagers durch den BdS zu treffen. Anfang März 1944 wurde Fossoli als sogenanntes Polizeidurchgangslager durch den BdS übernommen, und der ehemalige Fahrer des Zeugen Dr. Harster, der Zeuge Titho, wurde unter Beförderung zum SS-Untersturmführer zum Lagerkommandanten ernannt. Sein Vertreter war der Zeuge Haage, Verwaltungsführer war der Zeuge und frühere SS-Sturmscharführer Leßner. Das Bewachungspersonal bestand zunächst nur aus Italienern. Einige Wochen später kamen noch etwa sechs SS-Männer als Verstärkung. Das Lager erhielt ein Fassungsvermögen von etwa 2.500 bis 3.000 Menschen, davon 800 bis 1000 im sogenannten Judenlager, das durch einen Zaun vom übrigen Lager, das den politischen Häftlingen vorbehalten wurde, getrennt war. Während die Verfügungsbefugnis über die politischen Gefangenen bei dem Leiter der Gestapo beim

BdS, SS-Sturmabführer Dr. Kranebitter, lag, hatte der Angeklagte als Judenreferent die ausschließliche Verfügungsbefugnis über die jüdischen Häftlinge.

Neben der deutschen Lagerkommandantur blieb die italienische Lagerleitung bestehen, die jedoch keinen Einfluß auf die Lagerverwaltung nehmen konnte, sondern im wesentlichen als Verbindungsstelle zur Quästur Modena arbeitete.

In der Zeit von Februar bis Juli 1944 wurden Hunderte von jüdischen Männern, Frauen und Kindern durch die Außenkommandos, italienische Dienststellen sowie in einigen Fällen auch durch das Referat des Angeklagten unmittelbar nach Fossoli eingeliefert. Die Zeugen Eisenkolb und Berkefeld sowie Arndt wurden von dem Angeklagten mehrfach eingesetzt, um im Bereich der Quästur Verona ermittelte Juden festzunehmen und nach Fossoli zu bringen. In einem Falle meldete ein italienischer Polizeioffizier dem Angeklagten, daß sich in einem Ort in der Nähe von Verona mehrere Juden versteckt hätten. Der Angeklagte leitete in diesem Fall persönlich den Einsatz zur Festnahme und Überführung dieser Juden nach Verona und anschließend nach Fossoli. Bei diesem Einsatz befand sich auch der Zeuge Eisenkolb.

Die Judensachbearbeiter der Außenkommandos sowie italienische Dienststellen übersandten dem Referat des Angeklagten Listen mit den Personalien der nach Fossoli überstellten Juden, die im Referat registriert wurden, so daß man stets

einen Überblick über den Lagerbestand hatte. Im Lager wurde durch den Zeugen Haage eine Kartei geführt, die die Personalien der Häftlinge enthielt. Bei ihrer Einlieferung wurden die Juden von dem Zeugen Haage vernommen, der ihre Angaben mit den Einlieferungslisten, die die Begleitkommandos mitbrachten, verglich und in die Kartei eintrug. Soweit es sich um Mischehenpartner und Mischlinge handelte, mußten diese, falls die Personalpapiere unklar waren, ihren Stammbaum aufstellen.

Auch die folgenden Transporte am 5. April, 16. Mai, 26. Juni und 1. August 1944 wurden jeweils auf Befehl des Angeklagten zusammengestellt. In zwei Fällen erschien der Angeklagte persönlich im Lager, um dem Zeugen Titho den jeweils bevorstehenden Transport anzukündigen. In drei weiteren Fällen holte sich Titho seine Weisungen unmittelbar bei dem Angeklagten in Verona.

Einen Tag bzw. zwei Tage vor dem von dem Angeklagten festgesetzten Transporttermin (22. Februar, 5. April, 16. Mai und 26. Juni 1944) erschienen dann zwei Angehörige des Referats des Angeklagten, und zwar im Regelfall der Zeugen Berkefeld und Arndt, die schriftliche Unterlagen bei sich hatten, anhand deren aus der Lagerkartei der Transport zusammengestellt wurde. So hatte der Transport am 5. April 1944 eine Mindeststärke von 564 Juden, zu denen noch 40 aus Mantua kamen. Mit den Transporten am 16. Mai und 26. Juni 1944 wurden mindestens 575 bzw. 517 Juden nach Auschwitz abtransportiert. Die Transportlisten wurden von der als

Schreibkraft im Lager tätigen Frau Crovetti geschrieben und dem Judenreferat in Verona übersandt.

Zum Zeitpunkt des Juni-Transportes war sich der Angeklagte nicht nur allgemein darüber im klaren, daß Juden auf fürchterliche Weise in Auschwitz vergast würden, sondern er kannte auch Einzelheiten des Vorgangs. Für den Mai-Transport hatte er nämlich den Zeugen Berkefeld zum Transportführer bestimmt und den Marschbefehl nach Auschwitz unterschrieben. Am Tage des Transports hielt sich der Zeuge Berkefeld im Dienstzimmer des Angeklagten auf, um die Transportliste und den Marschbefehl in Empfang zu nehmen und das Kommando über die Wachmannschaft zu übernehmen. Der Angeklagte erklärte dem Zeugen, daß das von ihm bei der Ordnungspolizei angeforderte Begleitkommando noch nicht da sei, und befahl dem Zeugen, in der Wachstube das Begleitkommando zu erwarten. Hier meldeten sich bei dem Zeugen Berkefeld etwa zehn Soldaten der in Verona stationierten 9. Kompanie des Polizeiregiments Nr. 12, mit denen er nach Auschwitz fuhr. Dort beobachtete der Zeuge Berkefeld, wie gleichzeitig andere Judentransporte ankamen und die jüdischen Männer, Frauen und Kinder mit Knüppeln aus den Waggonen getrieben wurden. Er sprach den neben ihm stehenden Zeugen und früheren Polizeireservisten Keller an und sagte entsetzt, daß das doch eine große Schweinerei sei, was man dort mit den Menschen machen würde. Die Zeugen beobachteten weiter, daß die Juden in zwei Gruppen eingeteilt wurden und sich bei der größeren Gruppe die alten Menschen und

die Mütter mit ihren Kindern befanden. Die kleinere Gruppe wurde in die Baracken geschickt, während die größere Gruppe zu einer großen Halle mit eisernen Türen geführt wurde. Der Zeuge Keller ging mit dem Zeugen Berkefeld zu dieser Halle, und sie sahen, wie die Juden sich ausziehen mußten. Anschließend gingen die Zeugen in die Wachstube. Hier erzählte ihnen ein SS-Mann, der zur Wache des Konzentrationslagers gehörte, daß in der großen Halle die Gaskammern seien und man den Juden, um sie zum Ausziehen zu bewegen, gesagt habe, sie müßten baden. Die SS-Männer auf der Wache erzählten weiter, daß täglich etwa 12.000 Juden ankämen und man mit der Vergasung der Juden und Verbrennung der Leichen gar nicht so schnell nachkäme. Die Zeugen Keller und Berkefeld sahen auch, wie aus den Schornsteinen des Konzentrationslagers meterhohe Flammen schlugen und bemerkten einen ekelerregenden Geruch. Nach einigen Stunden war der Transport aus Fossoli an der Reihe, und die Zeugen beobachteten, daß es bei diesem Transport genauso zuging wie bei den vorangegangenen Transporten. Anschließend waren dem Zeugen Berkefeld zwei Wochen Urlaub bewilligt worden, und er erzählte seiner Frau von den furchtbaren Geschehnissen in Auschwitz. Als er Mitte Juni 1944 nach Verona zurückgekehrt war, meldete er dem Angeklagten die Durchführung des Transportes und berichtete ebenfalls die Geschehnisse in Auschwitz, die ihn seelisch stark mitgenommen hatten. An Einzelheiten, insbesondere hinsichtlich des Verhaltens des Angeklagten auf diesen Bericht, vermochte sich der Zeuge nicht zu erinnern.

Die Juden wußten teilweise vor ihrem Abtransport, welches Schicksal sie in Auschwitz erwartete. Diejenigen Juden, die durch Freunde, insbesondere jüdische Flüchtlinge aus Jugoslawien, und ausländische Sender über das KL Auschwitz informiert worden waren, erkannten spätestens auf dem Bahnhof beim Besteigen des Zuges, daß der Transport in ein Vernichtungslager ging, da der Name des Zielortes "Auschwitz" durchweg an den Waggonen angebracht war.

Der Zeuge Haage erklärte darüber hinaus im Beisein jüdischer Schreibkräfte des Lagers Fossoli, daß jeder SS-Mann bei Verlust des Krieges sich und seine Familie umbringen müßte, daß man jedoch vorher überall in Europa in jedem Lager mit Juden ein "kleines Auschwitz" machen würde und alle Juden verräuchert würden.

Im übrigen verbreitete sich allgemein bei den Juden und diesen nahestehenden Kreisen in Italien der Eindruck, daß alle deportierten Juden und Mischlinge zu dem Zeitpunkt getötet worden waren, von dem ab keine Nachricht mehr von ihnen eingetroffen war.

Auch der Angeklagte war sich darüber im klaren, daß eine Geheimhaltung nicht gewährleistet war. Er ließ den Juden vor dem Abtransport im Lager und auch durch die Transportführer zwar sagen, daß sie zum Arbeitseinsatz nach Deutschland kämen. Er wußte jedoch, daß diese Erklärungen angesichts der Transportbedingungen und der alten, kranken

und gebrechlichen Personen, die er deportieren ließ, und auf Grund der bei den Juden umlaufenden Gerüchte, die ihm als Judenreferenten bekannt waren, keinen Glauben bei dem größten Teil der Juden finden würden. So erteilte er den Transportführern die Weisung, den Polizisten des Begleitkommandos Schießbefehl für den Fall des Fluchtversuchs eines Juden zu geben.

Die zunächst von dem Angeklagten von der Deportation zurückgestellten Mischehenpartner und Mischlinge waren in dem Judenlager in einer besonderen Baracke, die mit einem Zaun umgeben war, untergebracht. Ende Juli 1944 waren dort etwa 300 Mischehenpartner und Mischlinge konzentriert, und zwar überwiegend Mischehenpartner. Da nach dem 26. Juni 1944 im Verhältnis zu den vorangegangenen Festnahmen nur noch wenige Juden von den Außenkommandos und italienischen Dienststellen festgenommen und im Hinblick auf die geplante Auflösung des Lagers durch den BdS wegen der näher rückenden Front auch nur zum Teil nach Fossoli überstellt worden waren, entschloß sich der Angeklagte Mitte Juli 1944, die von ihm geleitete zentrale Erfassungsaktion in Italien einzustellen und das Judenlager zu räumen. Für den Schlußtransport am 1. August 1944 bestimmte er, daß die Mischlinge nach Bergen-Belsen, Buchenwald und Ravensbrück und die Mischehenpartner, mindestens 140, nach Auschwitz kommen sollten. Er war sich darüber klar, daß die Mütter mit ihren Kindern sowie die nicht arbeitsfähigen Männer und Frauen in Auschwitz vergast und damit einen fürchterlichen

Tod finden würden. Er war sich weiter bewußt, daß auch die zunächst arbeitsfähigen Juden infolge unmenschlicher Behandlung mit dem Tod rechnen mußten. Er wußte weiter, daß es in seinem Ermessen lag, die Mischehenpartner zu verschonen, ohne daß ihm hieraus ein besonderer Nachteil erwachsen wäre. Er hätte die Mischehenpartner jederzeit der italienischen Lagerleitung in Fossoli übergeben oder sie wenigstens nach Theresienstadt transportieren lassen können. Er wollte jedoch einen zahlenmäßig möglichst starken Transport nach Auschwitz und beweisen, daß er in der Lage war, selbst die im Reich, in den besetzten Westgebieten und sogar in Ungarn grundsätzlich privilegierten Mischehenpartner, die in diesen Gebieten zum größten Teil noch nicht einmal in Lagern konzentriert waren, unmittelbar der "Endlösung" zuzuführen, ohne besondere politischen Schwierigkeiten zu verursachen.

Der Zeuge Titho bemühte sich wenige Tage vor dem Abgang des Transportes am 1. August 1944 bei dem Angeklagten um Freistellung der jüdischen Funktionshäftlinge, der Schreibkräfte und Köche. Der Angeklagte entschied jedoch, daß nur die drei Köche mit nach Bozen-Gries in das dortige Ausweichlager genommen werden dürften. So wurde die bisher in der Lagerkartei als Schreibkraft tätig gewesene, mit einem Arier verheiratete Jüdin Crovetti nach Auschwitz deportiert. Dem Zeugen Titho gelang es lediglich, unter Umgehung des Angeklagten bei dem an sich nur für die politischen Häftlinge zuständigen Gestapo-Leiter Dr. Kranebitter eine Entscheidung für die von dem Angeklagten

nur als Mischehenpartnerin geführte Zeugin Bergmann, eine mit einem Arier verheiratete Halbjüdin, die im Lager als Schreibkraft verwendet worden war, dahin zu erhalten, daß sie nicht nach Auschwitz, sondern Ravensbrück deportiert werden durfte. Ob Dr. Kranebitter, bevor er den Zeugen Titho die für die Zeugin Bergmann günstige Regelung mitteilte, eine Entscheidung des Angeklagten herbeigeführt hatte, konnte nicht geklärt werden.

Dem Transport nach Auschwitz wurden am 2. August 1944 in Verona mindestens 150 Juden insbesondere aus den Gefängnissen Turin und San Vittore (Mailand) angeschlossen, die auf Befehl des Angeklagten nach Verona befördert worden waren. Die Einteilung der Mischlinge und Mischehenpartner auf die nach Bergen-Belsen, Buchenwald, Ravensbrück und Auschwitz bestimmten Waggons erfolgte auf dem Bahnhof Verona durch den Zeugen Haage nach namentlichem Aufruf anhand von Transportlisten, die ihm durch besonderen Kurier vom Judenreferat überbracht worden waren.

c) Die Transporte

aa) Der am 22. Februar 1944 morgens in Carpi abgehende Transport mit mindestens 650 jüdischen Männern, Frauen und Kindern bestand aus etwa 12 geschlossenen Güterwagen und einem Personenwagen für die Wachmannschaft. Die Menschen wurden zum Teil in die Wagen hineingeprügelt. So erhielt der Zeuge Levi Fußtritte und wurde mit einem Gewehrkolben beschlagen. Die Menschen wußten

zum Teil, daß sie in ein Vernichtungslager transportiert würden, um dort getötet zu werden. Die Güterwagen waren ungeheizt, und insbesondere die alten Menschen und Kinder froren stark während der vier Tage dauernden Fahrt nach Auschwitz und waren dem Erfrierungstod ausgesetzt. Der älteste Transportinsasse war 75 Jahre alt - er starb während der Fahrt -, der jüngste war ein Kind von drei Monaten. In dem Waggon des Zeugen Levi befand sich auch ein dreijähriges Mädchen. Einmal täglich gab es etwas Brot und Marmelade. Der Transport hielt einmal täglich auf freiem Feld, damit die Menschen ihre Notdurft verrichten konnten. Soweit dies nicht reichte, mußten die Menschen ihre Notdurft in den Waggons verrichten, so daß die Atemluft bald unerträglich war. In den Waggons war es so eng, daß man sich zum Schlafen nicht hinlegen konnte. Das Wasser, das einmal täglich in die Waggons gegeben wurde, bekamen nur wenige und war auch für diese nicht genügend, so daß die Insassen sehr an Durst litten. Der Zeuge Ravenna leckte die Innenwände des Waggons, an denen sich der Dampf niederschlug, ab. Zum Teil aßen die Menschen an den Aufenthaltsorten Schnee. Als auf einer Bahnstation die Insassen eines Waggons besonders laut schrien, daß sie Durst hätten, schoß ein begleitender SS-Mann blindlings in den Waggon und traf einen Juden ins Bein. Dieser blieb bis Auschwitz unversorgt im Waggon liegen. Während der Fahrt starben in dem Waggon, in dem sich der Zeuge Ravenna befand, zwei über 70 Jahre alte Menschen. Besonders qualvoll war die Fahrt für die alten

Menschen und die Kinder. Der Transport kam am 26. Februar 1944 abends in Auschwitz an. Nach der Selektion wurden 95 Männer und 29 Frauen als arbeitsfähig in das Lager eingeliefert. Die übrigen Menschen, darunter alle alten Leute und die Mütter mit ihren Kindern, wurden vergast. Dazu gehörte die gesamte Familie des Zeugen Ravenna, seine Eltern, seine Schwester und sein kleiner Bruder. Von den 124 Arbeitsfähigen kamen bis Kriegsende mindestens noch 94 ums Leben.

bb) Am 5. April 1944 wurden mindestens 564 jüdische Menschen, darunter mindestens 28 über 70-jährige, der älteste war 90 Jahre, und sieben Kinder unter zehn Jahren, das jüngste war zehn Monate alt, aus dem Lager Fossoli nach Carpi gebracht und in ca. 12 geschlossene Güterwagen verladen. In Mantua wurde auf Befehl des Angeklagten an den Zug ein weiterer Waggon mit mindestens 40 Juden angehängt, die aus dem dortigen italienischen Internierungslager kamen. Weitere Waggon mit Juden wurden auf italienischem Staatsgebiet dem Zug angeschlossen, so daß schließlich rund 1.000 Juden aus Italien abtransportiert wurden. Die Menschen wußten zum Teil, daß sie in das KL Auschwitz kommen würden, um dort getötet zu werden. Die Fahrt nach Auschwitz dauerte fünf Tage. Während der Fahrt erhielten die Häftlinge täglich etwas Brot und Marmelade. Zweimal in den fünf Tagen hielt der Zug auf

freiem Feld, so daß die Menschen ihre Notdurft verrichten konnten. Bei einem Halt erhielten einige der Juden einen Becher Hirsesuppe. Im übrigen mußten die Menschen ihre Notdurft im Waggon verrichten. Getränke gab es nur für wenige und auch für diese nicht ausreichend, so daß die Menschen sehr an Durst litten.

Der Transport kam am 10. April 1944 in Auschwitz an. Selektiert zur Arbeit wurden 154 Männer und 64 Frauen. Die übrigen, darunter die alten Menschen und die Mütter mit Kindern, mindestens 386 Menschen, wurden sofort vergast. Von den 218 Arbeitsfähigen kamen bis Kriegsende mindestens noch 180 ums Leben.

cc) Am 16. Mai 1944 wurden mindestens 575 jüdische Menschen, darunter mindestens 39 über 70jährige, der älteste war 87 Jahre, und 28 Kinder unter zehn Jahren, das jüngste war knapp zwei Monate alt, aus dem Lager Fossoli nach Carpi gebracht und in etwa 12 geschlossene Güterwagen verladen. Die Menschen wußten zum größten Teil, daß sie in das KL Auschwitz transportiert würden, um dort getötet zu werden. Die Fahrt nach Auschwitz dauerte sieben Tage. In den Waggons waren die Menschen derartig zusammengepfercht, daß nicht alle sitzen konnten. In dem Waggon der Zeugin Gembicki starben während der Fahrt drei alte Männer, so daß sich einige Insassen des Waggons auf die Leichen setzen mußten, die bis zur Ankunft in Auschwitz nicht aus dem Waggon entfernt wurden. Diese Todesfälle

wurden dem Wachpersonal nicht gemeldet. In einem anderen Waggon, in dem sich die Zeugin Kugiadi befand, starben einen Tag nach der Abreise zwei kranke Männer, die nicht mehr laufen konnten und in Carpi auf Bahren in den Waggon geschoben worden waren. Die Begleitmannschaft lehnte es ab, die Toten aus dem Waggon zu nehmen. In einem weiteren Waggon, in dem sich der Zeuge Donato de Veroli befand, starben nach mehreren Tagen Fahrt zwei alte Menschen, deren Leichen von dem Begleitpersonal aus dem Waggon entfernt und in den letzten Waggon des Zuges gebracht wurden. Die Insassen dieses Waggons wurden auf die übrigen Güterwagen verteilt. Während der sieben Tage dauernden Fahrt durften die Menschen etwa jeden zweiten Tag einmal aussteigen, um ihre Notdurft zu verrichten. Im übrigen benutzten sie zum Teil Eimer und Konservendosen in den Waggons, so daß es in diesen, in denen es unerträglich heiß war, penetrant roch. Um etwas frische Luft hereinzulassen, wurden die Türen der Waggons von der Begleitmannschaft einen Spalt geöffnet. Zu essen erhielten die Insassen Brot und Marmelade. Einmal gab es auf einem Bahnhof für einen Teil der Insassen eine Getreidebrühe. Zu trinken gab es im übrigen nur wenig, so daß die Menschen stark an Durst litten. In dem Waggon der Zeugin Gembicki weinten und jammerten insbesondere gegen Ende der Fahrt die Kinder unentwegt, weil sie Durst und Hunger hatten. Der Zeuge Keller sprach während der Fahrt bei einem Halt des Zuges mit einem jüdischen Fabrikanten und dessen Ehefrau, die aus Stuttgart stammten und mit ihren Kindern,

Sohn und Tochter, deportiert wurden. Von diesem Fabrikanten und dessen Ehefrau erfuhr der Zeuge, daß die Juden alle in Auschwitz getötet würden, da Auschwitz ein Vernichtungslager sei. Der Zeuge beobachtete das Verhalten der Juden und erkannte, daß die Mehrzahl der Menschen über ihr Schicksal Bescheid wußte. Als der Zug Theresienstadt passierte, fingen die Juden fast durchweg an zu beten. Am 23. Mai 1944 kam der Transport in Auschwitz an.

Nach der Selektion wurden 186 Männer und 70 Frauen als arbeitsfähig in das Lager eingeliefert. Die übrigen, mindestens 312 Menschen, wurden vergast. Der Zeuge Keller sah, wie der jüdische Fabrikant und sein Sohn zur Gruppe der Arbeitsfähigen kamen, während die Ehefrau des Fabrikanten und seine Tochter zu der Gruppe gehörten, die zu den Gaskammern geführt wurde. Der Zeuge Keller beobachtete weiter, daß die Gruppe der Arbeitsfähigen zuerst weggeführt wurde und der Fabrikant seiner zurückbleibenden Ehefrau und Tochter mit einer Hand noch zuwinkte, ohne sich umzudrehen. Von den 256 Arbeitsfähigen kamen bis Kriegsende noch mindestens 200 ums Leben.

dd) Am 26. Juni 1944 wurden mindestens 517 jüdische Menschen, darunter mindestens 56 über 70jährige, der älteste war 91 Jahre, und elf Kinder unter zehn Jahren, das jüngste war zwei Monate alt, aus dem Lager Fossoli nach Carpi gebracht und in etwa 12 Güterwagen verladen. Unterwegs

wurden in Italien weitere Waggons mit Juden an den Zug angehängt, so daß dieser schließlich aus etwa 20 Waggons mit etwa 1.000 Menschen bestand. Diese wußten zum größten Teil, daß sie in das KL Auschwitz fahren würden, um dort getötet zu werden. Am Bahnhof Carpi versuchten etwa drei Juden zu flüchten. SS-Männer schossen sofort und trafen die Juden in die Beine. Mit diesen Verletzungen wurden die Häftlinge in den Waggon des Zeugen Limentani gebracht, wo sie bis Auschwitz unversorgt liegen blieben. In den Güterwagen waren die Menschen derartig zusammengepfercht, daß nur wenige sich hinlegen konnten. Während der vier Tage dauernden Fahrt durften die Juden die Waggons nur einmal zum Verrichten der Notdurft verlassen, so daß die Luft in den Wagen bald unerträglich war. Trinkwasser bekamen die Menschen nicht. Einige Juden versuchten bei einem Aufenthalt des Zuges Wasser zu holen, das bei der Eile und dem Gedränge jedoch verschüttet wurde. Die Menschen litten deshalb sehr an Durst und riefen und schrien aus den oben an den Wagen befindlichen vergitterten Öffnungen nach Wasser, so daß der Zeuge und frühere Angehörige der 9. Kompanie des Polizeiregiments 12, Findler, der zur Begleitmannschaft gehörte, bei einem Halt des Zuges Wasser holte und den Juden in Gefäße, die sie ihm durch das Gitter reichten, gießen wollte. Ein den Zug begleitender SD-Mann schrie den Zeugen jedoch an: "Was fällt Ihnen ein, Sie sind Wachposten und nicht Wasserträger." Als der Zeuge erwiderte, daß man schließlich auch dem Vieh Wasser gebe, brüllte der SD-Mann "Das geht

Sie einen Dreck an." Verpflegung wurde auf diesem Transport nicht ausgegeben, so daß nur diejenigen zu essen hatten, die sich aus Fossoli etwas mitgebracht hatten.

Der Transport kam am 30. Juni 1944 in Auschwitz an. Ein alter Mann war während des Transportes verstorben. Nach der Selektion wurden 180 Männer und 95 Frauen als arbeitsfähig in das Lager eingeliefert. Der Rest, mindestens 241 Menschen, wurde vergast. Von den 275 Arbeitsfähigen kamen bis Kriegsende mindestens noch 250 ums Leben.

ee) Am 1. August 1944 wurden etwa 300 Mischehenpartner und Mischlinge aus Fossoli mit Bussen und Lkws abtransportiert. Transportführer war der Zeuge Haage. Da infolge alliierter Luftangriffe die Bahnlinien unterbrochen und die Po-Übergänge zum Teil zerstört und im übrigen von Wehrmachtstransporten besetzt waren, wurden die Häftlinge mit Kraftfahrzeugen zum Po gefahren und in Booten übergesetzt. Am anderen Ufer standen Busse und Lkws bereit, die die Menschen nach Verona fuhren, wo sie zunächst in einem leerstehenden Fabrikgebäude untergebracht wurden. In der Nacht zum 2. August 1944 trafen insbesondere aus den Gefängnissen Turin und Mailand mindestens 150 Juden in Verona ein, die auf Befehl des Angeklagten am 2. August in Verona abgehenden Transport angeschlossen werden sollten. Der Zug, der am 2. August 1944 morgens auf dem Bahnhof Verona bereitstand, bestand aus elf Güterwagen. Etwa 100 bis 150 Mischlinge wurden auf die nach Bergen-Belsen,

Buchenwald und Ravensbrück bestimmten drei Waggon aufgeteilt. Die übrigen, etwa 300, darunter etwa 150, jedoch mindestens 140 Mischehenpartner, davon über die Hälfte - mindestens 70 - Frauen, wurden in die nach Auschwitz bestimmten acht Waggon verladen, so daß etwa 40 Menschen in einem Wagen waren. Dabei wurden die größeren Kinder, die aus einer Mischehe stammten, als Mischlinge von ihrem nicht-arischen Elternteil getrennt, der in einen nach Auschwitz bestimmten Waggon kam. Kleine Kinder blieben bei ihrem jüdischen Elternteil, so daß die Mischehenpartnerin Livia Uggeri mit ihrer vierjährigen Tochter Bruna nach Auschwitz kam. Die nach Auschwitz bestimmten Menschen wußten zum größten Teil, daß sie dort getötet würden.

In Österreich wurden die drei nach Bergen-Belsen, Buchenwald und Ravensbrück bestimmten Waggon vom Zug abgehängt. In den nach Auschwitz bestimmten Güterwagen war es teilweise so eng, daß die Menschen dicht nebeneinander saßen und sich nicht ausstrecken konnten, um zu schlafen. Bei einigen Aufhalten des Zuges konnte nur ein Teil der Juden aussteigen, um ihre Notdurft zu verrichten, so daß die Menschen ihre Notdurft im wesentlichen in den Waggon verrichten mußten. Einmal am Tag durfte ein Jude aus jedem Waggon aussteigen, um Verpflegung, Brot, Marmelade und Käse für die Insassen des Waggon in Empfang zu nehmen. Einmal während der Fahrt erhielt ein Teil der Menschen eine warme Suppe. Getränke wurden nicht ausgegeben, so daß die

Juden, die einmal am Tag aussteigen durften, irgendein größeres Gefäß mitnahmen, um Wasser zu holen, das sie, falls kein Brunnen oder eine Leitung in der Nähe war, aus der Lokomotive des Zuges nahmen. Das Wasser bekamen jedoch nur wenige und war auch für diese nicht ausreichend, so daß die Menschen sehr an Durst litten.

Am 6. August 1944 kam der Transport in Auschwitz an. Sämtliche Häftlinge kamen zunächst ins Lager. Erst nach etwa zwei Tagen wurde eine Selektion vorgenommen. Dabei wurden von dem mindestens 290 Personen zählenden Transport 80 Männer und 21 Frauen als arbeitsfähig herausgesucht. Die übrigen, darunter alle alten Menschen und die Mütter mit ihren Kindern, wurden vergast. Mindestens 49 Mischehenpartnerinnen wurden danach vergast.

Von den 101 Arbeitsfähigen kamen bis Kriegsende mindestens noch 80 ums Leben, so daß allenfalls 21 den Krieg überlebt haben, davon höchstens 12 Mischehenpartner aus Fossoli.

3) Die Tätigkeit des Angeklagten als Leiter des Außenkommandos Padua

Anfang September 1944, wenige Tage nach der Absetzung des bisherigen Leiters des Außenkommandos, des Zeugen und früheren SS-Sturmbannführers Herbst, wurde der Angeklagte durch den Zeugen Dr. Harster im Einvernehmen mit dem RSHA in Berlin zum neuen Leiter des Außenkommandos ernannt. Die Versetzung erfolgte vor dem 12. September 1944, da an diesem

Tage bei dem BdS das Kriegsverdienstkreuz II.Klasse mit Schwertern zusammen mit der Verleihungsurkunde aus Berlin eintraf und dem Angeklagten nicht sofort ausgehändigt werden konnte, weil er sich nicht mehr in Verona befand. Zu diesem Zeitpunkt war das Judenreferat beim BdS im wesentlichen aufgelöst. Der Zeuge Eisenkolb ging zunächst in Urlaub und wurde dann zur Stapostelle Innsbruck versetzt. Der Zeuge Berkefeld wurde zur Wehrmacht abgestellt. Im Judenreferat verblieb lediglich der SS-Oberscharführer Arndt.

Am 31. Juli 1944 hatte der Zeuge Dr.Harster den Angeklagten für die Verleihung des KVK II.Klasse mit Schwertern vorgeschlagen. In der Begründung des Verleihungsvorschlages heißt es:

"Boßhammer leitet seit Februar 1944 die Bekämpfung der Juden im italienischen Raum. Er hat sich dabei um die Endlösung der Judenfrage namhafte Verdienste erworben und sich bei zahlreichen Judenaktionen persönlich ausgezeichnet. Bereits vor seinem Einsatz in Italien hat er sich als Führer eines Löschkommandos anlässlich der Terrorangriffe auf Berlin besonders hervorgetan."

Da der Angeklagte Angehöriger des RSHA war, mußte über den Verleihungsvorschlag des Zeugen Dr.Harster der Reichsführer SS Heinrich Himmler entscheiden. Dieser verlieh dem Angeklagten die Auszeichnung mit Wirkung vom 1.September 1944. Der Orden ging mit der Besitzurkunde am 4.September 1944 beim Höchsten SS- und Polizeiführer in Italien ein, der sie

am 5. September 1944 an den BdS Italien in Verona weiterleitete. Das KVK wurde am 12. September 1944 durch den BdS in Empfang genommen und dem Angeklagten nach Padua übersandt. Am 28. September 1944 meldete der Angeklagte die vollzogene Verleihung dem RSHA in Berlin.

In Padua setzte der Angeklagte zunächst die bisher für den Zeugen Herbst als Chefdolmetscherin tätige Zeugin Treptow als unzuverlässig ab. Im Gegensatz zu dem Zeugen Herbst, der in vielen Fällen Juden vor Festnahme und Deportation geschützt hatte und in dessen Befehlsbereich in der letzten Zeit vor seiner Ablösung kaum noch Juden festgenommen worden waren, führte der Angeklagte kurze Zeit nach seinem Dienstantritt mindestens zwei Judenaktionen durch. In einem Fall wurde eine Anzahl Juden festgenommen und in das Gefängnis von Padua gebracht. Die zweite Aktion schlug fehl, weil die Juden von den Italienern gewarnt wurden, so daß sie sich verstecken konnten. Der als Dolmetscher eingesetzte Zeuge Schmitz sollte sich nämlich bei dieser Aktion zunächst von der italienischen Miliz die Adressen der Juden besorgen. Nachdem er diese bekommen hatte, verzögerte er den Beginn der Aktion, so daß die Miliz die Möglichkeit bekam, die Juden zu warnen.

Für die Bearbeitung von Judenangelegenheiten war in übrigen im Bereich Padua das Außenkommando des BdS zuständig. So teilte am 19. September 1944 der Quästor von Rovigo dem Außenkommando mit, daß der französische Staatsangehörige

Rawiez, geboren am 4. Juli 1904 in Paris, sich im Gefängnis Rovigo befinde, da er politisch verdächtig sei, und bat um die nötigen Weisungen für die zu ergreifenden Maßnahmen. Am 17. Oktober 1944 teilte das Außenkommando dem Quästor mit, daß es sich bei dem im dortigen Gefängnis verhafteten Rawiez um einen jüdischen Säugling geboren am 4. Juli 1944, handele, der beschleunigt an die Dienststelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD in Verona zu überstellen sei. Der Quästor veranlaßte die Überstellung des Rawiez am 25. Oktober 1944. Mit Schreiben vom 14. Dezember 1944 bat das Außenkommando den Quästor um Mitteilung, ob Rawiez entsprechend den erteilten Befehlen nach Verona überstellt worden sei, anderenfalls er nicht nach Verona, sondern in das Gefängnis Padua zu überführen sei. Offensichtlich war beim Außenkommando inzwischen bemerkt worden, daß es sich bei dem Juden Rawiez nicht um einen Säugling, sondern einen Erwachsenen handelte, den man nunmehr in eigene Verfügungsgewalt bekommen wollte.

B) Die Beweismittel

I

Die Beweismittel

Die Entwicklung der Judenfrage, ausgehend von den antisemitischen Tendenzen der NSDAP, die systematische Verhetzung des Volkes durch Diskriminierung der jüdischen Rasse

und die Ausweitung der Verfolgung der Juden in den eroberten und besetzten Gebieten, die Planung der Endlösung durch biologische Vernichtung, schließlich die Errichtung von Anlagen zur Massentötung und Leichenverbrennung und der Ablauf der Vernichtungsaktion sind offenkundige Tatsachen, die des Beweises nicht bedürfen.

Die Feststellungen des Schwurgerichts beruhen ferner auf

- a) der Einlassung des Angeklagten, soweit ihr gefolgt werden konnte,
- b) dem Gutachten des Sachverständigen Dr. Scheffler,
- c) den Aussagen der Zeugen, die in der Hauptverhandlung vernommen oder deren Vernehmungsprotokolle und schriftliche Aufzeichnungen gemäß § 251 StPO verlesen worden sind,
- d) den gemäß § 249 StPO verlesenen im Protokoll im einzelnen aufgeführten Urkunden, bei denen es sich um Ablichtungen der in Instituten des In- und Auslandes verwahrten Originale handelt. Zweifel an der Übereinstimmung des Inhalts der Ablichtungen mit dem Inhalt der Originale bestehen nicht. Die inhaltliche Identität ist auch von dem Angeklagten nicht in Zweifel gezogen worden. Das Schwurgericht hatte daher keine Bedenken, den Urkunden auch insoweit volle Beweiskraft zuzumessen, als es sich um nicht beglaubigte Ablichtungen handelt.

II

Die Einlassung des Angeklagten

Der Angeklagte räumt seine Tätigkeit im Eichmann-Referat im wesentlichen ein. Er gibt auch zu, von Eichmann als Judenreferent für Italien zum BdS in Verona abgeordnet worden zu sein. Er bestreitet jedoch, den Tod der nach Auschwitz deportierten Juden schuldhaft mitverursacht und gewußt zu haben, daß die Juden systematisch getötet worden seien.

Im einzelnen trägt er vor:

Bei seiner Tätigkeit bei der Gestapo Kassel sei ihm lediglich bekannt geworden, daß die Juden nach dem Osten zum Arbeitseinsatz evakuiert würden. Dies habe ihm beim Dienstantritt im Referat IV B 4 Eichmann bestätigt. Er sei bis Kriegsende der Auffassung gewesen, seine Arbeit diene lediglich der Evakuierung der Juden nach dem Osten zum Arbeitseinsatz. Einsatzgruppenberichte von der Ostfront habe er nicht gesehen. Die Zeugin Giersch sei ihm unbekannt. Lediglich ein Freund habe ihm einmal von Erschießungen jüdischer Menschen durch Einsatzkommandos im Osten berichtet, jedoch erklärt, daß dies hinter der Front aus Sicherheitsgründen geschehen sei. Im ersten Jahr seiner Tätigkeit im Referat IV B 4 habe er von den Konzentrationslagern Auschwitz und Theresienstadt Kenntnis bekommen. Dabei sei er davon ausgegangen, daß Theresienstadt ein Lager für privilegierte und Auschwitz ein Lager für nicht privilegierte

Juden, in dem besonders viel gearbeitet werden müsse, gewesen seien. Er habe zwar die Meldungen in der ausländischen Presse über Judentötungen gelesen, und ihm sei auch aufgefallen, daß diese Meldungen im Laufe der Zeit von Anfang 1942 bis Ende 1943 immer mehr zugenommen und sich gesteigert hätten. So habe eine Meldung vom Oktober 1942 die Nachricht enthalten, daß bereits etwa eine Million Juden in Europa von den Nazis auf fürchterliche Weise ermordet worden seien. Er habe jedoch den Meldungen, auch soweit sie Ende 1942 über massenweise Vergasung der Juden berichtet hätten, nicht geglaubt und sie für reine Greuelpropaganda gehalten. Im übrigen habe er die Judenmaßnahmen überhaupt für unmenschlich und grausam gehalten und um sein seelisches Gleichgewicht zu behalten, habe er bewußt tiefere Überlegungen nicht angestellt und so viel wie möglich von sich weggeschoben. Er sei sich darüber im klaren gewesen, daß von 1942 bis Ende 1943 Millionen von Juden nach dem Osten deportiert worden seien. Über das Fassungsvermögen von Theresienstadt und Auschwitz habe er sich jedoch keine Gedanken gemacht; jedenfalls könne er sich heute nicht mehr daran erinnern, daß er darüber nachgedacht habe. Er erinnere sich auch nicht mehr, daß er im Auswärtigen Amt über die Verhinderung der Auswanderung von Juden aus Rumänien, Bulgarien und der Slowakei verhandelt habe, wolle dies jedoch nicht ausschließen, zumal er sich erinnere, mindestens einmal im Auftrage Eichmanns mit dem Legationsrat von Thadden verhandelt zu haben. Auch diese Verhandlungen hätten nur dem Zweck gedient, Juden zum

Arbeitseinsatz abzutransportieren.

Im Sommer 1943 sei er auch mit Judenangelegenheiten in Italien und Südfrankreich befaßt worden. Eichmann habe hinsichtlich der Juden in Südfrankreich italienische Widerstände gegen eine Deportierung überwinden wollen, und er, Boßhammer, sei in diesem Sinne durch Schriftverkehr tätig geworden. An die Besprechung mit Dannecker und von Thadden im Dezember 1943 könne er sich nicht erinnern. Er habe jedoch gewußt, daß Dannecker in Italien gewesen sei, um die Deportierung der italienischen Juden zu veranlassen. Anfang Januar 1944 habe Eichmann plötzlich zu ihm gesagt, daß er, Boßhammer, nach Italien müsse, um den Transport der noch nicht deportierten Juden nach dem Osten zu organisieren. Eichmann habe ihm jedoch versichert, es sei nicht mehr viel zu tun, da Dannecker bereits den größten Teil der Juden abtransportiert habe. Detaillierte Weisungen habe er von Eichmann nicht erhalten. Er sei dann nach einem zweiwöchigen Urlaub in Wiesbaden bei seiner Familie anläßlich der Geburt seiner jüngsten Tochter am 12. Januar 1944 über Berlin nach Italien gefahren und habe sich in Verona bei den Zeugen Dr. Harster gemeldet. Dieser habe ihm empfohlen, sich wegen der Judenfrage in Italien an Preziosi zu wenden. Er sei formell als Referent für Judenangelegenheiten in Italien eingesetzt und ihm seien die Zeugen Eisenkolb und Berkefeld sowie Arndt unterstellt worden, die schon bisher für die Deportation der italienischen Juden zuständig gewesen seien.

Er habe daher weiter nichts zu tun brauchen, "da die Sache auch ohne ihn gelaufen sei". In Italien habe er "Land und Leute" kennenlernen wollen und sei deshalb viel gereist. Dabei habe er auch Preziosi besucht, sich über die italienische Judengesetzgebung unterrichten lassen und insbesondere das Problem der Mischlinge und Mischehen erörtert. Er habe sich mit Preziosi geeinigt, daß die in Mischehen lebenden Juden und Mischlinge nicht deportiert werden sollten. Das sei auch seines Wissens nicht geschehen. Als einmal zu Anfang seiner Tätigkeit der Zeuge Eisenkolb einen in Mischehen lebenden Juden habe verhaften lassen, habe er Eisenkolb angewiesen, den Juden freizulassen. Die über 70 Jahre alten Juden und kleine Kinder seien nur zusammen mit ihren Familien, um diese nicht auseinanderzureißen, evakuiert worden. Unmittelbar nach seinem Dienstantritt in Italien habe er auf dem Bahnhof Verona einen aus Mailand kommenden Judentransport besichtigt, der seines Erachtens aus Personenwagen bestanden habe. Im übrigen habe er etwa zwei oder drei Transporte unmittelbar veranlaßt. Dabei habe er jedoch keine besonderen Anweisungen gegeben, da alles automatisch gelaufen sei.

Der Zeuge Titho habe ihn mehrere Male in Verona aufgesucht und Meldungen in Judenangelegenheiten gemacht. An Einzelheiten könne er sich nicht mehr erinnern. Er könne nicht ausschließen, die Transportlisten gesehen zu haben. Er habe den Zeugen Berkefeld und auch Arndt Marschbefehle nach Auschwitz ausgestellt. Es sei auch möglich, daß er ein- oder

zweimal in Lager Fossoli gewesen sei. Von Februar bis Juli 1944 erinnere er sich an vier Transporte.

Nach anfänglichem Leugnen hat der Angeklagte eingeräumt, nicht schon Ende Juli, sondern möglicherweise erst Ende August/Anfang September 1944 endgültig nach Padua versetzt worden zu sein. Er hat auch zugegeben, daß der Zeuge Titho ihn Ende Juli in Verona gefragt hat, ob die drei Köche und die übrigen jüdischen Funktionshäftlinge mit nach Bozen genommen werden könnten. Er habe darauf dem Zeugen Titho gesagt, dieser könne mitnehmen, wen er wolle. Es sei möglich, daß er zur Entscheidung dieser Frage aus Padua, wo er sich vorübergehend schon aufgehalten haben könne, nach Verona zurückgerufen worden sei. Er müsse jedoch weiterhin bestreiten, den Transport der Mischehenpartner nach Auschwitz am 1. August 1944 veranlaßt oder überhaupt davon gewußt zu haben.

Er sei im übrigen viel länger in Padua Außenkommandoleiter gewesen, als Judenreferent in Verona, und in Padua hätten keine Judenaktionen stattgefunden und es seien keine Juden mehr verfolgt worden.

III

Die Widerlegung der Einlassung

Bereits auf Grund der Angaben des Angeklagten steht fest, daß dieser ab Januar 1942 an verantwortlicher Stelle im

Eichmann-Referat sowie ab Februar 1944 als Judenreferent in Italien tätig war.

Seine Einlassung, er habe bis Kriegsende keine Kenntnis von der Tötung der Juden erlangt, ist durch die eingehende Beweisaufnahme widerlegt worden.

Das Schwurgericht ist überzeugt, daß der Angeklagte 1942 positive Kenntnis von der systematischen Vernichtung der Juden erlangt hat. Bereits auf Grund der Stellung des Angeklagten als Sachbearbeiter im Judenreferat des RSHA zunächst mit dem Rang als Regierungsassessor und SS-Hauptsturmführer und später als Regierungsrat und SS-Sturmbannführer ist es ausgeschlossen, daß er keine Kenntnis vom wirklichen Schicksal der Juden gehabt hat.

Der historische Sachverständige Dr. Scheffler hat zur Überzeugung des Gerichts dargelegt, daß nicht nur ein kleiner Kreis in der Staatsführung und in den Vernichtungslagern von der Tötungsaktion Kenntnis gehabt hat. Der riesige Umfang der Morde brachte es mit sich, daß viele Stellen eingeschaltet werden mußten. Das Wissen um die systematische Mordaktion war um so größer, je näher der einzelne kraft seiner Dienststellung mit den Maßnahmen zur Durchführung der Endlösung in Berührung kam. Das von Eichmann geleitete Judenreferat war Zentralinstanz für die Massenvernichtung der Juden. Von dieser relativ kleinen Behörde, der neben Eichmann nur vier bis fünf Mitarbeiter in Rang eines

Regierungsrats oder SS-Sturmabführers angehörten, wurden die Vernichtungsaktionen vorbereitet und gesteuert. Der Angeklagte war einer der ranghöchsten Beamten und SS-Führer im Eichmann-Referat und Sachbearbeiter für die Lösung der europäischen Judenfrage in politischer Hinsicht sowie mit der Antigreuelpropaganda beauftragt. Hierbei erhielt er von Massenerschießungen und Vergasungen ungeheuren Ausmaßes Kenntnis. Auf Grund seines Wissens über die Einstellung der Nationalsozialisten zur Judenfrage ist es ausgeschlossen, daß er diese Meldungen als reine Greuelpropaganda abtat. Hitler hatte schon zu Beginn des Krieges keinen Zweifel an seinem Vernichtungswillen gelassen und diesen Willen in der Folgezeit durch Reden im Rundfunk, die von den Angehörigen des Eichmann-Referats gemeinsam abgehört wurden, und in der NS-Presse ständig mit absoluter Klarheit bekundet. Der Angeklagte ist auch nicht unvorbereitet in das Eichmann-Referat gekommen. Er war seit 1937 als SD-Mann und 1941 bei der Gestapo auch in Judenfragen tätig gewesen. Schließlich hat er gleich zu Beginn seiner Tätigkeit mehrere Wochen lang der Zeugin Giersch einen Bericht über die Judenfrage in Osteuropa diktiert, in dem er die Einsatzgruppenmeldungen über die Erschießung von Zehntausenden jüdischen Männern, Frauen und Kindern, erkennbar ganzen Familien, verwendet und für die Tötung den Begriff der Sonderbehandlung eingesetzt hat. Damit ist erwiesen, daß dem Angeklagten auch dieser Begriff geläufig war. Der Angeklagte hat zwar hartnäckig bestritten, der Zeugin Giersch einen derartigen Bericht diktiert zu haben, und erklärt, er könne sich nicht

erinnern, daß die Zeugin als Schreibkraft bei ihm gewesen sei. Die Zeugin hat die Vorgänge jedoch glaubhaft so geschildert, wie sie im Sachverhalt dargelegt worden sind.

Im übrigen haben die früheren Mitarbeiter des Eichmann-Referats, insbesondere die Schreibkräfte, die als Zeugen vernommen oder deren Aussagen gemäß § 251 StPO verlesen worden sind, zum überwiegenden Teil eingeräumt, daß ihnen etwa 1942 klargeworden sei, daß die Juden systematisch getötet würden und die Tarnnamen hierfür Endlösung und Sonderbehandlung gewesen seien. Auch der Zeuge Dr. Harster hat zugegeben, daß ihm 1942 die Massenvernichtung der Juden bekannt geworden war.

Hiernach gibt es keinen vernünftigen Zweifel, daß der Angeklagte 1942 wußte, daß die Juden systematisch getötet wurden, insbesondere in KL Auschwitz durch Vergasung ganzer Familien auf fürchterliche Weise.

In Kenntnis dieser Umstände hat er in Italien verantwortlich die Transporte der Juden nach Auschwitz organisiert und veranlaßt.

Die Einlassung des Angeklagten, er habe in Italien eine von Dannecker bereits aufgebaute und eingearbeitete Organisation übernommen, wird durch die Aussagen der Zeugen Eisenkolb und Berkefeld widerlegt, die übereinstimmend bezeugen, daß eine sachliche, zielbewußte Verwaltungsarbeit erst unter dem Angeklagten begonnen habe, zumal

Dannecker selten auf der Dienststelle in Verona, sondern vorwiegend in Mailand gewesen sei, und man insbesondere Ende Dezember 1943 und im Januar 1944 im wesentlichen beschäftigungslos herumgesessen hätte.

Seine Einlassung, er habe abgesehen davon, daß er zwei- oder dreimal als formell verantwortlicher Judenreferent den Abtransport von Juden veranlaßt habe, tatsächlich keine Arbeit im Judenreferat geleistet, wird durch die Aussagen der Zeugen Eisenkolb, Berkefeld und Koch widerlegt. Im übrigen ergibt sich aus den in der Hauptverhandlung verlesenen Urkunden, daß erst nach dem Dienstantritt des Angeklagten eine besondere Verschärfung der Lage der Juden in Italien eingetreten ist, insbesondere hinsichtlich der Mischehenpartner, und daß der Angeklagte jede Kleinigkeit selbst entschieden hat, wie seine Schreiben in den Fällen Platschik und Diena zeigen.

Die Zeugen Berkefeld und Eisenkolb haben ausgesagt, daß dem Angeklagten alle Verfügungen und der gesamte Schriftverkehr vorgelegt worden seien und er stets darauf geachtet habe, daß seine Weisungen genau befolgt würden. Der Zeuge Koch hat bekundet, daß die Erlasse und überhaupt der gesamte Schriftverkehr, den er als Judensachbearbeiter des Außenkommandos Mailand ab Februar/März 1944 aus Verona erhalten habe, die Unterschrift des Angeklagten getragen habe. Er habe sich gewundert, daß selbst Schreiben von völlig untergeordneter Bedeutung von dem Angeklagten persönlich unter-

schrieben worden seien.

Seine anfängliche Einlassung, er sei bereits Ende Juli 1944 als Leiter des Außenkommandos nach Padua gekommen, so daß er schon aus diesem Grunde keinesfalls den Transport der Mischehenpartner nach Auschwitz am 1. August 1944 befohlen haben könne, hat der Angeklagte nach den Aussagen der Zeugen Titho, Haage, Dr. Harster, Herbst, Schmitz und Hinterkeuser, die übereinstimmend ausgesagt haben, daß der Angeklagte erst Anfang September 1944 nach Padua versetzt worden sei, nicht aufrechterhalten. Der Zeuge Dr. Harster hat darüber hinaus bekundet, daß allein der Angeklagte über den Transport der Mischehenpartner nach Auschwitz am 1. August 1944 entschieden habe. Der Zeuge Titho hat ausgesagt, daß er selbst den Angeklagten persönlich um Freistellung der jüdischen Funktionshäftlinge, u.a. der drei Köche und der Schreibkräfte und Mischehenpartnerinnen Crovetti, Bergmann und Kaiser gebeten habe, daß der Angeklagte jedoch entschieden habe, daß nur die drei Köche ins Ausweichlager Bozen-Gries mitgenommen werden dürften und die übrigen Funktionshäftlinge am 1. August 1944 nach Auschwitz abtransportiert würden.

Der Angeklagte wußte, daß Ende Juli 1944 fast durchweg nur noch Mischehenpartner und Mischlinge im Judenlager konzentriert waren. Er hat zunächst selbst eingeräumt, bereits kurz nach seiner Ankunft in Italien mit Preziosi das Mischehenproblem besprochen zu haben. Daß er nicht

gewillt war, sich an das Ergebnis dieser Absprache zu halten, zeigt seine anschließende Handlungsweise, Während unter Dannecker die Mischehenpartner verschont wurden, wie insbesondere der Funkspruch des deutschen Polizei-Attachés in Rom, Kappler, vom 18. Oktober 1943 über das Ergebnis der Judenaktion am 17. Oktober 1943 sowie die Erlasse des Außenkommandos Bologna vom 20. Dezember 1943 und der Befehl des Außenkommandos Mailand vom 27. Januar 1944 zeigen, in denen es u.a. ausdrücklich hieß, daß die in Mischehen lebenden Juden nicht festzunehmen seien, änderte sich dies schlagartig nach der Ankunft des Angeklagten in Italien. Dies ergibt sich insbesondere aus dem Bericht der italienischen Polizeibehörde in Genua an den italienischen Innenminister vom 28. Februar 1944. Da das Innenministerium Widerstand leistete, wie der Erlaß vom 7. März 1944 beweist, sah sich der Angeklagte gezwungen, seine Auffassung über die Mischehenfrage schriftlich niederzulegen. Zwar wurde in Nr. 1 des Erlasses des Außenkommandos Bologna vom 4. April 1944, der auf einen Runderlaß des Angeklagten an alle Außenkommandos des BdS Italien zurückzuführen ist, wie die Aussagen der Zeugen Eisenkolb, Koch und Wilbertz ergeben, die Privilegierung der Mischehenpartner scheinbar entsprechend den geltenden italienischen Bestimmungen aufrechterhalten. Nr. 8 des Erlasses zeigt jedoch eindeutig, daß der Angeklagte in Wahrheit eine Verschonung der Mischehenpartner nicht wollte. Durch diese weit gefaßte Bestimmung war praktisch Nr. 1 ins Gegenteil verkehrt worden.

Jeder Mischehenpartner war danach der Willkür des SD und damit der Festnahme und Deportation ausgeliefert. Denn um im Jahre 1944 in den von der deutschen Sicherheitspolizei beherrschten Gebieten politisch "irgendwie" nachteilig in Erscheinung zu treten, genügte es bei Anlegung des "schärfsten" Maßstabes, daß man überhaupt Jude war. Dies war dem Angeklagten, der über eine zweijährige Verwaltungspraxis im Eichmann-Referat verfügte, auch bewußt. Hieraus ist zu schließen, daß er die durch Nr. 8 des Erlasses verursachten Folgen unbedingt wollte. Der Befehl des SS-Standartenführers Rauff vom 8. Mai 1944 an den Zeugen Koch für den Raum Varese zeigt deutlich die Auswirkung der Anordnung des Angeklagten.

Daß es dem Angeklagten in Wahrheit gleichgültig war, ob tatsächlich besondere Gründe für die Festnahme der Mischehenpartner vorlagen, zeigt auch sein Verhalten auf die zahlreichen Interventionen der italienischen Behörden. Der Zeuge Titho hat bekundet, daß er sämtliche Schreiben, die er von dem italienischen Lagerleiter wegen der Freilassung der Mischehenpartner erhalten habe, an den Angeklagten nach Verona weitergeleitet habe und daß er, als er einmal im Judenreferat persönlich nachgefragt habe, von den Zeugen Eisenkolb bzw. Berkefeld oder Arndt die Antwort bekommen habe, daß die Mischehenpartner von dem Angeklagten nicht freigelassen würden. Wie der Angeklagte in diesem Zusammenhang persönlich reagierte, zeigt sein Verhalten im Fall des Rechtsanwalts Jenna. Die Zeugin Lana

hat den Angeklagten zwar auf einer früheren Fotografie nicht wiedererkannt. Sie hat jedoch glaubhaft ausgesagt, daß der Passierschein für den in Judenfragen zuständigen deutschen SS-Major ausgestellt gewesen sei. Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß die Italiener den Dienstrang des SS-Sturmabführers vorwiegend als SS-Major bezeichneten. Da der Angeklagte der einzige in Judenfragen zuständige Sturmabführer war, hält das Gericht eine Verwechslung für ausgeschlossen, zumal die von der Zeugin geschilderte Reaktion ihres Gesprächspartners dafür spricht, daß sie nicht bei einem unzuständigen Sturmabführer war. Dieser hätte sie nämlich an den Angeklagten verwiesen, da ausschließlich dieser in Judenangelegenheiten zuständig war, Hiervon ist das Schwurgericht um so mehr überzeugt, als es sich um einen politisch auch schwierigen Mischehenfall handelte, da der Rechtsanwalt Jenna in Verona eine stadtbekannte Persönlichkeit war. Hierauf und auf die italienischen Interventionen ist es nach Überzeugung des Schwurgerichts zurückzuführen, daß der Angeklagte Jenna nicht bereits dem Transport am 1. August 1944 angeschlossen hat. Daß Jenna mit dem Angeklagten zu tun hatte, ergibt sich auch aus der Erwähnung des Namens "Boßhammer" durch Jenna gegenüber dem Zeugen Saralvo im Ausweichlager Bozen-Gries.

Die Aussagen der dem Angeklagten dienstlich unterstellt gewesenen Zeugen sowie seines ehemaligen Vorgesetzten Dr. Harster sind glaubhaft. Diesen Bekundungen ist ein um so größerer Beweiswert zuzumessen, als diese Zeugen

wegen ihrer Verstrickung in die Tötungsaktionen ihre Aussagen durchweg nur ungern und sehr zögernd gemacht haben und sichtlich bemüht waren, den Angeklagten nicht zu belasten. So haben die Zeugen Titho und Haage in ihrer ersten Vernehmung in der Hauptverhandlung verschwiegen, daß im Lager Fossoli die Mischehenpartner auf Befehl des Angeklagten in einer besonderen Baracke untergebracht waren und zunächst nicht deportiert wurden, und der Zeuge Titho hat in dieser Vernehmung Fragen, soweit sie die Mischehenpartner betrafen, ausweichend beantwortet. Erst auf Grund eindringlicher Vorhalte, die sich aus den Vernehmungen der italienischen Zeugen sowie inzwischen verlesener Urkunden ergaben, haben die Zeugen Titho und Haage in ihrer zweiten Vernehmung in der Hauptverhandlung nähere Aussagen über die Mischehenpartner im Lager und ihren Abtransport am 1. August 1944 gemacht.

Die Aussagen der Zeugen Berkefeld und Eisenkolb über die Tätigkeit und Arbeitsweise des Angeklagten als Judenreferent werden insbesondere erhärtet durch die Schreiben des Angeklagten in den Fällen Platschik und Diena und die Aussage des Zeugen Koch.

Die Behauptung des Angeklagten, er habe den Zeugen Eisenkolb einmal angewiesen, einen jüdischen Mischehenpartner freizulassen, wird durch die Aussage des Zeugen Eisenkolb klargestellt, der in diesem Zusammenhang bekundet hat, daß einmal ein hoher italienischer Offizier zu dem Angeklagten

gekommen sei, um die Freilassung eines festgenommenen jüdischen Mischehenpartners oder Mischlings zu fordern, daß der Angeklagte die Freilassung dieser Person, die noch nicht in Fossoli gewesen sei, angeordnet und anschließend ihn, Eisenkolb, gesagt habe, den hätte er laufen lassen müssen, da sei nichts zu machen gewesen. Diese innere Einstellung des Angeklagten wird auch durch den Zeugen Berkefeld bestätigt, der ausgesagt hat, daß einmal zwei bereits verhaftete Juden ohne Wissen des Angeklagten auf Intervention hoher deutscher Stellen freigelassen worden seien, und der Angeklagte darauf ihm gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, daß er es nicht verstünde, wenn einerseits die Juden alle festgenommen werden sollten, einzelne dann aber wieder freigelassen würden.

Die Feststellungen über die Behandlung der Mischehenpartner im Reich, inden besetzten Westgebieten und in Ungarn beruhen auf den überzeugenden Ausführungen des historischen Sachverständigen Dr. Scheffler und den in der Hauptverhandlung verlesenen Urkunden vom 27. Juni, 5. Juli, 20. Juli und 26. Oktober 1944.

Die Angaben über die Bedingungen der einzelnen Transporte beruhen auf den Aussagen der überlebenden jüdischen Zeugen und den Bekundungen der zur Begleitmannschaft der Transporte gehörenden deutschen Zeugen, die im wesentlichen übereinstimmend die Durchführung der Transporte so geschildert haben, wie es im Sachverhalt dargelegt worden ist.

Die Transportzahlen ergeben sich aus den Bekundungen der genannten Zeugen sowie den Aussagen des sachverständigen Zeugen Opitz und den in der Hauptverhandlung verlesenen Transportlisten für die Transporte im April, Mai und Juni 1944, die auch die Geburtsdaten der Opfer enthalten.

Die Angaben über die Selektionen in Auschwitz und die Zahl der überlebenden Juden der einzelnen Transporte beruhen insbesondere auf den Angaben des sachverständigen Zeugen Opitz, der die Unterlagen des Internationalen Suchdienstes, auch soweit sie das KL Auschwitz betreffen, ausgewertet, die Zahl der nach dem Krieg namentlich noch in Erscheinung getretenen Juden dieser Transporte und zahlreiche Einzelschicksale, insbesondere des Transports vom 1. August 1944, festgestellt hat, sowie auf den Bekundungen der überlebenden jüdischen Zeugen, die in der Hauptverhandlung vernommen oder deren Aussagen gemäß § 251 StPO verlesen worden sind, und die das Ergebnis der Ermittlungen des sachverständigen Zeugen Opitz für einzelne Transporte im wesentlichen bestätigt haben.

Die Feststellungen über das Wissen der Juden um ihr wirkliches Schicksal in Auschwitz ergeben sich aus den Aussagen der überlebenden Juden, die als Zeugen vernommen oder deren Aussagen gemäß § 251 StPO verlesen worden sind, aus den Bekundungen der Zeugen Haage und Kaup - bezüglich der nach dem Krieg verstorbenen Frau Crovetti -, aus der

in der Hauptverhandlung verlesenen Urkunde der italienischen Behörde in Genua vom 28. Februar 1944 sowie für den Mai-Transport insbesondere aus der Aussage des Zeugen Keller.

Die Einlassung des Angeklagten, in Padua seien keine Juden mehr verfolgt worden, wird durch die glaubhafte Aussage des Zeugen Schnitz sowie die in der Hauptverhandlung verlesenen Urkunden des Außenkommandos Padua und der Quästur von Rovigo widerlegt.

C) Die rechtliche Würdigung

Auf Grund des festgestellten Sachverhalts ist der Angeklagte des gemeinschaftlichen Mordes gemäß §§ 211, 47 StGB. schuldig.

Die Tötung der Juden durch die nationalsozialistischen Machthaber Hitler, Göring, Goebbels, Himmler, Kaltenbrunner und Müller, die Chefs des Judenreferats Eichmann und Günther sowie die Kommandanten des KL Auschwitz ist Mord im Sinne des § 211 StGB. Der Tatbestand der Tötung ist nicht nur in den Fällen gegeben, in denen die Juden vergast oder erschossen wurden, sondern auch dadurch erfüllt, daß die Juden durch unmenschliche Behandlung infolge körperlichen oder seelischen Zusammenbruchs starben oder freiwillig aus dem Leben schieden. Von den nationalsozialistischen Machthabern war auch diese Art der Tötung vorgesehen, da durch "natürliche Verminderung" der jüdische Bevölkerungsanteil dezimiert werden sollte.

Die Tötung ist nach § 211 StGB Mord, weil die Juden aus niedrigen Beweggründen, grausam und - teilweise - auch heimtückisch getötet wurden.

Niedrig sind die Beweggründe der oben genannten Täter, weil ihr Handeln von Vorstellungen bestimmt war, die nach allgemein-sittlicher Bewertung als besonders verwerflich und verachtenswert anzusehen sind. Den Juden wurde allein wegen ihrer Rassezugehörigkeit das Leben genommen, ohne daß ein konkreter Vorwurf vorlag, der ihre Bestrafung gerechtfertigt hätte.

Die Tötungen waren grausam. Grausam tötet, wer seinem Opfer aus gefühlloser, unbarmherziger Gesinnung besondere Schmerzen oder Qualen zufügt.

In den Gaskammern mußten die Menschen während des Vergasungsvorganges unbeschreiblich schwere körperliche und seelische Leiden erdulden.

Die Grausamkeit liegt jedoch nicht nur in dieser Ausführungshandlung im engeren Sinn, sondern ergibt sich auch aus den Umständen, unter denen die Tötung eingeleitet und vollzogen worden ist. Daß die deportierten Juden grausam getötet wurden, folgt sowohl aus den festgestellten unmenschlichen Begleitumständen der Transporte als auch aus den seelischen Qualen, welche die Opfer erlitten, die

sich über ihr Schicksal vom Beginn der Transportaktion an im klaren waren oder während der Aktion davon erfuhren. Soweit einzelne Juden während der Transportaktion weiterhin arglos hinsichtlich des ihnen drohenden Schicksals waren, weil sie trotz der menschenunwürdigen Transportverhältnisse an einen Arbeitseinsatz glaubten, war ihre Tötung auch heimtückisch.

Nach den getroffenen Feststellungen ist der Angeklagte Mit-
täter und nicht Gehilfe. Maßgebend für die Abgrenzung von
Täter- und Gehilfenschaft ist die innere Einstellung zur Tat.
Dabei ist entscheidend, daß der Angeklagte den oben ge-
nannten Tätern nicht nur untergeordnete Hilfe leisten
wollte, sondern sich eigener Tatherrschaft bemächtigt und
ohne ausdrücklichen Einzelbefehl des RSHA aus eigenem An-
trieb die Mischehenpartner nach Auschwitz zur Vernichtung
gebracht hat. Der Angeklagte hat danach den ihm von Eich-
mann erteilten verbrecherischen Rahmenbefehl nicht nur
nicht mißbilligt, ihn aber gleichwohl aus menschlicher
Schwäche ausgeführt, weil er der Übermacht der Staats-
autorität nicht gewachsen gewesen wäre und ihr mangels
Mut zum Widerstand nachgegeben oder sein Gewissen durch
politische Parolen beschwichtigt hätte, sondern er hat,
nachdem er die Judenmaßnahmen anfänglich für unmenschlich
und grausam gehalten hat, sich im Laufe seiner zweijährigen
Tätigkeit im Eichmann-Referat mit dem Rassenhaß seiner
Vorgesetzten abgefunden und ihn letztlich gebilligt,
weil er erkannt hatte, daß er nur so Karriere machen

konnte, und schließlich ohne ausdrücklichen Befehl die Deportation der Mischehenpartner angeordnet, also mehr getan, als er zu dieser Zeit tun mußte. Zwar entsprach seine Handlungsweise dem unbedingten Vernichtungswillen Eichmanns und den langfristigen Zielen der national-sozialistischen Machthaber, und er konnte, wovon er bei seinem Handeln ausging, bei reibungsloser Abwicklung seines Planes der Rückendeckung und des Lobes Eichmanns sicher sein. Der Angeklagte hat damit jedoch seine Machtbefugnisse hemmungslos betätigt, d.h. ohne sittliche oder seelische Hemmungen bei der Ausübung seiner Macht zu entwickeln. Er hatte keine Bedenken, den ihm bei der Ausführung des von Eichmann gegebenen Rahmenbefehls - Festnahme und Deportation italienischer Juden nach Auschwitz zur Vernichtung - zustehenden Ermessensspielraum bis zum äußersten auszunutzen, weil er glaubte, damit im Sinne seines Befehlsgebers zu handeln. Er hat in seinem Einflußbereich mit besonderem Eifer dafür gesorgt, daß der Rahmenbefehl Eichmanns rückhaltlos vollzogen wurde. Dies zeigen auch seine Weisungen an das Außenkommando Bologna hinsichtlich der Juden und jüdischen Mischlinge in Krankenhäusern, Irrenanstalten und Klöstern. Die Beweggründe des Angeklagten sind besonders verwerflich und verachtenswert und damit niedrig im Sinne des Gesetzes.

Der Angeklagte, der wußte, daß die Juden zum größten Teil in Auschwitz sofort vergast und im übrigen durch unmenschliche Behandlung vernichtet würden, war ebenso wie

die oben genannten Mittäter aus einer gefühllosen und unbarmherzigen Gesinnung heraus mit einer grausamen Vornahme der Tötungen einverstanden. Solche Massenvernichtungen konnten nur grausam durchgeführt werden. Dies hatte der Angeklagte bereits bei der Abfassung des Berichtes über die Judenfrage in Osteuropa, bei der er Einsatzgruppenberichte über Massenerschießungen jüdischer Familien verwertete, erkannt. Er kannte auch die unmenschlichen Bedingungen, unter denen die Juden, insbesondere kranke und gebrechliche alte Menschen und Kinder, nach Auschwitz deportiert wurden, und er sah keinen Anlaß, die Transportverhältnisse zu verbessern, weil er davon ausging, daß die Juden sowieso zur Vernichtung kommen würden. Er wußte auch, daß die Juden, die ihr Schicksal kannten, erhebliche seelische Qualen erleiden würden, und daß die anderen, die ihr Schicksal nicht kannten, arg- und wehrlos in den Tod geschickt würden. Dies war seine Absicht.

So wie die Tat von den nationalsozialistischen Machthabern aus gesehen sich als ein, auf eine Willensbetätigung zurückgehendes, in gleichartiger Tateinheit begangenes Verbrechen des Mordes an der Vielzahl der zu Tode gekommenen Juden darstellt, muß auch bei dem Angeklagten davon ausgegangen werden, daß seine Tätigkeit in Zusammenhang mit der Deportierung der Juden aus Italien eine Handlung im Sinne einer gleichartigen Tateinheit gemäß § 73 StGB ist. Der Angeklagte handelte auf Grund einer einheitlichen Planung in einem begrenzten Zeitraum und beschränkte sich

auf einen übersehbaren Kreis von Opfern aus einem räumlich begrenzten Gebiet. Die Gesamtaktion lief völlig gleichförmig ab.

Ernordet wurden durch den Angeklagten in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit den oben genannten Mittätern

beim Februar-Transport mindestens 620 Menschen,
davon mindestens 523 durch sofortige Vergasung, 3 starben bereits auf dem Transport,

beim April-Transport mindestens 566 Menschen,
davon mindestens 386 durch sofortige Vergasung,

beim Mai-Transport mindestens 519 Menschen,
davon mindestens 312 durch sofortige Vergasung, 7 starben bereits auf dem Transport,

beim Juni-Transport mindestens 492 Menschen,
davon mindestens 241 durch sofortige Vergasung, 1 starb auf dem Transport,

und beim August-Transport mindestens 269 Menschen,
davon mindestens 189 einschließlich 49 Mischehenpartnerinnen durch sofortige Vergasung,

also insgesamt 2.466 Menschen, von denen 1.651 sofort
vergast wurden.

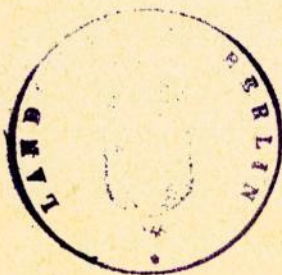
Die lebenslange Freiheitsstrafe folgt aus § 211 StGB.

Die Nebenentscheidungen beruhen auf §§ 465, 464 StPO,
§ 31 StGB, Art. 89 1. Str.RG.

Dr.Fitzner

Hoyer

Zastrow



Beglaubigt

Justizangestellte
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Landgerichts Berlin

WOLFRAM VON HEYNITZ
RECHTSANWALT UND NOTAR

Eingegangen 17. APR. 1972

Geschäftsstelle Alde

an Landgericht Berlin (Mauk)



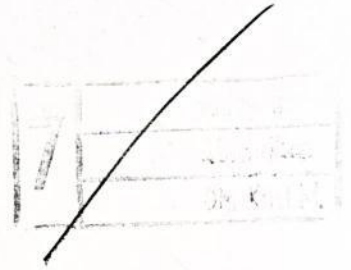
Handwritten signature: Alde

1 BERLIN 30, den 17. April 1972
Tautentzienstraße 13a
(an der Gedächtniskirche)
Telefon: 24 19 77
PSK: Berlin-West 17251
Telefonische Auskünfte und
Zusagen ohne schriftliche
Bestätigung unverbindlich.

Handwritten signature: He/Bö

He/Bö

In der Strafsache
gegen Friedrich Boßhammer
- 500 - 26/71 -



lege ich hiermit das Rechtsmittel der

R e v i s i o n

ein.

An das
Schwurgericht
bei dem Landgericht Berlin
1 Berlin 21
Turmstraße 91

Handwritten signature: Alde
Rechtsanwalt

1. Revision-Beschneidung-rechtsmäßig
2. Mit Akten... B. A. ... Urteilsanfert.
und begl. Urteilsabschrift.
Herrn Generalstaatsanwalt beim Landgericht
Berlin, den 3. Mai 1972
Landgericht Strafkammer
Der Vorsitzende
Handwritten signature: L. Titmer

Beglaubigt
Handwritten signature: Pire
Justizangestellte

Heinz Möller
Rechtsanwalt
56 Wuppertal - Oberbarmen
Berliner Straße 106
Fernruf 663842
Postfachkonto: Köln 48299
Bankkonto: Commerzbank AG
Filiale Wuppertal-Barmen 40371

Beglaubigte Abschrift

99

Justizbehörden 2. 8. 72
Berlin-Moabit

Zur Zustellung eingegangen
am 4. August 1972
Geschäftsstelle RSHA
StA b.d. KG.

Unterschr., J.Ass'in z.A.

An das
Schwurgericht Berlin

29. Juli 1972

M/L.

1000 Berlin 21
Turmstr. 91

In der Strafsache
gegen Friedrich Boßhammer
- (500) 1 Ks 1/71 (RSHA) (26/71) -

wurde dem unterzeichnenden Anwalt das Urteil des Schwurgerichtes
bei dem Landgericht Berlin vom 11. 4. 1972 am 5. Juli 1972 zuge-
stellt.

Mit der gegen dieses Urteil rechtzeitig eingelegten Revision wird
beantragt,

unter Aufhebung des angefochtenen Urteils
einschließlich der ihm zugrunde liegenden
Feststellungen die Sache zur erneuten Ver-
handlung und anderweiten Entscheidung an
ein anderes Schwurgericht zurückzuverweisen.

G r ü n d e :

A.

Gerügt wird vorab die Verletzung formellen Rechtes nach folgen-
der Maßgabe:

1.

Mit der Revision wird zunächst die Verletzung der §§ 338 Nr. 6 StPO, 169 GVG und zwar durch Außerachtlassung dieser Vorschriften gerügt.

Das angefochtene Urteil ist aufgrund von mündlichen Verhandlungen ergangen, bei denen die Vorschriften des Verfahrens über die Öffentlichkeit verletzt worden sind.

Gem. § 169 GVG hat die Verhandlung vor dem erkennenden Gericht einschl. der Verkündung des Urteils und der Beschlüsse öffentlich zu erfolgen.

Soweit öffentlich verhandelt wird, soll es jedermann möglich sein, sich davon zu überzeugen, daß gerecht und unparteiisch Recht gesprochen wird.

Über diese öffentliche Kontrolle hinaus soll erreicht werden, daß die Rechtsprechung über den Kreis der Beteiligten hinaus in die Rechtsgemeinschaft hineinwirkt und das Recht lebendig erhält (vgl. Schwarz-Kleinknecht, 25. Aufl., Anm. I zu § 169 GVG).

Diese fundamentalen Voraussetzungen werden in öffentlichen Hauptverhandlungen in Strafsachen, sofern diese im Schwurgerichtssaale Nr. 700 des Kriminalgerichts Berlin 21, Turmstr. 91, stattfinden, regelmäßig nachhaltig verletzt.

Bedeutet es schon eine Qual für sämtliche unmittelbaren Prozeßbeteiligten, sich im Schwurgerichtssaale 700 überhaupt verständlich machen zu können, bedeutet es schon eine über das übliche Maß hinausgehende psychische Anstrengung, die Aussage eines mit normaler Lautstärke bekundenden Zeugen oder Sachverständigen akustisch aufzunehmen, hat es die zuständige Justizverwaltung in den letzten Jahren - ohne irgendwelche Investitionen vorzunehmen - nicht fertig gebracht, nur in etwa diesen Übelstand abzustellen, so gilt das umso mehr für die in den Zuhörerreihen des

Schwurgerichtssaales 700 weilende Öffentlichkeit.

Zwar ist bei öffentlichen Verhandlungen der für die Zuhörer bestimmte Teil des Schwurgerichtssaales 700 stets und ständig zu betreten. Für die Öffentlichkeit jedoch, die es zumindest für sich in Anspruch nehmen darf, die Vorgänge, die sich im Saale abwickeln im Rahmen der Hauptverhandlung, auch akustisch wahrzunehmen, sind jedoch nicht einmal diese Mindestanforderungen gegeben: Zuhörer im Schwurgerichtssaal 700 können schlechterdings - was die Verhandlung im ganzen angeht - nichts verstehen. Für sie ist lediglich das Verweilen bei einer Verhandlung von rein optischem Interesse. Dies wirkt sich insbesondere nachhaltig bei Beweisaufnahmen aus, in deren Rahmen auch Zeugen und Sachverständige vernommen werden. Da Zeugen und Sachverständige zum Gericht hin gewandt sprechen müssen, da sie sonst auch von den Prozeßbeteiligten kaum verstanden werden können, zufolge der Platzverteilung im Schwurgerichtssaal diese Personenkreise zwangsläufig dem "zuhörenden" Publikum den Rücken kehren müssen, bleiben ihre Worte ungehört in dem Teile des Schwurgerichtssaales 700, der der Öffentlichkeit zugänglich gemacht ist und der dieser ausschließlich vorbehalten bleibt.

Zufolge dieser - offensichtlich seit Anfang dieses Jahrhunderts nicht abstellbaren - Mißstände, ist das Bild des Schwurgerichtssaales 700 seit Jahren das gleiche: Während bei solchen Strafprozessen, an denen die Öffentlichkeit regen Anteil zu nehmen pflegt, in nahezu sämtlichen Schwurgerichtssälen der einzelnen Landgerichte innerhalb der Bundesrepublik Überfüllung festzustellen ist, halten sich im Berliner Schwurgerichtssaal 700 nicht einmal die sogen. "Kriminalstudenten" auf, sondern meistens nur solche Personenkreise, die sich im Winter des Saales als Wärmehalle bedienen und in den Sommermonaten das - allerdings kühle und angenehme Klima - als wohltuend empfinden und sich eingedenk ihrer bisherigen bösen Erfahrungen, ohnehin nichts verstehen zu können, in ihre eigene abgeschiedene Welt zurückziehen.

Zwar wurde vor geraumer Zeit im Schwurgerichtssaale 700 eine Mikrophananlage eingebaut. Aber auch diese vermochte an der mise-

102

rabelen Akustik im Saale nicht das Geringste zu ändern, so daß der aufgezeigte Mißstand nach wie vor zu verzeichnen ist, zumal die Mikrophonanlage sich in einem technisch nicht einwandfreien Zustand befindet.

Jedenfalls gilt festzustellen, daß die Veröffentlichungen der Berliner Tagespresse sowie diejenigen der Presse innerhalb der Bundesrepublik die einzige Verbindung zwischen dem Schwurgerichtssaal 700 und der Öffentlichkeit darstellen. Im vorliegenden Falle scheint aber auch offensichtlich dieses Sprachrohr verstopft gewesen zu sein, ^{WIC} insbesondere durch die spärlichen Mitteilungen in der Presse über den Fall Boßhammer dokumentiert wird, ein Umstand, der nach Auffassung der Revision ebenfalls auf die ausgesprochen schlechte Akustik im Schwurgerichtssaal 700 zurückzuführen ist.

Angelegentlich der Plädoyers der Herren Staatsanwälte im vorliegenden Verfahren war auch Herr Generalstaatsanwalt Selle persönlich zugegen. Während des Plädoyers des Herrn Ersten Staatsanwalts Hölzner wurde dieser von Herrn Generalstaatsanwalt Selle aufgefordert, ins Mikrophon zu sprechen. Herr Erster Staatsanwalt Hölzner meinte, er könne nicht lauter sprechen, als er dies gerade tue.

Die Verteidigung regt an, im Wege des Freibeweises herbeizuführen

1. eine dienstliche Erklärung des Herrn Generalstaatsanwalts Selle, Landgericht Berlin,
2. eine dienstliche Erklärung des Herrn Landgerichtspräsidenten des Landgerichts Berlin,
3. eine dienstliche Erklärung des Vorsitzenden dieser Sache, des Herrn Landgerichtsdirektors Dr. Fitzner,
4. anwaltliche Erklärungen der Rechtsanwälte von Heynitz und Meurin in ihrer Eigenschaft als Pflichtverteidiger in der vorliegenden Sache.

Nach Auffassung der Revision wird der Grundsatz der Öffentlichkeit des Verfahrens im Sinne der angezogenen Vorschriften nicht allein dadurch gewahrt, daß zwar die Öffentlichkeit objektiv die Möglich-

keit hat, jederzeit der Hauptverhandlung räumlich beizuwohnen, gleichwohl für die Öffentlichkeit dennoch aber keine Gewähr dafür besteht, sich ein lückenlos abschließendes Ergebnis über den Gang der Hauptverhandlung, ihren Inhalt und das richterliche Erkenntnis zu vermitteln.

Gerade aber diese negativen Voraussetzungen lagen - wie oben näher dargelegt - auch in der vorliegenden Strafsache vor, da die gesamte Hauptverhandlung in der Strafsache Boßhammer einschl. der Urteilsverkündung im Schwurgerichtssaal 700, Berlin 21, Turmstr. 91, stattgefunden hat.

Nach Auffassung der Revision beruht das angefochtene Erkenntnis auf dem Revisionsgrund des § 338 Nr. 6 StPO in Verbindung mit § 169 GVG durch Außerachtlassung dieser Vorschrift.

Zwar hat der Bundesgerichtshof in BGHSt 21, 72 anhand von Beispielen des Näheren dargelegt, daß der "reinen" Durchführung des Grundsatzes der Öffentlichkeit der Hauptverhandlung mancherlei Umstände entgegenstehen, die außerhalb des Einflußbereichs und der Einwirkungsmöglichkeiten des Gerichtes liegen würden, aber im Interesse eines gesicherten, störungsfreien Ablaufes der Hauptverhandlung und einer sachgemäßen Aufklärung notwendigerweise in Kauf genommen werden müßten. Es sei auch im jeweiligen Falle zu überprüfen, ob etwa dem Vorsitzenden irgendein Vorwurf dahin unterbreitet werden könne, daß der Grundsatz der Öffentlichkeit nicht gewahrt sei.

Die Revision ist der Meinung, daß dem Vorsitzenden des Schwurgerichts insoweit kein auch wie immer gelagerter Vorwurf in angezogener Richtung anzulasten ist, da er nicht nach seinem eigenen Gutdünken bestimmen kann, in welchem Saale diejenige Hauptverhandlung, die abzuwickeln ihm obliegt, stattzufinden hat. Dies ist vielmehr Aufgabe der Justizverwaltung. Ist das aber richtig, so obliegt es der Justizverwaltung, Maßnahmen dahin zu treffen, daß die jeweiligen Hauptverhandlungen in einem Saale stattfinden, dessen bauliche und akustische Verhältnisse geeignet sind, den oben wiedergegebenen mittelbaren Grundsatz der Öffentlichkeit im vollen Umfange zu wahren. Das ist - wie oben dargelegt - im vor-

liegenden Verfahren seitens der Justizverwaltung vorwerfbar unterlassen worden.

2.

Gerügt wird ferner die Verletzung des § 338 Nr. 5 StPO in Verbindung mit § 136 a StPO durch Außerachtlassung, da der Angeklagte während umfangreicher Teilabschnitte der Hauptverhandlung verhandlungsunfähig war, das Schwurgericht diesen Umstand erkannt, jedoch auf den Zustand des Angeklagten keine notwendige Rücksicht genommen hat, obwohl sich eine Aussetzung des Verfahrens - dies von Amts wegen - dem Schwurgericht hätte aufdrängen müssen.

Nach § 338 Nr. 5 StPO ist ein Urteil stets als auf einer Verletzung des Gesetzes beruhend anzusehen, wenn die Hauptverhandlung in Abwesenheit der Staatsanwaltschaft oder einer Person, deren Anwesenheit das Gesetz vorschreibt, stattgefunden hat. Gem. § 230 Abs. 1 StPO war die ständige Anwesenheit des Angeklagten Boßhammer erforderlich. Mangelnde Verhandlungsfähigkeit aber steht der Abwesenheit gleich (vgl. Kleinknecht, Strafprozeßordnung, 29. Aufl., § 338 Anm. Zif. 6 mit Hinweisen).

Im einzelnen wird diese Rüge wie folgt begründet:

Der Angeklagte befindet sich seit dem 9. 1. 1968 in Untersuchungshaft. Er wurde auf seinen Gesundheitszustand und auf seine Haftfähigkeit im Frühjahr 1969 durch den medizinischen Sachverständigen Dr. Hiob und im September 1970 auch durch den Sachverständigen Professor Dr. Phillip und Herrn Dr. Meitzner untersucht und begutachtet. Nach den Befunden der ihn behandelnden Ärzte litt er an depressiver Reaktion, an allgemeiner Gefäßsklerose, Kopfneuralgien bei degenerativen Halswirbelsäulenveränderungen und an einem chronischen Tubenkatarrh.

Am 18. Januar 1971 richtete der Untersuchungsrichter III des Landgerichts Berlin an den Vorstand der Untersuchungshaftanstalt zu Hd. des Herrn Medizinaldirektors Dr. Meitzner, 1 Berlin 21, Alt

Moabit 12 a, nachfolgendes Schreiben:

"In der Voruntersuchungssache gegen Friedrich Boßhammer gibt mir Ihre Mitteilung vom 8. Januar 1971 in Anbetracht des in ihr enthaltenen Ergebnisses der Untersuchung des Angeschuldigten durch Prof. Dr. Phillip vom 5. Januar 1971 zu folgenden Fragen Anlaß:

1. Haben die bei dem Angeschuldigten festgestellten cerebralsklerotischen Veränderungen einen Umfang erreicht, der es wahrscheinlich macht, daß mit weiteren gewichtsmäßig steigenden Veränderungen gerechnet werden muß?
2. Besteht zwischen den cerebralsklerotischen Veränderungen und der bei dem Angeschuldigten festgestellten reaktiven Depression ein Zusammenhang; möglicherweise mit der Folge, daß bei einer Zunahme dieser Veränderungen eine Vertiefung der Depressionen und zugleich eine Verstärkung der schon bisher durch die cerebralsklerotischen Veränderungen hervorgerufenen Symptome zu erwarten ist?
3. Falls ja, welche Auswirkungen können hieraus für den Gesundheitszustand und das Persönlichkeitsbild des Angeschuldigten entstehen; ist ggf. ein Persönlichkeitsabbau denkbar oder wahrscheinlich, der die intellektuellen Fähigkeiten des Angeschuldigten so erheblich beeinträchtigt, daß er seine Interessen, insbesondere gegenüber dem ihm drohenden Verfahren, nicht oder nur noch eingeschränkt wahrnehmen kann?
4. Welche therapeutischen Maßnahmen stehen zur Verfügung, um mit Erfolg den Gesundheitszustand des Angeschuldigten zu bessern oder mindestens seine Verschlechterung zu verhindern?

Ich darf Sie bitten, die vorstehenden insbesondere im Hinblick auf die Verhandlungs- und Verteidigungsfähigkeit des Angeschuldigten gestellten Fragen aus ärztlicher Sicht zu würdigen und hierbei im Hinblick auf das von Ihnen schon hervorgehobene neurologisch-psychiatrische Übergewicht erneut Herrn Prof. Dr. Phillip und Herrn Dr. Hiob einzuschalten, den ich entsprechend unterrichten und beauftragen werde. Es liegt mir daran, eine möglichst umfassende Meinungsäußerung zu erhalten.

Die beantragte Einholung eines Obergutachtens habe ich im übrigen abgelehnt."

Der Untersuchungsrichter III beim Landgericht in Berlin richtete unter dem 2. Februar 1971 an den unterzeichnenden Anwalt in seiner Eigenschaft als Unterbevollmächtigter des Pflichtverteidigers,

Rechtsanwalt von Heynitz, sodann das nachfolgende Schreiben:

"Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt Möller!

In der Strafsache gegen Herrn Boßhammer

haben mir Dr. Meitzner, Prof. Dr. Phillip und Dr. Hiob die ihnen unter dem 18. Januar 1971 gestellten Fragen wie folgt beantwortet:

a) Dr. Meitzner

zu 1) Die bei B. anzunehmenden cerebralsklerotischen Veränderungen werden sich naturgemäß verstärken. Art und Umfang, evtl. Symptomatik und weitere Folgen sind nicht voraussehbar.

zu 2) Möglich. Hierbei ist allerdings zu bemerken, daß der Zusammenhang kein kausaler ist.

zu 3) Auch das ist möglich. Da dem Vernehmen nach die Vorbereitungen für den späteren Prozeß noch sehr lange Zeit in Anspruch nehmen werden, muß eine Vertiefung des depressiven Syndroms auch als wahrscheinlich angesehen werden. Welche Auswirkungen dies auf seine "Verteidigungsfähigkeit" haben wird, kann nicht gesagt werden.

zu 4) Keine.

b) Prof. Dr. Phillip

Es sind zu unserer Äußerung vom 5. 1. 1971 keine weiteren Erklärungen notwendig.

Die Beantwortung der Fragen 1) und 2) des Schreibens des Herrn Untersuchungsrichters vom 18. 1. 1971 ergibt sich bereits zutreffend aus dem Bericht des leitenden Medizinaldirektors Dr. Meitzner.

Zu 3) ist lediglich zu erörtern, daß die intellektuelle Leistungsfähigkeit erst in einem relativ späten Zeitpunkt eines organischen Abbauprozesses Einbuße erleidet. Im Vordergrund steht bei B. eine Gemütsverstimmung!

Wenn die Untersuchungsbehörden nicht in der Lage sind, eine angemessene Frist für den Ablauf eines Verfahrens zu setzen, den Patienten im Zustand der Ungewissheit belassen und damit nicht zur Besserung der psychischen Verstimmung beitragen, so kann in einem derartigen Fall nicht dem Arzt die Verantwortung für die Haftfortdauer bzw. Unterbrechung der U-Haft über die Brücke der Haftunfähigkeit zugemutet werden.

c) Dr. Hiob

Herr Boßhammer wurde heute von mir exploriert und untersucht, dabei konnte ich außer der rechtsseitigen Facialis-Schwäche am Augenhintergrund keine besonderen Veränderungen feststellen. Es besteht lediglich bei

angedeuteter Schielstellung des rechten Auges ein leichtes Augenzittern.

Geistig sind keine Ausfälle zu erkennen. Die intellektuellen Fähigkeiten sind intakt. Außer einer gewissen Weitschweifigkeit, Sentimentalrührseligkeit und einer Larmoyanz besteht ein depressives Syndrom, das als Reaktion auf die lange Haftzeit zu erklären ist.

Herr Friedrich Boßhammer ist trotz der angegebenen Beschwerden, wie Schlafstörungen, Gliederbeben, Kopfschmerzen, Verschlechterung des Gehörs und der Sehfähigkeit, haft- und vollzugstauglich sowie terminsfähig.

Die Sachverständigen kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß Herr Boßhammer noch immer haft- und verhandlungsfähig ist.

Hochachtungsvoll
(Halbedel)
Landgerichtsdirektor"

Auffällig und symptomatisch ist die Stellungnahme von Prof. Dr. Phillip, der offensichtlich die Frage, ob der Angeklagte haft- oder verhandlungsunfähig sei, offengelassen hat und sich nicht in der Lage sah, die ärztliche Verantwortung hierfür zu übernehmen.

Angesichts des sich stets und ständig bemerkbar machenden weiteren körperlichen und geistigen Verfalles des Angeklagten hat das Schwurgericht angeordnet, daß am ersten Verhandlungstage, nämlich am 16. 11. 1971 als medizinischer Sachverständiger der Leitende Medizinaldirektor Dr. med. Meitzner erschien. Dieser wurde jedoch im allseitigen Einverständnis kurz darauf wieder entlassen, ohne zu der Frage, ob der Angeklagte verhandlungsfähig sei oder nicht, gehört worden zu sein, was zudem durch das Sitzungsprotokoll erwiesen wird (vgl. Blatt 2 des Sitzungsprotokolls).

Im Verlaufe der Einvernahme des Angeklagten zur Person mußte diesem zur Klärung von Widersprüchen bezüglich seines Lebenslaufes auszugsweise sein eigenhändiger Lebenslauf vorgehalten werden, wie auch das Sitzungsprotokoll ausweist (Blatt 5 des Sitzungsprotokolls). Schon diese Tatsache hätte dem Schwurgericht alle Veranlassung geben sollen, sich mit der Frage, ob der Angeklagte,

der offenbar nicht einmal in der Lage gewesen ist, sich lückenlos zu seinem bisherigen Lebenslauf zu erklären, zufolge seines angegriffenen Gesundheitszustandes in der Lage war, der Verhandlung zu folgen.

Am darauffolgenden Tage, nämlich in der Sitzung vom 19. 11. 1971, mußte dem Angeklagten, der sich zur Sache einließ, zur Stützung seines Gedächtnisses seine Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter III bei dem Landgericht Berlin vom 23. 1. 1970 - eine Vernehmung also, die nur ein Jahr zurücklag - vorgehalten werden; dies weist auch das Sitzungsprotokoll aus (Blatt 9 des Sitzungsprotokolls).

In der Sitzung vom 3. 12. 1971 erklärte der Angeklagte, er meine, vor der Pause vorübergehend eingeschlafen zu sein; dies weist auch das Sitzungsprotokoll aus (Blatt 56). Daraufhin wurde der Sachverständige Dr. Scheffler angewiesen, Teile seines vor der Pause vorgetragenen Gutachtens zu wiederholen.

In der Sitzung vom 17. 12. 1971 erklärte der Angeklagte, daß er schon jetzt in den Pausen starke Erschöpfungszustände bemerke, und daß er nachts öfter aufwache und Schmerzmittel einnehmen müsse, um am nächsten Tage verhandlungsfähig zu sein; über diese Erklärung des Angeklagten verhält sich auch das Sitzungsprotokoll (Blatt 90/91).

Gleichwohl wurde die Hauptverhandlung an diesem Tage durch Einvernahme der Zeugin Giersch, einer Belastungszeugin, wie sich aus der Beweiswürdigung im angefochtenen Urteil ergibt, fortgesetzt und das Schwurgericht trat sogar in eine Gegenüberstellung dieser Zeugin mit dem Angeklagten ein.

Zur Sitzung vom 15. 2. 1972 war der Angeklagte nicht erschienen. Auf telefonischen Anruf wurde dem Vorsitzenden von dem behandelnden Arzt Dr. Braun erklärt, daß der Angeklagte sich weigere, zur Hauptverhandlung zu erscheinen. Er habe schlecht geschlafen und sei emotional zu aufgeregt. Sodann trat eine Pause von 1 1/4 Stunden ein.

den ein. Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung wurde diese fortgesetzt und festgestellt, daß der Angeklagte auch zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgeführt werden konnte. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Angeklagte von Prof. Dr. Phillip auf seine Verhandlungsfähigkeit untersucht werde. Um 11.05 Uhr trat eine Pause ein bis 13 Uhr. Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 13 Uhr wurde diese fortgesetzt. Erschienen war nunmehr als medizinischer Sachverständiger Prof. Dr. Phillip. Er erstattete sein Gutachten dahin:

"Ich habe Herrn Boßhammer eben nochmals untersucht . Ich halte ihn augenblicklich für nicht verhandlungsfähig. Er ist vorgealtert. Die Jahre der U-Haft sind nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Mit depressiven Schwankungen ist immer zu rechnen. Bei bestimmten Belastungen kommt es zu mehr oder weniger tiefen Pünkten. Vom ärztlichen Standpunkt ist die Einlegung einer Verhandlungspause anzuraten."

Die Hauptverhandlung wurde sodann unterbrochen und auf den 18. 2. 1972 vertagt.

In der Sitzung vom 22. 2. 1972 erklärte der Angeklagte während der Vernehmung der Zeugin Tedeschi, daß er sich nicht wohl fühle. Der darauf als Sachverständige gehörte Stationsarzt Dr. Braun erstattete sein Gutachten wie folgt:

"Ich habe Herrn Boßhammer vor 10 Minuten untersucht. Er hat einen vorübergehenden Schwächeanfall erlitten. Er ist jetzt wieder verhandlungsfähig."

Die oben wiedergegebene Prozeßgeschichte zeigt auf, daß der Angeklagte zumindest an mehreren Sitzungstagen zeitweilig nicht verhandlungsfähig gewesen ist, und an einem Sitzungstage, nämlich am 15. 2. 1972, zufolge seiner Verhandlungsunfähigkeit nicht vorgeführt werden konnte. Nach dem gesetzgeberischen Willen ist aber eine Hauptverhandlung grundsätzlich nur mit solchen Angeklagten zu führen, die nicht durch Krankheit gehindert sind, ihre Belange vernünftig zu vertreten, ihre Rechte zu wahren und ihre Verteidigung in verständiger und verständlicher Weise zu führen (so OBG 2/377).

Abgesehen davon, daß die im einzelnen mehrfachen in der Hauptverhandlung abgegebenen Erklärungen des Angeklagten, müde zu sein, nicht geschlafen zu haben, sich nicht wohl zu fühlen, eingeschlafen zu sein, der Verhandlung nicht folgen zu können, sowie die eingeholten Gutachten der bezeichneten Sachverständigen, die die Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten bestätigt haben, hätte sich dem Schwurgericht unter Beobachtung der richterlichen Fürsorgepflicht der Eindruck aufdrängen müssen, daß angesichts des erkennbaren Krankheitszustandes des Angeklagten eine Fortsetzung der Hauptverhandlung unzulässig war, und zwar dies von Amts wegen, d. h. ohne daß es eines entsprechenden Antrages des Angeklagten und seiner beiden Verteidiger bedurft hätte.

Daß sich aber das Gericht sowohl über das Erfordernis als auch über den Begriff der Verhandlungsunfähigkeit rechtlich geirrt hat, ergibt sich insbesondere aus folgendem: In der Sitzung vom 15. 2. 1972, zu der der Angeklagte nicht vorgeführt werden konnte, hatte der Sachverständige gutachtlich erklärt, daß vom ärztlichen Standpunkt eine Verhandlungspause anzuraten sei. Die Hauptverhandlung wurde unterbrochen und am 18. 2. 1972 fortgesetzt, und zwar an einem Tage, der ausweislich des Terminsplanes vom 3. 8. 1971 in der ~~chronologischen~~ Aufstellung der Verhandlungstage als normaler weiterer Verhandlungstag in Aussicht genommen und eingeplant war. Nach Auffassung der Revision kann dies nicht Rechtsens sein; denn: der Begriff der Verhandlungspause ist weitergehend als die Unterbrechung der Hauptverhandlung, wie ihre Fortsetzung am nachfolgenden eingeplanten Verhandlungstag. Zufolge der Weiterverhandlung am nächsten eingeplanten Verhandlungstag wurde die Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten nicht nur nicht behoben, sondern nach der Auffassung der Revision sogar noch verstärkt.

In der Nichtbeachtung der Tatsache, daß der Angeklagte teilweise verhandlungsunfähig war, daß sein gesamtes Krankheitsbild sich dahin abzeichnete, daß er überhaupt nicht in der Lage war, den Vorgängen in der Hauptverhandlung mit der erforderlichen Aufmerksamkeit zu folgen, gleichwohl aber die Hauptverhandlung entgegen der richterlichen Fürsorgepflicht fortgesetzt wurde, erblickt die

Verteidigung einen Verstoß gegen § 338 Nr. 5 StPO. Sie erblickt hierin weiter einen Verstoß nach § 136 a StPO.

Nach dieser Vorschrift darf die Freiheit der Willensentschließung und der Willensbetätigung des Beschuldigten nicht beeinträchtigt werden durch ... Ermüdung. Dies gilt auch, solange der Beschuldigte verhandlungsunfähig ist (vgl. Kleinknecht, a. a. O. § 136 a, Anm. A a). Die Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten hat jedoch das Gericht erkannt; gleichwohl wurde die Hauptverhandlung trotz des bedenklichen Zustandes des Angeklagten fortgesetzt. Nach Auffassung der Revision ist es nicht ausgeschlossen, daß das angefochtene Urteil auch auf der Verletzung der Vorschrift des § 136 a StPO beruht (§ 337 Abs. 1 StPO).

3.

Gerügt wird ferner die Verletzung des § 240 Abs. II StPO in Verbindung mit Art. 6 III Zif. d MRK.

Für den Angeklagten war durch Verfügung des Vorsitzenden der 8. Strafkammer des Landgerichts Berlin vom 29. 1. 1968 (vgl. Band XXXV Bl. 27, 28, 34 der Akten) Herr Rechtsanwalt Wolfram von Heynitz, 1 Berlin 30, Tauentzienstr. 13 a, als Pflichtverteidiger beigeordnet worden.

Dieser hatte dem unterzeichnenden Anwalt, Rechtsanwalt Heinz Möller, 56 Wuppertal 2, Berliner Str. 106, Untervollmacht erteilt. (Band LXIII Bl. 123 der Akten). Als solcher wurde der Unterbevollmächtigte auch in der Anklageschrift aufgeführt (vgl. Anklageschrift Bl. II). Der Unterbevollmächtigte hatte im Vorverfahren, sich als solcher legitimierend, für den Angeklagten vielfach Eingaben zur Haftüberprüfung angefertigt und in der gerichtlichen Voruntersuchung als solcher an Zeugenvernehmungen innerhalb der Bundesrepublik teilgenommen, insbesondere auch an den Vernehmungen der Zeugen Dr. Harster und Thito. Der Zeuge Dr. Harster wurde am 2. 10. 1970 durch den Untersuchungsrichter III, Berlin, im Amts-

gericht München richterlich vernommen; der Unterbevollmächtigte war bei dieser Vernehmung anwesend und wurde als Verteidiger des Angeklagten im Protokoll aufgeführt. Der Zeuge Titho wurde am 18. Juni 1970 durch den Untersuchungsrichter III im Amtsgericht Osnabrück vernommen; der Unterbevollmächtigte hat auch an dieser Vernehmung teilgenommen und wurde im Vernehmungsprotokoll als Verteidiger des Angeklagten ausdrücklich mit aufgeführt.

Die beiden vorbenannten Zeugen wurden in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht am 11. Januar 1972 vernommen. Herr Rechtsanwalt von Heynitz hatte vorgängig den Unterbevollmächtigten ausdrücklich gebeten, zu diesem Termin zu erscheinen, da er, der Unterbevollmächtigte, anlässlich der richterlichen Vernehmung der beiden Zeugen in der Voruntersuchung anwesend gewesen und daher allein in der Lage sei, sich zufolge der Tatsache, daß er sich auch ein persönliches Bild über beide Zeugen hätte vermitteln können, von seinem Fragerecht gem. § 240 Abs. 2 StPO nach der Vernehmung dieser beiden Zeugen Gebrauch zu machen. Rechtsanwalt von Heynitz hatte den Vorsitzenden des Schwurgerichts auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Unterbevollmächtigte zur Sitzung vom 11. Januar 1972 erscheinen werde. Das ist auch geschehen. Der Unterbevollmächtigte hatte sich über die Vernehmung der beiden Zeugen im Rahmen der gerichtlichen Voruntersuchung handschriftliche Notizen gemacht. Als der Unterbevollmächtigte, der zudem ausdrücklich bei seinem Erscheinen vom Vorsitzenden begrüßt wurde und dem nachgelassen wurde, in der Verteidigerbank mit Robe Platz zu nehmen, sich nach der Vernehmung des Zeugen Dr. Harster anschickte, von seinem Fragerecht Gebrauch zu machen, erklärte der Vorsitzende auf ein entsprechendes Anraten des Herrn Ersten Staatsanwalts Hölzner, dies sei unzulässig, da er, der Unterbevollmächtigte, nicht Verfahrensbeteiligter sei. Dem Hinweis des Unterbevollmächtigten, er sei Unterbevollmächtigter des Rechtsanwalts von Heynitz, begegnete der Vorsitzende mit der Erklärung, die Erteilung einer Untervollmacht seitens eines Pflichtverteidigers an einen anderen Rechtsanwalt sei nicht möglich und im Gesetz nicht vorgesehen. Als Verteidiger war außer dem Unterbevollmächtigten noch der weitere Pflichtverteidiger Rechtsanwalt Mourin anwesend, nicht aber Rechtsanwalt von Heynitz, der am Tage zuvor einen Verkehrsunfall

erlitten hatte und daher an seiner Erscheinungspflicht gehindert war.

Mit der vorerwähnten Erklärung des Vorsitzenden wurde dem Unterbevollmächtigten das Wort und gleichzeitig das Fragerecht gem. § 240 Abs. 2 StPO in Verbindung mit Art. 6 III d MRK entzogen.

Gleichzeitig wurde der Unterbevollmächtigte in dieser seiner Eigenschaft als Verfahrensbeteiligter ignoriert, und zwar in einer gesetzlich unzulässigen Weise. In der Bestellung eines Rechtsanwalts und Verteidigers ist im Falle seiner allgemeinen Stellvertretung stillschweigend zugleich die Bestellung des Stellvertreters mit-enthalten (Friedländer JW 61, S. 2182 Nr. 42; Löwe-Rosenberg, Strafprozeßordnung, Aufl. 1958, § 142 Anm. 6). Die Ansicht, daß ein nach §§ 140-142 StPO bestellter Verteidiger auch bei Einverständnis des Beschuldigten nicht befugt sei, Untervollmacht zu erteilen, findet im Gesetz keine Stütze. Zwar kann ein Pflichtverteidiger die ihm gewährten und auferlegten Rechte und Pflichten nicht beliebig auf einen anderen übertragen. Hierzu bedarf es der Genehmigung des zur Bestellung eines Verteidigers zuständigen Vorsitzenden des Gerichtes, ein Umstand, der von der Revision nicht verkannt wird. Vorliegend lag eine etwa willkürliche Unterbevollmächtigung, die der Vorsitzende hätte genehmigen müssen, jedoch nicht vor, denn: der Pflichtverteidiger Rechtsanwalt von Heynitz hatte an den Vernehmungen der beiden Zeugen Dr. Harster und Titho im Rahmen der gerichtlichen Voruntersuchung nicht teilgenommen, sondern der Unterbevollmächtigte. Diesem war ordnungsgemäß - wie schon erwähnt - seitens des Pflichtverteidigers von Heynitz Untervollmacht erteilt worden. Zudem war der Vorsitzende von dem Pflichtverteidiger Rechtsanwalt von Heynitz ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß sein Unterbevollmächtigter zur Sitzung vom 11. 1. 1972 erscheinen werde. Der Vorsitzende hatte dies auch gebilligt. Die Zeugen Dr. Harster und Titho waren, wie auch das angefochtene Urteil ausweist, Hauptbelastungszeugen. Die Ausübung des Fragerechtes lag im Sinne der oben angezogenen gesetzlichen Vorschriften durch den Unterbevollmächtigten als Mitverteidiger lag daher im ausschließlichen Interesse des Angeklagten; sie war umso mehr geboten, als der Unterbevollmächtig-

te bei der Vernehmung der beiden Zeugen während der gerichtlichen Voruntersuchung anwesend war. Sie war aber auch schon um deswillen geboten, weil der weitere Pflichtverteidiger, Herr Rechtsanwalt Meurin, der zwar in der Hauptverhandlung vom 11. 1. 1972 anwesend war, erst zu einem zeitlich späteren Zeitpunkt als solcher beigeordnet worden war, und zwar erst nach Schließung der gerichtlichen Voruntersuchung.

Gem. § 240 Abs. 2 in Verbindung mit § 240 Abs. 1 StPO hat der Vorsitzende u. a. dem Verteidiger zu gestatten, Fragen an die Zeugen zu stellen. Nach Art. 6 Abs. III d MRK hat jeder Angeklagte mindestens (englischer Text) - insbesondere (französischer Text) - das Recht, Fragen an die Belastungszeugen zu stellen oder stellen zu lassen.

Hierbei handelt es sich um eine von Amts wegen vorzunehmende Handlung des Vorsitzenden, wenn auch auf Antrag. Ist das aber richtig, bedurfte es, nachdem der Vorsitzende dem Unterbevollmächtigten das Recht, von diesem Fragerecht Gebrauch zu machen mit dem Hinweis, er sei nicht Verfahrensbeteiligter, entzogen hatte, einer vorgängigen Anrufung des Gerichtes gem. § 238 Abs. 2 StPO zur Herbeiführung einer Entscheidung über die Abschneidung des Fragerechtes durch den Vorsitzenden nicht.

Die Revision erblickt in der Verletzung der angegebenen Vorschriften einen Verfahrensverstoß, auf dem das Urteil beruht (§ 337 Abs. 1 StPO).

4.

Gerügt wird ferner die Verletzung des § 252 StPO insoweit, als das Schwurgericht die richterliche Aussage der Zeugin Spieß durch Verlesung in der Hauptverhandlung zum Gegenstande der Urteilsfindung gemacht hat, obwohl diese Zeugin durch schriftliche Eingabe darauf hingewiesen hatte, von ihrem Aussageverweigerungsrecht gem. § 52 Abs. I Nr. 2 StPO Gebrauch zu machen. Sie erblickt darin einen Verstoß gegen das Verwertungsverbot des § 252 StPO.

Zur Erläuterung und Begründung dieser Rüge wird folgendes ausgeführt:

Angelegentlich der gerichtlichen Voruntersuchung wurde die Zeugin Spieß, die erste Ehefrau des Angeklagten - die Ehe war vorgängig geschieden worden - am 1. 4. 1971 an ihrem Wohnort in Bremen durch den Untersuchungsrichter III des Landgerichts Berlin richterlich vernommen. Gem. § 52 Abs. 1 Nr. 2 StPO belehrt, sagte die Zeugin zur Person und zur Sache aus (Band CXVIII, Bl. 39 ff der Akten). Zur Hauptverhandlung war die Zeugin geladen. In der Sitzung vom 3. 12. 1971 gab der Vorsitzende bekannt, die Zeugin habe mitgeteilt, daß sie von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch mache und nicht erscheinen werde. In der Sitzung vom 18. 1. 1972 wurde ein Schreiben der Zeugin vom 14. 1. 1972 verlesen, worauf die Verfahrensbeteiligten sich mit der Verlesung des richterlichen Protokolls über die Vernehmung dieser Zeugin einverstanden erklärten. Indes wurde die Zeugin gleichwohl zur Sitzung vom 28. 1. 1972 geladen. In dieser Sitzung war die Zeugin nicht erschienen, vielmehr war sie durch Krankheit entschuldigt, wobei das ärztliche Attest betreffend ihren Gesundheitszustand, datierend vom 14. 1. 1972, bereits in der Sitzung vom 18. 1. 1972 verlesen und zu Protokoll genommen worden war.

Als die Zeugin nunmehr in der Sitzung vom 28. 1. 1972 nicht erschienen war und als entschuldigt galt, wurde das weiter oben gekennzeichnete Protokoll über ihre Vernehmung vom 1. 4. 1971 im allseitigem Einverständnis verlesen und ihre Aussage als uneidliche Aussage gem. § 61 Nr. 2 StPO behandelt. Dies weist auch das Sitzungsprotokoll aus (vgl. Bl. 204).

Die Revision erblickt in dieser prozessualen Maßnahme eine unzulässige Umgehung des Verwertungsverbotes nach § 252 StPO. Zwar hatte die ordnungsgemäß belehrte Zeugin bei ihrer Vernehmung vom 1. 4. 1971 im Rahmen der gerichtlichen Voruntersuchung von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht gem. § 61 Nr. 2 StPO keinen Gebrauch gemacht. Zwar setzt der Wortlaut des § 252 StPO voraus, daß eine Verwertung einer vor der Hauptverhandlung gemachten Aussage eines Zeugen dann ausgeschlossen ist, wenn dieser in der Hauptverhand-

lung von seinem Recht, das Zeugnis zu verweigern, Gebrauch macht. Zwar war die Zeugin trotz Ladung zur Hauptverhandlung nicht erschienen, konnte daher in der Hauptverhandlung nicht persönlich die Erklärung abgeben, von ihrem Aussageverweigerungsrecht im angeführten Sinne Gebrauch zu machen. Diese Tatsache schließt jedoch das Verwertungsverbot nicht aus, da die Zeugin bezüglich ihrer Erscheinungspflicht zufolge ihrer bescheinigten Erkrankung als entschuldigt galt. Die Vorschrift des § 252 StPO ist auch dann zu beachten, wenn der in der Hauptverhandlung nicht erschienene Zeuge trotz vorgängiger - etwa in der richterlichen Voruntersuchung - erfolgten Belehrung nachträglich seinen Entschluß ändert und die Verlesung seiner Aussage durch die schriftliche Erklärung, daß er jetzt das Zeugnis verweigern wolle, hindert (vgl. Löwe-Rosenberg, a. a. O., § 252 Anm. 4 d; vgl. Alsberg-Nüse, 2. Aufl. S. 104 Mitte). Dieses war aber durch die schriftliche Erklärung der Zeugin, von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch zu machen, welche in der Sitzung vom 3. 12. 1971 verlesen worden war, geschehen.

Ist das aber richtig, so durfte die Niederschrift über die frühere richterliche Vernehmung der Zeugin vom 1. 4. 1971 im Rahmen der gerichtlichen Voruntersuchung nicht verlesen werden, und zwar auch dann nicht verlesen werden, wenn Staatsanwalt, Verteidiger und Angeklagter damit einverstanden waren. Verweigert der Zeuge berechtigterweise in der Hauptverhandlung, oder wie im vorliegenden Falle durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem Gericht im Rahmen der Hauptverhandlung seine Aussage, so kann das dann bestehende gesetzliche Verbot auch nicht durch das Einverständnis der übrigen Verfahrensbeteiligten umgangen werden (vgl. BGH Urteil vom 12. 7. 1956 = NJW 1956, S. 1528).

In dieser ungesetzlichen Maßnahme erblickt die Revision einen Verfahrensverstoß, auf dem das angefochtene Urteil beruht (§ 337 Abs. 1 StPO). Auch die Aussage dieser Zeugin ist Gegenstand der Urteilsfindung gewesen; denn: das Urteil führt auf Seite 62 seiner Entscheidungsgründe nachfolgendes wörtlich aus:

"Die Feststellungen des Schwurgerichtes beruhen ferner auf

a.

b.

c. Den Aussagen der Zeugen, die in der Hauptverhandlung vernommen, oder deren Vernehmungsprotokolle und schriftliche Aufzeichnungen gem. § 251 StPO verlesen worden sind."

Ergänzend weist die Revision aber auch noch auf nachfolgendes hin:

Angelegentlich ihrer richterlichen Vernehmung vom 1. 4. 1971 wurde die Zeugin Spieß zwar gem. § 52 Abs. I Satz 2 StPO über ihr Zeugnisverweigerungsrecht, nicht aber auch über ihr Eidesverweigerungsrecht gem. § 63 StPO belehrt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das angefochtene Urteil auf der unzulässigen Verwertung dieser Aussage insoweit beruht (§ 337 Abs. 1 StPO).

5.

Gerügt wird ferner die Verletzung des § 251 Abs. IV Satz 2 StPO durch Ausserachtlassungⁱⁿ den nachfolgenden beiden Fällen:

a) In der Sitzung vom 4. 2. 1972 wurde aufgrund eines Gerichtsbeschlusses die beglaubigte Übersetzung der Vernehmung des Zeugen Leonardo de Benedetti vom 30. 4. 1971 verlesen. Die Verlesung erfolgte "im allseitigen Einverständnis".

b) In der gleichen Sitzung wurde anschließend aufgrund eines Gerichtsbeschlusses die beglaubigte Übersetzung der Vernehmung des Zeugen Primo Levi vom 3. 5. 1971 verlesen. Auch diese Verlesung erfolgte "im allseitigen Einverständnis".

Nach § 251 Abs. IV StPO ist in den Fällen der Absätze 1 und 2 der Grund der Verlesung anzugeben. Hieran aber mangelt es in den beiden erörterten Fällen. Zwar erfolgte die Verlesung im "allseitigen Einverständnis". Welche Personenkreise mit der Wortfassung

"allseitig" angesprochen worden sind, ist nicht erkennbar. Sollte es sich um den Staatsanwalt, den Verteidiger und um den Angeklagten gehandelt haben, so wäre gleichwohl die Bekanntgabe bzw. Verkündung des Verlesungsgrundes nicht schon darum überflüssig gewesen, weil die genannten Prozeßbeteiligten der Verlesung zugestimmt haben und den Grund der Vorlesung kannten (vgl. Alsberg-Nüse, a. a. O. S. 330 unten; NJW 1952, S. 1305). Sollte es sich etwa um eine Verlesung gem. § 251 Abs. I Nr. 4 StPO gehandelt haben, was allerdings nicht erkennbar ist, (und darüber schweigt sich auch das Sitzungsprotokoll aus, vgl. dort Blatt 228, 229), so hätte es der Bekanntgabe bzw. Verkündung dieses Verlesungsgrundes bedurft; denn, wenn eine frühere Niederschrift im Einverständnis mit dem Staatsanwalt, dem Verteidiger und dem Angeklagten verlesen wird, so genügt zur Begründung der Hinweis auf § 251 Abs. I Nr. 4 StPO (vgl. Alsberg-Nüse, a. a. O., S. 331, BGH 5 Str 556/53), und zwar im Wege der Verkündung in der Hauptverhandlung. Erforderlich ist nach Auffassung der Revision zur Grundbekanntgabe bei einer Verlesung nach § 251 Abs. I Nr. 4 StPO der ausdrückliche Hinweis auf diese Vorschrift selbst dann, wenn sich für alle Beteiligten ggf. aus ihrer vorherigen Zustimmung eine derartige Maßnahme ergeben sollte, anderenfalls von den ersten beiden Sätzen des § 251 Abs. I Nr. 4 StPO nichts mehr übrig bleiben würde (so BGH in NJW 1952 S. 1305).

Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Urteil auf diesem Verfahrensverstoß beruht (§ 337 Abs. 1 StPO), zumal das Schwurgericht durch diese Maßnahme vor der Verlesung nicht geprüft hat, ob die Verlesung der Aussage mit dem Grundsatz der erschöpfenden Sachaufklärung (§ 244 Abs. 2 StPO) zu vereinbaren war; beide Zeugen waren nämlich erreichbar. In den schriftlichen Entscheidungsgründen hat sich zudem das Schwurgericht mit der Aussage des Zeugen Levi ausdrücklich auseinandergesetzt (Blatt 33 des Urteils).

6.

Gerügt wird ferner die Verletzung des § 251 Abs. IV Satz 3 StPO durch Außerachtlassung in den nachbezeichneten Fällen:

In der Sitzung vom 14. 3. 1972 wurden u. a. gem. § 251 Abs. I Nr. 4 StPO verlesen

- a) die richterliche Vernehmung des Zeugen Alberto Calo,
- b) die richterliche Vernehmung der Zeugin Frieda Misul,
- c) die richterliche Vernehmung der Zeugin Albina Capatzki,
- d) die richterliche Vernehmung der Zeugin Olga Bergmann,
- e) die richterliche Vernehmung des Zeugen Josef Tidinger vom 19. 11. 1970,
- f) die richterliche Vernehmung der Zeugin Luise Häring vom 22. 10. 1971.

Entgegen dem Erfordernis des § 251 Abs. IV Satz 3 StPO hat das Schwurgericht nach der richterlichen Vernehmung bzw. richterlichen Aussagen der vorbenannten Zeugen nicht ausdrücklich festgestellt, ob diese Zeugen vereidigt worden waren.

Die Entschlußfassung und Verkündung des Schwurgerichtes in Ansehung dieser Aussagen dahin,

daß die Aussage als uneidliche Aussage gewertet werde, da der/die Zeuge/in (so Calo, Misul, Capatzki, Bergmann) gem. § 61 Zif. 2 StPO Verletzte bzw. gem. § 60 Zif. 2 StPO der Tatbeteiligung (so Tidinger, Häring) seien

Vernehmung

genügt der angezogenen Feststellungspflicht nicht, denn: ob die verlesene richterliche Vernehmung bzw. Aussage beeidigt ist oder nicht, muß stets ausdrücklich angegeben werden, damit die Verfahrensbeteiligten und die zur Entscheidung berufenen Richter in Stande gesetzt werden, diejenigen Bedenken geltend zu machen oder zu würdigen, die sich daraus ergeben, daß der Zeuge nicht vereidigt worden ist (so Löwe-Rosenberg, a. a. O., § 152 Anm. 23). Dies gilt umso mehr in Ansehung derjenigen Zeugen, deren Vereidigung dem pflichtgemäßen Ermessen des Gerichtes obliegt, so bei dem Zeugen Calo, Misul, Capatzki und Bergmann als Verletzte.

70

Die verlesenen, richterlichen Vernehmungen und Aussagen bezüglich dieser Zeugen ist Gegenstand der Urteilsfindung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Urteil auf diesem Verfahrensfehler beruht (§ 337 Abs. 1 StPO).

7.

Gerügt wird ^{sogar} die Verletzung des § 60 Abs. I Nr. 2 StPO, soweit es sich um die Frage der Vereidigung oder Nichtvereidigung der Zeugin Scholz handelt.

Die Zeugin Scholz wurde in der gerichtlichen Voruntersuchung am 13. 5. 1970 richterlich vernommen und vereidigt.

Ihre Aussage wurde im allseitigen Einverständnis in der Sitzung vom 3. 11. 1971 gem. § 251 Abs. I Nr. 4 StPO verlesen. Nach erfolgter Verlesung stellte das Gericht fest, daß die Zeugin beeidigt worden ist. (vgl. auch Blatt 47 des Sitzungsprotokolls) Das Schwurgericht verkündete sodann nach erfolgter Beratung nachfolgenden Beschluß:

"Die Aussage der Zeugin Scholz wird als unbeeidigte Aussage behandelt gem. § 60 Nr. 2 StPO, weil die Zeugin der Beteiligung an der Tat, die den Gegenstand der Untersuchung bildet, verdächtig ist;"
(dies weist auch das Sitzungsprotokoll aus, Bl. 48)

Das Schwurgericht hat im angefochtenen Urteil auch die Aussage dieser Zeugin gewürdigt, da ausweislich der Urteilsgründe die Feststellung des Schwurgerichtes (ferner) beruhen auf

- a)
 - b)
 - c) den Aussagen der Zeugen, der Vernehmungsprotokolle gem. § 251 StPO verlesen worden sind
- (vgl. Bl. 62 des Urteils),

ohne sich im einzelnen - was auch nicht erforderlich war - sich gerade mit der Aussage dieser Zeugin im Rahmen der Beweiswürdigung auseinander zu setzen. Nach dem Inhalt der Urteilsgründe kann auch ausgeschlossen werden, daß das Schwurgericht dieser Zeugin, die unvereidigt hätte bleiben müssen, möglicherweise um der vorgängigen Vereidigung willen eine größere Glaubwürdigkeit bemessen hat.

Indes war nach Auffassung der Revision das Schwurgericht verpflichtet, wenn sich bei der Beratung ergibt, daß ein Zeuge zu Unrecht vereidigt worden ist, dies allen Verfahrensbeteiligten in der Hauptverhandlung zur Kenntnis zu bringen, damit den Beteiligten Gelegenheit gegeben wird, weitere Beweisanträge zu stellen (vgl. RGSt 72, 219, 220).

Der Hinweis des Schwurgerichtes, daß die Zeugin (in der Voruntersuchung) vereidigt worden sei, entspricht nach Auffassung der Revision allenfalls dem Erfordernis nach § 251 Abs. IV, Satz 3 StPO, erfüllt jedoch nicht die ausdrückliche Pflicht des Gerichtes, darauf zusätzlich noch hinzuweisen, daß die Zeugin gesetzwidrig vereidigt worden sei zufolge des Vereidigungsverbotes gem. § 60 Nr. 2 StPO. Dieser Hinweispflicht ist nach Meinung der Revision auch nicht etwa dadurch Genüge geleistet, daß das Gericht beschlossen und verkündet hat, die eidliche Aussage als uneidliche gem. § 60 Nr. 2 StPO behandeln zu wollen. Das in der Rechtsprechung aufgestellte Hinweisgebot soll dem Angeklagten Material an die Hand geben, Überlegungen dahin aufzustellen, ob die Aussage des betreffenden Zeugen ggf. durch anderweite Beweismittel bestärkt bzw. erschüttert werden kann. Diese Fürsorgepflicht des Gerichts ist daher durch Außerachtlassung im vorliegenden Fall verletzt; es ist nicht ausgeschlossen, daß das Urteil auf diesem Verfahrensfehler beruht (§ 337 Abs. 1 StPO).

Daß aber das Schwurgericht sich im übrigen über diese Hinweispflicht ganz allgemein im klaren war, ergibt sich aus folgendem: In der Sitzung vom 7. 12. 1971 wurden u. a. Protokolle der richterlichen Vernehmung des Zeugen Schwinghammer vom 20. 5. 1970

und dasjenige über die richterliche Vernehmung des Zeugen Stuschka vom 13. 5. 1970 gem. § 251 Abs. I Nr. 4 StPO verlesen. Es wurde festgestellt, daß beide Zeugen vereidigt worden waren. Bezüglich beider Zeugen wurde nach Beratung beschlossen und verkündet, daß ihre Aussagen als nicht eidliche gem. § 60 Nr. 2 StPO wegen Verdachtes der Tatbeteiligung behandelt werden sollten. Sodann erklärten alle Prozeßbeteiligten auf ausdrückliches Befragen, daß eine weitere richterliche Vernehmung der Zeugen Stuschka, Schwinghammer nicht beantragt werde, wie auch das Sitzungsprotokoll ausweist (vgl. dort Blatt 66).

Damit ist nach Auffassung der Revision erwiesen, daß sich das Gericht im Falle der richterlichen Verlesung der Aussage der Zeugen Scholz - wie oben näher dargelegt - über die gekennzeichnete Hinweispflicht hinweggesetzt hat, ein Umstand, der den aufgezeigten Verfahrensverstoß begründet.

8.

Gerügt wird ferner die Verletzung des § 59 StPO insoweit, als der Zeuge Lahr nach seiner Einvernahme in der Sitzung vom 4. 2. 1972 ungesetzlich gem. § 60 Nr. 2 StPO wegen Verdachts der Tatbeteiligung unvereidigt geblieben ist.

Ob ein Zeuge Teilnehmer im strafrechtlichen Sinne ist, kann eine der Revision zugängliche Rechtsfrage sein (vgl. Kleinknecht, 29. Aufl., § 60 Anm. 8; BGHSt 22/266; Dahs, Handbuch des Strafverteidigers, 1. Aufl., Randziffer 776).

Im Hinblick auf das Vereidigungsverbot gem. § 60 Nr. 2 StPO ist jeder verdächtig, bei dem konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, daß er durch strafrechtlich vorwerfbares Verhalten den Ablauf des Geschehens beeinflussen kann (vgl. BGHSt 10, 65). In der Rechtsprechung und im Schrifttum wird ferner das Erfordernis aufgestellt, die Beteiligungshandlung des Zeugen müsse sich in derselben Richtung bewegt haben, wie das dem Angeklagten zur Last

gelegte oder nachgewiesene Verhalten.

Den Rechtsbegriff des Tatverdachtes insoweit hat jedoch das Schwurgericht anlässlich der Einvernahme dieses Zeugen verkannt. Der Zeuge hat ausgesagt, er habe zwar den Angeklagten gekannt, nicht aber das Lager Fossoli. Er, der Zeuge, habe mit Judenangelegenheiten nichts zu tun gehabt; zudem habe der Angeklagte ihm ebenfalls nichts über Judenangelegenheiten erzählt. Der Angeklagte sei im übrigen nicht der Typ eines strammen SS-Führers gewesen; er sei vielmehr allen Dingen gegenüber aufgeschlossen gewesen. Er, der Zeuge, könne über die Stellung des Angeklagten auf der Dienststelle nichts sagen, auch nichts darüber, ob der Angeklagte Weisungen direkt aus Berlin erhalten habe.

Ist das aber richtig, so lag ein Tatverdacht im Sinne von § 60 Nr. 2 StPO zum Nachteile dieses Zeugen erkennbar nicht vor. Vielmehr vertritt die Revision die Auffassung, daß das Schwurgericht den Rechtsbegriff des Tatverdachtes lediglich aus der Bekundung dieses Zeugen dahin, zur gleichen Zeit wie der Angeklagte in Italien gewesen zu sein, glaubte gewinnen zu können; das kann aber nicht Rechtens sein. Der Zeuge hätte daher gem. § 59 StPO auf seine Aussage hin beeidigt werden müssen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß das angefochtene Urteil auf dieser gesetzwidrigen Nichtvereidigung beruht (§ 337 Abs. 1 StPO); denn: das Schwurgericht hat auch diese Aussage des fälschlicherweise unbeeidigt gelassenen Zeugen im Rahmen der Beweiswürdigung verwertet, indem es ausdrücklich in den Urteilsgründen festgestellt hat,

daß die im Urteil getroffenen Feststellungen u. a. auf den Aussagen der Zeugen, die in der Hauptverhandlung vernommen worden seien, beruhten (vgl. Blatt 62 des Urteils).

9.

Gerügt wird die Verletzung des § 250 StPO durch Außerachtlassung in nachfolgenden Punkten:

Der Eröffnungsbeschluß vom 3. 8. 1971 (Band CXXII, Bl. 41) enthält nachfolgenden Zusatz:

"Gleichzeitig wird angeordnet, daß in der Hauptverhandlung ein mündliches zeitgeschichtliches Gutachten erstattet werden soll, das im wesentlichen organisatorische Fragen hinsichtlich der Entwicklung und des Aufbaues des Reichssicherheitshauptamtes, die Entwicklung und Durchführung der sogenannten "Endlösung der Judenfrage" und insbesondere die Judenverfolgungen in Italien behandeln soll.

Als Sachverständige werden beauftragt

- a) Historiker Dr. Wolfgang Scheffler
- b) Historikerin Dr. Elvira Ravenna für die Frage der Judenverfolgung in Italien"

In der Sitzung vom 3. 12. 1971 lehnte die Verteidigung die Sachverständige Dr. Ravenna wegen Besorgnis der Befangenheit ab.

Entgegen der Stellungnahme der Staatsanwaltschaft erging nach Beratung nachfolgender verkündeter Gerichtsbeschluß:

"Die Ablehnung der Sachverständigen Frau Dr. Ravenna wegen Besorgnis der Befangenheit ist begründet, weil sie als Ermittlungsgehilfin der Staatsanwaltschaft tätig geworden ist und außerdem nahe Familienangehörige durch die NS-Verfolgung verloren hat (§§ 74, 24 Abs. 2 StPO)

Die Auffassung der Verteidigung, die Besorgnis der Befangenheit ergebe sich schon aus der jüdischen Glaubenszugehörigkeit der Sachverständigen, ist nicht begründet.

Frau Dr. Ravenna soll als sachverständige Zeugin vernommen werden."

In der fortgesetzten Sitzung vom 7. 12. 1971 erging nach Anhörung aller Verfahrensbeteiligten nachfolgender Beschluß, der verkündet wurde:

"Auf die Vernehmung der zu heute geladenen sachverständigen Zeugin Dr. Ravenna wird unter Abänderung des Beschlusses vom 3. 12. 1971 insoweit im allseitigen Einverständnis verzichtet."

Der Sachverständige Dr. Scheffler, dessen Einvernahme bereits in der Sitzung vom 3. 12. 1971 begonnen hatte, setzte sodann - nach

Entlassung von Dr. Ravenna - seine Gutachtenerstattung fort. Er verhielt sich insbesondere über die Judenverfolgungen in Italien.

Nach Beendigung der Gutachtenerstattung wurde der Gutachter von dem Verteidiger Rechtsanwalt von Heynitz nach der Herkunft des Materials, welches ^{ihm} für das Gutachten, soweit es sich um das Judenproblem in Italien verhielt, zur Verfügung gestellt worden war, befragt. Der Gutachter erklärte, es habe sich dabei um Unterlagen gehandelt, die er vom Gericht und von der Staatsanwaltschaft erhalten hätte. Der Verteidiger richtete sodann an den Herrn Ersten Staatsanwalt Hölzner, einem der Herren Sitzungsvertreter, die Frage, welches Material er dem Sachverständigen Dr. Scheffler zur Verfügung gestellt habe. Als Erster Staatsanwalt Hölzner hierauf ausweichend antwortete, mußte er auf eine direkte Frage des Verteidigers zugeben, dem Sachverständigen Dr. Scheffler das Gutachten der mit Erfolg abgelehnten Sachverständigen Dr. Ravenna zur Verfügung gestellt zu haben.

Es wird angeregt, über diese Vorgänge im Wege des Freibeweises dienstliche Äußerungen

- a) des Herrn Vorsitzenden des Schwurgerichtes
- b) des Herrn Ersten Staatsanwalts Hölzner sowie
- c) eine anwaltliche Äußerung des Verteidigers Herrn Rechtsanwalt von Heynitz

herbeizuführen.

Soweit nach erfolgreicher Ablehnung der Sachverständigen Dr. Ravenna diese durch Gerichtsbeschluß als sachverständige Zeugin vernommen werden sollte, meldet die Revision unter Berücksichtigung der insoweit gefestigten Rechtsprechung (insbesondere BGHSt 20/222) keine Bedenken an. Zulässig wäre es auch gewesen, wenn der weitere Sachverständige Dr. Scheffler eine etwa vorgängige Zeugenaussage der abgelehnten Sachverständigen Dr. Ravenna, die sie in ihrer Eigenschaft als sachverständige Zeugin getätigt haben würde, für die eigenen Schlußfolgerungen verwertet und zur Grundlage seines Gutachtens gemacht hätte. Im vorliegenden Falle wurde

die abgelehnte Sachverständige Dr. Ravenna aufgrund des oben ausgewiesenen Gerichtsbeschlusses jedoch nicht als sachverständige Zeugin vernommen. Stattdessen wurde unter Umgehung der Tatsache der erfolgreichen Ablehnung dem weiteren Sachverständigen Dr. Scheffler das Gutachten der abgelehnten Dr. Ravenna zugespielt und auf diese Art und Weise in die Hauptverhandlung eingeführt.

Hierbei handelt es sich also nicht lediglich um die Vermittlung bloßer Anknüpfungstatsachen, die die abgelehnte Sachverständige in Erfüllung ihres Auftrages ausschließlich aufgrund ihrer besonderen Sachkunde festgestellt hätte, und die - was die Revision nicht verkennt - verwertet werden dürfen. Es handelte sich vielmehr um ein Gutachten als solches, welches von einem Sachverständigen, der mit der Erstattung eines derartigen Gutachtens nicht beauftragt worden war, als eigenes in der Hauptverhandlung vorgebracht wurde. Dies hatte sogar der Angeklagte, der im übrigen, worauf weiter oben bereits hingewiesen wurde, nahezu verhandlungsunfähig war, bemerkt. Er erklärte dem Vorsitzenden, die Verwertung des Gutachtens Dr. Ravenna durch den weiteren Gutachter Dr. Scheffler sei gesetzwidrig. Darauf bemerkte der Vorsitzende, das Gericht würde das von Amts wegen prüfen.

Die Revision regt an, die oben beantragten dienstlichen Äußerungen auch zu diesem Punkte zusätzlich einzuholen.

Der Grundsatz der Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme besteht aus dem Gebot, die Person, auf deren Wahrnehmung der Beweis einer Tatsache beruht, in der Hauptverhandlung zu vernehmen und dem Verbot, die Aussagen einer solchen Person durch Verlesung der Niederschrift über eine frühere Vernehmung oder eine schriftliche Erklärung zu ersetzen. (so Kleinknecht, a. a. O., § 250 StPO Anm. 1 A)

Nach Auffassung der Revision hat gleiches zu gelten für den Fall der erfolgreichen Ablehnung eines Sachverständigen, der nicht als sachverständiger Zeuge sodann vernommen wird, sondern dessen Gutachten vollinhaltlich von einem weiteren Sachverständigen vorgebracht wird.

Hierin erblickt die Revision einen Verstoß gegen den erwähnten Grundsatz des § 250 StPO. Da das Gericht das Gutachten Dr. Scheffler in den Urteilsgründen entsprechend gewürdigt hat, ist es nicht ausgeschlossen, daß das angefochtene Urteil auf diesem Verfahrensfehler beruht (§ 337, Abs. 1 StPO).

10.

Gerügt wird ferner die Verletzung des § 256 Abs. I StPO durch die Tatsache, daß in der Hauptverhandlung vom 16. 11. 1971 anläßlich der Vernehmung des Angeklagten zur Person gem. § 249 StPO verlesen worden sind

1. Fotokopie des Schreibens des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 27. 7. 1942,
2. Fotokopie des Beförderungsvorschlages vom 29. 6. 1943,
3. Fotokopie des Ordensverleihungsvorschlages vom 31. 7. 1944.

Sämtliche Urkunden sind in ihrem ganzen Umfange verlesen worden; sie verhalten sich auch über den Charakter des Angeklagten.

Nach Auffassung der Revision handelt es sich bei der jeweiligen Charakterbeurteilung um ein Leumundszeugnis im Sinne des § 256 StPO, welches nicht verlesen werden darf und als Urteilsgrundlage herangezogen werden kann.

Der Leumund eines Menschen ergibt sich im allgemeinen aus seinem früheren und gegenwärtigen Verhalten und seinen erkennbar gewordenen Eigenschaften, nicht zuletzt aber aus dem Eindruck, den sein Charakter bei seiner Umgebung erweckt. Daher sind im Interesse der Wahrheitsfindung schriftliche Zeugnisse hierüber von der Hauptverhandlung ausgeschlossen, da sie in ihr nicht überprüfbar sind (vgl. OHG 3/81).

Das Schwurgericht hat daher auch unter Verletzung dieser Vorschrift im Rahmen der Würdigung zur inneren Tatseite den Leumund des An-

geklagten, soweit er sich aus den verlesenen Urkunden ergibt, zu seinen Ungunsten berücksichtigt, indem ihm u. a. auch Handeln aus Karrieresucht vorgeworfen wird.

Da mithin im Rahmen der Gesamtwürdigung der Persönlichkeit des Angeklagten die Möglichkeit, daß das Schwurgericht diese Charakterbeurteilung bei der Urteilsfindung gewertet hat, nicht ausgeschlossen werden kann, ja, sogar nach Auffassung der Revision als erwiesen angesehen werden dürfte, kann das Urteil auf diesem Verfahrensverstoß beruhen (§ 337 Abs. 1 StPO).

11.

Gerügt wird die Verletzung des § 136 a StPO in Verbindung mit § 69 Abs. 3 StPO, da das Schwurgericht die Aussage eines in der Hauptverhandlung vernommenen Zeugen unter Umgehung der gekennzeichneten Vorschriften zur Grundlage des angefochtenen Urteils gemacht hat.

In der Sitzung vom 18. 2. 1972 wurde der Zeuge Eisenkolb vernommen. Die Bekundung dieses Zeugen war offensichtlich nicht sehr ergiebig; er sagte zudem schleppend aus, wie sich auch aus der Sitzungsniederschrift ergibt. Die Staatsanwaltschaft beantragte (wohl nach § 271 Abs. III StPO) die wörtliche Niederschrift eines bestimmten Teiles der Aussage dieses Zeugen.

Der Vorsitzende ordnete sodann die wörtliche Niederschreibung folgenden Teiles der Aussage des Zeugen Eisenkolb an:

"Ich habe im Nebenzimmer von Boßhammer gesessen und habe überhaupt nichts zu tun gehabt."

Über diese Aussage des Zeugen Eisenkolb war der Vorsitzende sehr erbozt; er hielt dem Zeugen vor, es seien schon viele Zeugen vernommen worden, die sich gut und schlecht herausgeredet hätte. Eine solche Frechheit aber habe sich bisher noch keiner erlaubt.

Gleichzeitig forderte der Vorsitzende den Zeugen auf, nunmehr die Wahrheit zu sagen; er drohte ihm mit dem Zuruf: "Sonst kommen Sie hier nicht mehr heraus!" Gleichzeitig erklärte der Vorsitzende: "Herr Staatsanwalt, ich stelle anheim, gegen den Zeugen Haftbefehl zu erlassen, falls dieser nicht bereit ist, wahrheitsgemäß auszusagen!"

Es wird angeregt, im Wege des Freibeweises über diesen Vorgang in der Sitzung vom 18. 2. 1972 dienstliche Äußerungen

- a) des Herrn Vorsitzenden
- b) des Herrn Ersten Staatsanwalts Hölzner und des Herrn Staatsanwalts Stief
- c) der Verteidiger Rechtsanwalt von Heynitz und Rechtsanwalt Meurin

einzuholen.

Das sich danach anschließende Zeugenverhalten des Zeugen Eisenkolb wurde nachhaltigst von der wiedergegebenen Einschüchterung seitens des Herrn Vorsitzenden beeinflusst.

Auch auf diese Tatsache bitte ich die Einholung der oben angeregten dienstlichen Äußerungen zu erstrecken.

Gem. § 136 a in Verbindung mit § 69 Abs. III StPO ist die Drohung gegenüber Zeugen mit einer unzulässigen Maßnahme verboten. Wird hiergegen verstoßen, darf die so gewonnene Aussage nicht verwertet werden. Zulässig sind lediglich Warnungen, Vorhalte unter Erörterung von möglichen Folgen, die sich aus dem bisherigen Prozeßverhalten des zu Vernehmenden ergeben und sich ungünstig gegen ihn auswirken könnten. Dasselbe gilt, wenn bei einer Vernehmung ein Zeuge auf seine Wahrheitspflicht hingewiesen und ihm in Aussicht gestellt wird, daß er bei einer falschen Aussage mit der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens - etwa wegen Begünstigung - rechnen müsse.

Anders aber im Falle Eisenkolb: Hier hatte der Vorsitzende, ohne

daß die Vernehmung des Zeugen beendet war, offensichtlich die - vorgefaßte - Meinung, der Zeuge sage bewußt wahrheitswidrig aus. Der Vorsitzende hätte mithin alle Veranlassung gehabt, den Zeugen auf seine Wahrheitspflicht mit entsprechenden, ggf. auch energischen Worten hinzuweisen.

Unzulässig ist es jedoch nach Auffassung der Revision, den Zeugen zu einer "wahrheitsgemäßen" Aussage dadurch zu gewinnen, daß ihm der Vorsitzende mit Verhaftung durch den Staatsanwalt im Sitzungssaal droht, daß er ihm ferner entgegenhält, er, der Zeuge, "würde hier nicht mehr herauskommen". Eine Beweisperson tritt prozessual durch ihre Aussage in Funktion. Wird sie dabei durch eine verbotene Maßnahme beeinträchtigt, steht hinter der Aussage nicht mehr die volle Persönlichkeit; die Aussage als solche wird gewissermaßen "entpersönlicht" (so Kleinknecht, a. a. O., § 136 a, Anm. 2 StPO). Das fernere Aussageverhalten des Zeugen wurde durch diese unzulässige Maßnahme des Vorsitzenden - unzulässig um deswillen, weil seine freie Willensentscheidung im Rahmen seiner Aussage- und Wahrheitspflicht nachhaltigst beeinflusst worden war - bestimmt.

Gleichwohl hat das Schwurgericht diese Aussage zum Nachteile des Angeklagten im angefochtenen Urteil verwertet (vgl. insbesondere Bl. 70 ff des Urteils).

Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß das angefochtene Urteil auch auf diesem Verfahrensverstoß beruht (§ 337 Abs. 1 StPO).

B.

Gerügt wird ferner die Verletzung materiellen Rechtes; Ergänzungen bleiben ausdrücklich vorbehalten.

Beslaubigt:
M. H. H. H.
Zeugenschein

gez. Möller

(Möller)

Rechtsanwalt.

131

Beglaubigte Abschrift

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
1 Ks 1/71 (RSHA)

Berlin 21, den 25. August 1972
Turmstr.91

Fernruf: 35 01 11 App. 1309

~~Eingegangen~~

28. AUG. 1972

~~Geschäftliche Abtlg.~~

G e g e n e r k l ä

Urteils-
band
Bl.102-133

auf die Revisionsbegründung des Verteidigers, Rechts-
anwalt M ö l l e r , vom 29. Juli 1972 in der
Strafsache gegen Friedrich B o s h a m m e r wegen
Mordes:

Urteils-
band
Bl.103-107

I. Zur Rüge der Verletzung der Vorschriften über
die Öffentlichkeit des Verfahrens, §§ 338 Nr.
6 StPO, 169 GVG, durch die Unmöglichkeit, der
Hauptverhandlung im Zuhörerraum akustisch voll-
ständig folgen zu können, enthält das Protokoll
nichts.

Urteils-
band
Bl.107-114

II. Zur Rüge der Verletzung des § 338 Nr. 5 StPO
in Verbindung mit § 136 a StPO dadurch, daß der
Angeklagte während umfangreicher Teilabschnitte
der Hauptverhandlung verhandlungsunfähig gewe-
sen sei:

Die Niederschrift über den ersten Verhandlungs-
tag am 16. November 1971 enthält folgende Ver-
merke:

Protokoll-
band
Bl.1R

"Als medizinischer Sachverständiger für
den heutigen Tag war der Leitende Medi-
zinaldirektor Dr. med. Meitzner erschie-
nen."

"Im allseitigen Einverständnis wurde der
medizinische Sachverständige um 9.40 Uhr
entlassen."

Protokoll-
band
Bl.3

"Dem Angeklagten wurde zur Klärung von Widersprüchen auszugsweise vorgehalten sein Lebenslauf (Fotokopie). (LO 1, Hh. C)."

Die Niederschrift über den zweiten Verhandlungstag am 19. November 1971 enthält folgenden Vermerk:

Protokoll-
band
Bl.11

"Dem Angeklagten wurde zur Stützung seines Gedächtnisses vorgehalten, seine Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter III bei dem Landgericht Berlin vom 23. Januar 1970 (LO 1a, Hh. f., Bl.21)."

Die Niederschrift über den sechsten Sitzungstag am 3. Dezember 1971 enthält folgende Vermerke:

Bl.34R
Protokoll-
band

"Um 11.30 Uhr erklärte der Angeklagte auf Befragen, er könne den Sachverständigen schlecht verstehen. Im übrigen habe er eine Zahnextraktion vornehmen lassen und habe aus diesem Grunde die letzten beiden Nächte nicht geschlafen.

Um 11.30 trat daraufhin eine Pause ein bis 13.45 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 13.45 Uhr wurde diese fortgesetzt.

Der Angeklagte erklärte, er könne nunmehr wieder der Verhandlung folgen. Er meine, vor der Pause vorübergehend eingeschlafen zu sein. Er erklärte: "Ich war bis Seite 9 des Gutachtens Punkt 7 zuende, präsent."

Bl.35
Protokoll-
band

"Der Sachverständige Dr. Scheffler setzte die Gutachtenerstattung fort, und zwar ab Seite 9, Punkt 7."

Die Niederschrift über den zehnten Verhandlungstag am 17. Dezember 1971 enthält folgende Vermerke:

Bl. 53-53R
Protokoll-
band

"Der Angeklagte erklärte, daß er schon jetzt in den Pausen starke Erschöpfungszustände bemerke und daß er nachts öfter aufwache und Schmerzmittel einnehme, nur, um am nächsten Tag verhandlungsfähig zu bleiben."

Bl. 55-55R
Protokoll-
band

"Der Angeklagte erklärte in Gegenüberstellung ergänzend:

"Mein damals jüngstes Kind wurde im September 1941 geboren und heißt Heidrun, während das Kind Ute-Friederike erst am 12.1.1944 geboren wurde, auf diese Feststellung lege ich Wert!"

Bl. 56R-57
Protokoll-
band

"Der Angeklagte erklärte in Gegenüberstellung erwidern:

"Ich selbst war bei der Vernehmung der Zeugin Giersch vor der Staatsanwaltschaft vom 7.3.68 nicht zugegen; aber ich erhielt ein Protokoll darüber von meinem Verteidiger ausgehändigt."

Die Niederschrift über den sechsundzwanzigsten Verhandlungstag am 15. Februar 1972 enthält folgende Vermerke:

Bl. 142
Protokoll-
band

"Bei Aufruf der Sache erschien der Angeklagte nicht."

Bl. 142R-143R
Protokoll-
band

"Auf telefonischen Anruf wurde dem Vorsitzenden von dem behandelnden Arzt des Angeklagten Dr. Braun erklärt, daß der Angeklagte sich weigere, zur Hauptverhandlung zu erscheinen. Er habe schlecht geschlafen und sei emotional zu aufgeregt."

Um 9.45 Uhr trat eine Pause ein bis 11.00 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 11.00 Uhr wurde diese fortgesetzt.

Es wurde festgestellt, daß der Angeklagte auch zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgeführt werden konnte.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Angeklagte von Professor Dr. Phillip auf seine Verhandlungsfähigkeit untersucht werden wird.

Bl. 143
Protokoll-
band

Um 11.05 Uhr trat eine Pause ein
bis 13.00 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Haupt-
verhandlung um 13.00 Uhr wurde diese
fortgesetzt.

Erschienen war nunmehr als medizinischer
Sachverständiger Professor Dr. Phillip.

Zur Person Sachverständiger
Ich heiße Professor Dr. Erhard Phillip,
bin 49 Jahre alt, Nervenarzt in Berlin,
mit dem Angeklagten nicht verwandt und
nicht verschwägert.

Der Sachverständige erstattete das Gutach-
ten. Er erklärte:

"Ich habe Herrn Boßhammer eben nochmals
untersucht. Ich halte ihn augenblick-
lich für nicht verhandlungsfähig. Er
ist vorgealtert. Die Jahre der Unter-
suchungshaft sind nicht spurlos an ihm
vorübergegangen. Mit depressiven Schwan-
kungen ist immer zu rechnen. Bei bestimm-
ten Belastungen kommt es zu mehr oder
weniger tiefen Punkten.

Vom ärztlichen Standpunkt ist die Ein-
legung einer Verhandlungspause anzura-
ten."

Bl. 143R
Protokoll-
band

Bl. 144
Protokoll-
band

" B. u. v.

1. Die Hauptverhandlung wird unterbrochen.
2. Fortsetzung

am 18. Februar 1972, 9.00 Uhr, Saal 700
zu der die Prozeßbeteiligten bereits ge-
laden sind."

Die Niederschrift über den achtundzwanzigsten
Verhandlungstag am 22. Februar 1972 enthält fol-
gende Vermerke:

Bl. 158-158R
Protokoll-
band

"Die Vernehmung der Zeugin wurde unterbro-
chen.

Der Angeklagte erklärte, daß er sich nicht
wohlfühle.

Um 10.30 Uhr wurde die Hauptverhandlung
bis 11.20 Uhr unterbrochen.

Bl. 158-158R
Protokoll-
band

Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 11.20 Uhr wurde diese fortgesetzt.

Erschienen war nunmehr Stationsarzt Dr. Braun.

Sachverständiger

Zur Person

Ich heiße Dr. Uwe Braun, bin 33 Jahre alt, Stationsarzt im Krankenhaus der Berliner Vollzugsanstalten, mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht verschwägert.

Der Sachverständige erklärte:

"Ich habe Herrn Boßhammer vor zehn Minuten untersucht. Er hat einen vorübergehenden Schwächeanfall erlitten. Er ist jetzt wieder verhandlungsfähig."

Bl. 159
Protokoll-
band

"Auf Befragen erklärte der Angeklagte:

"Bis zur Unterbrechung der Verhandlung konnte ich der Verhandlung folgen".

Die Vernehmung der Zeugin Tedeschi wurde fortgesetzt."

Urteils-
band
Bl. 114-117

III. Zur Rüge der Verletzung des § 240 Abs. 2 StPO in Verbindung mit Art. 6 III Zif. d. MRK durch Nichtzulassung von Rechtsanwalt Möller als Verteidiger - in Untervollmacht des Pflichtverteidigers Rechtsanwalt von Heynitz - am sechzehnten Verhandlungstag, dem 11. Januar 1972, enthält das Protokoll keine Eintragung.

Protokoll-
band
Bl. 80-85R

Urteils-
band
Bl. 117-120

IV. Zur Rüge der Verletzung der §§ 252, 337 Abs. 1 StPO durch Verwertung der in der Hauptverhandlung verlesenen richterlichen Aussage der Zeugin Spieß trotz deren schriftlichem Hinweis, von ihrem Aussageverweigerungsrecht gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 2 StPO Gebrauch zu machen:

Die Niederschrift über den sechsten Verhandlungstag am 3. Dezember 1971 enthält folgenden Vermerk:

Bl. 33
Protokoll-
band

"Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Zeugin Spieß mitgeteilt hat, daß sie von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch mache und nicht erscheinen werde."

Die Niederschrift über den neunten Verhandlungstag am 14. Dezember 1971 enthält folgende Vermerke:

Bl.46R
Protokoll-
band

"Es wurden verlesen das Schreiben der Zeugin Anita Spieß und das Schreiben der Bruna Norsa Nomias vom 27. November 1971."

"Der Verteidiger erklärte, daß eine Erklärung, ob auf die Zeugin Spieß verzichtet wird, noch zurückgestellt wird."

Die Niederschrift über den zehnten Verhandlungstag am 17. Dezember 1971 enthält folgenden Vermerk:

Bl.52
Protokoll-
band

"Der Verteidiger erklärte, daß er die Zeugin Spieß noch nicht ermittelt habe."

Die Niederschrift über den achtzehnten Verhandlungstag am 18. Januar 1972 enthält folgende Vermerke:

Bl.92R
Protokoll-
band

"Das Schreiben der Zeugin Spieß vom 14. Januar 1972 wurde verlesen."

"Die Verteidiger, der Angeklagte und die Staatsanwaltschaft erklärten sich mit der Verlesung des richterlichen Protokolls der Zeugin Spieß einverstanden."

Die Niederschrift über den neunzehnten Verhandlungstag am 21. Januar 1972 enthält folgenden Vermerk:

Bl.97R
Protokoll-
band

"Das amtsärztliche Attest betreffend die Zeugin Spieß des Gesundheitsamts Bremen-Nord vom 14. Januar 1972 wurde verlesen und als Anlage zum Protokoll genommen."

Die Anlage zu der Niederschrift über den neunzehnten Verhandlungstag, den 21. Januar 1972, hat folgenden Wortlaut:

Bl. 102-104
Protokoll-
band

"Gesundheitsamt Bremen-Nord
Dr. Klaus Rasenack
Medizinaldirektor
282 Bremen-Lesum
Auf dem Pasch 11 - Tel. 63 24 22

Bremen-Vegesack, den 14. Januar 1972
Dr. Ra./Ne.

An das
Landgericht Berlin
- Schwurgericht -

1 Berlin 21
Turmstraße Nr. 91

Betr.: Frau Anita Spieß, geb. Finke, geb.
am 31.8.1911, wohnhaft Bremen, Schöne-
beck, Schönebecker Kirchweg 69

Gemäß Schreiben des Landgerichtes Berlin
- Schwurgericht - Aktenzeichen: 500 26/71 -
hat der Unterzeichner zur Vernehmungsfähig-
keit der Obengenannten zu einem Termin in
Berlin am 28.1.1972 Stellung zu nehmen.

Vorgeschichte:

Frau Spieß hat fünf eigene Kinder und ein Stiefkind aufgezogen. Seit der Kindheit ist Frau Sp. kurzsichtig; seit zirka fünfzehn Jahren ist "grauer Star" bekannt, dabei besteht eine Sehinderung, besonders links. 1969 wurde die Gebärmutter bei Myom entfernt

Zirka seit 1960 ist ein mehr oder weniger ausgeprägter Bluthochdruck (über 200 mm Hg.) bekannt, besonders bei Aufregung und bei etwas schneller Arbeit: Herzschmerzen bzw. Druckgefühl. Sie hat viel Schwindelgefühl, besonders bei Lagewechsel, auch wetterabhängig. Frau Sp. ist bei körperlicher Belastung schweratmig. Sie hat immer mehr oder weniger Druckgefühl in den Schläfen.

Frau Sp. neigt seit Jahren zu Husten bzw. Husteln bei chronischer Bronchitis.

Befund:

60-jährige Frau in ausreichendem Kräfte- und Ernährungszustand.

Größe: 1,61 m, Gewicht: 62 kg.

Haut und sichtbare Schleimhäute ausreichend durchblutet.

Kopf:

Weitsehen mit Glas: rechts 0,15,
links Fingerzählen auf
2 m.

Hören: Umgangssprache normal.

Gebiß: Saniert, kaufähig.

Zunge: Feucht, nicht belegt.

Rachenring reizlos.

Keine Schilddrüsenvergrößerung.

Thorax:

Seitengleiche Atmung, voller Klopfeschall,
reines Bläschenatmen.

Röntgen-Aufnahme:

Rippen querstehend. Lungenfelder etwas transparenter. Hilusgebiet beiderseits breit mit verstärkter Streifenzeichnung in die Unterfelder hinein. Der Befund spricht für eine Emphysebronchitis. Kein Anhalt für aktiven spezifischen Lungenprozeß.

Herz:

Herz breit aufliegend, wohl keine Fehlerform. Aortenknopf betont im Sinne einer Aortensklerose. (Rö.)

Herztöne rein, Aktion aufgeregt, AT = PT.

RR 180/110 mm Hg. (Trotz Medikation morgens 2 Tabl. Presinol und Taluvian),

Puls in Ruhe 116 Schläge pro Minute.

Das Elektrokardiogramm bei Frau Dr. Roester hatte gezeigt: (21.2.1970)

Beurteilung:

Sinustachycardie. Linkstypischer Kurvenverlauf mit Zeichen von Minderdurchblutung vorhanden.

Leib:

Weich, kein Tastbefund, insbesondere auch keine Leberschwellung tastbar.

Gliedmaßen: Gelenke frei beweglich.

Zentralnervensystem:

Reflexe überlebhaft, sonst grob-neurologisch kein pathologischer Befund nachweisbar.

Vegetativum:

Hände feucht-kühl. Ausgeprägter Finger-Lid-tremor.

Psychisch:

Anlagemäßig bedingt allgemein nervös

Laborbefunde:

Urin frei von Eiweiß und Zucker,
Ubg. normal.

Zusammenfassung und Beurteilung:

Bei der 60 Jahre alten Frau Spieß, die allgemein nervös und psychisch labil ist, besteht ein ausgeprägter Bluthochdruck mit Ausgleichsbeschwerden (heute trotz Medikation RR 180/110 mm Hg.).

Es bestehen pectanginöse Beschwerden bei einer coronaren Mangel durchblutung der Herzens. Es besteht eine erhebliche Sehminde- rung bei grauem Star.

Durch die Aufregungen eines Gerichtstermins als Zeugin in einem Schwurgerichtsverfahren gegen ihren geschiedenen Ehemann ist ärztlicherseits mit der Gefahr einer ernsten gesundheitlichen Schädigung, zumindest aber mit einer erheblichen Verschlimmerung des Gesundheitszustandes der Frau Spieß bei den obengenannten Leiden zu rechnen.

Von einer Fahrt der Frau Spieß nach Berlin ist ärztlicherseits dringend abzuraten. Wegen der psychischen Alteration und wegen der Kreislaufausgleichsbeschwerden könnte die Fahrt nach Berlin nur mit einer Begleitperson durchgeführt werden.

Vom ärztlichen Standpunkt aus ist die Teilnahme der Frau Spieß an einem Gerichtstermin abzulehnen.

Dr. Rasenack
Medizinaldirektor"

Die Niederschrift über den einundzwanzigsten Verhandlungstag, den 28. Januar 1972, enthält folgende Vermerke:

Bl. 115-115R
Protokoll-
band

"Die zu heute geladene Zeugin Spieß ist nicht erschienen. Die Zeugin Spieß ist wegen Krankheit entschuldigt.

Im Einverständnis der Staatsanwaltschaft, des Angeklagten und seiner Verteidiger

b. u. v.

Das richterliche Protokoll über die Vernehmung der Zeugin Spieß vom 1. April 1971 (Bd. C XVIII, Bl.39 ff.) soll verlesen werden.

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Es wurde festgestellt daß die Zeugin unvereidigt geblieben ist gemäß § 61 Nr. 2 StPO als geschiedene Ehefrau des Angeklagten.

B. u. v.

Die Aussage der Zeugin Spieß soll als nicht eidliche Aussage behandelt werden gemäß § 61 Nr. 2 StPO (geschiedene Ehefrau des Angeklagten)."

Urteils-
band
Bl.120-121

- V. Zur Rüge der Verletzung des § 251 Abs. 4 Satz 2 StPO in den beiden Fällen der Verlesung der Aussage der Zeugen Leonardo de Benedetti und Primo Levi:

Die Niederschrift über den dreiundzwanzigsten Verhandlungstag, den 4. Februar 1972, enthält folgende Vermerke:

Bl.127-128
Protokoll-
band

"Im allseitigen Einverständnis

b. u. v.

Die beglaubigte Übersetzung der Vernehmung des Zeugen Leonardo de Benedetti vom 30. April 1971 (LO 48 (2)) soll verlesen werden.

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Es wurde festgestellt, daß der Zeuge unvereidigt geblieben ist.

B. u. v.

Die Aussage soll als nicht eidliche Aussage gemäß § 61 Nr. 2 StPO (Verletzter) behandelt werden.

Im allseitigen Einverständnis

b. u. v.

Die beglaubigte Übersetzung der Vernehmung des Zeugen Primo Levi vom 3. Mai 1971 (LO 49) soll verlesen werden.

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Es wurde festgestellt, daß der Zeuge unvereidigt geblieben ist.

B. u. V.

Die Aussage soll als nicht eidliche Aussage gemäß § 61 Nr. 2 StPO (Verletzter) behandelt werden."

Urteils-
band
Bl.121-123

VI. Zur Rüge der Verletzung des § 251 Abs. 4 Satz 3 StPO in den Fällen der Verlesung der richterlichen Aussagen der Zeugen Alberto Calo, Frieda Misul, Albina Capazzi - nicht Capatzki - , Olga Bergmann, Josef Didinger - nicht Tidinger - und Luise Hering - nicht Häring - :

Die Niederschrift über den dreiunddreißigsten Verhandlungstag, den 14. März 1972, enthält folgende Vermerke:

Bl.185R-186
Protokoll-
band

"Im allseitigen Einverständnis

b. u. v.

Die Aussagen der Zeugen Calo, Misul, Rugiadi, Saralvo, Pavia, Capazzi, Bergmann, Didinger und Hering sollen gemäß § 251 Abs. 1 Nr. 4 StPO verlesen werden.

Der Beschluß wurde wie folgt ausgeführt:

richterliche Vernehmung des Zeugen Alberto Calo, LO 48a.

Die Aussage wird als uneidliche Aussage gewertet, da der Zeuge gemäß § 61 Ziff. 2 StPO Verletzter ist.

Richterliche Aussage der Zeugin Frieda Misul, verh. Rugiadi, LO 50,

die Aussage wird als uneidliche Aussage gewertet, da die Zeugin gemäß § 61 Ziff. 2 StPO Verletzte ist."

Bl. 187-187R
Protokoll-
band

"richterliche Vernehmung der Zeugin
Albina Capazzi, LO 48 a,
die Aussage wird als uneidlich gewertet,
da die Zeugin gemäß § 61 Ziffer 2 StPO
Verletzte ist.

Richterliche Vernehmung der Zeugin Olga
Bergmann, L 48 (2)

die Aussage wird als uneidliche Aussage
gewertet, da die Zeugin gemäß § 61 Zif-
fer 2 StPO Verletzte ist.

Richterliche Vernehmung des Zeugen Josef
Didinger vom 19. November 1970, LO 28,
die Aussage wird als uneidliche Aussage
gewertet, da der Zeuge gemäß § 60 Ziffer
2 StPO der Tatbeteiligung verdächtig ist.

Richterliche Vernehmung der Zeugin Luise
Häring vom 22. Oktober 1970, LO 18,
die Aussage wird als uneidliche Aussage
gewertet, da die Zeugin gemäß § 60 Zif-
fer 2 StPO der Tatbeteiligung verdächtig
ist."

Urteils-
band
Bl. 123-125

VII. Zur Rüge der Verletzung des § 60 Nr. 2 StPO im
Falle der Verlesung der richterlichen Aussage
der österreichischen Zeugin Erika Scholz:

Die Niederschrift über den fünften Verhandlungs-
tag, den 30. November 1971, enthält folgende
Vermerke:

Bl. 30
Protokoll-
band

"Im allseitigen Einverständnis

b. u. v.

Das richterliche Vernehmungsprotokoll der
Zeugin Erika Scholz vom 13. Mai 1970 soll
gemäß § 251 Abs. 1 Nr. 4 StPO verlesen
werden (LO 17).

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Es wurde festgestellt, daß die
Zeugin beeidigt worden ist."

Bl. 30R
Protokoll-
band

"Nach Beratung

b. u. v.

Die Aussage der Zeugin Scholz wird als unbeeidigte Aussage behandelt gemäß § 60 Nr. 2 StPO, weil die Zeugin der Beteiligung an der Tat, die den Gegenstand der Untersuchung bildet, verdächtig ist."

Die Niederschrift über den neunzehnten Verhandlungstag, den 21. Januar 1972, enthält folgenden Vermerk:

Bl. 97R
Protokoll-
band

"Der Angeklagte, die Verteidiger und die Staatsanwaltschaft verzichten auf eine Vernehmung der in Österreich ansässigen Zeugen."

Urteils-
band
Bl. 125-126

VIII. Zur Rüge der Verletzung des § 59 StPO durch die gemäß § 60 Nr. 2 StPO unterbliebene Vernehmung des Zeugen Lahr:

Die Niederschrift über den dreiundzwanzigsten Verhandlungstag, den 4. Februar 1972, enthält folgende Vermerke:

Bl. 124-125R
Protokoll-
band

"Erschienen war der Zeuge Lahr.

Er wurde belehrt wie die Vorzeugen und ferner gemäß § 55 StPO.

36. Zeuge

Zur Person

Ich heiße Kurt Lahr,
bin 59 Jahre alt, Kriminalrat i.R.,
wohnhaft in Emmelshausen,
mit dem Angeklagten nicht verwandt und
nicht verschwägert.
Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Er erklärte:

"1938 ging ich zur Polizei. Ich war zunächst in Koblenz in der Abteilung III - Spionage und Abwehr - tätig. Nachdem ich zwischenzeitlich in Frankreich war, kam ich im Mai 1941 zum BdS nach Holland.

Chef war dort Dr. Horster. Vom 1. Februar 1943 bis Dezember 1943 war ich in Berlin. Im Januar 1944 kam ich nach Italien. In Verona erhielt ich die Abteilungen Abwehr und Gegenspionage. Mein unmittelbarer Vorgesetzter war Dr. Kranebitter.

In Italien war die Judenfrage überhaupt kein Problem. Die Italiener waren nicht judenfeindlich.

BoShammer lernte ich im Kasino kennen.

Wir freundeten uns an. Ich war aufgrund meiner Tätigkeit viel unterwegs. In meiner Freizeit war ich jedoch häufig mit BoShammer zusammen. Er war auf der Dienststelle in Verona nicht sehr beliebt. Ich meine, daß der Grund dafür der war, daß er den alten Haudegen gegenüber immer den Akademiker herauskehrte. Außer mit mir hatte BoShammer noch mit Dr. Huegel Kontakt. BoShammer brauchte sich an keine Dienstzeiten zu halten. Er kam, wann er wollte.

Das Lager Fossoli ist mir nicht bekannt. Mit Judenangelegenheiten hatte ich nichts zu tun. BoShammer hat mir ebenfalls nichts über Judenangelegenheiten erzählt. BoShammer war im übrigen nicht der Typ eines strammen SS-Führers. BoShammer war allen Dingen gegenüber aufgeschlossen.

Über die Stellung BoShammers auf der Dienststelle kann ich nichts sagen. Ich kann auch nicht sagen, ob er Weisungen direkt aus Berlin erhielt."

B. u. V.

Der Zeuge bleibt gemäß § 60 Nr. 2 StPO wegen des Verdachts der Tatbeteiligung unvereidigt

Urteils-
band
Bl. 126-130

IX. Zur Rüge der Verletzung des § 250 StPO durch die Gutachtenerstattung des Sachverständigen Dr. Scheffler über "Die Endlösung der Judenfrage in Italien":

Die Niederschrift über den sechsten Verhandlungstag, den 3. Dezember 1971, enthält folgende Vermerke:

B1.32
Protokoll-
band

"als Sachverständiger war erschienen:

1. Dr. Scheffler,
2. Dr. Ravenna; "

B1.32R
Protokoll-
band

"Rechtsanwalt von Heynitz erklärte:

"Die Sachverständige Dr. Ravenna wird wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt."

Die Staatsanwaltschaft
beantragte, den Antrag abzulehnen.

Dem Angeklagten und seinen Verteidigern wurde Übersetzung des Gutachtens der Sachverständigen Dr. Ravenna ausgehändigt.

Die Sachverständige erklärte auf Befragen:

"Ich arbeite als Angestellte seit 1960 am Jüdischen Dokumentationszentrum. Ich halte mich nicht für befangen."

B1.33
Protokoll-
band

"Rechtsanwalt von Heynitz
überreichte nunmehr das aus der Anlage zum Protokoll ersichtliche Ablehnungsgesuch gegen die Sachverständige Dr. Ravenna, das er zu^{ver}lesen hatte."

Die Anlage zu der Niederschrift über den sechsten Verhandlungstag, den 3. Dezember 1971, hat folgenden Wortlaut:

B1.36-36R
Protokoll-
band

"In der Strafsache Boßhammer 3.12.71

wird Frau Dr. Ravenna als Sachverständige wegen der Besorgnis der Befangenheit abgelehnt.

Fr. Dr. Ravenna ist dem Vernehmen nach jüdischen Glaubens. Die Verteidigung muss von der historischen Tatsache ausgehen, dass die Juden in Deutschland und den abhängigen Gebieten staatlich verfolgt worden sind und der Staat sich dazu der Kräfte der Sicherheitspolizei bedient hat; allein aus dieser Tatsache ergibt sich, dass ein Sachverständiger jüdischen Glaubens in der Beurteilung dieser Vorgänge in einer Weise voreingenommen sein muss, die für den Angeklagten vernünftige Zweifel an ihrer Objektivität erzeugen muß.

Weiter ist sie entgeltlich für die Staatsanwaltschaft in diesem Verfahren in der Ermittlung tätig gewesen.

Als sachverständige Zeugin dürfte Fr. Dr. Ravenna schon deshalb nicht in Frage kommen, weil sie kein Zeuge aus der Tatzeit sein kann.

Dr. v. Heynitz "

Bl. 33R-34
Protokoll-
band

"Nach Beratung

b. u. v.

Die Ablehnung der Sachverständigen Frau Dr. Ravenna wegen Besorgnis der Befangenheit ist begründet, weil sie als Ermittlungshelfin der Staatsanwaltschaft tätig geworden ist und außerdem nahe Familienangehörige durch die NS-Verfolgung verloren hat (§§ 74, 24 Abs. 2 StPO).

Die Auffassung der Verteidigung, die Besorgnis der Befangenheit ergebe sich schon aus der jüdischen Glaubenszugehörigkeit der Sachverständigen, ist nicht begründet.

Frau Dr. Ravenna soll als sachverständige Zeugin vernommen werden.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß die sachverständige Zeugin Dr. Ravenna sich bis 13.45 Uhr aus dem Sitzungssaal entfernen kann.

Um 11.00 Uhr entfernten sich die sachverständige Zeugin Dr. Ravenna und der Dolmetscher.

Der Vorsitzende wies den Sachverständigen Dr. Scheffler auf die Pflichten und die Bedeutung des Sachverständigen-
eides gemäß §§ 72, 57 StPO hin.

Sachverständiger

Zur Person

Ich heiße Dr. Wolfgang Scheffler,
bin 42 Jahre alt, Historiker,
mit dem Angeklagten nicht verwandt und
nicht verschwägert.

Der Sachverständige begann mit der Gutachter-
erstattung.

Er erstattete ein Gutachten über die Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland, den Antisemitismus der Nationalsozialisten, die Judenverfolgung von 1933 bis 1945 und den Aufbau des RSHA."

B1.34R-35
Protokoll-
band

"Um 11.30 Uhr erklärte der Angeklagte auf Befragen, er könne den Sachverständigen schlecht verstehen. Im übrigen habe er eine Zahnextraktion vornehmen lassen und habe aus diesem Grunde die letzten beiden Nächte nicht geschlafen.

Um 11.30 trat daraufhin eine Pause ein bis 13.45 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 13.45 Uhr wurde diese fortgesetzt.

Der Angeklagte erklärte, er könne nunmehr wieder der Verhandlung folgen. Er meine, vor der Pause vorübergehend eingeschlafen zu sein. Er erklärte: "Ich war bis Seite 9 des Gutachtens Punkt 7 zuende, präsent".

Erschienen war erneut die sachverständige Zeugin Dr. Ravenna sowie der Dolmetscher.

Die sachverständige Zeugin Dr. Ravenna und der Dolmetscher wurden mündlich geladen auf den 7. Dezember 1971, 9.00 Uhr.

Im allseitigen Einverständnis wurden die sachverständige Zeugin Dr. Ravenna sowie der Dolmetscher um 13.50 Uhr für heute entlassen.

Der Sachverständige Dr. Scheffler setzte die Gutachtenerstattung fort, und zwar ab Seite 9, Punkt 7."

B1.35-35R
Protokoll-
band

"Um 14.35 Uhr trat eine Pause ein bis 14.45 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 14.45 Uhr wurde diese fortgesetzt.

Der Sachverständige Dr. Scheffler setzte die Gutachtenerstattung fort.

Die Gutachtenerstattung durch den Sachverständigen Dr. Scheffler wurde unterbrochen."

Die Niederschrift über den siebenten Verhandlungstag, den 7. Dezember 1971, enthält folgende Vermerke:

Bl.37
Protokoll-
band

"Als Sachverständiger war Dr. Scheffler erschienen."

Bl.37R
Protokoll-
band

"Nach Anhörung der Staatsanwaltschaft, des Angeklagten und des Verteidigers

B. u. v.

Auf die Vernehmung der zu heute geladenen sachverständigen Zeugin Dr. Ravenna wird unter Abänderung des Beschlusses vom 3. Dezember 1971 insoweit im allseitigen Einverständnis verzichtet.

Der Sachverständige Dr. Scheffler wurde weiterhin für den 8. Februar 1972, 9.30 Uhr, Saal 700, mündlich geladen.

Um 9.25 Uhr trat eine Pause ein bis 10.10 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 10.10 Uhr wurde diese fortgesetzt."

"Der Sachverständige setzte nunmehr die Gutachtenerstattung fort."

Bl.38
Protokoll-
band

"Der Sachverständige wurde vereidigt.

Im allseitigen Einverständnis wurde der Sachverständige um 11.05 Uhr entlassen."

Die Niederschrift über den vierundzwanzigsten Verhandlungstag, den 8. Februar 1972, enthält folgende Vermerke:

Bl.130
Protokoll-
band

"Als Sachverständiger erschien Dr. Scheffler."

Bl.130R-133
Protokoll-
band

"Sachverständiger
Zur Person
Ich heiße Dr. Wolfgang Scheffler,
bin 42 Jahre alt, Historiker, wohnhaft
in Berlin,
mit dem Angeklagten nicht verwandt und
nicht verschwägert.

Der Sachverständige erstattete das Gutachten zur "Endlösung der Judenfrage in Italien".

Die Gutachtenerstattung durch den Sachverständigen wurde unterbrochen.

B. u. v.

Gemäß § 249 StPO sollen verlesen werden:

1. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 2. Dezember 1943 (LO 70 b, Hh f, Bl.45);
2. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 10. Dezember 1943 (LO 70 b, Hh. a, Bl.9);
3. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 20. Dezember 1943 (LO 70 b, Hh. f , Bl. 49);
4. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 20. Dezember 1943 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 7);
5. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Telegramms vom 27. Dezember 1943 (LO 70 c, Hh. b, Bl. 2);
6. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Telegramms (LO 70 c, Hh. b, Bl. 4);
7. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Telegramms vom 23. Januar 1944 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 15);
8. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Fernschreibens vom 26. Januar 1944 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 12);
9. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Telegramms vom 31. Januar 1944 (LO 70 c, Hh. b, Bl. 21);
10. Fotokopien der beglaubigten Übersetzungen
 - a) des Telegramms vom 23. Januar 1944,
 - b) des Vermerks vom 14. Februar 1944,
 - c) des Telegramms vom 15. Februar 1944,
 - d) des Schreibens vom 24. Februar 1944,
 - e) des Schreibens vom 3. März 1944.

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Der Sachverständige setzte die Gutachtenerstattung fort.

Um 11.15 Uhr wurde die Gutachtenerstattung unterbrochen.

Es trat eine Pause ein bis 13.00 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 13.00 Uhr wurde diese fortgesetzt.

B. u. v.

Gemäß § 249 StPO sollen verlesen werden:

1. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 27. Februar 1944 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 18);
2. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 3. März 1944 (LO 70 b, Hh. f, Bl. 64);
3. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 7. März 1944 (LO 70 a, Hh. a);
4. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 28. Februar 1944 (LO 70 c, Hh. c);
5. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 5. Juni 1944 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 189);
6. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 12. Juni 1944 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 191);
7. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 19. Juni 1944 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 85);
8. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 4. Juli 1944 (LO 70 b, Hh. g, Bl. 88);
9. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 2. März 1944 (LO 70 h, Hh. b, Bl. 17);
10. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 27. Januar 1944 (LO 70 c, Hh. b, Bl. 14);
11. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 10. März 1944 (LO 70 b, Hh. f, Bl. 116);
12. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Vermerks (LO 70 b, Hh. b, Bl. 125);
13. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens vom 10. April 1944 (LO 70 b, Hh. b, Bl. 123);

14. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Vermerks auf dem Schreiben vom 10. April 1944 (LO 70 b, Hh. b, Bl. 125);
15. Fotokopie der beglaubigten Übersetzung des Schreibens (LO 70 b, Hh. f, Bl. 11);
16. Fotokopien der beglaubigten Übersetzungen (LO 70 b, Hh. f, Bl. 76 und 78);

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Der Sachverständige setzte die Gutachten-erstattung fort.

Der Sachverständige versicherte die Richtigkeit seines Gutachtens unter Bezugnahme auf den bereits am 7. Dezember 1971 (Bl. 61 Protokollband) geleisteten Eid. "

Urteils-
band
Bl. 130-131

X. Zur Rüge der Verletzung des § 256 Abs. 1 StPO:

Die Niederschrift über den ersten Verhandlungstag, den 16. November 1971, enthält folgenden Vermerk:

Bl. 2
Protokoll-
band
Bl. 2R
Protokoll-
band

"Gemäß § 249 StPO wurden verlesen:"

- 1) bis 4) pp.
- "5) Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 27. Juli 1942 (LO 1, Hh. b);
- 6) Fotokopie des Beförderungsvorschlags vom 29. Juni 1943 (LO 1, Hh. a);
- 7) Fotokopie des Ordensverleihungsvorschlags vom 31. Juli 1944 (LO 1, Hh. a)."

Urteils-
band
Bl. 131-133

XI. Zur Rüge der Verletzung des § 136a StPO in Verbindung mit § 69 Abs. 3 StPO:

Die Niederschrift über den siebenundzwanzigsten Verhandlungstag, den 18. Februar 1972, enthält folgende Vermerke:

Bl. 145-148R
Protokoll-
band

"Als Zeuge war erschienen Albin Eisenkolb.
Der Zeuge wurde belehrt wie die Vorzeugen
und ferner gemäß § 55 StPO.

42. Zeuge

Zur Person

Ich heiße Albin Eisenkolb

bin 58 Jahre alt, Kaufmann, wohnhaft in
Furthhammer,

mit dem Angeklagten nicht verwandt und
nicht verschwägert.

Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Er erklärte:

"Ich bin von Beruf Musiker. 1933 ging
ich zur SS. Ich war bei der Leibstan-
darte. Bis Mai 1942 blieb ich in Ber-
lin und wurde dann nach Rußland abkom-
mandiert. Nach meiner Rückkehr war ich
noch einige Zeit in Berlin und kam dann
im September 1943 nach Italien. Von Ju-
dentötungen war mir zu diesem Zeitpunkt
nichts bekannt. Ich hatte auch nicht
gerüchteweise davon gehört. Mein unmit-
telbarer Vorgesetzter war Dannecker.
Am Gardasee trafen Dannecker und Dr.
Horster zusammen. Ich hörte ein Gespräch
mit an, in dem Dr. Horster zu Dannecker
sagte: "Von allem was Sie hier tun,
möchte ich unterrichtet sein". Ich nehme
an, daß Dannecker Befehle direkt aus Ber-
lin bekam. Auf unserer Fahrt nach Rom
schloß ich aus den Erzählungen von
Dannecker, daß unsere Tätigkeit in
Italien Judenangelegenheiten betraf.
In Rom meldete sich Dannecker bei
Kappler. Am 17. Oktober 1943 fand die
Razzia in Rom statt. Ich hatte dabei
keine Aufgabe. Ich habe nur zugeschaut.
Ich habe den Saal gesehen, wo die fest-
genommenen Juden untergebracht wurden.
Sie wurden später mit Lkw's abtranspor-
tiert. Es hieß, sie kämen nach Deutsch-
land.

Kurze Zeit nach dieser Aktion kam ich
nach Verona. Chef war dort Dr. Horster.
Zunächst wurde ich niemand zugeteilt.
Eine bestimmte Aufgabe hatte ich nicht.

Es kann sein, daß im Februar 1944 Boß-
hammer kam. Mein Chef war Boßhammer."

Die Staatsanwaltschaft

beantragte die wörtliche Niederschreibung
eines bestimmten Teils der Aussage des Zeu-
gen Eisenkolb.

Der Vorsitzende

ordnete die wörtliche Niederschreibung folgenden Teils der Aussage des Zeugen Eisenkolb an:

"Ich habe im Nebenzimmer von Boßhammer gegessen und habe überhaupt nichts zu tun gehabt."

Der Zeuge Eisenkolb erklärte weiter:

"Ich erinnere mich einmal mit Boßhammer und einem anderen SS-Mann eine Dienstreise gemacht zu haben. Während dieser Dienstreise sprach Boßhammer mit verschiedenen italienischen Dienststellen über Judenangelegenheiten.

Hinsichtlich meiner Tätigkeit erinnere ich mich jetzt, daß Boßhammer mir öfter allgemeine Sachen in die Maschine diktiert hat.

Ich bin meiner Erinnerung nach nie im Lager Fossoli gewesen. Den Lagerkommandanten Titho kenne ich vom Hörensagen. Als Fahrer von Dr. Horster habe ich ihn nie kennengelernt.

Ich möchte nunmehr sagen, daß es möglich ist, daß ich mal in Fossoli war.

Wenn nicht Dr. Horster die Befehle zur Zusammenstellung eines neuen Transportes gegeben hat, muß es Boßhammer gewesen sein. Ich hatte damit nichts zu tun.

Wenn Boßhammer sagt, daß, als er nach Verona kam, alles bereits von Dannecker organisiert war hinsichtlich der Judenmaßnahmen, so trifft dies nicht zu.

Herr Boßhammer war ein sehr verschlossener, mißtrauischer, selbstbewußter Mann. Er ließ sich in seine Tätigkeit nicht hineinreden.

Ich kann mich nicht erinnern, Transportlisten geschrieben zu haben. Solche Listen - wenn sie nicht von Titho kamen - können nur von Boßhammer der Sekretärin diktiert worden sein.

Herr Boßhammer achtete stets darauf, daß alles nach seinen Weisungen lief. Herr Boßhammer war der Nachfolger von Dannecker. Boßhammer bekam öfter Besuche von Italienern. Anlässlich eines solchen Besuches erklärte mir Herr Boßhammer einmal, daß es sich bei dem Besucher um ei-

nen Mischehepartner gehandelt hätte.
Er hätte ihn laufen lassen müssen.

Es sei nichts zu machen gewesen.

Ich erinnere mich, daß Mischehepartner
nicht festgenommen werden sollten.

Ich habe keine selbständige Tätigkeit
ausgeübt. Wenn ich etwas geschrieben
habe, so geschah dies auf Weisung von
Herrn Boßhammer. Aufgrund der Schrift-
stücke, die ich auf Weisung von Herrn
Boßhammer zu schreiben hatte, hatte ich
den Eindruck, daß Herr Boßhammer in der
Materie genau Bescheid wußte.

Ich erinnere mich, daß ich auf Weisung
von Herrn Boßhammer Rundschreiben an
die italienischen Quästoren zu schrei-
ben hatte. Es ist auch möglich, daß ich
Rundschreiben an die Außenkommandos
schrieb.

Ich entsinne mich, daß einmal ein itali-
enischer Offizier erschien, der berich-
tete, daß bei Verona einige Juden gesam-
melt worden seien. Zusammen mit Herrn
Boßhammer haben wir die Festgenommenen
mitgenommen.

Es trifft nicht zu, daß ich einmal einen
Mischehepartner selbständig festgenommen
habe.

Auf die Frage, ob ich einmal einen Trans-
port nach Auschwitz begleitet habe als
Führer oder in anderer Eigenschaft ver-
weigere ich die Aussage.

Herr Boßhammer war mehr auf der Dienst-
stelle als auf Dienstreisen.

Auf die Frage, ob ich während meiner Tä-
tigkeit erfahren habe, daß die Juden aus
Italien nach Auschwitz kamen, verweigere
ich die Aussage."

B. u. v.

Der Zeuge bleibt gemäß § 60 Nr. 2 StPO wegen
des Verdachts der Tatbeteiligung unvereidigt.

Im allseitigen Einverständnis wurde der Zeu-
ge um 10.15 Uhr entlassen.

Die dienstliche Äußerung des Vorsitzenden des
Schwurgerichts, Landgerichtsdirektor

Dr. Fitzner, vom 14. August 1972 über die Umstände anlässlich der Vernehmung des Zeugen Eisenkolb hat folgenden Wortlaut:

Urteils-
band
Bl. 140-141

"Der Vorsitzende
des Schwurgerichts des Landgerichts
- 12. Tagung -

1 Berlin 21, den 14. 8. 1972
Turmstraße 91

Dienstliche Aeusserung

Zu den Ausführungen auf Seite 30 - 32 der Revisionsbegründungsschrift vom 29. Juli 1972 nehme ich, gestützt auf meine jeweils unmittelbar nach der Sitzung niedergelegten stenographischen Notizen, wie folgt Stellung:

Der Zeuge Eisenkolb wurde am 28. Februar 1972 vor dem Schwurgericht nach Belehrung gemäss §§ 57, 55 StPO vernommen. Er erklärte, in Verona in dem vom Angeklagten geleiteten Judenreferat überhaupt nichts getan zu haben. Diese Aussage stand im Widerspruch zu dem Ergebnis der bisherigen Beweisaufnahme, den Angaben des Zeugen vor dem Untersuchungsrichter und erschien schon nach der Lebenserfahrung als offensichtlich falsch. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft regte daher die Protokollierung dieser Bekundung an. Hierauf habe ich den Zeugen auf seine bisherigen Angaben im Ermittlungsverfahren hingewiesen. Er blieb zunächst bei seiner Behauptung. In scharfer Form habe ich dem Zeugen gesagt, dass seine Behauptung nicht nur eine Zumutung, sondern den Gipfel der Frechheit angesichts der von keinem Prozessbeteiligten in Frage gestellten Tatsache darstelle, dass die Gestapo in Italien die Festnahme tausender von Juden organisiert hat. Ich habe den Zeugen nochmals zur Wahrheit ermahnt und ihn klar und deutlich belehrt, dass er auf bestimmte Fragen die Auskunft verweigern könne, sonst aber zu einer wahrheitsgemässen und vollständigen Aussage verpflichtet sei. Er sei nicht berechtigt, etwas zu verschweigen, weil er sich sonst der Gefahr einer Strafverfolgung aussetze. Der Zeuge blieb auch jetzt noch bei seiner Behauptung, die wörtlich protokolliert wurde. Angesichts der

starren Haltung des Zeugen habe ich ihm klar gemacht, dass das Gericht die Pflicht hat, die Wahrheit zu erforschen und dass seine Aussage mit der protokollierten Erklärung nicht beendet sei. Er werde nicht eher als Zeuge entlassen werden, ehe er nicht zu allen Tatsachen, die er beim Untersuchungsrichter noch in Erinnerung gehabt habe, eingehend Stellung genommen habe. Vorher käme er nicht aus dem Saal.

Die Formulierung: "Sonst kommen Sie hier nicht mehr heraus!" ist von mir nicht gebraucht worden.

Zu keinem Zeitpunkt der Vernehmung des Zeugen Eisenkolb ist von mir gesagt worden: "Herr Staatsanwalt, ich stelle anheim, gegen den Zeugen Haftbefehl zu erlassen, falls dieser nicht bereit ist, wahrheitsgemäss auszusagen!". Die behauptete Aeussderung enthält so viele prozessuale Unmöglichkeiten, dass sie von mir nicht gebraucht werden würde. Weder ist der Staatsanwalt für den Erlass eines Haftbefehls zuständig noch der Vorsitzende für einen entsprechenden Antrag. Da der Zeuge, nachdem er eingesehen hatte, dass das Schwurgericht sich mit seiner Behauptung, er habe überhaupt nichts zu tun gehabt, nicht zufrieden geben würde, Auskunft über seine Tätigkeit im Judenreferat gab, entfielen auch Ueberlegungen über Sofortmassnahmen.

Dr. Fitzner
Landgerichtsdirektor"

Diedienstliche Äusserung des Ersten Staatsanwalts
Hölzner vom 14. August 1972 über die Umstände
anlässlich der Vernehmung des Zeugen Eisenkolb
hat folgenden Wortlaut:

Urteils-
band
Bl. 144-145

"Dietrich Hölzner
Erster Staatsanwalt
Berlin 21, den 14. August 1972

Dienstliche Äusserung

In der Strafsache gegen Friedrich Boßhammer
wegen Mordes - 1 Ks 1/71 (RSHA) - Äußere
ich mich zu der von dem Verteidiger, Herrn

157

Rechtsanwalt Möller, in seiner Revisionsbegründung vom 29. Juli 1972 erhobenen Rüge der Verletzung des § 136 a StPO in Verbindung mit § 69 Abs. 3 StPO (Bl. 131-133 des Urteilsbandes) wie folgt:

Zusammen mit Herrn Staatsanwalt Stief habe ich als Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft an der Hauptverhandlung vom 18. Februar 1972 teilgenommen. An diesem Tage wurde auch der Zeuge Eisenkolb vernommen, der zunächst äußerst zögernd und widerwillig aussagte. Dadurch sah sich der Vorsitzende, Herr Landgerichtsdirektor Dr. Fitzner, schließlich zu der Frage veranlaßt, was er - der Zeuge - denn damals in Verona überhaupt gemacht habe. Daraufhin antwortete der Zeuge, er habe seinerzeit gar nichts gemacht.

Diese Aussage war ersichtlich falsch. Sie stand nicht nur im Gegensatz zu dem bisherigen Ergebnis der Beweisaufnahme, sondern auch zu den früheren Bekundungen des Zeugen. Wegen des Verhaltens des Zeugen - es tangierte zu diesem Zeitpunkt den Bereich eines Aussagedelikt und der Begünstigung - wurde der Vorsitzende ersichtlich ärgerlich. Er bezeichnete die Aussage als falsch und erklärte, im bisherigen Verlauf der Hauptverhandlung hätten sich zwar schon viele Zeugen "zu drücken" versucht, eine solche "Frechheit" sei aber noch nicht vorgekommen. Im Anschluß daran brachte er dem Zeugen gegenüber sinngemäß zum Ausdruck, er werde ihm solange Vorhalte machen, bis er sich zu einer wahrheitsgemäßen Aussage durchgerungen habe. Eher könne er nicht entlassen werden. An die Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft richtete der Vorsitzende dem Sinne nach - der genaue Wortlaut ist mir nicht mehr rememberlich - die Frage, ob der Zeuge nicht sofort festzunehmen sei.

Um die Situation etwas zu entkrampfen - ich rechnete ohnehin damit, daß der Zeuge nach entsprechenden Vorhalten ebenso wie beim Untersuchungsrichter die Wahrheit sagen würde - beschränkte ich mich darauf, die wörtliche Protokollierung der Aussage zu beantragen. Diesem Antrag wurde stattgegeben.

Die weitere Einvernahme des Zeugen, der dann auch wahrheitsgemäße Angaben machte, verlief ruhig.

Ich bin sicher, daß ich meinen Antrag auf wörtliche Protokollierung nach dem geschilderten Zwischenfall gestellt habe.

Hölzner "

Die dienstliche Äußerung des Staatsanwalts Stief vom 10. August 1972 über die Umstände anlässlich der Vernehmung des Zeugen Eisenkolb hat folgenden Wortlaut:

Urteils-
band
Bl. 136-137

"Gerhard Stief
Staatsanwalt

Berlin 21, den 10. August 1972

Dienstliche Äußerung

In der Strafsache gegen Friedrich Boßhammer wegen Mordes äußere ich mich zu der von dem Verteidiger, Herrn Rechtsanwalt Möller, in seiner Revisionsbegründung vom 29. Juli 1972 auf Seiten 30-32 (Bl. 131-133 des Urteilsbandes) erhobenen Rüge der Verletzung des § 136 a StPO in Verbindung mit § 69 Abs. 3 StPO wie folgt:

An der Hauptverhandlung vom 18. Februar 1972 habe ich zusammen mit Herrn Ersten Staatsanwalt Hölzner als Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft teilgenommen. Die Umstände der Vernehmung des Zeugen Eisenkolb, insbesondere eine scharfe Reaktion des Vorsitzenden, Herrn Landgerichtsdirektor Dr. Fitzner, im Laufe dieser Vernehmung sind mir noch gut in Erinnerung:

Die scharfe Reaktion des Vorsitzenden wurde durch das Verhalten des Zeugen Eisenkolb hervorgerufen, der so widerwillig und zögernd aussagte, daß der Vorsitzende ihn schließlich fragte, was er denn überhaupt im Frühjahr 1944 in Verona gemacht habe. Der Zeuge antwortete, er habe nichts gemacht.

Auf diese - offensichtlich falsche, weil im Gegensatz zu dem bisherigen Ergebnis der Beweisaufnahme und den Bekundungen dieses Zeugen vor dem Untersuchungsrichter stehende -

Antwort wies der Vorsitzende den Zeugen mit erhobener Stimme daraufhin, daß er offenbar die Unwahrheit sage und fügte hinzu, schon zahlreiche Zeugen hätten versucht "sich zu drücken", aber noch keiner in so frecher Weise.

Gleichzeitig erklärte der Vorsitzende dem Zeugen, er werde ihn nicht entlassen, ehe er sich zu einer wahrheitsgemäßen Aussage bereitgefunden habe. Zu den Sitzungsvertretern der Staatsanwaltschaft gewandt äußerte der Vorsitzende sinngemäß, daß doch wohl die Frage des Erlasses eines Haftbefehls zu prüfen sei.

Herr Erster Staatsanwalt Hölzner reagierte betont zurückhaltend lediglich mit dem Antrag auf wörtliche Protokollierung der Aussage des Zeugen Eisenkolb. Diesem Antrage gab der Vorsitzende statt.

Die weitere Vernehmung des Zeugen Eisenkolb nahm einen ruhigen Verlauf.

Mit Sicherheit folgten der Antrag auf wörtliche Protokollierung und die entsprechende Anordnung dem beschriebenen Zwischenfall.

Stief "

Schmidt

Erster Staatsanwalt

Beglaubigt



Justizangestellte

Vfg.

- 1) Zu berichten - 4 x schreiben einschl. 1 Leseschrift für die HA und 1 Durchschrift für die HA 1 AR 123/63; ^{unter Beifügung} unter Beifügung je 1 begl. Urteilsabschrift:

4. AUG. 1972

An den
Bundesminister der Justiz

über den

Senator für Justiz

Betrifft: Strafverfahren gegen den Angehörigen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) und früheren SS-Sturmbannführer Friedrich B o ß h a m m e r wegen Mordes im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Schreiben an den Senator für Justiz in Berlin vom 24. Januar 1968 - 4000/6 E - 25037/68 -

(nur auf
2.-4.Schrift-
st.)

Anordnung vom 15. Februar 1968 - 4040 E - IV/A. 2/68 -
Vorbericht vom 18. April 1972

Anlage: 1 beglaubigte Urteilsabschrift

Als Anlage überreiche ich eine beglaubigte Abschrift des Urteils des Schwurgerichts bei dem Landgericht Berlin vom 11. April 1972

Gegen ^{das} ~~dieses~~ Urteil hat der Angeklagte Revision eingelegt.

1 Berlin 19, den 2. 8. 1972

- 2) Herrn OStA S e l l e
m.d.B. um Gegenzeichnung.

31. JULI 1972

P. 1. 8.

Kanzlei
Eingang am: 3. AUG 1972
Gefertigt am: 3. AUG 1972
In 1/15 ab. 3. AUG 1972

Zu 1) ab (2x) in 2. Teil.
3. AUG. 1972

3) Über

Herrn OStA P a g e l

und

Herrn Chefvertreter

1. AUG. 1972

[Handwritten signature]

Herrn C h e f vorgelegt

mit der Bitte um Zeichnung des Berichts zu Ziff. 1) dieser
Verfügung *und Entnahme einer beglaubigten Abschrift des Urteils.*

4) Nach Erledigung von Ziff. 1) - 3) dieser Vfg. zurück an
Gruppe II, vormalige Abt. 5 (Wilsnacker Str. 6).

5) Diese Vfg. nebst 1 Leseschrift von Ziff. 1) z.d.HA.

6) Weitere Vfg. bes.

Berlin 21, den 18. Juli 1972

[Handwritten signature]

2. August 1972

290

162

1 Ks 1.71 (RSHA)

An den
Bundesminister der Justiz

über den

Senator für Justiz

Betrifft: Strafverfahren gegen den Angehörigen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) und früheren SS-Sturmbannführer Friedrich B o s h a m m e r wegen Mordes im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Schreiben an den Senator für Justiz in Berlin vom 24. Januar 1968 - 4000/6 E - 25037/68 -

Anordnung vom 15. Februar 1968 - 4040 E - IV/A. 2/68 -

Vorbericht vom 18. April 1972

Anlage: 1 beglaubigte Urteilsabschrift

Als Anlage überreiche ich eine beglaubigte Abschrift des Urteils des Schwurgerichts bei dem Landgericht Berlin vom 11. April 1972.

Gegen das Urteil hat der Angeklagte Revision eingelegt.

G ü n t h e r

1 Ks 1/71 (RSHA)

Durch besonderen Wachtmeister !
Eilt sehr!
Bitte sofort vorlegen!

Vfg.

Urschriftlich mit 6 Blatt Anlagen der
Untersuchungshaft- und Aufnahme-
anstalt Moabit
-Krankenabteilung-
z. Hd. Herrn Leitenden Medizinaldirektor Dr. Meitzner

übersandt

mit der Bitte um Stellungnahme zur Frage der Haftfähigkeit
des Untersuchungshäftlings Friedrich B o ß h a m m e r
auch im Hinblick auf die Ausführungen des Verteidigers in
seinem Schriftsatz vom 23. Oktober 1972.

Soweit es dort für eine umfassende und eingehende Stellungnahme
für erforderlich gehalten wird, bitte ich eine zusätzliche
Begutachtung durch Professor Dr. Philipp und gegebenenfalls
weitere Fachärzte herbeizuführen.

Berlin 21, den 26. Oktober 1972

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Stief
Staatsanwalt

Sz

1 Ks 1/71 (RSHA)

U. mit 9 Blatt Anlagen

Herrn Vorsitzenden der 8. großen Strafkammer
- im Hause -

übersandt:

Dem Antrag des Verteidigers vom 23. Oktober 1972 auf Haftverschonung des Angeklagten Boßhammer wird entgegengetreten. Zur Begründung darf auf die Stellungnahme der Ärzte Dr. Loeckell und Prof. Dr. Philip Bezug genommen werden, denen zufolge die Haftfähigkeit des Angeklagten nicht zweifelhaft ist.

Berlin 21, den 31. Oktober 1972

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht Berlin

St.

Durchschrift

**Krankenhaus
der Berliner Vollzugsanstalten**

Der Leitende Arzt

1 Berlin 21, den 30. Oktober 1972 165
Alt-Moabit 12 a
Fernruf: 352701 } App.: 1049/1052
(933)

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Betr.: Untersuchungsgefangenen Friedrich B o ß h a m m e r ;
hier: Vollzugstauglichkeit

Bezug: Dortige Verfügung vom 26.10.72 , Az.: 1 Ks 1/71 (RSA)

Anlage: 1 Vorgang u.R. (7 Blatt)
1 Stellungnahme Prof.Dr. Phillip vom 28.10.72

Nach Eingang des Vorgangs am 27.10.72 hat der Leitende Arzt der Inneren Abteilung des Krankenhauses der BVA, Obermedizinalrat Dr. Loeckell, folgende Stellungnahme abgegeben:

"Am gesundheitlichen Zustande von dem Unters.Häftling B o ß h a m m e r , der sich seit Oktober 1969 im Krankenhaus der Berliner Vollzugsanstalten befindet, hat sich seit Jahren nichts geändert. Herr RA Möller begründet die Vollzugsuntauglichkeit von B. damit, dass sich der Gesundheitszustand seit Monaten wesentlich verschlechtert hätte: So könne er nicht mehr seine Angelegenheiten besorgen, er sei labil, hätte eine mit Lallen zu vergleichende sprachliche Ausdrucksweise, könne nicht mehr auf einem Stuhl sitzen, ohne befürchten zu müssen, herunterzufallen u.ä.

Alle diese Darlegungen können von mir nicht bestätigt werden. So ist eine Unterhaltung mit B. durchaus möglich, sein Gleichgewichtssinn ist nicht gestört, und er besorgt seine Angelegenheiten selber. Überhaupt ist sein Zustand nicht derartig, daß er eines Krankenhausaufenthaltes bedarf. Wenn B. sich trotzdem im Krankenhaus der BVA befindet, dann nur deswegen, weil wegen seiner reaktiven Depression eine womögliche langzeitige Unterbringung in Einzelhaft in der Untersuchungshaftanstalt einen ungünstigen Einfluß auf sein seelisches Wohlbefinden haben kann. Er ist im Krankenhaus der BVA auf eigenen Wunsch in einem Krankensaal mit anderen Mithäftlingen untergebracht.

Herr B. ist aufgrund der ärztlichen Untersuchungen und aufgrund einer langzeitigen ärztlichen Beobachtung vollzugstauglich."

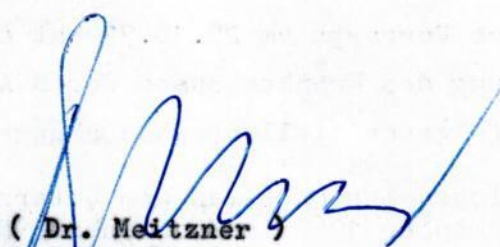
Herr Prof. Dr. Phillip hat am 28.10.72 die in der Anlage beigelegte weitere Stellungnahme abgegeben.

Somit ist die Vollzugstauglichkeit von Herrn B. nicht zweifelhaft. Bei den Angaben des Rechtsanwalts Herrn Möller in seinem Schreiben vom 23. Oktober 1972 über den Allgemeinzustand des Herrn B. handelt es sich offenbar um mißverständliche Äußerungen, wahrscheinlich der Ehefrau.

b.w.

Soweit hier bekannt, wurde auch bisher nie "unter Beweis gestellt, daß Herr B. aufgrund seines Krankheitszustandes für den weiteren Vollzug der Untersuchungshaft untauglich sei" (S. 2 des o.g. Schreibens des RA Möller).

Ich bitte, in Zukunft Anfragen über gutachtliche Stellungnahmen zum Gesundheitszustand des Herrn B. direkt an Herrn Obermedizinalrat Dr. L o e c k e l l zu richten, der zwischenzeitlich die Leitung der Inneren Abteilung des Krankenhauses übernommen hat.



(Dr. Meitzner)
Ltd. Med. Direktor

Durchschrift vorstehenden Schreibens für den Leiter der Untersuchungshaft- und Aufnahmeanstalt Moabit.

Vfg.

1. Vermerk:

Auf eine entsprechende telefonische Nachricht von Herrn Jahn, Untersuchungshaft- und Aufnahmearnstalt Moabit, wurde mit Herrn Obermedizinalrat Dr. Loeckell, dem Leitenden Arzt der Inneren Abteilung des Krankenhauses der Berliner Vollzugsanstalten, fernmündlich Rücksprache gehalten.

Herr Dr. Loeckell erklärte, daß sich der Gesundheitszustand Boßhammers infolge einer Verschlimmerung seiner cerebralsklerotischen Erkrankung und eine wahrscheinlich hinzugetretene Lungenentzündung so verschlechtert habe, daß Lebensgefahr bestehe und Boßhammer vollzugsuntauglich sei. Seine sofortige Überführung in eine Krankenanstalt außerhalb des Vollzuges sei geboten.

Herr Dr. Loeckell ist der Überzeugung, daß Boßhammer auf absehbare Zeit infolge seines Zustandes nicht in der Lage sei, einen Fluchtversuch aus einer offenen Krankenanstalt zu unternehmen.

Unmittelbar nach dem Telefongespräch mit Dr. Loeckell traf das anliegende Schreiben des Krankenhauses der Berliner Vollzugsanstalten vom heutigen Tage hier ein.

2. U. m. einer Anlage

dem Vorsitzenden

der 8. gr. Strafkammer

- Herrn Vorsitzenden Richter am Landgericht Halbedel -

Übersandt

mit dem Antrage, den Angeklagten Friedrich Boßhammer unter Aufrechterhaltung des Haftbefehls des Amtsgerichts Tiergarten vom 9. Januar 1968 - 348 Gs 1/68 - vom weiteren Vollzuge der Untersuchungshaft unter nachstehenden Auflagen zu verschonen, da Boßhammer zur Zeit nicht haftfähig ist und die Fluchtgefahr infolge seines Gesundheitszustandes sehr gemindert ist.

Auf den Vermerk zu 1. darf Bezug genommen werden.

Es wird gebeten, den Haftverschonungsbeschluß unter folgenden Auflagen zu erteilen:

1. Der Angeklagte hat sich in stationäre Krankenhausbehandlung zu begeben.
2. Er hat jeden Aufenthaltswechsel der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht mitzuteilen.
3. Er hat seinen Reisepaß und seinen Personalausweis zu den Akten zu geben.

Es wird weiterhin gebeten, in den Entlassungsbefehl aufzunehmen, daß Boßhammer, hilfsweise seine Ehefrau, darauf hingewiesen werden, daß die weitere Behandlung

- 3 -

auf eigene Kosten erfolgt. Auch bitte ich dafür Sorge zu tragen, daß die Krankenanstalt, in die Boßhammer Aufnahme finden wird, darüber unterrichtet wird, daß es sich bei ihm nicht um einen Vollzugshäftling handelt.

Berlin 21, den 14. November 1972
Turmstraße 91

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

(S t i e f)

Staatsanwalt *St.*

K1

Vfg.

1) V e r m e r k:

Gestern vormittag teilte Herr Oberregierungsrat J a h n, UHA und AA Moabit, telefonisch mit, daß sich der Gesundheitszustand B o ß h a m m e r s lebensbedrohend verschlechtert habe; eine entsprechende schriftliche Mitteilung sei unterwegs.

Daraufhin wurde mit dem Leiter der Inneren Abteilung der Vollzugsanstalten, Herrn Dr. L o e c k e l l, fernmündlich Rücksprache gehalten, wie aus dem Vermerk zu 1) der Vfg. vom gestrigen Tage ersichtlich.

Herr OStA S e l l e unterrichtete Herrn OStA P a g e l, Herrn Chef und auf dessen Veranlassung Frau E c k e l von der Senatsverwaltung für Justiz und schlug dabei einen Antrag auf Haftverschonung B o ß h a m m e r s vor.

Herr H a l b e d e l, der Vorsitzende der 8. großen Strafkammer, wurde von Herrn OStA S e l l e darauf vorbereitet, daß im Laufe des Vormittags ein entsprechender Antrag zu erwarten sei.

Danach erfragte Frau E c k e l telefonisch die Namen der behandelnden Ärzte des Vollzugskrankenhauses, da der Herr Senator dort Rückfrage halten wolle.

Um 12.30 Uhr wies Frau E c k e l den Unterzeichner telefonisch an, mit dem beabsichtigten Antrag auf Haftverschonung zu warten, bis die Zustimmung des Herrn Senators vorläge.

Vorsorglich wurde bereits mit dem Diktat des Haftverschonungsantrages ins Stenogramm begonnen.

Um 12.50 Uhr übermittelte Frau E c k e l telefonisch die Zustimmung des Herrn Senators zum Antrag auf Haftverschonung.

Um 12.55 Uhr war das Diktat ins Stenogramm beendet.

Um 13.25 Uhr wurde der Antrag auf Haftverschonung dem Vorsitzenden der 8. Kammer durch den Unterzeichner überbracht.

Während eines Gesprächs mit Herrn H a l b e d e l ging eine zusätzliche ärztliche Stellungnahme von Dr. H i o b ein,

der die Haftfähigkeit B o ß h a m m e r s zwar nur für zweifelhaft hält, aber neben der schweren Lungenentzündung erhebliche Anzeichen für eine Gehirnerweichung diagnostizierte. Unbeschadet dieser zusätzlichen gutachtlichen Äußerung wurde der Antrag auf Haftverschonung aufrechterhalten, wie aus der schriftlichen Stellungnahme auf ~~der~~ Äußerung des Dr. H i o b ersichtlich.

Gegen 15.00 Uhr wurde von der Geschäftsstelle der 8. großen Strafkammer telefonisch mitgeteilt, daß die Kammer antragsgemäß beschlossen habe. Herr Chef und Frau E c k e l wurden durch den Unterzeichner unverzüglich hierüber unterrichtet.

Die Unterrichtung des Herrn OStA P a g e l war gestern nicht mehr möglich; sie wurde heute nachgeholt.

2) Herrn OStA S e l l e

Kg 16/11.

mit der Bitte um Kenntnisnahme von dem Vermerk zu 1).

3) Diese Vfg. mit 1 Durchschr. der Vfg. vom gestrigen Tage z.d.HA.

Berlin 21, den 15. November 1972

lt.

B e s c h l u ß

An die
Staatsanwaltschaft
beim Kammergericht

zu: 1 Ks 1/71 ?

In der Strafsache

g e g e n den früheren Rechtsanwalt
Friedrich Robert B o ß h a m m e r,
geboren am 20. Dezember 1906 in Opladen,

- zur Zeit in der Untersuchungshaftanstalt
Moabit, Gef.B.Nr. 103/68 -

w e g e n Mordes

wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft bei dem
Kammergericht der Vollzug des Haftbefehls des
Amtsgerichts Tiergarten - 348 Gs 114/68 - vom
24. Juni 1968, ergänzt durch den Beschluß des
Kammergerichts - (1) 1 Js 1/65 (RSStA) (5/69) -
vom 20. Januar 1969 mit folgenden Auflagen aus-
gesetzt:

- 1) Der Angeklagte ist zur stationären Behandlung
in das Paulinenstift zu überführen.
- 2) Er darf dieses Krankenhaus nur mit Genehmigung
des Gerichts verlassen.
- 3) Sein Reisepaß und sein Personalausweis sind
einzubehalten.

G r ü n d e :

Der Angeklagte leidet unter schweren Arteriosklerotischen Ge-
fäßveränderungen der Hirngefäße, die zu Erweichungsherden geführt
haben. Sein Zustand hat sich durch eine Lungenentzündung so
verschlimmert, daß zur Zeit akute Lebensgefahr besteht. Da-
rüberhinaus ist nicht auszuschließen, daß es zu Gehirnblutungen
kommen kann. Hinzukommt, daß er Gedächtnisausfälle hat und
nicht mehr voll orientiert ist. Mit der Änderung dieses Zu-
standes ist für absehbare Zeit nicht zu rechnen. Dieses Ergebnis

172

der Untersuchungen der sich mit dem Angeklagten befaßt gewesen
senen Ärzte läßt die Fluchtgefahr erheblich vermindert er-
scheinen und rechtfertigt unter den angeordneten Auflagen die
getroffene Entscheidung.

Berlin, den 14. November 1972
Landgericht, 8. Strafkammer

Paetzelt

Dr. Hartnack

Sachs

Ausgefertigt



Reiß
(Reiß) Justizangestellte
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Landgerichts Berlin

HB 1171 (RSX2)

V.

- 1) Vermerk: Herr Ostb Kauswald tritt heute tel. mit, Frau Dr. Ravenna habe gestern auf Grund von Pressemitteilungen in Italien tel. bei ihm angefragt, ob es zuträfe, daß Jagtkammer entlassen werden sei. Er sei darüber jedoch noch nicht unterrichtet gewesen.

Herr Ostb Kauswald wurde über Prozedur und Gründe ^{der Kafferschlachtung} im Kenntnis gesetzt. Er will bei Herrn Ostb Pagel die Zustimmung ~~der~~ zur fernmündlichen Unterrichtung von Frau Dr. Ravenna einholen.

- 2) Wenig später tritt Herr Ostb Kauswald tel. mit, daß er mit Zustimmung von Herrn Ostb Schünke und Herrn Ostb Pagel Frau Dr. Ravenna tel. kurz unterrichten werde.

2) Herrn Ostb Selle zur gef. Kenntnisnahme Kg. dv 17.11.

3) 2. d. H. 17.11.72 lt.

Vfg.

- ✓ 1) Zu berichten - 4x schreiben einschl. 1 Leseschrift für die HA und 1 Durchschrift für die HA 1 AR 123/63 unter Beifügung von 2 ^{Ablichtungen} ~~Ausfertigungen~~ des Beschlusses des Landgerichts Berlin vom 14. November 1972 - :

← unvollständig
H/12.

An den
Bundesminister der Justiz

über den

Senator für Justiz

Betrifft: Strafverfahren gegen den Angehörigen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin und früheren SS-Sturmbannführer Friedrich B o ß h a m m e r wegen Mordes im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Schreiben an den Senator für Justiz in Berlin vom 24. Januar 1968 - 4000/6 E - 25037/68 -

Ar auf 2.- Anordnung vom 15. Februar 1968 - 4040 E-IV/A. 2/68 -
4.Schriftst.)

Vorbericht vom 2. August 1972

Anlage: 1 ~~Beschluss~~ Ablichtung

Am 14. November 1972 haben die ^{den} Angeklagten Boßhammer in der Inneren Abteilung des Krankenhauses der Berliner Vollzugsanstalten behandelnden Ärzte Dr. Loeckell und Dr. Spies

mitgeteilt, ~~der Gesundheitszustand des Angeklagten~~
~~habe sich infolge einer Verschlimmerung seiner~~
die ~~cerebralsklerotischen Erkrankung~~ ^{des Angeklagten habe sich} in Verbindung
mit einer komplizierenden Lungenentzündung so
verschlechtert, daß akute Lebensgefahr bestehe
und der Angeklagte vollzugsuntauglich sei.

Der Nervenarzt des Krankenhauses der Berliner Voll-
zugsanstalten, Dr. Hiob, hat am selben Tage ^{festgestellt,} ~~hinzuge-~~
~~fügt~~, infolge der schweren arteriosklerotischen
Gefäßveränderungen sei es bereits zu kleinen
Erweichungsherden in den Hirngefäßen gekommen.

Daraufhin hat die 8. große Strafkammer des
Landgerichts Berlin auf meinen Antrag ~~mit Beschluß~~
~~vom selben Tage~~ den Vollzug des gegen den Angeklagten
bestehenden Haftbefehls unter Auflagen ausgesetzt.

Die Einzelheiten bitte ich, der beigefügten Beschluß-
ablichtung zu entnehmen.

2) Herrn Oberstaatsanwalt S e l l e
mit der Bitte um Gegenzeichnung

3) Herrn Gruppenleiter II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

4) Herrn Chefvertreter
mit der Bitte um Kenntnisnahme

21. NOV. 1972

24. NOV. 1972

24. NOV. 1972

Kanzlei	
Eingang am:	28. NOV. 1972
Gefertigt am:	28/11.72
zu 1) Bericht 2-fach	

175

2 Durchsch.

ab (2x) in 2 Aus.
28. NOV. 1972

5) Herrn Chef

mit der Bitte um Zeichnung des Berichts zu Ziff
dieser Verfügung

15. 11. 72

6) Nach Erledigung von Ziff. 1) bis 5) dieser Verfügung
zurück an die vormalige Abt. 5

7) Diese Verfügung nebst einer Leseabschrift von
Ziff 1) dieser Verfügung zu den HA nehmen.

Berlin 21, den 20. November 1972

H.

1 Ks 1/71 (RSHA)

176

An den
Bundesminister der Justiz
über den
Senator für Justiz

Betrifft: Strafverfahren gegen den Angehörigen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin und früheren SS-Sturmbannführer Friedrich B o ß h a m m e r wegen Mordes im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Schreiben an den Senator für Justiz in Berlin vom 24. Januar 1968 - 4000/6 E - 25037/68 -

(Nur auf 2.-4.
Schriftstück)

Anordnung vom 15. Februar 1968 - 4040 E-IV/A. 2/68 -

Vorbericht vom 2. August 1972

Anlage: 1 Ablichtung

Am 14. November 1972 haben die den Angeklagten Boßhammer in der Inneren Abteilung des Krankenhauses der Berliner Vollzugsanstalten behandelnden Ärzte Dr. Loeckell und Dr. Spies mitgeteilt, die cerebralsklerotische Erkrankung des Angeklagten habe sich in Verbindung mit einer komplizierenden Lungenentzündung so verschlechtert, daß akute Lebensgefahr bestehe und der Angeklagte vollzugsuntauglich sei.

Der Nervenarzt des Krankenhauses der Berliner Vollzugsanstalten, Dr. Hiob, hat am selben Tage festgestellt, infolge der schweren arteriosklerotischen Gefäßveränderungen sei es bereits zu kleinen Erweichungsherden in den Hirngefäßen gekommen.

Daraufhin hat die 8. große Strafkammer des
Landgerichts Berlin auf meinen Antrag den Voll-
zug des gegen den Angeklagten bestehenden Haft-
befehls unter Auflagen ausgesetzt.

Die Einzelheiten bitte ich der beigefügten Beschluß-
ablichtung zu entnehmen.

G ü n t h e r

BUNDESGERICHTSHOF

BESCHLUSS

in der Strafsache
gegen

den ehemaligen Rechtsanwalt
Friedrich B o B h a m m e r aus Wuppertal,
geboren am 20. Dezember 1906 in Opladen (Rhld.),

wegen gemeinschaftlichen Mordes

Der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat nach Anhörung
des Generalbundesanwalts am 19. Dezember 1972 beschlossen:

Das Verfahren wird eingestellt, weil der
Angeklagte am 17. Dezember 1972 verstorben ist.

Die Kosten des Verfahrens und die notwendigen
Auslagen des Angeklagten fallen der Landeskasse
zur Last.

Sarstedt	Schmidt	Siemer
Herrmann	Schuster	



Ausgefertigt

V. Claus
Amtsinspektor
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

I.

Herrn H A Kief zum Verbleib
(Anlage ist von Herrn Kief
zurückgegeben worden).

8.2.1973

✓

VI

2. d. 7. 73.

16. 2. 73
lt.

Schwurgericht bei dem
Landgericht Berlin - 12.Tagung-
(500) 1 Ks 1/71 (RSHA) (26/71)

179
1 Berlin 21 (Tiergarten)
Turmstraße 91

Ref. 5

Sachverhaltsdarstellung

Der

Assessor, frühere Rechtsanwalt und vormalige
SS-Sturmabführer, Regierungsrat

Friedrich Robert B o ß h a m m e r ,

geboren am 20. Dezember 1906 in Opladen/Rheinland,
deutscher Staatsangehöriger,

wohnhaft in 56 Wuppertal-Vohwinkel,
Kärntner Straße 15,

zur Zeit in Untersuchungshaft in der Untersuchungs-
haft- und Aufnahmeanstalt Berlin-Moabit, Berlin 21
(Tiergarten), Alt-Moabit 12 a, Gefangenen-Buch-
Nummer 103/68,

wird beschuldigt,

in Verona (Italien)

in der Zeit von Februar bis Oktober 1944

durch eine selbständige Handlung

gemeinschaftlich mit den nationalsozialistischen Machthabern
Hitler, Göring, Goebbels und Himmler sowie seinen Vorgesetzten
im ehemaligen Reichssicherheitshauptamt (RSHA) Dr. Kaltenbrunner,
Müller, Eichmann und Günther aus niedrigen Beweggründen sowie
heimtückisch und grausam eine noch unbestimmte Anzahl von
Juden aus Italien getötet zu haben.

Dem Anklagevorwurf liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Der Angeklagte, der Volljurist ist, gehörte von Anfang 1942
bis Anfang 1944 als Sachbearbeiter dem von dem damaligen

SS-Obersturmbannführer Eichmann geleiteten Referat IV B 4 (Judenreferat) des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) an. Seit dem 15. März 1943 war er Regierungsrat und seit dem 9. November 1943 SS-Sturmbannführer. Das von dem Angeklagten unter dem Zeichen IV B 4 b - 3 im "Eichmann-Referat" bearbeitete Sachgebiet betraf neben der sogenannten "Anti-greuelpropaganda" die "Vorbereitung der Europäischen Lösung der Judenfrage in politischer Hinsicht".

Etwa gegen Ende Januar 1944 wurde der Angeklagte nach Italien versetzt. Spätestens von Anfang Februar bis August oder September 1944 war er dort Leiter des Judenreferats (IV B 4; ab April 1944: IV 4 b) bei dem "Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) Italien" in Verona. Danach leitete er bis Kriegsende das Außenkommando des BdS Italien in Padua.

In Wahrnehmung dieser ihm übertragenen Aufgaben soll der Angeklagte bereits Ende 1943 in Berlin im Zusammenwirken mit dem "Auswärtigen Amt" die Erfassung und Deportation der Juden aus Italien vorbereitet haben. Nach seiner Versetzung nach Italien soll er von Februar bis August oder September 1944 in seiner Stellung als Leiter des Judenreferates des BdS in Verona in maßgeblicher und entscheidender Weise bewirkt haben, daß die weitaus meisten der zu diesem Zeitpunkt in Italien befindlichen Juden inhaftiert, konzentriert, nach Auschwitz/Birkenau deportiert und dort umgebracht wurden.

Zur Erfassung und Konzentrierung der Juden soll der Angeklagte seine Untergebenen beim BdS Verona und den einzelnen Außenkommandos des BdS Italien in verschiedenen Städten durch Erlasse, Anordnungen und Weisungen veranlaßt haben, die im jeweiligen örtlichen Bereich lebenden Juden zu verhaften und

in das auch zu diesem Zweck als Sammellager eingerichtete und unter deutsche Verwaltung gestellte sogenannte "Polizeiliche Durchgangslager Fossoli di Carpi" bei Modena zu schaffen.


Nachdem bereits am 30. Januar 1944 ein Transport von etwa 800 bis 1000 Juden direkt von Mailand aus nach Auschwitz/Birkenau abgegangen war, wurden im Februar, April, Mai, Juni und Ende Juli/Anfang August 1944 mindestens fünf Transporte mit insgesamt etwa 3000 Juden in Güterwagen von Fossoli di Carpi nach Auschwitz/Birkenau durchgeführt. Ein weiterer (und letzter) Transport mit etwa 200 bis 300 Personen fuhr im Oktober 1944 vom Sammellager Bozen-Gries nach Auschwitz/Birkenau. Das Lager bei Bozen war im August 1944 eingerichtet worden, nachdem das Lager Fossoli di Carpi wegen des Vorrückens der alliierten Truppen hatte aufgegeben werden müssen.

In Auschwitz/Birkenau fand nach Ankunft der Transporte regelmäßig eine Eingangsselektion statt, nach der etwa 10 bis 20 % der Transportteilnehmer als arbeitsfähig ins Lager kamen, während die anderen sogleich in den Gaskammern ermordet wurden. Von den zunächst ins Lager Eingewiesenen starb binnen kurzer Zeit ein großer Teil. Das Kriegsende haben nur etwa 5 % der deportierten Juden überlebt.

Der Angeklagte soll alle Maßnahmen zur organisatorischen Abwicklung der fünf Transporte aus Fossoli di Carpi nach Auschwitz/Birkenau getroffen beziehungsweise veranlaßt haben. Er ist verdächtig, gewußt und gewollt zu haben, daß die von ihm deportierten Juden aus Italien im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage" in Auschwitz/Birkenau ermordet

werden sollten, um dadurch dem Ziel der "Endlösung", der Ausrottung aller Juden im damaligen deutschen Macht- und Einflußbereich in Europa, also ab September 1943 auch der in Italien lebenden Juden, näherzukommen. Der Angeklagte soll dabei den Rassenhass, von dem seine ihm vorgesetzten Mittäter erfüllt waren und den sie laufend propagierten, selbst gehegt haben.




(Dr. Fitzner)
Landgerichtsdirektor

HA.-V.

1. Vermerk:

Gegen den Beschluß des BGH vom 19. 12. 1972 sind folgende Bedenken aufgetaucht:

- a) Die "Einstellung" des Verfahrens;
- b) die Kostenentscheidung hinsichtlich der Verfahrenskosten, die ja nicht erhoben werden;
- c) die Entscheidung über die notwendigen Auslagen;
- d) Außerachtlassung des § 467 Abs. 3 S. 2 StPO bei der Entscheidung zu c);
- d) Fehlen der Entscheidung über eine Entschädigung nach § 8 StrEG.

Im Einvernehmen mit Herrn Chef und auf Weisung von Herrn OStA Selle habe ich diese Bedenken fernmündlich wiederholt mit dem Sachbearbeiter bei dem GBA - Dienststelle Berlin -, Herrn StA. Röper, erörtert. Am 22. 1. 1973 sagte Herr Röper tel. zu, die Möglichkeit von Gegenvorstellungen zu prüfen, die Fragen auch mit dem Vorsitzenden des 5. Strafsenats zu besprechen und diesen eventuell zu einer Begründung des Beschlusses zu veranlassen. Am 25. 1. 1973 teilte Herr Röper nach einem Gespräch mit Prof. Sarstedt mit, daß keine Aussichten auf eine Abänderung oder Begründung des Beschlusses beständen. In einem Telefonat am 1. 2. 1973 erklärte Herr Röper nach Vortrag bei dem Leiter der Dienststelle Berlin des GBA, Herrn Rejewski, Gegenvorstellungen bei dem Strafsenat seien nicht beabsichtigt, jedoch sei der Vorgang wegen der grundsätzlichen Bedeutung Herrn Generalbundesanwalt Martin vorgelegt worden.

Eine vorgesehene ergänzende Nachricht von Herrn STA. Röper steht z.Zt. noch aus.

2. Z.d.HA.

Berlin 21, den 19. Februar 1973

H.

Y.

1) Vermutlich:

Wegen des Inhalts des Modultimes des BzH vom 19. Dezember 1972 in vorliegender Sache haben in den letzten Wochen eingehende Gespräche mit der Bundesanwaltschaft stattgefunden. Diese haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Die Bundesanwaltschaft (Erschließung des Generalbündnisses des Bundes in Karlsruhe) hält den Beschluß vom 19. 12. 72 inhaltlich für unrichtig. Während die Einstellung des Verfahrens durch Beschluß und die Kostenentscheidung nur formelle Bedeutung haben, ist die Entscheidung über die notwendigen Auslagen mit erheblichen materiellen Folgen verbunden. Nicht zu billigen und angreifbar ist in diesem Zusammenhang nicht so sehr die entsprechende Anwendung des § 467 VPO, als vielmehr die Nichtanwendung des § 467 Absatz 3 Nr. 2 VPO.

Für den Beschluß selbst ist jedoch rechtlich nichts zu machen. Er ist eine die Leben des Mannes begünstigende Entscheidung, die - wenn überhaupt - nur mit größten Schwierigkeiten abgeändert werden können.

Nach eingehenden Absprachen ist auch darüber abgeklärt worden, beim 5. Senat gegen Vorstellungen mit dem Ziel zu erheben, eine Begründung des Modultimes zu verlangen. Ganz abgesehen davon, daß der Senat dieses Begehren mangels rechtlicher Grundlage ablehnen könnte (wofür einiges spricht), würde dadurch möglicherweise nur eine Festschreibung des u. U. unrichtigen Rechtsansicht erfolgen. Hierbei war nicht zu berücksichtigen,

daß der BGH im Kostenverfahren im allgemeinen nicht
das entscheidende Gericht ist.

Mit der Bundesanwaltschaft, die diesen Fall an das
Bundesjustizministerium berichtet hat, im vgl. gesetz-
geberische Maßnahmen anzuregen, ist ~~gehandelt~~ abgesprochen
worden, daß von der Staatsanwaltschaft weiterhin die
herrschende Ansicht (keine Einstellung des Verfahrens durch
formellen Beschluß beim Tod des Angeklagten oder Ange-
schuldigten, keine Kostenentscheidung und keine entsprechende
Anwendung des § 467 Nr. 2 VPO -) anzuwenden wird.

2) L. d. Handakten 1 Ko 1171 (RSWA)

2. APR. 1973
H

Handwritten: 1.
Herrn HA Prof. Dr. R.
5. MRZ. 1973

185

V.

- ✓ 1. Anl. Schreiben des Yad Vashem 1 x ablichten
- handschriftl. Vermerk abdecken-
- ✓ 2. Zu berichten - 4 x schreiben einschl. 1 Leseschrift für die HA
und 1 Durchschrift für die HA 1 AR 123.63
unter Beifügung der Ablichtung von Ziff. 1) d.V.

An den
Bundesminister der Justiz

Handwritten: 5. MRZ. 1973

über den

Senator für Justiz

Betrifft: Strafverfahren gegen den Angehörigen des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin
und früheren SS-Sturmbannführer Friedrich Boßhammer
wegen Mordes im Rahmen der sogenannten "Endlösung
der Judenfrage"

Bezug: Schreiben an den Senator für Justiz in Berlin
vom 24. Januar 1968 - 4000/6 E - 25037.68 -

nur auf
2.-4. Schr.:

Anordnung vom 15. Februar 1968 - 4040 E - IV/A. 2.68 -
Vorbericht vom 27. November 1972 ✓

nur auf
2.-4. Schr.:

Anlage: 1 Ablichtung

Der Angeklagte Boßhammer ist am 17. Dezember 1972 verstorben.
Das gegen ihn gerichtete Strafverfahren hat sich durch ~~seinen~~
~~Tod~~ erledigt.

nur auf
2.-4. Schr.:

Als Anlage überreiche ich ~~die~~ Ablichtung eines Schreibens ~~des~~
Yad Vashem vom 22. Dezember 1972, mit dem dieses Institut
um die Übersendung je eines Exemplars der Anklageschrift
und des Urteils vom 11. April 1972 gebeten hat.

Obwohl es infolge des Todes des Angeklagten zu keinem rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens gekommen ist und daher die in dem Beschluß der 30. Justizminister-Konferenz 1962 und bei der Referenten-Besprechung am 12./13. Dezember 1968 aufgestellten Bedingungen nicht erfüllt sind, beabsichtige ich, falls ich nicht mit anderer Weisung versehen werden, dem Wunsche des Yad Vashem zu entsprechen.

3. Herrn Oberstaatsanwalt Selle
mit der Bitte um Gegenzeichnung

22.2.73.

26. FEB. 1973

4. Herrn Gruppenleiter II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

~~5. Herrn Chefvertreter
mit der Bitte um Kenntnisnahme~~

5. Herrn Chef
mit der Bitte um Zeichnung des Berichts zu Ziff. 2) ds.Vfg.

13.2.73

6. Nach Erledigung von Ziff. 2) - 6) dieser Vfg. zurück an die vormalige Abt. 5.

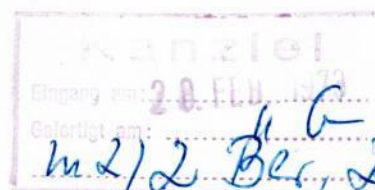
7. Diese Vfg. nebst 1 Leseschrift von Ziff. 2) zu den HA. nehmen.

Berlin 21, den 19. Februar 1973

H.

gef. 20.2.73 pw

Zu 1) 1 Abl.



ab (2x) in 1 Abl

1. MRZ. 1973

nochmals benötigten Bericht ohne Anlage ab

9 MRZ 1973 W

pw

187

1 Ks 1.71 (RSHA)

An den
Bundesminister der Justiz
über den
Senator für Justiz

Betrifft: Strafverfahren gegen den Angehörigen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin und früheren SS-Sturmabführer Friedrich Boßhammer wegen Mordes im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Schreiben an den Senator für Justiz in Berlin vom 24. Januar 1968 - 4000/6 E - 25037.68 -

nur auf
2.-4.Schr.: Anordnung vom 15. Februar 1968 - 4040 E - IV/A. 2.68 -
Vorbericht vom 27. November 1972

nur auf
2.-4.Schr.: Anlage: 1 Ablichtung

Der Angeklagte Boßhammer ist am 17. Dezember 1972 verstorben. Das gegen ihn gerichtete Strafverfahren hat sich dadurch erledigt.

nur auf
2.-4.Schr.: Als Anlage überreiche ich Ablichtung eines Schreibens des Yad Vashem vom 22. Dezember 1972, mit dem dieses Institut um die Übersendung je eines Exemplars der Anklageschrift und des Urteils vom 11. April 1972 gebeten hat.

Obwohl es infolge des Todes des Angeklagten zu keinem rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens gekommen ist und daher die in dem Beschluß der 30. Justizminister-Konferenz 1962 und bei der Referenten-Besprechung am 12./13. Dezember 1968 aufgestellten Bedingungen nicht erfüllt sind, beabsichtige ich, falls ich nicht mit anderer Weisung versehen werde, dem Wunsche des Yad Vashem zu entsprechen.

G ü n t h e r

188

Senator für Justiz
1 Berlin 62 (Schöneberg), Salzburger Str. 21-25

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

GeschZ.:

(Bei Antwort bitte angeben)

4040 E - IV/A. 2.68

Tel. 783 3680

(Durchwahl) 3680
(Intern (95))

Datum 21. März 1973



*D. Antwort fertig
h. d. 29.3.*

Betrifft: Strafverfahren gegen den Angehörigen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin und früheren SS-Sturmabführer Friedrich Boßhammer wegen Mordes im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage";

hier: Schreiben des Yad V a s h e m vom
22. Dezember 1972

Vorgang: Bericht vom 27. Februar 1973 - 1 Ks 1.71 (RSHA)-

Von der in Aussicht genommenen Sachbehandlung habe ich Kenntnis genommen.

Im Auftrage

H e i d u s c h k a

*Vfg. in den Hauptakten (Bd. CXI)
hnd.*

29.3.73 lt.

Beglaubigt:

Willnow

Verwaltungsangestellte

YAD VASHEM

MARTYRS' AND HEROES'
REMEMBRANCE AUTHORITY
JERUSALEM



יד ושם

רשות הזיכרון
לשואה ולגבורה
ירושלים

Jerusalem, den 11. Juni 1973 189

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht Berlin
z.Hd.v.Herrn Staatsanwalt Stief
Turmstrasse 91
1 Berlin 21
Germany

Betr.: Strafverfahren gg. Friedrich Bosshammer
NSG-Verfahren - R.S.H.A. - Az.: 1 Ks 1/71 (RSHA)
("Endlösung der Judenfrage")

Bezug : Ihr Schreiben vom 29.3.1973
unsere " " 25.5. und 22.12.1972

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt !

Mit bestem Dank bestätige ich den Erhalt Ihres werten Schreibens sowie des folgenden beigelegten Materials :

- 1) Abschrift der Anklageschrift vom 23.4.71, Az.: 1 Js 1/65, 593 Seiten;
- 2) Urteil des Schwurgerichts bei dem LG-Berlin vom 11.4.1972, Az.: (500)1 Ks 1/71(RSHA)(26/71), 85 Seiten.

Mit der Ueberlassung dieses Materials haben Sie uns einen grossen Dienst erwiesen.

Bei dieser Gelegenheit würde ich Ihnen auch sehr dankbar sein, wenn Sie uns folgendes Schriftstück übersenden könnten : Vermerk über das Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nach dem Stande vom 30.4.1969 gg.den Angeeschuldigten u.A. wegen des Verdachts der Teilnahme am Mord im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" - 1 Js 1/65 (RSHA) (Ermittlungsabschlussvermerk - S.150-151 der Anklageschrift).

Mit vorzüglicher Hochachtung

E. Brand

E. Brand

יְדִישֶׁם, יְרוּשָׁלַם
Yad Vashem, Jerusalem, Israel
P.O.B. 84 ת.ד.

וְשֵׁם הַיְחָדָּשׁ לְשׂוֹמְרֵי הַבְּרִית
הַיְחָדָּשׁ, יְרוּשָׁלַם, ת.ד. 84

MARTYRS' AND HEROES'
REMEMBRANCE AUTHORITY
YAD VASHEM JERUSALEM P.O.B. 84



An die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin

z.Hd.v.Herrn Staatsanwalt Stief



1 Berlin 21

Turmstrasse 91

Germany



V.

1) Urmerk: Wegen des in dem Schreiben vom 11.6.1973 geäußerten
Wunsches des Yad Vashem auf Überlassung des Ermittlungsab-
schlußmerkmals v. 30.4.1969 habe ich heute mit Herrn Stb
Kuduscha, Sen. Anw. f. Justiz, telefoniert, der unser Bericht mit
unsern zuvor mit Herrn Stb Selle abgestimmten Vorschlag erbat.

Zur Unterbreitung dieses Vorschlages - Herr Stb Selle ist
2. St. erkrankt - sei folgendes niedergelegt:

Nach dem Urmerk der Sen. Anw. f. Justiz (Vernehmungsprotokoll Herr Lenz)
vom 17.11.1969 - 3142 - IV/A.6 - kam die Überlassung
des Ermittlungsabschlußmerkmals an das Yad Vashem grundsätzlich
nicht in Betracht, jedoch erachtet die dort getroffene Regelung
auch nicht als absolut abschließend.

Da da dem Yad Vashem überlassenen Anlagen und Urteile
wesentlich gravierendere Inhalte haben als der Ermittlungsab-
schlußmerkmal, dieser teilweise in der dem Yad Vashem über-
sandten Anklage gegen Hoffmann in Bezug genommen ist
und im Einverständnis mit der Sen. Anw. f. Justiz ein
verl. Verfahren Anklage und Urteil überandt worden sind,
durch das Verfahren keinen rechtskräftigen Abschluß gefunden
hat, hatte ich die Überlassung auch des Ermittlungsabschluß-
merkmals an das Yad Vashem für vertretbar.

Dem steht m. E. auch nicht entgegen, daß in dem Ermitt-
lungsabschlußmerkmal auch die Tätigkeit Menschen behandelt
ist, gegen den das Verfahren gemäß § 154 Abs. 2 StPO

b. w.!

vorläufig eingestellt worden ist, da die in
dem Vermerk des Sen. Pres. f. Justiz vom 17.11.
1969 getroffene Regelung hinsichtlich der Über-
lassung von Einstellungsverfügungen - die ja
regelmäßig eine Sachverhaltsdarstellung enthalten -
„Unsilenzdarstellungen“ zulässt.

- 2) Herrn OStR Selle m. R.
mit der Bitte um Kenntnisnahme von dem
Vermerk zu 1) und Entscheidung.

12.7.73 lt.

V.

1) Vermerk: In tel. Rücksprache am 13.7.1973 erklärte
Herr OStR Selle, daß er keine Bedenken gegen eine Über-
lassung des Vermerks an das Fach Vorkurs habe. Dasselbe
Aufpassung vertrat Herr OStR Klingberg, den ich im
Auftrage von Herrn OStR Selle am 16.7.1973 tel.
konsultierte.

- 2) Weitere Vfg. (Bericht) besd.

12.7.73 lt.

Durchschrift

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht.

1 Berlin 12 (Charlottenburg)
Lewishamstraße 1
Fernruf: 885 30 41

30. Juli 1973

39

192

1 AR 123.63

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Strafverfahren gegen ehemalige Angehörige des
früheren Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
in Berlin;

hier: wegen Teilnahme am Mord im Rahmen der
sogenannten "Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Überlassung einer Abschrift des
"Vermerk über das Ergebnis der staatsanwaltschaft-
lichen Ermittlungen nach dem Stande vom 30. April
1969 in dem Ermittlungsverfahren gegen Friedrich
B o ß h a m m e r , Richard H a r t m a n n ,
Otto H u n s c h e , Fritz W ö h r n wegen des
Verdachtes der Teilnahme am Mord im Rahmen der
"Endlösung der Judenfrage" - 1 Js 1/65 (RSHA) - "
an das Yad Vashem

Fernmündliche Anordnung des Herrn Staatsanwalts Heiduschka
vom 12. Juli 1973 zu 4110 E - IV/A. 67.63

Nach Erhalt der Anklageschrift gegen B o ß h a m m e r
- die Übersendung war mit Anordnung vom 21. März 1973 zu
4040 E - IV/A. 2.68 genehmigt worden - hat das Institut
Yad Vashem mit Schreiben vom 11. Juni 1973 nunmehr auch um
Überlassung des in der Anklage teilweise in Bezug genommenen,
die "Endlösung der Judenfrage" allgemein betreffenden drei-
bändigen Ermittlungsvermerks nach dem Stande vom 30. April
1969 gebeten.

Da für diesen Fall eine allgemein geltende Regelung nicht
besteht, bitte ich um eine Einzelentscheidung im Sinne des
letzten Absatzes des dortigen Referentenvermerks vom
17. November 1969 - 3142 - IV/A. 6 - .

Ich halte eine Übersendung des angeforderten Ermittlungsvermerks für vertretbar. Meines Erachtens stehen dem keine schwerwiegenden höherrangigen Interessen entgegen.

G ü n t h e r

193

Senator für Justiz

1 Berlin 62 (Schöneberg), Salzburger Str. 21-25

GeschZ:

(Bei Antwort bitte angeben)

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

4040 E - IV/A. 2/68

Tel. 783

3680

Staatsanwaltschaft		(Durchwahl)
b. d. Kammergericht - Berlin		Intern (95)
Eing. am	16. FEB. 1973	Datum 12. Februar 1973
mit 1 Anl.	Blatts.	Bd. Alten

Betr.: Schreiben des Bundesministers des Inneren
vom 1. Februar 1973
- zu 1 Ks 1/71 (RSA) -

Vorg.: Bericht vom 27. November 1972

3 Anlagen

Das vorbezeichnete Schreiben nebst zwei Anlagen übersende ich
mit der Bitte um Bericht in einer zur Weiterleitung an den
Bundesminister des Inneren geeigneten Form.
Zwischenbescheid habe ich erteilt.

Im Auftrage

Heiduschka

1) Vermutlich:

Herr E.H.A. Hölzer ist nicht in der Lage,
die zu verbl. Sache notwendigen Arbeiten
erheblich zu beschleunigen. Herr H.A. Hölzer ist
bis zum 26.3. 1973 im Urlaub. Nach flücht.
Rückgespräch hat Herr Heiduschka beim Sen.
d. Justiz die Erledigung für mindestens auf
den 15.4. verlängert.

2) Herr H.A. Hölzer u. R.

22. Feb. 1973

Beglaubigt:

Willnow

Verwaltungsangestellte

Uff. bad.
3.4.73/lt.

194

DER BUNDESMINISTER DES INNERN

Gesch. Z. SK II 2 - 333 614/7 II

Bei allen Antwortschreiben wird um Angabe des obigen
Geschäftszeichens gebeten.

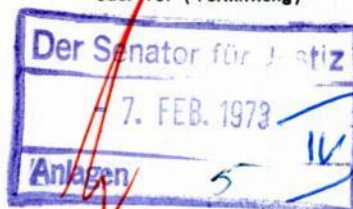
53 BONN 7, den 1. Februar 1973

Postfach
Rheindorfer Straße 198
Fernschreiber: 8-86664
8-86896

Fernruf: 78...3893.
oder 781 (Vermittlung)

Der Bundesminister des Innern - 53 Bonn 7 - Postfach

An den
Herrn Senator für Justiz
B e r l i n



B2

Betr.: Ehrung von Bürgern, die während der NS-Zeit Verfolgten
uneigennützig Hilfe gewährt haben;

hier: Frau Senta T r e p t o w - R e g g i a n i und
Herr Herbert H e r b s t

Anlagen: - 2 -

1 Mehrfertigung mit 2 Anlagen

In der Anlage übersende ich Mehrfertigung eines Schreiben des
Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-
jüdische Zusammenarbeit e.V. in Frankfurt a. M. vom 25. Januar
1972 nebst Beilage mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Der Deutsche Koordinierungsrat (DKR) wurde von mir vor über
einem Jahr beauftragt, allen Hinweisen auf Retter von Verfolgten
nachzugehen und die Unterlagen aufzubereiten. Er erhält für diese
Tätigkeit eine besondere finanzielle Zuweisung aus meinen Haushalts-
mitteln. Die von ihm erarbeiteten Unterlagen werden zur Grundlage
einer Entscheidung der Bundesregierung über Form und Inhalt einer
öffentlichen Ehrung von "unbesungenen Helden" durch den Bund ge-
macht werden.

In vielen Fällen gestaltet sich die Beweisfrage sehr schwierig, zu-
mal der DKR nicht zur Akteneinsicht berechtigt ist. Ich wäre des-
halb außerordentlich dankbar, wenn Sie die in meinem Auftrag laufen-
den Bemühungen des DKR um Aufklärung der beiden genannten Fällen da-
durch unterstützen könnten, daß die näher bezeichneten Akten auf

4040 E - II 14.2/68

zweckdienliche Hinweise durchgesehen und die Ergebnisse dem DKR mitgeteilt werden.

Für Ihre Mühewaltung sage ich schon jetzt verbindlichen Dank.
Zur Geschäftserleichterung füge ich eine Mehrfertigung dieses Schreibens nebst Anlagen bei.

Im Auftrag

König

(König)

DEUTSCHER KOORDINIERUNGSRAT
DER GESELLSCHAFTEN FÜR CHRISTLICH-JÜDISCHE ZUSAMMENARBEIT E. V.

SCHIRMHERR: BUNDESPRÄSIDENT DR. DR. GUSTAV HEINEMANN

An das
Bundesministerium des Innern
-Referat SK II 2-
5300 Bonn 7
Rheindorfer Str. 198

POSTSHECK-KONTO: FRANKFURT/M. 3 01 98
BANKHAUS SAL. OPPENHEIM JR. & CIE.
NIEDERLASSUNG FFM. 4 109

6 FRANKFURT-MAIN 25.1.1973
CRONSTETTENSTRASSE 15 Ho/cn
TELEFON 556010

Betr.: Bürger, die während der NS-Zeit Verfolgten uneigennützig
Hilfe gewährt haben
hier: Hinweis auf
Frau Senta Treptow-Reggiani
jetzt wohnhaft 7157 Murrhardt-Fornsbach
und Herrn Kriminal-Direktor i.R. Herbert Herbst
jetzt wohnhaft 45 Osnabrück
Bezug: Ihre beiden Schreiben vom 29.3.72
Az. SK II 2 - 333 614/7 II

Sehr geehrter Herr Ministerialrat König,

um dem Auftrag des Bundesministeriums des Innern an uns, alle vor-
liegenden Hinweise auf Hilfeleistungen von Bürgern für Verfolgte während
der NS-Zeit zu prüfen und ggfls. durch beweiskräftige Unterlagen zu er-
gänzen, auch im Falle von Frau Treptow-Reggiani und Herrn
Herbst nachkommen zu können, benötigen wir Ihre Hilfe.

In beiden Fällen stammen die Hinweise von den Betroffenen selbst, also
von Frau Treptow-Reggiani und von Herrn Herbst. Die Hilfeleistungen
sollen auch teilweise gemeinsam durchgeführt worden sein. Es wurde eine
eidesstattliche Erklärung aus den ersten Nachkriegsjahren vorgelegt, deren
Unterzeichner jedoch inzwischen verstorben sind. Unsere Nachforschungen
in Italien nach weiteren Zeugen sind bisher noch ohne Ergebnis. Ob unsere
Suchmeldung im Mitteilungsblatt des Dachverbandes der Jüdischen Gemein-
den in Italien oder andere Bemühungen zu einem Erfolg führen werden,
bleibt abzuwarten.

Es ist aber anzunehmen, daß sich aus den Prozessakten einer der letzten
großen Prozesse wegen NSG-Verbrechen vor dem
Schwurgericht Berlin, Turmstr. 91
Strafsache gegen Friedrich Bohhammer wegen Mordes
Az. 500 - 26/71

wichtige Anhaltspunkte für eine Prüfung und Beurteilung der Hinweise auf
die Hilfeleistungen von Frau Treptow-Reggiani und Herrn
Herbst ergeben. Herr Herbert Herbst war ab Ende 1943 als Kri-
minal-Direktor mit dem Dienstangleichungsrang eines SS-Sturmbann-
führers zunächst Leiter eines Außenkommandos des "Befehlshabers der
Sicherheitspolizei und des SD/Italien" in Perugia und nach der Räumung
Mittelitaliens durch die Deutschen Mitte 1944 für kurze Zeit Leiter des
Außenkommandos in Padua. Als er von Padua abberufen wurde, wurde

Nachfolger Friedrich B o ß h a m m e r, der zuvor Leiter des Judenreferats beim Dienstsitz des Befehlshabers in Verona und davor Mitarbeiter von Eichmann im Judenreferat des RSHA in Berlin war. Frau Treptow - R e g g i a n i war als Dolmetscherin zwangsverpflichtet und war Dienststellen-Angehörige des Außenkommandos in Perugia. Nach ihren Angaben wußte Boßhammer von ihren Hilfeleistungen für rassistisch Verfolgte und war bemüht, ihr "dasselbe Schicksal zuteil werden zu lassen". Bei den eingereichten Unterlagen befinden sich Schreiben der

Staatsanwaltschaft

bei dem Kammergericht Berlin, Turmstr. 91

Strafsache gegen Friedrich B o ß h a m m e r wegen Mordes
Az. 1 Ks 1/71 (RSHA)

vom 9.2. bzw. 15.5. 1972 an Herrn Herbst und Frau Treptow-Reggiani, wonach Herr Herbst (am 15.9.71 in Osnabrück und am 1.2.72 in Berlin) und Frau Treptow-Reggiani (am 28.2.72 in Berlin) in diesem Verfahren als Zeugen vernommen wurden.

Möglicherweise sind in den Prozessakten bereits Aussagen von Zeugen oder des Beklagten zu den Hilfeleistungen von Frau Treptow-Reggiani und Herrn Herbst festgehalten oder es ist ersichtlich, welche Zeugen die Helfer oder die geretteten Verfolgten kannten und auf erneutes Befragen entsprechende Auskünfte geben könnten.

Wir bitten Sie deshalb herzlich, entweder beim Schwurgericht Berlin und/angegebenen Staatsanwaltschaft die Untersuchungs- und Prozessakten bzw. entsprechende Teile daraus zur Einsichtnahme oder Auszüge bzw. Fotokopien solcher Aktenteile anzufordern. Zu diesem Zweck ist eine Kurzschilderung der angegebenen Hilfeleistungen mit Orts-, Zeit- und Personenangaben beigelegt.

Zur Verwaltungsvereinfachung liegen zwei Kopien dieses Briefes bei.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener



(Herbert Hoss)
Generalsekretär

Anlagen

Anlage

Betr.: Hilfeleistungen von Frau Senta T r e p t o w - R e g g i a n i
und Herrn Kriminal-Direktor i.R. Herbert H e r b s t
während der NS-Zeit für Verfolgte

197

1. Frau T r e p t o w - R e g g i a n i gibt an:

- a) in Padua/Italien - vermutlich in den Jahren 1943/1944 - mehrfach rassistisch und politisch Verfolgten, die bereits inhaftiert waren, mit falschen Pässen und Geld zur Flucht verholfen zu haben;
- b) in Umbertide, Provinz Perugia/Italien im Jahr 1943 einem aus Köln stammenden Verfolgten, Herrn Rudolf Louis Berg, seiner Frau und anderen Internierten finanzielle und moralische Hilfe gegeben und beim deutschen Kommandanten zu Gunsten der Internierten und der italienischen Zivilbevölkerung interveniert zu haben;
- c) nachdem Herr Berg am 6. 12. 43 in einem Hilfsgefängnis auf einer Insel im Trasimenischen See inhaftiert wurde, ihn dort besucht, später den Kontakt durch eine ältere Frau aufrecht erhalten und Herrn Berg und die etwa 50 Inhaftierten ständig mit Lebensmitteln versorgt zu haben, die sie u.a. den deutschen Rationen entnahm;
- d) Herrn Berg auf seine Bitten in den Jahren 1943/1944 2 X 500.000 Lire als Überlebens-Hilfe geliehen zu haben.

Die Angaben zu c) und d) sind einer eidesstattlichen Versicherung von Herrn Rudolf Louis B e r g vom 21. 10. 1946 entnommen; Herr Berg starb 1949.

2. Herr Herbert H e r b s t gibt an:

- a) den vom Präfekten von Perugia erbetenen Abtransport von internierten Juden, die in einem Hilfsgefängnis auf einer Insel im Trasimenischen See inhaftiert waren (siehe auch 1c), nicht durchgeführt, dem Präfekten gegenüber auch nicht abgelehnt zu haben. Durch diese Verzögerungstaktik seien die Verfolgten schließlich von den anrückenden amerikanischen Truppen befreit worden. Der ihm unterstellte Kriminal-Sekretär S c h o t t habe ihn hierbei unterstützt. Frau T r e p t o w - R e g g i a n i, die das Gespräch mit dem Präfekten gedolmetscht hatte, habe den Lagerinsassen auf Grund seiner Zusicherung, er lasse den Transport nicht durchführen, beruhigende Nachrichten zukommen lassen.
- b) durch Vermittlung von Frau T r e p t o w - R e g g i a n i habe er schon vorher vielen Verfolgten, Italienern, geholfen.
- c) auf die Bitte eines Bekannten, Herrn Rechtsanwalt Dr. Ludvico P e z z a n g o r a aus Padua, dessen Freund, Herrn Dr.ing. Giulio F o g e l aus Bousegana-Padua, etwa Mitte 1944 aus dem Gefängnis befreit zu haben. Zunächst habe er diese durch einen Anruf beim Sonderkommando in Bologna mit dem Hinweis darauf versucht, daß Halbjuden in Italien nicht unter die Maßnahmen gegen Juden fielen. Da dieser Versuch mißglückte, verfügte er formell für die Gefängnisverwaltung die Entlassung von Dr. Fogel mit seiner Unterschrift, ohne zu einer solchen Anweisung berechtigt zu sein.

Die Angaben zu c) stimmen mit einer eidesstattlichen Erklärung von Herrn Dr.ing. Giulio F o g e l vom 22. 5. 48 überein; Herr Dr. Fogel starb wenige Jahre nach Abgabe der Erklärung.

Vfg.

1) Vermerk:

Herr StA Heiduschka, Senatsverwaltung für Justiz, erklärte auf telefonische Anfrage vom 2. April 1973, er halte es für besser, wenn in zur Weiterleitung geeigneter Form berichtet werde, obwohl dem Schreiben des ^{Bundes}Ministers des Innern vom 1. Februar 1973 zu entnehmen ist, daß dort von einer unmittelbaren Antwort an den Deutschen Koordinierungsrat ausgegangen wurde.

Am 3. April 1973 erklärte sich Herr StA Heiduschka telefonisch damit einverstanden, die Anlagen jeweils nur einmal beizufügen.

✓ 2) Erbitte je eine Ablichtung der Vernehmungsniederschriften
H e r b s t vom 15.6.64 und 15.9.71,
Hinterkeuser vom 25.3.64 und 25.10.71,
Schmitz vom 17.12.64 und 26.10.71,
sowie des Vermerks über das Telefongespräch mit Frau Treptow vom 2.2.72.

✓ 3) Zu berichten - 4 x Schrb. einschl. 1 Leseabschr.f.d.HA
und 1 Durchschr. für d. HA 1 AR 123/63 unter Beifügung einer Urteilsabschrift sowie der Ablichtungen aus Ziffer 2) dieser Vfg. -

unbekannt 26.4.

An den
Bundesminister des Innern
über den
Senator für Justiz

Betrifft: Strafverfahren gegen den Angehörigen des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes
(RSHA) in Berlin und früheren SS-Sturmbannführer
Friedrich Boßhammer
wegen Mordes im Rahmen der sog. "Endlösung der
Judenfrage"

Bezug: Schreiben an den Senator für Justiz in Berlin
vom 1. Februar 1973 - SK II 2 - 333 614/7 II -
betreffend die Ehrung von Bürgern, die während
der NS-Zeit Verfolgten uneigennützig Hilfe gewährt
haben;

hier: Frau Senta T r e p t o w - R e g g i a n i
und Herr Herbert H e r b s t

nur 1.Schr. Anlageⁿ: 1 Urteilsabschrift
6 Vernehmungsniederschriften in Ablichtung
1 Vermerk in Ablichtung

^{bis 4.}
2.✓Schr. Anordnung vom 12. Februar 1973 - 4040 E - IV/A. 2/68

^{bis 4.}
2.✓Schr. Letzter Bericht vom 27. Februar 1973

In dem oben bezeichneten Strafverfahren sind die ehemaligen
Bediensteten des "Befehlshaber der Sicherheitspolizei und
des SD in Italien", Frau Senta Treptow-Reggiani und Herr
Herbert Herbst, als Zeugen zum Vorwurf der Judenverfolgung
durch den Angeklagten in Italien vernommen worden.

Hierbei sind vor dem Schwurgericht bei dem Landgericht Berlin
teilweise auch die in der Anlage zum Schreiben des Deutschen
Koordinierungsrates vom 25. Januar 1973 enthaltenen Angaben
zur Sprache gekommen, jedoch lediglich im Rahmen des eigent-
lichen Beweisthemas.

Der Zeuge Bernhard Schmitz, ebenfalls ehemaliger Angehöriger der Außenkommandos Perugia und Padua, hat - den Aufzeichnungen der Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft zufolge - in der Hauptverhandlung am 1. Februar 1972 ausgesagt, er habe vermutet, der Angeklagte Boßhammer sei den vormaligen Angehörigen des Außenkommandos Perugia feindlich gesonnen gewesen, weil diese sich unter Herbsts Leitung zu judenfreundlich gezeigt hätten.

Das offizielle Protokoll über die Hauptverhandlung gibt die den judenfreundlichen, persönlichen Einsatz der Zeugen betreffenden Bekundungen nur unvollkommen oder gar nicht wieder; die Aufzeichnungen der Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft sind für eine Weiterleitung nicht geeignet. In den Urteilsgründen haben die Bekundungen dieser drei Zeugen ihren Niederschlag in dem aus Seite 60 der beigelegten Urteilsabschrift ersichtlichen Umfang gefunden.

Die darüberhinaus in den Strafakten gegen Boßhammer enthaltenen Niederschriften über die polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Vernehmungen der Zeugen Herbst, Schmitz und Hinterkeuser vom 25.3., 15.6. und 17.12.1964 sowie 15.9., 25. u. 26.10.1971 und ferner der Vermerk über eine staatsanwaltschaftliche Befragung der Zeugin Treptow-Reggiani vom 2.2.1972 sind in Ablichtung beigelegt unter besonderem Hinweis auf jeweils die Seite 8 der Niederschriften über die staatsanwaltschaftlichen Vernehmungen der Zeugen Schmitz und Hinterkeuser.

Weiteren Aufschluß verspricht eine gezielte Befragung der Zeugen Schmitz und Hinterkeuser durch den Deutschen Koordinierungsrat.

Die von dem Zeugen Herbst auf Seite 2 seiner staatsanwaltschaftlichen Vernehmung vom 15.9.1971 genannten früheren

201

- 4 -

Kanzlei	
24. APR. 1973	
Eingang am:	h G
Gefertigt am:	in 3) / 2. Sch., 2 D. + 8 H. 1.

Angehörigen des Außenkommandos Perugia, Schott und Maunz, konnten im vorliegenden Verfahren nicht ermittelt werden.

25. APR. 1973

Das Urteil gegen Friedrich Boßhammer hat keine Rechtskraft erlangt, weil der Angeklagte während des Revisionsverfahrens verstorben ist.

12. APR. 1973

- 4) Herrn Gruppenleiter II
mit der Bitte um Kenntnissnahme von dem Vermerk
zu 1) u. Ggz. zu 3) dieser Vfg.
- 5) Herrn Chef-Vertreter mit der Bitte um Kenntnissnahme
von 1) u. 3) dieser Vfg. 13. 4. 73
- 6) Herrn Chef
mit der Bitte um Kenntnissnahme von dem Vermerk zu 1)
und Zeichnung des Berichts zu 3) dieser Vfg. B. 19.4.73
- 7) Nach Erledigung von 2) - 6) dieser Vfg.
zurück an die vormalige Abt. 5
- 8) Diese Vfg. nebst eine Leseschr. von 3) zu den HA nehmen.

Berlin 21, den 3. April 1973

Ru.

19. April 1973

39

202

1 Ks 1.71 (RSHA)

An den
Bundesminister des Innern

Über den
Senator für Justiz

Betrifft: Strafverfahren gegen den Angehörigen des
ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes
(RSHA) in Berlin und früheren SS-Sturmabführer
Friedrich B o s h a m m e r
wegen Mordes im Rahmen der sog. "Endlösung der
Judenfrage"

Bezug: Schreiben an den Senator für Justiz in Berlin
vom 1. Februar 1973 - SK II 2 - 333 614/7 II -
betreffend die Ehrung von Bürgern, die während
der NS-Zeit Verfolgten uneigennützig Hilfe
gewährt haben;

hier: Frau Senta T r e p t o w - R e g g i a n i
und Herr Herbert H e r b s t

Anordnung vom 12. Februar 1973 - 4040 E - IV/A. 2.68

Letzter Bericht vom 27. Februar 1973

In dem oben bezeichneten Strafverfahren sind die ehemaligen
Bediensteten des "Befehlshaber der Sicherheitspolizei und
des SD in Italien", Frau Senta Treptow-Reggiani und Herr
Herbert Herbst, als Zeugen zum Vorwurf der Judenverfolgung
durch den Angeklagten in Italien vernommen worden.

Hierbei sind vor dem Schwurgericht bei dem Landgericht Berlin
teilweise auch die in der Anlage zum Schreiben des Deutschen
Koordinierungsrates vom 25. Januar 1973 enthaltenen Angaben

zur Sprache gekommen, jedoch lediglich im Rahmen des eigentlichen Beweisthemas.

Der Zeuge Bernhard Schmitz, ebenfalls ehemaliger Angehöriger der Außenkommandos Perugia und Padua, hat - den Aufzeichnungen der Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft zufolge - in der Hauptverhandlung am 1. Februar 1972 ausgesagt, er habe vermutet, der Angeklagte Boßhammer sei den vormaligen Angehörigen des Außenkommandos Perugia feindlich gesonnen gewesen, weil diese sich unter Herbsts Leitung zu judenfreundlich gezeigt hätten.

Das offizielle Protokoll über die Hauptverhandlung gibt die den judenfreundlichen, persönlichen Einsatz der Zeugen betreffenden Bekundungen nur unvollkommen oder gar nicht wieder; die Aufzeichnungen der Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft sind für eine Weiterleitung nicht geeignet. In den Urteilsgründen haben die Bekundungen dieser drei Zeugen ihren Niederschlag in dem aus Seite 60 der beigelegten Urteilsabschrift ersichtlichen Umfang gefunden.

Die darüberhinaus in den Strafakten gegen Boßhammer enthaltenen Niederschriften über die polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Vernehmungen der Zeugen Herbst, Schmitz und Hinterkeuser vom 25.3., 15.6. und 17.12.1964 sowie 15.9., 25. u. 26.10.1971 und ferner der Vermerk über eine staatsanwaltschaftliche Befragung der Zeugin Treptow-Reggiani vom 2.2.1972 sind in Ablichtung beigelegt unter besonderem Hinweis auf jeweils die Seite 8 der Niederschriften über die staatsanwaltschaftlichen Vernehmungen der Zeugen Schmitz und Hinterkeuser.

Weiteren Aufschluß verspricht eine gezielte Befragung der Zeugen Schmitz und Hinterkeuser durch den Deutschen Koordinierungsrat.

Die von dem Zeugen Herbst auf Seite 2 seiner staatsanwaltschaftlichen Vernehmung vom 15.9.1971 genannten früheren

Angehörigen des Außenkommandos Perugia, Schott und Maunz, konnten im vorliegenden Verfahren nicht ermittelt werden.

Das Urteil gegen Friedrich Boßhammer hat keine Rechtskraft erlangt, weil der Angeklagte während des Revisionsverfahrens verstorben ist.

G ü n t h e r

Wolfram von Heynitz

Rechtsanwalt und Notar

1 Berlin 30

Taentzienstraße 13a

Telefon 24 19 77

Postscheckkonto Berlin West 172 51

Anliegendes Schriftstück

(500) 1 Ks 1/71(RSHA)26/7-

wird hiermit

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

204

1 Berlin 21

Turmstraße 91

zur gefälligen Kenntnisnahme übersandt

mit der Bitte um - schriftliche - Stellungnahme - Rücksprache - Erledigung - Rückgabe
bis Termin - Fristablauf - am

16 NOV. 1973
M

l.
2d H7
16/11/73

Datum: 14.11.1973

Hochachtungsvoll

Rechtsanwalt

WOLFRAM VON HEYNITZ

RECHTSANWALT UND NOTAR

1 BERLIN 30, den 14.11.1973

Tauentzienstraße 13a
(an der Gedächtniskirche)

Telefon: 24 19 77

PSK: Berlin West 17251-103

Telefonische Auskünfte und
Zusagen ohne schriftliche
Bestätigung unverbindlich.

He/H

In der Schwurgerichtssache
g e g e n
Friedrich B o ß h a m m e r
- 500 - 26/71 -

wird unter Bezugnahme auf den Beschluß
des Bundesgerichtshofes - 5 StR 527/72 -
vom 19. Dezember 1972, der in der Anlage
als Fotokopie beigelegt ist,
beantragt,

Frau Luise Boßhammer geborenen Göhl-
mann, 56 Wuppertal 11, Kärntnerstra-
ße 13/15, die nachfolgenden notwendigen
Verteidigungskosten des am 17.12.1972
verstorbenen Rechtsanwalts Friedrich
Boßhammer aus Wuppertal, zuletzt wohn-
haft gewesen in Wuppertal 11, Kärnt-
nerstraße 13/15, aus der Staatskasse
zu vergüten.

I. Kosten der I. Instanz

A Verteidigerkosten, die an den
zunächst als Wahlverteidiger seit
Anfang 1968 tätig gewordenen
Rechtsanwalts Wolfram v. Heynitz
gezahlt worden sind.

Honorarvorschuß

2.500,-- DM

An das
Kammergericht
über das Landgericht Berlin
- Schwurgericht -

1 B e r l i n 21

Turmstraße 91

B Kosten, die dem Angeklagten durch die Untersuchungs-
haft von Januar 1968 - 14. November 1972 entstanden
sind.

1) 2 Reisen des Dr. med. Hans Specht aus Wuppertal
nach Berlin, und zwar 150,--DM + 100,--DM + 80,--DM=330,--
Reisegeld (Flugkosten von Düsseldorf nach Berlin
und zurück) und Kilometergeld für die Autofahrt
von Wuppertal nach Düsseldorf und zurück und der
Tagesatz für je einen Tag, zusammen zwei Tage
= 660,-- DM

II. Kosten der II. Instanz

A Honorar, gezahlt an den Advokaten der II. Instanz,
Herrn Rechtsanwalt Heinz Möller, Wuppertal 2, Berliner
Straße 106

1) Lt. Quittung v. 24.5.1972, die in
Fotokopie überreicht wird,
2) Honorar an Rechtsanwalt Heinz Möller,
Wuppertal 2, Berliner Straße 106
worüber der Zahlungsbefehl noch nachge-
reicht wird,

3) folgende Einzelbeträge:

4.1.1969	300,--	DM
30.4.1969	500,--	DM
18.7.1969	300,--	DM
6.4.1970	500,--	DM
31.3.1971	250,--	DM

4) Kosten des Herrn Rechtsanwalts Heinz
Möller, verrechnet gegenüber Frau Ute
Liedtke, 56 Wuppertal, Kärntnerstr. 13,
1.850,-- DM

mit Herrn Rechtsanwalt Möller, Fotokopien sind beigelegt,

am 31. 7.1972	100,-- DM
am 22.10.1972	15,-- DM
am 2.11.1972	<u>30,-- DM</u>

145,-- DM

B Überführungskosten zum Zwecke der Beerdigung von Berlin nach Wuppertal lt. in Fotokopie anliegender Rechnung in Höhe von 1.232,-- DM plus Beifahrer 195,-- DM

1.427,-- DM

C Obduktionskosten lt. ebenfalls in Fotokopie beigelegter Liquidation des Prof. Dr. Maßhoff, 1 Berlin 45, Hindenburgdamm 30, vom 31.1.1973

500,-- DM

III. Kosten der Ehefrau während der Untersuchungshaft des Angeklagten, Friedrich Boßhammer, in Berlin.

Hierzu wird überreicht eine Aufstellung der Antragstellerin vom 19.12.1972, aus der sich eine Summe von Flugkosten von 5.046,-- DM, von sonstigen Reisespesen von 3.686,95 DM und von Unkosten für den Angeklagten in der Untersuchungshaft unmittelbar von 3.299,-- DM

12.031,95 DM

ergibt.

Summe: 29.613,95 DM

Zu dieser Position unter III. muß folgendes ausgeführt werden:

Der Angeklagte war bereits leidend als er 1968 in Untersu-

chungshaft genommen wurde. Sein Leiden, dessen Ursprung während der Untersuchungshaft unaufgeklärt blieb, verschlimmerte sich immer mehr, so daß immer häufiger Besuche der Ehefrau in Berlin notwendig waren. Diese Hilfeleistungen der Ehefrau haben die genannten Reisekosten verursacht, die nicht entstanden wären, wenn eine Untersuchungshaft nicht angeordnet worden wäre. Durch das Bestehen der Untersuchungshaft wurden sie unausweichlich notwendig, weil der schwerkranke und nachher auch verstorbene Angeklagte auf diese Besuche seiner Ehefrau wegen seines Krankheitszustandes unbedingt angewiesen war. Tatsächlich hat sich nach der Obduktion nach dem Tode des Angeklagten herausgestellt, daß es sich um einen Gehirntumor gehandelt hat, der natürlich in der Zeit der Untersuchungshaft ständig gewachsen ist und ständig stärkere Krankheitserscheinungen hervorgerufen hat. Dieser Krankheitszustand machte diesen Besuch der Ehefrau unausweichlich notwendig, ebenso wie die dadurch entstandenen Reisekosten und die ebenfalls in der Aufstellung aufgeführten Kosten, die die Ehefrau in der Haftanstalt für kleine Ausgaben, gelegentlich auch eine Brille, auch Zahnheilung, für den Angeklagten aufwenden mußte - 3.299,-- DM-. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Angeklagte durch die Untersuchungshaft außerstande gesetzt war, seinem freien Beruf als Anwalt nachzugehen; er hatte daher keine Einnahmen. Die Abwicklung seiner Rechtsanwalts-Praxis hat mehr gekostet als sie eingebracht hat. Bei dem Besuch des Herrn Götz Liedtke 1972 handelte es sich um einen Besuch des Ehemannes seiner Stieftochter, der hierherkommen mußte, um nach dem Tode des Angeklagten der Antragstellerin behilflich zu sein.

Zur Ergänzung wird noch eingereicht das Gutachten des Klinikums Steglitz der Freien Universität vom 19.12.1972 über die Obduktion, aus der sich eindeutig die Krankheit infolge des Gehirntumors ergibt. Im übrigen kann auf die Untersuchungs-

befunde der vom Gericht beauftragten Mediziner in den Akten hingewiesen werden. Es handelt sich also nicht um Besuche eines normalerweise in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten, sondern um Krankenbesuche, die bei der Dauer der Untersuchungshaft, dem schweren Krankheitszustand des Angeklagten und der Schwere des Anklagevorwurfes unerlässlich waren und zur Erhaltung der Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten dienten. Auch dies sind in diesem Falle notwendige Verteidigungskosten. Vorbehalten bleiben muß die Geltendmachung weiterer Verteidigungskosten der I. Instanz, soweit dem Rechtsanwalt v. Heynitz neben der Gebühr als Officialverteidiger noch Ansprüche zustehen, die die Zeit vor Beginn der Officialverteidigung betreffen.

gez. W. v. Heynitz

Rechtsanwalt

↓

✓, Schriften - auf Kopfbogen STA/KG, mit 1 Einschiff -
(Anlagen beifügen):

Mit 4 Bänden Schriften
(Bd CXL, Urteilsband sowie Kostenbände ^{und II})

dem
zuständigen Rechtspflege
bei dem
Landgericht Berlin

- in Haufe -

gemäß § 464 b StPO in Verbindung mit
Nr. 144 RiStBV vom 1. Dez. 1970
auf den im Namen der Frau Luise
Boßhames von RA von Heynitz
gekauften Anwalt vom 14. November 1973
- ^{Kostenband II} ~~RA von Heynitz~~ Bf. 30 ff. - auf Festsetzung
von für notwendig erachteten Auslagen
gemäß mit der Bilh um weitere Ver-
anlassung in derartigen Zuständigkeit
vorgeht.

Ein Vollmacht der Frau Boßhames

auf RA v. Huguils befindet sich, soweit
entsprechend, nicht bei der Alter. **211**

Vor der Übersendung der
gesamten Befallenen habe ich im
Hinblick auf deren außerordentlichen
Umfang zunächst abgesehen. My
Anforderung, können alle oder bestimmte
Bände jederzeit übersandt oder auch
hier (in Dienstgebäude Wilhelms-Körper
6 Zimmer 212 a / ~~1121~~ 212 / eingesehen
werden.

— Außerdem will ich unter Hinweis auf Kostenband I Bl. 226-227,
Kostenband II Bl. 25-26 und Bd CXL Bl. 130-133 sowie
unter Bezugnahme auf den dort befindlichen Bd CXIX d. A.
um Sachstandsmitteilung bezüglich des dem C.D.E.C. von dort zu
entfallenden Kosten, gebf. um beschleunigte Erledigung.

2, 2 Monate (b. Hgl.)

3, Ihre Vfg. z.d. HA Band XX

13. NOV. 1973

Zu 1) 1 Schr.
1 Durch.
gef. 23.11.73
für

(Hölzner)
Erster Staatsanwalt

1 Ks 1/71 (RSHA)

Herrn
zuständigen Rechtspfleger
bei dem Landgericht Berlin

im H a u s e

gemäß § 464 StPO in Verbindung mit Nr. 144 RiSt BV vom 1. Dezember 1970 auf den im Namen der Frau Luise B o ß h a m m e r von RA von H e i n i t z gestellten Antrag vom 14. November 1973 - Kostenband II Bl. 30 ff - auf Festsetzung von für notwendig erachteten Auslagen mit der Bitte um weitere Veranlassung in dortiger Zuständigkeit vorgelegt.

Eine Vollmacht der Frau B o ß h a m m e r auf RA von H e i n i t z befindet sich, soweit ersichtlich, nicht bei den Akten.

Von der Übersendung der gesamten Strafakten habe ich im Hinblick auf deren außerordentlichen Umfang zunächst abgesehen. Auf Anforderung können alle oder bestimmte Bände jederzeit übersandt oder auch hier (im Dienstgebäude Wilsnacker Straße 6, Zimmer 212a/212) eingesehen werden.

Außerdem bitte ich unter Hinweis auf Kostenband I Bl. 226-227, Kostenband II Bl. 25-26 und Bd. CXL Bl. 130-133 sowie unter Bezugnahme auf den dort befindlichen Bd. CXIX d.A. um Sachstandsmitteilung bezüglich der dem C.D.E.C. von dort zu erstattenden Kosten gegebenenfalls um beschleunigte Erledigung.

Hölzner
Erster Staatsanwalt

1 Ks 1 / 77 (RS477)

E. lt! 2/13

v.
-

✓ 1, Schreiben (auf Kopfbogen HA/KG, mit Resonanz)
(Anlage beifügen):

Mit Band CXIX d. A.

Herrn
zuständigem Rechnungsführer

b. d. Landgericht Berlin

im Hause

zu den dort befindlichen Akten (Bd CXI,
Urteilsband sowie Kartenbände I und II),
im Nachgang zu meinem Schreiben
vom 23. November 1973 vorgelegt.

Bd. CXIX d. A. befand sich auf der
kürzigen Geschäftsstelle. Die weiteren
Unterlagen betreffend die von dort dem
C. D. E. C. in Mailand / Italien

zu entwerfen der Kosten $\frac{11}{100}$ ~~Waren~~ sind
nicht in Bd $C \times IX$ ^{abgeführt}, sondern
in einem weiteren, dort befindlichen
Altenband, dessen Nummer oder
andere wichtige Bezeichnung von hier
aus z. H. nicht feststellbar ist.

(U. beg.)

2, z. f. d. Frst
Bd. 2m Bd xx HA.

3, Den Vtg z. d. HA (Bd \bar{x}) nehmen

26. NOV. 1973

(Hölzner)
Erster Staatsanwalt

Zu 1) 1 Schl.
1 Durchsch.
gef. 26.11.73
für

1 Ks 1/71 (RSA)

Mit Band CXIX der Akten

Herrn

zuständigen Rechtspfleger
bei dem Landgericht Berlinim H a u s e

zu den dort befindlichen Akten (Bd. CXL, Urteilsband sowie Kostenbände I und II) im Nachgang zu meinem Schreiben vom 23. November 1973 vorgelegt.

Band CXIX der Akten befand sich auf der hiesigen Geschäftsstelle. Die weiteren Unterlagen, betreffend die von dort dem C.D.E.C. in Mailand/Italien zu erstattenden Kosten pp., sind nicht in Band CXIX abgeheftet, sondern in einem weiteren, dort befindlichen Aktenband, dessen Nummer oder anderweitige Bezeichnung von hier aus z.Zt. nicht festzustellen ist.

Hölzner

Erster Staatsanwalt

YAD VASHEM

MARTYRS' AND HEROES'
REMEMBRANCE AUTHORITY
JERUSALEM



יד ושם

רשות הזיכרון
לשואה ולגבורה
ירושלים

Jerusalem, den 18. November 1973

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht Berlin
z.Hd. v. Herrn Staatsanwalt Stief
1 Berlin 21
Turmstrasse 91
Germany

Betr.: Strafverfahren gg. Friedrich Bosshammer u.A.
NSG-Verfahren-RSHA - Az.: 1 Ks 1/71 (RSHA)
("Endlösung der Judenfrage")
Bezug : Ihr Schreiben v. 3.9.73
unser " v.11.6.73

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt !

Mit bestem Dank bestätige ich den Erhalt Ihres werten Schreibens sowie
des folgenden beigelegten Materials :

"Vermerk über das Ergebnis der staatsanwaltlichen Ermittlungen
nach dem Stande vom 30. April 1969 in dem Ermittlungsverfahren
gg. Friedrich Bosshammer, Richard Hartmann, Otto Hunsche,
Fritz Wöhrn wegen des Verdachts der Teilnahme am Mord im
Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" - 1 Js 1/65 (RSHA) -
3 Bände, 1111 Seiten.

Mit der Ueberlassung dieses Materials haben Sie uns einen grossen
Dienst erwiesen und wir danken Ihnen bestens.

Mit vorzüglicher Hochachtung

E. Brand
E. Brand

יְדִישֶׁם, יְרוּשָׁלַיִם

Yad Vashem, Jerusalem, Israel

P.O.B. 84 ת.ד. 84

מִסְמַר הַיְּשׁוּבָה לְשׁוּמָה וְלִגְבוּרָה
הַיְּשׁוּבָה, יְרוּשָׁלַיִם, ת.ד. 84

MARTYRS' AND HEROES'
REMEMBRANCE AUTHORITY
YAD VASHEM JERUSALEM P.O.B. 84

An die

Staatsanwaltschaft

b.d.Kammergericht Berlin

z.Hd. v. Herrn Staatsanwalt Stief

דואר אוויר
PAR AVION



Herrn ESTA Hölzner
-Zi. W 2122 -

Zur gff. w. Verhandlung.
(Mefstung)

1 Berlin 21

26. 11. 73
lt.

Turmstrasse 91

Germany



Vfg.

1) V e r m e r k :

Von der Poln. Hauptkommission in Warschau wurden anlässlich der Auswertungsreise im Oktober 1972 u.a. die als Anlage beigefügten Sonderbehandlungsvorgänge gegen

- a) KIRSCHENBAUM u.a. ,
- b) LINDENBERG

vorgelegt.

In beiden Fällen ist die Sonderbehandlung durch das Referat IV B 4 a angeordnet worden.

2) Mit Anlagen

Herrn StA S t i e f
im Hause

unter Bezugnahme auf die persönl. Rücksprache mit der Bitte um Prüfung vorgelegt, ob wegen der o.a. Sonderbehandlungsvorgänge gegen ehemalige Angehörige des Referats IV B 4 a die Einleitung eines neuen Ermittlungsverfahrens in Betracht kommt.

Berlin, den 16. 11. 1972

Tipisch

b.
2d HA 1/65 (RSHW)
28/11/73
1. Vermerk: Der Sonderbehandlungsvorgang
IV B 4 a - 2613/42 g (1206) ist bisher nicht
bekannt. Aus den Unterlagen ist jedoch kein Inhalt der für
zu gewinnen, dass Seckewitz beim Judenrat Wohnen war.
es kommen auch die - oestereichen - Refsch angehörigen Mos u.
Kriegsgefahr als Seckewitz in Betracht. Deshalb ist nicht zu
verneinen.
2. Erläuterung der gesamten Inhalt der beigefügten Halbkarte
3. Wv mit Abt. zu Kff. 2 (HS u. Hö + K) 20.11.73

Vfg.

- ✓ 1) Schreiben - auf Kopfbogen StA/KG -
- Anlagen beifügen -

Mit

3 Schriftstücken und
1 Briefumschlag

dem Herrn Vorsitzenden
der 8. Strafkammer des Landgerichts Berlin

- im H a u s e

zu den dort (beim zuständigen Rechtspfleger des Landgerichts Berlin) befindlichen Akten (Bd. CXL, CXIX, Urteilsband, Kostenbände I und II sowie 1 weiterer, von hier aus nicht zu bezeichnender Aktenband) mit der Bitte um weitere Veranlassung vorgelegt. Auf meine Schreiben vom 23. und 26. November 1973 nehme ich Bezug.

H ö l z n e r
Erster Staatsanwalt

- 2) Diese Vfg. z.d. HA.
3) Frist Bl. 211, XX HA.
4) Neue Frist: 1.4.1974

1 Berlin 21, den 12. Februar 1974

Erster Staatsanwalt

Zu 1) 1 Schr. Anl.beigef.
gef.u.ab 12.2.74
gia

Entwurf

Vfg.

1. Vermerk:

Wegen des Schreibens von Prof.Dr. Sacerdoti vom 28. Januar 1974, soweit es die Bitte um Überlassung einer Urteilsabschrift und weiterer Unterlagen betrifft, habe ich mich heute fernmündlich mit Herrn Staatsanwalt Heiduschka von der Senatsverwaltung für Justiz in Verbindung gesetzt. Ich informierte ihn über die außerordentliche Hilfe, die die zwischenzeitlich verstorbene seinerzeitige Leiterin des Centrodidi Documentazione Ebraica Contemporanea (C.D.E.C.), Fräulein Dr. Ravenna, bei den Ermittlungen gegen Boßhammer durch Beschaffung von Zeugenaussagen und Dokumenten aus Italien geleistet hat (die Verurteilung Boßhammers zu lebenslanger Freiheitsstrafe wegen seiner Tätigkeit in Italien ist nicht zuletzt ihrer Unterstützung zu verdanken). Sodann legte ich dar, daß dieser Umstand m.E. die ausnahmsweise Überlassung einer Urteilsabschrift an das C.D.E.C. vertretbar erscheinen läßt, obwohl das Urteil wegen des Todes des Angeklagten während des Revisionsverfahrens nicht rechtskräftig geworden und das C.D.E.C. kein staatliches, sondern ein privates, von der Jüdischen Gemeinde zu Mailand unterhaltenes Institut sei. Die Anbringung von Schwärzungen im Urteil sei m.E. entbehrlich, da Fräulein Dr. Ravenna als gerichtlich bestellte Sachverständige seinerzeit ein Exemplar der Anklageschrift sowie der dazugehörigen Ergänzungsvermerke erhalten habe, die sich mit Sicherheit heute im Besitz des C.D.E.C. befänden und aus denen sich ohnehin die in der Urteilsabschrift enthaltenen Personennamen ergäben. Der Bitte um Überlassung von Abschriften aus den Akten (Urkunden und Zeugenaussagen) könne dagegen im Hinblick auf die Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren vom 1. Dezember 1970 nicht entsprochen werden.

Herr Heiduschka, der grundsätzlich meiner Auffassung zuneigte, erbat auf dem Berichtswege ~~unter Beifügung einer~~ Ablichtung des Schreibens von Prof. Dr. Sacerdoti einen konkreten Vorschlag, wie nach hiesiger Auffassung verfahren werden solle, sowie um einen Entwurf des Antwortschreibens. Er werde sodann Kenntnis

nehmen und ggf. eine anderslautende Weisung erteilen.

2. Zu berichten: - 3 x schreiben einschließlich Leseschrift f.d.HA. und Durchschrift f.d.HA. 1 AR 123/63 (RSHA) -
- unter Beifügung von
a) Ablichtung des Schreibens des Prof. Sacerdoti vom 28. Jan. 1974
b) Entwurf des Antwortschreibens -

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Strafverfahren gegen Friedrich B o ß h a m m e r wegen Mordes;

Hier: Überlassung einer Urteilsabschrift sowie sonstiger Aktenabschriften an das Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea (C.D.E.C.) in Mailand

Fernmündliche Anordnung von Herrn Staatsanwalt Heiduschka vom 18. Februar 1974 zu 4110 E-IV/A. 67/63, 3142 - IV/A. 6 und 1451 E-IV/A. 24/66

Vorberichte vom 27. Februar 1973 - 1 Ks 1/71 (RSHA) und 30. Juli 1973 - 1 AR 123/63 (RSHA) -

Anlagen: 2 Schriftstücke

Als Anlagen überreiche ich Ablichtung eines Schreibens des Professor Dr. Giorgio Sacerdoti vom 28. Januar 1974 mit dem dieser für das Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea (C.D.E.C.) in Mailand um Überlassung einer Abschrift des Urteils vom 11. April 1972 gegen Boßhammer und weiterer Unterlagen gebeten hat, sowie den Entwurf des von mir beabsichtigten Antwortschreibens.

Obwohl das Urteil wegen des Todes des Angeklagten nicht rechtskräftig geworden ist und die in dem Beschluß der 30. Justizminister-Konferenz 1962 und bei der Referenten-Besprechung am 12./13. Dezember 1968 aufgestellten

Bedingungen deshalb nicht erfüllt sind, beabsichtige ich, sofern ich nicht mit anderer Weisung versehen werde, der Bitte des C.D.E.C. um Überlassung einer Urteilsabschrift zu entsprechen.

Die zwischenzeitlich verstorbene frühere Leiterin des C.D.E.C., Fräulein Dr. Ravenna, hat die Ermittlungen gegen Boßhammer seinerzeit in einem außerordentlich großen Umfang durch Beschaffung von Zeugenaussagen und Dokumenten aus Italien unterstützt. Nicht zuletzt durch Vorlage der von ihr beschafften Beweismittel ist es gelungen, die Verurteilung Boßhammers zu lebenslanger Freiheitsstrafe zu erreichen. Träger des C.D.E.C. ist zwar, soweit hier bekannt, die Jüdische Gemeinde zu Mailand. Seiner Funktion nach dürfte das Zentrum jedoch in etwa dem Yad Vashem in Jerusalem, dem jüdischen Dokumentationszentrum in Paris und der Wiener Library in London vergleichbar sein. Unter Berücksichtigung dieser Umstände halte ich die Überlassung einer Urteilsabschrift für vertretbar. Schwerwiegende höherrangige Interessen stehen m.E. nicht entgegen. Die Interessen der Angehörigen Boßhammers sind durch die sich aus dem Entwurf meines Antwortschreibens ergebenden Auflagen hinreichend gewahrt.

Die Anbringung von Schwärzungen in der Urteilsabschrift halte ich für entbehrlich, weil Fräulein Dr. Ravenna seinerzeit in ihrer Eigenschaft als gerichtlich bestellte Sachverständige die Anklageschrift sowie die dazugehörigen Ergänzungsvermerke ohne Schwärzungen erhalten hat. Diese Unterlagen befinden sich heute mit Sicherheit im Besitz des C.D.E.C.. Sie enthalten alle in der Urteilsabschrift für die Schwärzung in Betracht kommenden Angaben.

Der Überlassung von Abschriften aus den Akten stehen m.E. Nr. 195 Abs. 4 in Verbindung mit Nr. 193 Abs. 1

sowie Nr. 191 Abs. 1 der Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren vom 1. Dezember 1970 entgegen.

Berlin 12, den Februar 1974

3. U. mit Ablichtung des Schreibens vom 28. Jan. 1974 und dem Entwurf des Antwortschreibens

über

Herrn Gruppenleiter II

und

Herrn Chef-Vertreter

Herrn C h e f

mit der Bitte um Zeichnung des Berichts zu 2) dieser Vfg. vorgelegt.

4. Nach Erledigung von Ziff. 2) - 3) zurück an die vormalige Abt. 5.
5. Diese Vfg. mit Leseschrift z.d.HA. nehmen.
6. Durchschrift von Ziff. 2) z.d.HA. 1 AR 123/63 nehmen.

Berlin 21, den 18. Februar 1974

(Hölzner)
Erster Staatsanwalt

Ma

Mailand, den 28. Januar 1974

Staatsanwaltschaft bei
dem Kammergericht

1 B E R L I N 10
Turmstrasse 91

Ihre Geschaeftsnummer: 1 Ks 1/71 (RSA)

Sehr geehrter Herr Stief,

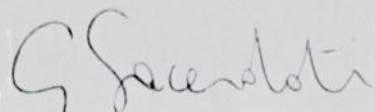
Ich schreibe Ihnen fuer den Centro di Documentazione
Ebraica Contemporanea, via Eupili 6, Milano, derem Verwaltungs-
rat ich gehoere.

Ich beziehe mich auf Ihre Briefe vom 25. Mai 1972 und
24. Juli 1973. Leider hat das Zentrum den Betrag von DM 17.110
vom Schwurgericht noch nicht bekommen, trotz meinen Mahnungen
(siehe Anlage).

Wir koennten auch noch nicht eine Abschrift des Boss-
hammer Urteils bekommen. Ich waere Ihnen sehr dankbar wenn Sie
mir diesen Text besorgen koennten. Fuer den Prozess, nach unse-
ren Angaben, sollten viele Urkunde und viele Zeugenerklaerungen
betreffs den Juden in Italien, die Sie fuer den Prozess gesammelt
haben, nicht durch das Zentrum erhalten worden.

Wir wuerden sehr interessiert sein eine Abschrift von
solchen Akten zu bekommen; natuerlich bitten wir Sie darum als
ein oeffentliches Institut fuer gegenwaertige Geschichte und
wir wuenschen alles vertraulich halten. Ich hoffe dass fuer die-
sen Zweck es moeglich sein sollte solche Unterlagen, die jetzt
in den Akten stehen, zu bekommen. Sollte das nicht der Fall sein,
ich bitte Sie mir mitzuteilen ob ein offizielles Ersuchen seitens
dem Italienischen Justizministerium erfolgreich sein koennte.

Ich danke Ihnen im voraus. Mit vorzueglicher Hochachtung.


Prof. Giorgio Sacerdoti

Vfg.

1. Vermerk:

Wegen des Schreibens von Prof.Dr. Sacerdoti vom 28. Januar 1974, soweit es die Bitte um Überlassung einer Urteilsabschrift und weiterer Unterlagen betrifft, habe ich mich heute fernmündlich mit Herrn Staatsanwalt Heiduschka von der Senatsverwaltung für Justiz in Verbindung gesetzt. Ich informierte ihn über die außerordentliche Hilfe, die die zwischenzeitlich verstorbene seinerzeitige Leiterin des Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea (C.D.E.C.), Fräulein Dr. Ravenna, bei den Ermittlungen gegen Boßhammer durch Beschaffung von Zeugenaussagen und Dokumenten aus Italien geleistet hat (die Verurteilung Boßhammers zu lebenslanger Freiheitsstrafe wegen seiner Tätigkeit in Italien ist nicht zuletzt ihrer Unterstützung zu verdanken). Sodann legte ich dar, daß dieser Umstand m.E. die ausnahmsweise Überlassung einer Urteilsabschrift an das C.D.E.C. vertretbar erscheinen läßt, obwohl das Urteil wegen des Todes des Angeklagten während des Revisionsverfahrens nicht rechtskräftig geworden und das C.D.E.C. kein staatliches, sondern ein privates, von der Jüdischen Gemeinde zu Mailand unterhaltenes Institut sei. Die Anbringung von Schwärzungen im Urteil sei m.E. entbehrlich, da Fräulein Dr. Ravenna als gerichtlich bestellte Sachverständige seinerzeit ein Exemplar der Anklageschrift sowie der dazugehörigen Ergänzungsvermerke erhalten habe, die sich mit Sicherheit heute im Besitz des C.D.E.C. befänden und aus denen sich ohnehin die in der Urteilsabschrift enthaltenen Personennamen ergäben. Der Bitte um Überlassung von Abschriften aus den Akten (Urkunden und Zeugenaussagen) könne dagegen im Hinblick auf die Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren vom 1. Dezember 1970 nicht entsprochen werden.

Herr Heiduschka, der grundsätzlich meiner Auffassung zuneigte, erbat auf dem Berichtswege ~~unter Beifügung einer~~ Ablichtung des Schreibens von Prof. Dr. Sacerdoti, einen konkreten Vorschlag, wie nach hiesiger Auffassung verfahren werden solle, sowie ~~um~~ einen Entwurf des Antwortschreibens. Er werde sodann Kenntnis

nehmen und ggf. eine anderslautende Weisung erteilen.

- ✓ 2. Zu berichten: - 3 x schreiben einschließlich Leseschrift f.d.HA. und Durchschrift f.d.HA. 1 AR 123/63 (RSHA) -
- unter Beifügung von
✓ a) Ablichtung des Schreibens des Prof. Sacerdoti vom 28. Jan. 1974
✓ b) Entwurf des Antwortschreibens -

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Strafverfahren gegen Friedrich B o ß h a m m e r
wegen Mordes;

hier: Überlassung einer Urteilsabschrift sowie sonstiger Aktenabschriften an das Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea (C.D.E.C.) in Mailand

Fernmündliche Anordnung ^{durch} von Herrn Staatsanwalt Heiduschka vom 18. Februar 1974 zu 4110 E-IV/A. 67/63, 3142 - IV/A. 6 und 1451 E-IV/A. 24/66

Vorberichte vom 27. Februar 1973 - 1 Ks 1/71 (RSHA) und 30. Juli 1973 - 1 AR 123/63 (RSHA) -

Anlagen: 2 Schriftstücke

Als Anlagen überreiche ich Ablichtung eines Schreibens des ~~Professor~~ Dr. Giorgio Sacerdoti vom 28. Januar 1974 mit dem dieser für das Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea (C.D.E.C.) in Mailand um Überlassung einer Abschrift des Urteils vom 11. April 1972 gegen Boßhammer und weiterer Unterlagen gebeten hat, sowie den Entwurf des von mir beabsichtigten Antwortschreibens.

Obwohl das Urteil wegen des Todes des Angeklagten nicht rechtskräftig geworden ist und die in dem Beschluß der 30. Justizminister-Konferenz 1962 und bei der Referenten-Besprechung am 12./13. Dezember 1968 aufgestellten

Bedingungen deshalb nicht erfüllt sind, beabsichtige ich, sofern ich nicht mit anderer Weisung versehen werde, der Bitte des C.D.E.C. um Überlassung einer Urteilsabschrift zu entsprechen.

Die zwischenzeitlich verstorbene frühere Leiterin des C.D.E.C., Fräulein Dr. Ravenna, hat die Ermittlungen gegen Boßhammer seinerzeit in einem außerordentlich großen Umfang durch Beschaffung von Zeugenaussagen und Dokumenten aus Italien unterstützt. Nicht zuletzt durch Vorlage der von ihr beschafften Beweismittel ist es gelungen, die Verurteilung Boßhammers zu lebenslanger Freiheitsstrafe zu erreichen. Träger des C.D.E.C. ist zwar, soweit hier bekannt, die Jüdische Gemeinde zu Mailand. Seiner Funktion nach dürfte das Zentrum jedoch ~~in~~ etwa dem Yad Vashem in Jerusalem, dem jüdischen Dokumentationszentrum in Paris und der Wiener Library in London vergleichbar sein. Unter Berücksichtigung dieser Umstände halte ich die Überlassung einer Urteilsabschrift für vertretbar. Schwerwiegende höherrangige Interessen stehen m.E. nicht entgegen. Die Interessen der Angehörigen Boßhammers sind durch die sich aus dem Entwurf meines Antwortschreibens ergebenden Auflagen hinreichend gewahrt.

Die Anbringung von Schwärzungen in der Urteilsabschrift halte ich für entbehrlich, weil Fräulein Dr. Ravenna seinerzeit in ihrer Eigenschaft als gerichtlich bestellte Sachverständige die Anklageschrift sowie die dazugehörigen Ergänzungsvermerke ohne Schwärzungen erhalten hat. Diese Unterlagen befinden sich heute mit Sicherheit im Besitz des C.D.E.C.. Sie enthalten alle in der Urteilsabschrift für die Schwärzung in Betracht kommenden Angaben.

Der Überlassung von Abschriften aus den Akten stehen m.E. Nr. 195 Abs. 4 in Verbindung mit Nr. 193 Abs. 1

sowie Nr. 191 Abs. 1 der Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren vom 1. Dezember 1970 entgegen.

Berlin 12, den Februar 1974

3. U. mit Ablichtung des Schreibens vom 28. Jan. 1974 und dem Entwurf des Antwortschreibens

über

Herrn Gruppenleiter II

und

Herrn Chef-Vertreter

22. FEB. 1974

26. 2.

~~Herrn Chef~~

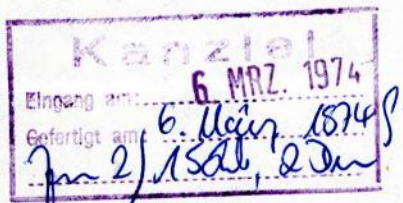
mit der Bitte um Zeichnung des Berichts zu 2) dieser Vfg. vorgelegt.

4. Nach Erledigung von Ziff. 2) - 3) zurück an die vormalige Abt. 5.

- ✓ 5. Diese Vfg. mit Leseschrift z.d.HA. nehmen.

6. Durchschrift von Ziff. 2) z.d.HA. 1 AR 123/63 nehmen.

Berlin 21, den 18. Februar 1974



Hölzner

(Hölzner)

Erster Staatsanwalt

1 Ks 1.71 (RSHA)

833

An den
Senator für Justiz

Betrifft: Strafverfahren gegen Friedrich B o ß h a m m e r
wegen Mordes;

hier: Überlassung einer Urteilsabschrift sowie
sonstiger Aktenabschriften an das Centro
di Documentazione Ebraica Contemporanea
(C.D.E.C.) in Mailand

Fernmündliche Anordnung durch Herrn Staatsanwalt Heiduschka vom
18. Februar 1974 zu 4110 E-IV/A. 67/63,
3142 - IV/A. 6 und 1451 E-IV/A. 24/66

Vorberichte vom 27. Februar 1973 - 1 Ks 1.71 (RSHA) und
30. Juli 1973 - 1 AR 123.63 (RSHA) -

Anlagen: 2 Schriftstücke

Als Anlagen überreiche ich Ablichtung eines Schreibens des
Prof. Dr. Giorgio Sacerdoti vom 28. Januar 1974, mit dem
dieser für das Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea
(C.D.E.C.) in Mailand um Überlassung einer Abschrift des
Urteils vom 11. April 1972 gegen Boßhammer und weiterer
Unterlagen gebeten hat, sowie den Entwurf des von mir be-
absichtigten Antwortschreibens.

Obwohl das Urteil wegen des Todes des Angeklagten nicht
rechtskräftig geworden ist und die in dem Beschluß der
30. Justizminister-Konferenz 1962 und bei der Referenten-
Besprechung am 12./13. Dezember 1968 aufgestellten Be-
dingungen deshalb nicht erfüllt sind, beabsichtige ich,
sofern ich nicht mit anderer Weisung versehen werde, der
Bitte des C.D.E.C. um Überlassung einer Urteilsabschrift
zu entsprechen.

Die zwischenzeitlich verstorbene frühere Leiterin des C.D.E.C., Fräulein Dr. Ravenna, hat die Ermittlungen gegen Boßhammer seinerzeit in einem außerordentlich großen Umfang durch Beschaffung von Zeugenaussagen und Dokumenten aus Italien unterstützt. Nicht zuletzt durch Vorlage der von ihr beschafften Beweismittel ist es gelungen, die Verurteilung Boßhammers zu lebenslanger Freiheitsstrafe zu erreichen. Träger des C.D.E.C. ist zwar, soweit hier bekannt, die Jüdische Gemeinde zu Mailand. Seiner Funktion nach dürfte das Zentrum jedoch etwa dem Yad Vashem in Jerusalem, dem jüdischen Dokumentationszentrum in Paris und der Wiener Library in London vergleichbar sein. Unter Berücksichtigung dieser Umstände halte ich die Überlassung einer Urteilsabschrift für vertretbar. Schwerwiegende höherrangige Interessen stehen m.E. nicht entgegen. Die Interessen der Angehörigen Boßhammers sind durch die sich aus dem Entwurf meines Antwortschreibens ergebenden Auflagen hinreichend gewahrt.

Die Anbringung von Schwärzungen in der Urteilsabschrift halte ich für entbehrlich, weil Fräulein Dr. Ravenna seinerzeit in ihrer Eigenschaft als gerichtlich bestellte Sachverständige die Anklageschrift sowie die dazugehörigen Ergänzungsvermerke ohne Schwärzungen erhalten hat. Diese Unterlagen befinden sich heute mit Sicherheit im Besitz des C.D.E.C.. Sie enthalten alle in der Urteilsabschrift für die Schwärzung in Betracht kommenden Angaben.

Der Überlassung von Abschriften aus den Akten stehen m.E. Nr. 195 Abs. 4 in Verbindung mit Nr. 193 Abs. 1 sowie Nr. 191 Abs. 1 der Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren vom 1. Dezember 1970 entgegen.

S c h ü n k e
Erster Oberstaatsanwalt

Senator für Justiz
1 Berlin 62 (Schöneberg), Salzburger Str. 21-25

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Staatsanwaltschaft
b. d. Kammergericht - Berlin
Eing. am 11. APR. 1974
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

GeschZ.
(Bei Antwort bitte angeben)
R4040 E - IV/A. 2.68
Tel. 783-1
(Durchwahl) 783... 3680
Intern 90
Datum 9. April 1974

Betrifft: Strafverfahren gegen Friedrich B o ß h a m m e r
wegen Mordes;

hier: Überlassung einer Urteilsabschrift sowie
sonstiger Aktenabschriften an das Centro di
Documentazione Ebraica Contemporanea (C.D.E.C.)
in Mailand

Vorgang: Bericht vom 26. Februar 1974
- 1 Ks 1/71 (RSA) -

Von der beabsichtigten Sachbehandlung habe ich Kenntnis
genommen.

Im Auftrage
Heiduschka

Beglaubigt
Willnow
Verw. Angestellte

1, zed HA Bel xx
2, W. v. h. ten.
3, HA auf Schreibtisch 2.221a
24/4 L-

1 K 1 171 (RSHA)

EC!

V.

✓, Schreiben - unter Bezugnahme der Akten -
auf Kottbuser STA /KG - :

"Mit Bd. CXXI, CXXII, CXXIV,
CXXX, Zugeband III (Zugeband
Stalin) und Protokollband

dem

Herrn Vorsitzenden

des 1. großen Befehlshabers

bei dem Landgericht Berlin

- Herrn VPrLG Halbech o.H.V.; A. -

im Hause

unter Bezugnahme auf die formell.

Rücksprache vom 30. 4. 1974

mit der Bitte um baldestmögliche

Entscheidung über die Kostenliquidation

des C.D.E.C. übersandt. Ich

habe in dieser Angelegenheit

bereits eine Anfrage vom Italienischen
Generalkonsulat in Berlin erhalten.

Die Benennung von Frau Dr. Rauen als Sachverständige ergibt sich aus der Aktenbeschrift Bd. CXXI (Abschnitt IV Nr. 1 des Beweismittel, Vorblatt CXXIII)

Durch Beschluss vom 3. August 1971 - Bd CXXII Bl. 41 - wurde in der gerichtlichen Sachverständigen bestellt.

Mit Schreiben des Vorsitzenden des Schwurgerichts vom 19. August 1971 - Bd CXXIV Bl. 116 - 123 - wurden den die einzelnen zu beantwortenden Fragen vorgelegt und die Auftrag erteilt, entsprechende Nachforschungen anzustellen und die Unterlagen zu beschaffen. Der Fingerband I

Bl. 17/18, 30, 109/110 sowie 123/124 ergibt sich die weitere Lage der festschließenden Briefe f. d. h. Korrespondenz zwischen der Sachverständigen und dem Schwurgerichtsvorsitzenden. Ihre Lösung zum

3. 12. 1971 ergibt sich aus Bd.

CXXX Bl. 10 sowie Fingerband III (Finger Hals) Bl. 2-3 und 26/27.

Das festschließende befindet sich Bd CXXIV.

Die Vernehmung der Sachverständigen am 3. 12. 1971 fand nicht

noch, weil sie von der Verteidigung,
erfolgreich als befangen abgelehnt
wurde - Protokollband Bl. 32-36R.

(u. bgl.)

2, Dien vty zol HA.

2.5.74

L-

gef. 2.5.74 Kb
an 1) 1 Schrb. (2x)

zur 1) 6 Bd. A + Mkl. ab
3.5.74 R

Durchschrift

1 Ks 1/71 (RSHA)

Herrn

Vorsitzenden
der 8. großen Strafkammer
bei dem Landgericht Berlin

- Herrn VRAIG HALBEDEL o.H.V.i.A. -

im Hause

unter Bezugnahme auf die fernmündliche Rücksprache vom 30. April 1974 mit der Bitte um baldmöglichste Entscheidung über die Kostenliquidation des C.D.E.C. übersandt.

Ich habe in dieser Angelegenheit bereits eine Anfrage vom Italienischen Generalkonsulat in Berlin erhalten. Die Benennung von Frl. Dr. R a v e n n a als Sachverständige ergibt sich aus der Anklageschrift Bd. C XXI (Abschnitt IV Nr. 1 der Beweismittel, Vorblatt XXIII).

Durch Beschluß vom 3. August 1971 - Bd. CXXII Bl. 41 - wurde sie zur gerichtlichen Sachverständigen bestellt.

Mit Schreiben des Vorsitzenden des Schwurgerichts vom 19. August 1971 - Bd. CXXIV Bl. 116 - 123 - wurden ihr die einzelnen zu beantwortenden Fragen vorgelegt und der Auftrag erteilt, entsprechende Nachforschungen anzustellen und Unterlagen zu beschaffen. Aus Zeugenband I Bl. 17/18, 30, 109/110 sowie 123/124 ergibt sich die weitere wegen der Gutachteraufgaben geführte Korrespondenz zwischen der Sachverständigen und dem Schwurgerichtsvorsitzenden. Ihre Ladung zum 3. Dezember 1971 ergibt sich aus Bd. CXXX Bl. 10 sowie Zeugenband III (Zeugen Italien) Bl. 2-3 und 26/27. Das Gutachten befindet sich Bd. CXXXIV. Die Vernehmung der Sachverständigen am 3. Dezember 1971 fand nicht statt, weil sie von der Verteidigung erfolgreich als befangen abgelehnt wurde - Protokollband Bl. 32-36R.

Hölzner

Erster Staatsanwalt

1.) Vermerk:

Wegen der noch immer offenen Kostenliquidation des C.D.E.C. durch das Landgericht habe ich mich in den letzten Tagen wiederholt mit der zuständigen Rechtspflegerin beim Landgericht, Fräulein Friedländer, fernmündlich in Verbindung gesetzt. Diese teilte am 29. April 1974 aus Anlaß meiner letzten Sachstandsanfrage vom 25. April 1974 fernmündlich mit, sie habe noch nicht feststellen können, wo sich die Akten mit den Rechnungen des C.D.E.C. z.Zt. befanden. Sie wisse nur, daß die Akten in der letzten Zeit wegen diverser Anträge zwischen den verschiedensten Stellen (Berechnungsstelle, Bezirksrevisor usw.) laufend hin - und hergegangen seien, so daß vermutlich deshalb über die Liquidation noch nicht habe entschieden werden können.

Kurz darauf-am 29. April 1974-rief Herr Staatsanwalt Stief an und teilte mit, Herr Dr. Isani vom italienischen Generalkonsulat in Berlin habe sich in der Kostenangelegenheit des C.D.E.C. an ihn gewandt und erbitte meinen Anruf. Ich rief sogleich Herrn Dr. Isani an, der mir erklärte, Herr Prof. Sacerdoti vom C.D.E.C. habe ihn in der Kostenangelegenheit um seine Unterstützung gebeten. Ich informierte Herrn Dr. Isani über den Sachstand und meine eigenen intensiven Bemühungen, endlich eine Entscheidung des Landgerichts zu erreichen. Ich sagte Herrn Dr. Isani zu, ihn alsbald über die Ergebnisse meiner Interventionen beim Landgericht zu informieren. Inschließend unterrichtete ich Fräulein Friedländer über die Intervention des Generalkonsulats. Fräulein Friedländer rief am 30. April 1974 erneut an und teilte mit, sie habe in Erfahrung gebracht, daß die Akten nunmehr der 8. Strafkammer des Landgerichts zur Entscheidung vorlägen.

Daraufhin rief ich noch am selben Tage Herrn Vorsitzenden Richter am Landgericht Halbedel an. Dieser teilte mit, es werde demnächst, spätestens bis Ende Mai 1974, entschieden. Berichterstatter für diese Sache sei Herr R.a.LG Paetzelt. Dieser sei noch bis zum 10. Mai 1974 in Urlaub. Wegen zahl-

reicher anderer zu bearbeitender Anträge sowie der Vielzahl der vom C.D.E.C. eingereichten Rechnungen, die zum Teil sehr kompliziert seien, habe es die bisherigen Schwierigkeiten und Verzögerungen gegeben. Außerdem sei eine vom Landgericht bereits verfügte Teilanweisung irrtümlich nicht ausgeführt worden. Von den vom C.D.E.C. geltend gemachten Beträgen seien aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen noch gewisse Abzüge zu machen. Wegen dieser Abzüge werde sich die Berechnungsstelle des LG mit dem C.D.E.C. jedoch noch gesondert in Verbindung setzen. Herr Halbedel sicherte nunmehr beschleunigte Entscheidung zu und bat um Übersendung verschiedener Akten. Er werde dann nicht die Rückkehr von Herrn Paetzelt aus dem Urlaub abwarten sondern möglicherweise selbst die Entscheidung vorbereiten.

Über das Ergebnis des Gespräches mit Herrn Halbedel informierte ich ebenfalls noch am 30. April 1974 Herrn Dr. Isani und sicherte ihm zu, von hier aus auch Herrn Prof. Sacerdoti den Sachstand mitzuteilen.

2.) Diese Verfügung zu den Handakten.

3.) Weitere Verfügung besonders.

Berlin 12, den 3. Mai 1974

H ö l z n e r

Erster Staatsanwalt

- ✓ 1.) Schreiben - mit 1 Durchschrift -:

Herrn
Prof. Dott. Giorgio Sacerdoti
Piazza Paolo Ferrare 8
20121 Milano
Italien

per Luftpost!

^{Herr}
Sehr geehrter/ Professor Doktor Sacerdoti,

Sie werden inzwischen mein Schreiben vom 24. April 1974 erhalten haben. Inzwischen hat sich auch Herr Dr. Isani vom italienischen Generalkonsulat in Berlin, an den Sie sich wegen der Kostanangelegenheit gewandt hatten, mit mir in Verbindung gesetzt.

Da das Landgericht Berlin noch immer nicht über die vom C.D.E.C. in Mailand geltend gemachten Beträge entschieden hat, habe ich mich in letzter Zeit unabhängig von Ihren jeweils dem Gericht zugeleiteten Mahnungen intensiv um die Erledigung dieser längst überfälligen Angelegenheit bemüht. Ihre Mahnungen und meine Bemühungen werden nunmehr voraussichtlich endlich Erfolg haben. Nach Auskunft des Vorsitzenden der für die Entscheidung zuständigen 8. Strafkammer des Landgerichts Berlin ist mit einer Entscheidung noch in diesem Monat zu rechnen. Der Strafkammervorsitzende erklärte die außergewöhnliche Verzögerung mit dem Eingang zahlreicher anderer zu bearbeitender Anträge sowie mit der Vielzahl der vom C.D.E.C. eingereichten, zum Teil sehr komplizierten Rechnungen, die die Einholung von Stellungnahmen mehrerer Stellen notwendig gemacht hätten. Außerdem teilte er mit, daß durch den Irrtum einer der beteiligten Stellen ein bereits zur Auszahlung freigegebener größerer Teilbetrag nicht angewiesen worden sei. Schließlich wies er darauf hin,

daß von den vom C.D.E.C. geltend gemachten Beträgen auf Grund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen einige Abzüge vorzunehmen seien. Die dafür zuständige Berechnungsstelle des Landgerichts Berlin werde sich deswegen mit dem C.D.E.C. noch gesondert in Verbindung setzen.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Auskünften gedient zu haben. Auf eine umgehende Erledigung durch das Landgericht werde ich auch weiter hin-wirken.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(R.z.U.)

✓ 2.) Schreiben - unter Beifügung einer Durchschrift des Schreibens zu Ziff. 1) dieser Verfügung -:

An das
Generalkonsulat der
Republik Italien
z.Hd. von Herrn Dr. Isani
- persönlich -

1 B e r l i n 30
Graf-Spee-Str. 1

Sehr geehrter Herr Doktor Isani,
als Anlage übersende ich Ihnen zu Ihrer persönlichen
Information mit der Bitte um Kenntnisnahme eine Durch-
schrift meines Schreibens vom heutigen Tage an Herrn
Prof. Dr. Sacerdoti. Ich hoffe, daß die Angelegenheit
nunmehr beschleunigt erledigt wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(zU)

3.) Diese Verfügung zu den Handakten.

1 Berlin 12, den 3. Mai 1974

Hö l z n e r

Erster Staatsanwalt

Zu 1) ab

Zu 2) ab u. Sul } 3. MAI 1974 W

1 Ks 1 / 71 (RSHA)

Erl!

✓
1/

Schreiben

(1 Leurschrift f. d. HA festlegen)

und 1 Leurschrift für mich zum Handgebräuch

entw. 7/6h

- Anlagen beifügen -
- auf Sonderkopfbogen (vorm. 16.5) -

Mit Band I - CXL d. A. (Alten Bänden)
Fugenband I - III Kastenband I und II
Ustilsband, Protokollband und Sonderband (= 148 Bänder)
dem

dem Vorsitzenden der
Strafgerichts des Kammergerichts

zu Entscheidung über den Antrag der
Reichsanwaltschaft von Heynitz vom 1. April 1974

~~Kastenband II~~ Kastenband II Be. 123 ff. d. A.
(Kastenband II Be. 135 d. A. - Schreiben vom 24. März 1974)
auf ~~Bestellung~~ Bewilligung einer
Pauschalgebühr gemäß § 94 BRAGebO
vorgeliegt.

Die Bestellung der RA von Heynitz
zum Pflichtverteidiger befindet
sich Bd. XXV Be. 123, 34 d. A.

Von einer Stellungnahme sehe ich im
Hinblick auf § 4 des AV der
Senats für Justiz vom 26. September
1952 - 5002 - III / A. 1.49 - ab.

~~Über den Vortrag~~ Die Beweismittel-
sammlung (Dokumente u.c.) ^{liegt} ~~über~~
ich im Hinblick auf deren
ausgesprochenen Umfang (^{etwa} ~~ca.~~
150 Leitzordner) zunächst nicht
vor; sie kann auf Anforderung
jederzeit nachgereicht werden.

(R. z. U.)

EST A

2) Diese Vtz in Leandschrift
z.d. HA (Bd XXI)

3) 3 Monarte

Kongress
Eingang am: 7.6.74
Gefertigt am: 7.6.74
zu: 1. Leitzb. m. 2. Bd.

7. JUNI 1974

1 Ks 1/71 (RSA)

Mit Band I - CXL d.A.

Zeugenband I - III
Kostenband I und II
Urteilsband
Protokollband und
Sonderband
(= 148 Bände)

dem

Herrn Vorsitzenden des
Strafsenats des Kammergerichts

zur Entscheidung über den Antrag des Rechtsanwalts
von H e y n i t z vom 1. April 1974 - Kostenband II
Bl. 123 ff d.A. (vgl. auch Kostenband II Bl. 135 d. A. -
Schreiben vom 21. Mai 1974) - auf Bewilligung einer Pausch-
gebühr gemäß § 99 BRAGebO vorgelegt.

Die Bestellung des Rechtsanwalts von H e y n i t z zum
Pflichtverteidiger befindet sich Bd. XXXV Bl. 34 d.A.

Von einer Stellungnahme sehe ich im Hinblick auf § 4 der AV
des Senators für Justiz vom 26. September 1952
- 5002 - III/A. 1.49 - ab.

Die Beweismittelsammlung (Dokumente u.a.) lege ich im
Hinblick auf deren außerordentlichen Umfang (etwa 150 Leitz-
ordner) zunächst nicht vor; sie kann auf Anforderung jeder-
zeit nachgereicht werden.

Hölzner
Erster Staatsanwalt

Sch
Jhr

**Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen**

415 AR 1310/63 ES

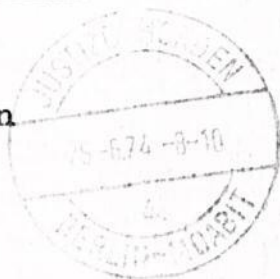
Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

714 Ludwigsburg, den 20. Juni 1974
Schorndorfer Straße 58
Fernsprechananschluß:
Ludwigsburg Nr. 142-1
bei Durchwahl 142 App. Nr.

Zentrale Stelle, 714 Ludwigsburg, Postfach 1144

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
- RSHA-Arbeitsgruppe -

1000 B e r l i n 21
Turmstraße 91




20. JUNI 1974

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes;
hier: Auskunft über Alois B r u n n e r ,
geb. am 8.4.1912, an das Landesinvalidenamt
für Wien, Niederösterreich und Burgenland

Bezug: 1 Js 1/65 (RSHA) - Vernehmung R a d e m a c h e r
vom 10.4.1967

Beil.: Schreiben des Landesinvalidenamtes für Wien, Nieder-
österreich und Burgenland vom 30.5.1974

Die im beigefügten Schreiben des Landesinvalidenamtes
erwähnte Mitteilung der Zentralen Stelle an die Zentral-
stelle Köln wurde aus der am 10.4.1967 erfolgten Vernehmung
R a d e m a c h e r s im dortigen Verfahren gemacht. Es
wird daher gebeten, das Ersuchen des Landesinvalidenamtes
in dortiger Zuständigkeit zu bearbeiten. Abgabennachricht
ist erteilt.


(Schneider)
Staatsanwalt

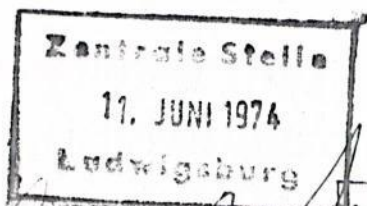


Landesinvalidenamts für Wien, Niederösterreich und Burgenland

GZ. 3231/349270

Betr.: Hinterbliebenenversorgung
Brunner Alois, geb. 8.4.1912

1010 Wien, am 30. MAI 1974
Babenbergerstraße 5 Telefon: 56 15 31
Bei jeder Eingabe das Geschäftszeichen angeben.
Parteienverkehr: Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr.



An die
Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen
Schorndorfer Straße 58
D-714 Ludwigsburg

114
27/6

Wie die Zentrale Stelle des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Staatsanwaltschaft Köln in einem Schreiben an das ho. Amt mitteilte, gab die do. Stelle im Vorermittlungsverfahren zu AZ 114 AR 3617/65 über Obgenannten im Abschlußvermerk bekannt, daß der ehemalige Legationsrat im Auswärtigen Amt, Rademacher (damals Judensachbearbeiter im Auswärtigen Amt) vernommen wurde.

Es wird daher höflich um Mitteilung gebeten, wann und bei welcher Dienststelle die Vernehmung des ehemaligen Legationsrates Rademacher erfolgte, wobei er erklärte, mit Brunner 1964 in Damaskus zusammengekommen zu sein.

Falls das Vernehmungsprotokoll bei der do. Stelle auf-
liegen sollte, wird um Überlassung einer Abschrift desselben
ersucht.

Für den Amtsvorstand:

[Handwritten signature]

1 p 1 (65 CRSTA)

Elt als!

1.

1, Vermerk: Auf bei Herrn ORR Scholz von der StJ / III C.
Dort existiert bereits ein Brauner - Vorgang. Da es sich
um ein Ankaufvermehren einer ausl. Röhre aus
Seydeler handelt ist die Landesjustizverwaltung
zuständig. Herr Scholz hat das förmliche Vernehmungs-
protokoll sowie die Akte in seinen Händen wie bespr.
zu überreichen. Es wird für die Beantwortung
Sorge tragen. Frau Klebe wird (auf formell. Anforderung)
bis zum 1.7.74 1 Abs. des Protokolls überreichen.

✓ 2, Mitteilung der beiden
beigefügten Schriftstücke folgen

3, Mit Abs. wie
am 1.7.74 - genau -
wurde Bericht an StJ / III C)

28. JUNI 1974

h -

1 p 1 (65 (RS HA))

E. et !

v.

✓ 1, Schreiben - Mägen beigefügt - :
(1 Handschrift f. d. H.A. fehlen)

Mit 3 Schriftstücken

dem

Senator für Justiz

Repräsent III C

z. Händen von Herrn Oberprokurator Scholz

im Hause

unter Bezugnahme auf die fernmündliche
Rücksprache vom 28. Juni 1974 mit
der Bitte um weitere Veranlassung in
dieser Zustandigkeit ~~Abgelegter~~ überreicht.
Die Anlagen über Alois Brunner befinden
sich auf Br. 2 des Verwaltungsmaterials -

schonft. Abgabewechsel habe ich nicht
erhält

(u. begl.)

2, Mio wider von
Cad HA 1 p 1/65 (RSHH)

stf. 1.7.74 L6

gr 1) 1 Schöb.
1 Dirichsche.

stf. gr 1) m. Jend.
1/7. p

1. JULI 1974



Staatsanwaltschaft
~~bei dem Kammergericht~~

1 Js 1/65 (RSHA)

Mit 3 Schriftstücken

dem

Senator für Justiz
- Referat III/C -

z.Hd. von Herrn ObRegRat Scholz

im Hause

unter Bezugnahme auf die fernmündliche Rücksprache vom
28. Juni 1974 mit der Bitte um weitere Veranlassung in
dortiger Zuständigkeit überreicht. Die Angaben über
Alois B r u n n e r befinden sich auf Bl. 2 der Ver-
nehmungsniederschrift.

Abgabenachricht habe ich nicht erteilt.

Hölzner
Erster Staatsanwalt

1. Ks 1/77 (RSHA)

1 Berlin 12, den 10. JULI 1974

V.

1) ~~Zunächst Vfg. Blatt~~ d.A. ausführen.

2) ~~1 Urteil - Beschluß z.S.~~

✓ 1) Schreiben - unter Beifügung der Kostenbände I + II nachstehenden Anlagen --:

Mit 2. Bd(en) (Kostenband I und II)

..... Heft(en)

..... Schriftstück(en)

an die

8. Strafammer
~~Staatsanwaltschaft~~

bei dem Landgericht Berlin



zu 1/1 d. Ks. ab 12/7.74

zu: unter Bezugnahme auf Blatt 159 ~~159~~ Kostenband II

mit der Bitte um weitere Veranlassung.

✓ 2) restliche Aktenbände an 1. St. RSHA (2. Hd. von Frau Ullrich
3) ~~Herrn~~ Herrn ESA Mölner n.R. k. v. 1. St. SS StA/LG) übersenden.

STA. EG Nr. 43

zur) Ab 15. JULI 1974

lt.

Bitte sofort ausfüllen und zurücksenden!

Die Strafsache gegen
wegen

Hardmann, Richard

Mordes

ist hier eingegangen und unter
eingetragen.



42515-IVIA

2569/74

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
B e r l i n 21

Zu:

Aks 1170 RSHA

G Nr. 17

Bitte sofort ausfüllen und zurücksenden!

Die Strafsache gegen *Boßhammer*
wegen *Mordes*

ist hier eingegangen und unter *1 ARs 15174*
eingetragen.

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
B e r l i n 21

Zu: *AKs 1/71 (RS14A)*

BUNDESGERICHTSHOF

BESCHLUSS

in der Strafsache
gegen

den ehemaligen Rechtsanwalt
Friedrich B o s h a m m e r aus Wuppertal,
geboren am 20.Dezember 1906 in Opladen (Rhld.),

wegen gemeinschaftlichen Mordes

Der 5.Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat nach Anhörung
des Generalbundesanwalts am 19.Dezember 1972 beschlossen:

Das Verfahren wird eingestellt, weil der
Angeklagte am 17.Dezember 1972 verstorben ist.

Die Kosten des Verfahrens und die notwendigen
Auslagen des Angeklagten fallen der Landeskasse
zur Last.

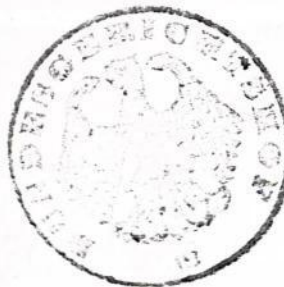
Sarstedt

Schmidt

Siemer

Herrmann

Schuster



Ausgefertigt

V. Claus
Amtsinspektor
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

5. Tod des Angeschuldigten.

a) **Bisherige Behandlung.** Durch den Tod des Angeschuldigten wird das Verfahren ohne weiteres beendet; es erledigt sich von selbst. Eine förmliche Einstellung des Verfahrens erübrigt sich. Würde gleichwohl die Einstellung ausgesprochen, so läge darin nicht eine Entscheidung i. S. des § 464 Abs. 1, sondern lediglich eine (deklaratorische) Verlautbarung, daß das Verfahren sein Ende gefunden habe. Von diesem Standpunkt aus war bisher anerkannt, daß eine Entscheidung über die Auslagen des Verfahrens nach dem vor rechtskräftigem Abschluß des Verfahrens erfolgten Tod des Angeschuldigten nicht mehr möglich sei; die dem Angeschuldigten entstandenen Auslagen fielen danach seinem Nachlaß zur Last; Staatskasse und Nebenkläger mußten, ohne Erstattungsanspruch zu haben, die ihnen entstandenen Auslagen jeweils selbst tragen (vgl. etwa BayObLG NJW 1962 262; Anm. 4 a der Voraufll.; OLG Hamburg NJW 1971 2184). S. dazu auch wegen des Todes des Verurteilten während des Wiederaufnahmeverfahrens § 371 und dazu BGHSt. 21 373.

b) **Neue Problematik.** Inzwischen ist die Rechtslage streitig geworden. Die Frage geht dahin, ob bei Tod des Angeschuldigten vor rechtskräftiger Beendigung des Verfahrens zugunsten des Erben des Verstorbenen, die zu dessen Lebzeiten entstandenen notwendigen Auslagen der Staatskasse aufzuerlegen sind oder auferlegt werden können. Vom Standpunkt der Billigkeit aus gesehen wurde die Frage lauten, ob nicht einem tatsächlich erfolgten Freispruch ein nach dem Stand des Verfahrens wahrscheinlicher oder nahezu sicherer, aber durch den Tod unmöglich gewordener Freispruch gleichzuachten ist. Die Problematik wird vor allem deutlich, wenn bereits im Zeitpunkt des Todes ein freisprechendes Urteil im 1. Rechtszug ergangen war oder gar freisprechende Urteile des Amtsgerichts und des Berufungsgerichts vorlagen, und der Erbe geltend macht, daß auch das noch anhängige Rechtsmittelverfahren zugunsten des Angeklagten ausgegangen wäre. Indessen könnte die Frage, ob eine selbständige Auslagenerstattungsentscheidung nach dem Tod des Angeschuldigten zulässig ist, nicht auf diese Fälle beschränkt werden. Denn die Lage des Erben wäre nicht wesentlich anders, wenn der Angeklagte bereits im 1. Rechtszug vor Ergehen einer Sachentscheidung verstirbt, aber sein Freispruch nach dem Stand des Verfahrens zu erwarten war. Bejaht man aber auch dann die Zulässigkeit einer von der Billigkeit geforderten Auslagenerstattungsentscheidung, so müßte dies folgerichtig auch gelten, wenn der Angeklagte nach vorgängiger Verurteilung in einer oder zwei Tatsacheninstanzen in der Rechtsmittelinstanz verstirbt; der Erbe müßte folgerichtig auch geltend machen können, daß, solange eine rechtskräftige Verurteilung nicht vorliegt, die Unschuldsvermutung des Art. 6 Abs. 2 MRK Platz greife, und daß bei Fortleben des Angeklagten mit einem Ausgang des Verfahrens zu seinen Gunsten zu rechnen gewesen sei. Eine andere Betrachtungsweise wäre, nicht auf den voraussichtlichen Freispruch abzustellen, sondern zu fragen, ob nicht die Billigkeit erfordert, schlechthin dem Eintritt eines Verfahrenshindernisses, das zur Verfahrenseinstellung zwingt, den Tod des Beschuldigten auslagenrechtlich gleichzuachten.

c) **Stand der Streitfrage.** Während Rechtsprechung und Schrifttum z. T. daran festhalten, daß im Hinblick auf § 464 Abs. 2 eine Entscheidung über die Auslagentragung nicht möglich sei, wenn es durch den Tod des Angeklagten nicht zu einer das Verfahren abschließenden Sachentscheidung kommen kann und demgemäß eine Belastung der Staatskasse nach § 467 Abs. 1 entfalle (so OLG Celle NJW 1971 2182; LGe. Stade MDR 1971 68; Waldshut AnwBl. 1971 56 m. abl. Anm. Matzen; EbSchmidt NachtrBd. II Rz. 7 zu § 464; Schätzler, Komm. z. StrEG Anm. 9 zu § 13), liegt nach der Gegenmeinung eine vom Gesetzgeber nicht beabsichtigte Lücke vor, die zur Vermeidung von Unbilligkeiten zugunsten des Nachlasses des Angeklagten im Wege der Analogie auszufüllen sei. Nach OLGe. Hamm MDR 1970 1030; JMBI. NRW 1971 118; Hamburg NJW 1971 2183 = MDR 1972 72 ist dem § 467 Abs. 1 der gesetzgeberische Grundgedanke zu entnehmen, daß die Auslagen des nichtverurteilten Angeklagten der Staatskasse zur Last fallen. Das entspreche der Unschuldsvermutung des Art. 6 Abs. 2 MRK; es sei auch kein rechtfertigender Grund dafür zu erkennen, den Erben mit den Verteidigungskosten zu belasten, wenn ohne den Tod des Angeklagten mit seinem Freispruch und damit mit der Überbürdung seiner Auslagen auf die Staatskasse zu rechnen gewesen wäre. Die Verwirklichung dieses Grundgedankens könne rechtstechnisch durch eine *entsprechende* Anwendung des § 467 Abs. 1 und Abs. 3

Satz 2 Nr. 2 erreicht werden. bei entsprechender Anwendung des Abs. 1 steht dann der Einstellung des Verfahrens die Beendigung des Verfahrens durch den Tod des Angeklagten gleich; seine notwendigen Auslagen fallen grundsätzlich der Staatskasse zur Last. Die entsprechende Anwendung des Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 bedeutet, daß der Nichtverurteilung wegen Eingreifens eines Verfahrenshindernisses die Nichtverurteilung wegen Eintritt des Todes gleichsteht; das Gericht kann also in Durchbrechung des grundsätzlich entsprechend anwendbaren § 467 Abs. 1 bestimmen, daß die Belastung der Staatskasse entfällt, wenn es ohne den Tod des Angeklagten zu dessen Verurteilung gekommen wäre. Ein Versuch, nicht durch entsprechende Anwendung des § 467 Abs. 1, 3 sondern auf anderem Weg die Grundlage für eine Auslagenentscheidung nach dem Tod des Angeklagten zu gewinnen, ist hier nur zu streifen. Nach OLG Hamm NJW 1971 208 = MDR 1970 786 hat im Verfahren nach § 23 EGGVG der Tod des Betroffenen vor Abschluß des Verfahrens zur Folge, daß zwecks Entscheidung über seine notwendigen Verfahrensauslagen das Verfahren fortzusetzen und in entsprechender Anwendung der §§ 91a, 628 ZPO durch selbständigen Beschluß zu entscheiden ist. Eine Verwendung dieses Gedankengangs auch im Strafverfahren, wie sie von K1 9 B erwogen wird, ist aber sowohl von OLG Hamburg aaO. wie von OLG Celle NJW 1971 2182 mit Recht als indiskutabel angesehen worden.

d) Folgerungen aus der zu c) dargestellten Auffassung.

aa) *Ermessensausübung.* Bei Zugrundelegung der Auffassung, daß beim Tod des Angekl. für die Auslagenerstattung § 467 Abs. 1, 3 entsprechend anwendbar sei, fragt sich zunächst, *unter welchen Gesichtspunkten das Gericht sein Ermessen* (§ 467 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2) *auszuüben hat.* Nach OLG Hamm MDR 1970 1030 ist es für die Kostenentscheidung von Bedeutung, ob das Rechtsmittel des Angekl. gegen seine Verurteilung nach Aktenlage *wahrscheinlich* Erfolg gehabt hätte. Folgerichtig müßte dann auch, wenn der Angekl. im 1. Rechtszug verstirbt, der wahrscheinliche Ausgang des Verfahrens ohne den Tod in die Prüfung einbezogen werden. Dagegen ist nach OLG Hamburg NJW 1971 2183, 2185 die Staatskasse nur dann von der Belastung mit den Auslagen des verstorbenen Angekl. freizustellen, wenn sich (bei Hinwegdenken des Todes) die Verurteilung bereits nach der Aktenlage als „annähernd sicher“ darstellt, wenn „kein vernünftiger Zweifel an der Verurteilung im Falle der Verfahrensfortsetzung besteht“; ist nach Aktenlage eine so sichere Prognose nicht möglich, so bewendet es bei der Belastung der Staatskasse. Praktisch würd n diese Grundsätze, wenn der Angekl. im 1. Rechtszug stirbt, in der großen Mehrzahl der Fälle zur Belastung der Staatskasse führen, da ja nicht abzusehen ist, wie der Angekl. seine Verteidigung gestaltet, ob er nicht ein abgelegtes Geständnis widerrufen hätte usw.

bb) *Verteidigervollmacht.* Bei Zugrundelegung der Lehre von der entsprechenden Anwendbarkeit des § 467 Abs. 1, Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 erledigt sich das im Vorfeld liegende Problem, wie das Gericht zu einer Entscheidung über die Auslagen veranlaßt werden kann. In den bisher entschiedenen Fällen wurden die Gerichte im allgemeinen durch Anträge und Beschwerden des Verteidigers mit der Sache befaßt. Ihm wurde die Legitimation abgesprochen, weil die Verteidigervollmacht mit dem Tode des Angekl. erlösche und er namens des Erben nicht tätig werden könne, weil dieser am Verfahren nicht beteiligt sei (vgl. KG JR 1968 432, 433 u. OLGSt. § 467 S. 87; OLG Celle NJW 1971 2182; K1 4 C; weitere Nachw. bei OLG Hamburg NJW 1971 2183). Von diesem Standpunkt aus kam nur in Frage, ob das Gericht von Amtswegen entscheiden und zu einer solchen Entscheidung durch den Verteidiger angeregt werden könne. Wenn es aber richtig sein sollte, daß § 467 Abs. 1, Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 entsprechend auf die Auslagen anzuwenden ist, die dem verstorbenen Angekl. erwachsen sind, weil der Tod des Angekl. der Einstellung des Verfahrens wegen eines Verfahrenshindernisses gleichzuachten ist, dann erstreckt sich die entsprechende Anwendung auch zwangsläufig auf § 464. So gesehen müßte in Abkehr von der früheren Betrachtungsweise auch beim Tod des Angeklagten von Amts wegen entweder ein Einstellungsbeschluß (§ 464 Abs. 1) ergehen, der in entsprechender Anwendung des § 467 Abs. 1, 3 Satz 2 Nr. 2 eine Auslagenentscheidung (§ 464 Abs. 2) enthält oder es müßte wenigstens von Amts wegen eine selbständige Auslagenerstattungsentscheidung ergehen. Die Kostenentscheidung wäre gemäß § 464 Abs. 3 Satz 1 anfechtbar. Dabei wäre wiederum zwangsläufig, daß das Beschwerderecht nach § 464 Abs. 3 auch dem Erben zustehen muß, der dann insoweit zum

Verfahrensbeteiligten würde und die Frage, ob die Verteidigervollmacht ausreicht, nach dem Tod des Angekl. für den Erben durch Anträge und Rechtsmittel tätig zu werden, spielt keine Rolle, wenn der Erbe ihn bevollmächtigt oder wenn die von dem Angeklagten erteilte Vollmacht so gehalten ist, daß sie auch solche Maßnahmen deckt.

e) **Stellungnahme.** Der Auffassung, § 467 enthalte eine vom Gesetzgeber nicht beabsichtigte Lücke, die im Sinne klar erkennbarer gesetzgeberischer Tendenzen einer Schließung durch entsprechende Anwendung des § 467 Abs. 1, Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 bedürftig und fähig sei, kann nicht gefolgt werden.

aa) Der Grundsatz des § 467 Abs. 1 geht *nicht* dahin, daß der Angekl., der unverurteilt bleibt, Anspruch auf Auslagenerstattung habe, sondern lediglich dahin, daß der Angekl., der *durch richterliche Entscheidung* unverurteilt aus dem Verfahren entlassen wird, erstattungsberechtigt sei, und an einer solchen Entscheidung fehlt es eben, wenn mit dem Tod des Beschuldigten das Verfahren zwangsläufig endet. Es fehlt an jeder Grundlage für die Annahme, daß der Gesetzgeber *diesen* Grundsatz für den Fall des Todes des Beschuldigten habe durchbrechen wollen. OLG Hamburg aaO. beruft sich für seine entgegengesetzte Auffassung auf den Satz in dem schriftlichen Bericht des BT-Rechtsausschusses zu BT-Drucks. V/2600 u. 2601 S. 21: „Wenn es allein darauf ankommt, ob der Strafprozeß, der dem Angeklagten gemacht worden ist, mit Erfolg im Sinne der Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs durchgeführt worden ist oder nicht, so darf es keine Rolle spielen, aus welchen Gründen der staatliche Strafanspruch nicht durchgesetzt werden konnte.“ Mit dieser Erwägung wollte aber der Rechtsausschuß nur seine (schließlich nicht verwirklichte) Intention rechtfertigen, auch die Einstellung des Verfahrens wegen eines Verfahrenshindernisses in vollem Umfang dem Freispruch hinsichtlich der Auslagenerstattung gleichzusetzen (vgl. oben die Entstehungsgeschichte — vor Anm. I — zu 3). Die weitergehende allgemeine Bedeutung, die ihm OLG Hamburg beilegen will, hat der angeführte Satz im Bericht des Rechtsausschusses nicht*. Nebenbei bemerkt versagt auch die Berufung von OLG Hamburg aaO. auf die Ausführungen von Kleinknecht in der 29. Aufl. (Anm. 4 C), denn in der 30. Aufl. (Anm. 9 B) begnügt sich Kleinknecht im wesentlichen mit der Darstellung der Problemlage, ohne sich im Sinne dieser oder jener Auffassung festzulegen, weil „das alles sehr problematisch ist, zum einen, weil die gesetzliche Rechtsordnung eine solche Möglichkeit (sc. die Verteidigervollmacht als nach dem Tod des Angeklagten für die Frage der Auslagenentscheidung fortbestehend anzusehen oder den Tod der Einstellung gleichzuachten) nicht vorsieht, zum anderen, weil ihr Ergebnis zu schweren Unbilligkeiten führen kann“.

bb) Gegen die Auffassung von OLG Hamm und Hamburg spricht aber nicht nur, daß sich eine unbeabsichtigte Lücke nicht nachweisen läßt, die einer Ausfüllung im Sinne gesetzgeberischer Intentionen fähig und bedürftig wäre, sondern sprechen auch die *Schwierigkeiten*, die sich einer solchen Ausfüllung entgegenstellen.

a) Wie schon ausgeführt (oben d, bb), läge es in der Konsequenz der Gleichstellung des Todes des Angeklagten mit einem Verfahrenshindernis, daß über die Auslagenerstattung von Amtswegen befunden würde. Der Erbe kann aber an einer Fortsetzung des Verfahrens zwecks Entscheidung über die Auslagen nicht nur uninteressiert sein, sondern — insbesondere aus Gründen der Pietät gegenüber dem Toten — geradezu ein Interesse daran haben, daß nichts mehr in der Angelegenheit geschieht. Das müßte respektiert werden und müßte dazu führen, daß das Nachtragsverfahren bzw. die Auslagenerstattung *nur auf seinen Antrag* oder jedenfalls nicht gegen seinen Willen durchgeführt wird. Ferner ergäbe sich, da mit dem Tod des Angeklagten das subjektive Verfahren endet, die Figur eines außergesetzlichen weiteren „selbständigen“ (objektiven) Verfahrens mit dem Erben als „Nebenbeteiligten“. Für ein solches Verfahren fehlt es an Vorschriften; es müßte auch hier nach entsprechend anwendbaren Vorbildern gesucht werden. Wie soll etwa, wenn der Angeklagte alsbald nach Eröffnung des Hauptverfahrens noch vor der Hauptverhandlung verstirbt, das

* Bei Schaffung des Ges. über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen v. 8. 3. 1971 (BGBl. I 157) ist *bewußt* von einer Entschädigungspflicht der Staatskasse abgesehen worden, wenn es infolge des Todes des Beschuldigten nicht zu einer Sachentscheidung i. S. des § 2 gekommen ist (vgl. Schätzler 9 zu § 13 StrEG).

Gericht „nach Aktenlage“ über die Auslagen entscheiden? Soll es nur die Aussichten einer Verurteilung auf Grund der Ergebnisse des Ermittlungsverfahrens und der zugelassenen Anklage beurteilen oder muß es auch – im Wege des Freibeweises – Entlastungsbeweise erheben, die der Verteidiger vorher schriftsätzlich beantragt hatte oder die er oder der Erbe später beantragen? Soll im Fall des Todes des Angeklagten nach Beginn der Hauptverhandlung die begonnene Beweisaufnahme, die alles offen läßt, nach den Regeln des Freibeweises weiter durchgeführt werden?

β) Die Besonderheit des vom OLG Hamburg aaO. entschiedenen Falles besteht darin, daß beim Tod des Angeklagten bereits ein erstinstanzliches freisprechendes Urteil vorlag und in einem solchen Fall noch am ehesten Billigkeitsgründe bestehen, die eine Rechtfertigung für die Bemühungen bilden, die Schranken des geltenden Rechts im Wege erweiternder Auslegung zu überwinden. Aber OLG Hamburg lehnt gerade eine Beschränkung des von ihm entwickelten Grundsatzes auf die Fälle offensichtlicher Unbilligkeit einer Auslagenerstattung beim Tod des Angeklagten ab. Von diesem Standpunkt aus müßten in die Auslagenerstattung auch die Fälle einbezogen werden, in denen sich besondere Billigkeitserwägungen nicht anstellen lassen. Es müßte dann folgerichtig auch – worauf K 19 B zutreffend hinweist, der Gedanke der Gleichstellung von Einstellung und Tod zu einer entsprechenden Anwendung auch solcher Vorschriften führen, die die Möglichkeit, die dem Beschuldigten im Ermittlungsverfahren erwachsenen Auslagen zu ersetzen oder ihm eine Entschädigung zu gewähren, von einer Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft abhängig machen (vgl. § 467 a; § 9 des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8. 3. 1971, BGBl. I 157). Alles das geht aber offenbar zu weit (vgl. die Fußnote zu e, aa). Es geht nun einmal nicht an, die eben erst – z. T. als Ergebnis eines mühsamen Kompromisses – neu gesetzten Grenzen der Auslagenerstattungspflicht zu überschreiten, um Gedanken der Billigkeit zum Durchbruch zu verhelfen (vgl. OLG Celle NJW 1971 2183). Abhilfe könnte nur der Gesetzgeber durch Aufstellung einer generellen Härtemilderungsklausel schaffen, wie sie frühere Entwürfe vorsahen (vgl. Anm. 7d vor § 464). Diesen Weg hat aber der Gesetzgeber bisher nicht beschritten.

6. Über die kosten- und auslagenrechtliche Auswirkung von **Teilfreispruch*** und **Teilnichtverurteilung** vgl. Anm. II und III zu § 465.

7. Dem Freispruch entspricht es in der **Rechtsmittelinstanz**, wenn der verurteilte Angeklagte ein auf bestimmte Beschwerdepunkte beschränktes Rechtsmittel einlegt und damit vollen Erfolg hat (§ 473 Abs. 3). Das gleiche gilt, wenn der Beschuldigte mit einer gegen bestimmte richterliche Maßnahmen gerichteten **Beschwerde** Erfolg hat (vgl. Anm. II 2 zu § 464, A I 6 b zu § 473).

8. **Auslagen Dritter**. Die Auslagenerstattungspflicht nach Abs. 1 ist nicht auf Auslagen des Angeschuldigten selbst beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf die notwendigen Aufwendungen *solcher Personen*, die Kraft *eigenen* Rechts der Verurteilung entgegenzutreten befugt sind – §§ 281, 298, 361 Abs. 2, § 67 JGG – (RGSt. 28 146; JW 1896 510; BayObLGSt. 8 368). Vgl. Anm. II 4 zu § 464 a.

9. Auf die **Nebenbeteiligten** (vgl. § 467 a Abs. 3) bei der erfolgreichen Wahrnehmung ihrer Interessen entstandenen notwendigen Auslagen findet Abs. 1 keine Anwendung; insoweit gilt § 472 b Abs. 2.

10. **Zeitlicher Bereich der Erstattungsentscheidung**. Die Entscheidung, die die Auslagen des Angeschuldigten der Staatskasse auferlegt, bezieht sich nur auf die *bis dahin* entstandenen Auslagen. Legt z. B. die Staatsanwaltschaft gegen ein freisprechendes und auf Auslagenüberbürdung lautendes Urteil ein erfolgloses Rechtsmittel ein, so ergibt sich die Verpflichtung der Staatskasse zur Erstattung der notwendigen Auslagen des Angeschuldigten in der Rechtsmittelinstanz nicht aus dem ersten Urteil, sondern aus der Entscheidung des Rechtsmittelgerichts, die gemäß § 473 Abs. 2 diese Auslagen der Staatskasse auferlegt.

11. Die Entscheidung über die Erstattung der Auslagen muß grundsätzlich (vgl. § 464 Abs. 2) **ausdrücklich** getroffen werden. Zu der Frage, wann es – ausnahmsweise – genügt, daß ein Freispruch „auf Kosten der Staatskasse“ ergeht, vgl. Anm. II 3 zu § 464.

Vermutlich:

Wegen des Inhalts des Protokolls des BGH vom 19. Dezember 1972
 zu vorliegender Sache haben an dem letzten Hofen eingehende
 zu vorliegender Sache: haben an dem letzten Hofen eingehende
 Gespräche mit der Bundesanwaltschaft stattgefunden. Diese
 haben zu folgendem Ergebnis geführt:
 hinsichtlich der Bundesanwaltschaft (Erschließung des Generalbün-
 desanwalts in Karlsruhe) hält der Beschluß vom 19. 12. 72
 inhaltlich für unrichtig. Während die Erstellung des
 Verfahrens durch Beschluß sind die Kostenentscheidung
 nur formale Bedeutung haben, ist die Entscheidung
 über die notwendigen Unterlagen mit erheblichen materiellen
 Folgen verbunden. Nicht zu billigen und ungehörig ist
 in diesem Zusammenhang nicht so sehr die entsprechende
 Anwendung des § 467 Nr. 2 Abs. 3 Nr. 2 VPO.
 fügen dem Beschluß selbst ist jedoch rechtlich nicht zu
 machen. Es ist eine die Leben des Bsp. beunruhigende
 Entscheidung, die - wenn überhaupt - nur mit größter
 Schwierigkeiten abgeändert werden kann.
 Nach eingehenden Protokollen ist nicht davon abgesehen
 worden, beim 5. Senat gegen Vorstellungen mit dem
 sich zu erheben, eine Begründung des Beschlusses zu
 verlangen. Ganz abgesehen davon, daß der Senat
 dieses Begleiten mangels rechtlicher Grundlage ablehnen
 könnte (wofür einiges spricht), würde derdurch möglicher-
 weise nur eine Festschreibung der u. l. unrichtigen
 Rechtsansicht erfolgen. Hierbei war nicht zu berücksichtigen,

- daß der BGH an Kostenverfahren nur allgemeines nicht
das entscheidende Gericht ist.

Nach der Bundesanwaltschaft, die diesen Fall an das
Bundesjustizministerium berichtet hat, um voll. gericht-
liche Maßnahmen anzuregen, ist ~~gerade~~ abgesprochen
worden, daß von der Staatsanwaltschaft weiterhin die
herrschende Ansicht (keine Erstellung des Verfahrens durch
formellen Beschluß beim Tod des Angeklagten oder Ange-
schuldigten, keine Kostenentscheidung und keine entsprechende
Anwendung des § 467 Nr. 2 NPO -) bestehen wird.

2. APR. 1973
H

1 Ks 1.71 (RSHA)

An den
Bundesminister der Justiz

über den

Senator für Justiz

Betrifft: Strafverfahren gegen den Angehörigen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin und früheren SS-Sturmabführer Friedrich Boßhammer wegen Mordes im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage"

Bezug: Schreiben an den Senator für Justiz in Berlin vom 24. Januar 1968 - 4000/6 E - 25037.68 -

nur auf
2.-4. Schrb.

Anordnung vom 15. Februar 1968 - 4040 E - IV/A. 2.68 -

Vorbericht vom 27. November 1972

nur auf
2.-4. Schrb.

Anlage: 1 Ablichtung

Der Angeklagte Boßhammer ist am 17. Dezember 1972 verstorben. Das gegen ihn gerichtete Strafverfahren hat sich dadurch erledigt.

nur auf
2.-4. Schrb.

Als Anlage überreiche ich Ablichtung eines Schreibens des Yad Vashem vom 22. Dezember 1972, mit dem dieses Institut um die Übersendung je eines Exemplars der Anklageschrift und des Urteils vom 11. April 1972 gebeten hat.

Obwohl es infolge des Todes des Angeklagten zu keinem rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens gekommen ist und daher die in dem Beschluß der 30. Justizminister-Konferenz 1962 und bei der Referenten-Besprechung am 12./13. Dezember 1968 aufge-

stellten Bedingungen nicht erfüllt sind, beabsichtige ich, falls ich nicht mit anderer Weisung versehen werde, dem Wunsche des Yad Vashem zu entsprechen.

G ü n t h e r

Bd. XX